Sitzungsunterlagen

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

20.02.2025

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Tagesordnung -öffentlich- 3

Vorlagendokumente

TOP Ö 1 Bildungsberichterstattung zur Inklusion in der frühkindlichen Bildung in Nürnberg

Berichtvorlage OBM/001/2025 4

1.1 Zusammenfassung Inklusion in der frühkindlichen Bildung in Nürnberg OBM/001/2025 8

1.2 Bericht_inklusion_fruehkindliche_bildung_nuernberg OBM/001/2025 13

TOP Ö 2 Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen 2025 - 2028

Sitzungsvorlage J/002/2025 38

2.1 Entscheidungsvorlage Spielplatz und Spielhofmaßnahmen 2025-2028 J/002/2025 42

2.2 Beilage Spielplatz und Spielhofmaßnahmen 2025-2028 J/002/2025 46

Antrag CSU Spielplatz am Agnes Gerlach Ring Am Lerchenfeld Gaulnhoferstraße in Katzwang J/002/2025 60

TOP Ö 3 Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum

Sitzungsvorlage J/003/2025 61

3.1 Kurzbeschreibung Konzeption JHA Februar 2025 J/003/2025 65

3.2 Konzeption 2024-2025 J/003/2025 68

3.3 Anlage 1 Anzahl der Veranstaltungen J/003/2025 193

TAGESORDNUNG

Sitzung
Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungszeit
Donnerstag, 20.02.2025, 15:00 Uhr

Sitzungsort
Rathaus, Fünferplatz 2, Großer Sitzungssaal

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1.	**Bildungsberichterstattung zur Inklusion in der frühkindlichen Bildung in Nürnberg** König, Marcus	Bericht OBM/001/2025
2.	**Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen 2025 - 2028** Ries, Elisabeth	Beschluss J/002/2025
3.	**Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum** Ries, Elisabeth	Beschluss J/003/2025
4.	**Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.12.2024, öffentlicher Teil**	
5.	**Mitteilungen**	
6.	**Auflagen**	

Berichtsvorlage
OBM/001/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Jugendhilfeausschuss	20.02.2025	öffentlich	Bericht

Betreff:

Bildungsberichterstattung zur Inklusion in der frühkindlichen Bildung in Nürnberg

Anlagen:
1.1 Zusammenfassung Inklusion in der frühkindlichen Bildung in Nürnberg
1.2 Bericht_inklusion_fruehkindliche_bildung_nuernberg

Bericht:

Es wird der Bericht des Bildungsbüros zur Inklusion in der frühkindlichen Bildung in Nürnberg vorgestellt.

Die Aktion Mensch beschreibt sehr zutreffend: „Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch ganz natürlich dazu gehört. Oder anders: Inklusion ist, wenn alle mitmachen dürfen. Egal wie du aussiehst, welche Sprache du sprichst oder ob du eine Behinderung hast“. Die frühe Kindheit ist eine besonders sensible Phase rasanter körperlicher, kognitiver, sozialer und emotionaler Entwicklung. Eine inklusive frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung besitzt somit ein besonderes Potenzial für die Entwicklung eines Kindes und den lebenslangen Lernprozess.

Die Jugendhilfe in Nürnberg verfolgt eine umfassende Agenda, um die Teilhabe aller junger Menschen zu fördern und aktiv voranzubringen. Diese basiert auf der UN-Behindertenrechtskonvention, dem Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz (KJSG), dem Orientierungsrahmen für die Jugend-, Familien-, Senior/-innen, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg und dem Aktionsplan Inklusion in Nürnberg. Entsprechend werden Angebote ausgebaut und fachliche Konzepte (weiter-) entwickelt, aber auch Planungen und Analysen/Untersuchungen mit dem Schwerpunkt Inklusion vom Jugendamt und den Trägern der Jugendhilfe vorangetrieben. Schwerpunkte der letzten Jahre lagen dabei insb. auf dem Ausbau von integrativen und inklusiven Plätzen in den Kita-Einrichtungen, dem Einsatz des Fachdienstes Inklusion und der Verfahrenslotsinnen.

Der Bericht des Bildungsbüros zur Inklusion in der Frühkindlichen Bildung in Nürnberg, der in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und weiteren datenliefernden Stellen erstellt wurde, fasst die Entwicklungen der letzten Jahre im Überblick zusammen und ergänzt die Berichterstattung zu den einzelnen fachlichen Themen im Jugendhilfeausschuss. Er konzentriert sich auf die Teilhabe von Kindern mit einer (drohenden) Behinderung im Alter von bis zu sechs Jahren.

Bezug zum Orientierungsrahmen für die Jugend-, Familien-, Senior*innen, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg:
Leitlinie 2: Familien stärken, Erziehung unterstützen
Leitlinie 3: Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen
Leitlinie 4: Bildung im Lebenslauf fördern, früh beginnen

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Kinder mit einer (drohenden) Behinderung bedürfen einer besonderen Unterstützung, um ihnen die Teilhabe an Bildung zu ermöglichen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **BgA/ Bildungsbüro**

☐

☐

Beilage 1.1
zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.02.2025

Inklusion in der Frühkindlichen Bildung in Nürnberg

Die Aktion Mensch beschreibt sehr zutreffend: „Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch ganz natürlich dazu gehört. Oder anders: Inklusion ist, wenn alle mitmachen dürfen. Egal wie du aussiehst, welche Sprache du sprichst oder ob du eine Behinderung hast“[1]. Die frühe Kindheit ist eine besonders sensible Phase rasanter körperlicher, kognitiver, sozialer und emotionaler Entwicklung. Eine inklusive frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung besitzt somit ein besonderes Potenzial für die Entwicklung eines Kindes und den lebenslangen Lernprozess.

Die Jugendhilfe in Nürnberg verfolgt eine umfassende Agenda, um die Teilhabe aller junger Menschen zu fördern und aktiv voranzubringen. Diese basiert auf der UN-Behindertenrechtskonvention, dem Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz (KJSG), dem Orientierungsrahmen für die Jugend-, Familien-, Senior/-innen, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg und dem Aktionsplan Inklusion in Nürnberg. Entsprechend werden Angebote ausgebaut und fachliche Konzepte (weiter-) entwickelt, aber auch Planungen und Analysen/Untersuchungen mit dem Schwerpunkt Inklusion vom Jugendamt und den Trägern der Jugendhilfe vorangetrieben. Schwerpunkte der letzten Jahre lagen dabei insb. auf dem Ausbau von integrativen und inklusiven Plätzen in den Kita-Einrichtungen, dem Einsatz des Fachdienstes Inklusion und der Verfahrenslotsinnen.

Der Bericht des Bildungsbüros zur Inklusion in der Frühkindlichen Bildung in Nürnberg, der in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und weiteren datenliefernden Stellen erstellt wurde, fasst die Entwicklungen der letzten Jahre im Überblick zusammen und ergänzt die Berichterstattung zu den einzelnen fachlichen Themen im Jugendhilfeausschuss. Er konzentriert sich auf die Teilhabe von Kindern mit einer (drohenden) Behinderung im Alter von bis zu sechs Jahren. Der Bericht liegt als Beilage 1.2 bei, die wichtigsten Ergebnisse werden im Folgenden aus Sicht des Jugendamts dargestellt und bewertet.

1. Inklusion in formalen frühkindlichen Bildungsangeboten

Eine Aussage, wie viele Kinder mit (drohender) Behinderung es in Nürnberg gibt und wie sich diese Zahl in den letzten Jahren verändert hat, ist nur eingeschränkt möglich:

- Aufgrund der frühkindlichen Entwicklung werden Entwicklungsverzögerungen und Behinderungen in den meisten Fällen erst im Laufe der ersten Lebensjahre sichtbar. Das erklärt die geringe Zahl von Kindern unter 6 Jahren mit einer diagnostizierten Behinderung (2023: 299, 1% aller Kinder; davon 256 mit einer Schwerbehinderung/Grad der Behinderung von 50 und mehr) und erschwert Erhebungen und Aussagen sowie Aussagen zu Betroffenenzahlen.
- Antrags- und Besuchszahlen und deren Entwicklung, auf die zurückgegriffen wird, bilden nur den Teil der Kinder ab, die Zugang zu den vielfältigen Beratungs- und Unterstützungssystemen gefunden haben. Daher muss hilfsweise auf allgemeine Studien zurückgegriffen werden. Wissenschaftliche Studien und Meta-Analysen seit den 2000er Jahren zeigen auf, dass durchgängig etwa ein Fünftel der Kinder von psychischer Behinderung bedroht ist bzw. psychische Beeinträchtigungen hat. Verändert hat sich in diesem Zeitraum, dass bei diesen Kindern aufgrund von besserer Diagnostik und einer höheren Sensibilisierung viel früher und häufiger unterstützende Maßnahmen eingeleitet werden, so hat sich bspw. die

[1] Aktion Mensch 2023 Was ist Inklusion? | Aktion Mensch

Diagnose von Autismus von 2000 bis 2020 verfünffacht. Dazu kommt der Belastungsanstieg aufseiten der Kinder, Familien und Kitas durch die Coronakrise, der noch nicht wieder auf das vorpandemische Niveau abgesunken ist.[2] Im Ergebnis steigt die Nachfrage nach Diagnostik, Therapien und nach inklusiven Angeboten in den frühkindlichen Bildungseinrichtungen, um so früh wie möglich unterstützend zu wirken.

Im Berichtszeitraum 2015 – 2023 wurden nicht nur die Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote in Krippe, Kindergarten und Tagespflege konsequent in Nürnberg ausgebaut (von 17.584 Kinder in 2015 auf 19.485 Kinder in 2023), sondern auch die Angebote für Kinder mit (drohender) Behinderung (2015: 312 Kinder, 2023: + 142 % auf 755 Kinder). Der Anteil der betreuten Kinder mit (drohender) Behinderung an allen betreuten Kindern in dieser Altersstufe lag im Jahr 2023 bei 3,9 % und hat sich seit 2015 mehr als verdoppelt. Dies zeigt die großen Anstrengungen der Kita-Träger in Nürnberg, möglichst vielen Kinder die Teilhabe an frühkindlicher Bildung zu ermöglichen.

Grundsätzlich haben alle Kinder, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung. In der Praxis erleben die Einrichtungen sowohl Kinder, die bereits vor dem Besuch Zugang zu interdisziplinärer Frühförderung[3] haben (z.B. angeregt durch die Frühen Hilfen oder Kinderärzte) und für die gezielt nach einem passenden Platz gesucht wird, als auch Kinder, bei denen durch den Besuch einer Kita oder der Tagespflege eine Entwicklungsverzögerung oder (drohende) Behinderung erst sichtbar wird. In beiden Fällen ist der möglichst niederschwellige und schnelle Zugang der Familien zur Frühförderung und zur Eingliederungshilfe durch den Bezirk Mittelfranken entscheidend, um die notwendigen Förder- und Unterstützungsangebote, wie die Anerkennung des erhöhten Personalschlüssels in den Kitas, begleitende Therapiestunden oder auch pflegerische Bedarfe, einzuleiten.

Die Gewährung von Eingliederungshilfeleistungen nach dem SGB IX für Kinder bis zur Einschulung obliegt komplett dem Bezirk Mittelfranken, der auch die Planungsverantwortung für die dafür notwendigen Beratungs- und Angebotsstrukturen hat. Dies gelingt ihm zunehmend weniger, viele Eltern und Einrichtungen berichten über lange Wartezeiten, einen schweren Zugang zu ärztlichen Gutachten und fehlenden Therapieangeboten (z.B. Autismus-Spektrum-Störungen). Das Jugendamt ist dazu gemeinsam mit den anderen mittelfränkischen Jugendämtern im engen Austausch mit dem Bezirk, konkrete Lösungen zeichnen sich aber nach wie vor kaum ab. Es droht ggf. noch eine weitere Verschärfung der Situation: Bisher hat die Zentrale Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche mit Entwicklungsauffälligkeiten und Behinderung (ZEBBEK) des Gesundheitsamts Nürnberg Entwicklungsgutachten für Kinder erstellt, für die beim Bezirk ein Antrag auf Eingliederungshilfe gestellt wurde. Nach Kenntnis der Verwaltung des Jugendamts befinden sich das Gesundheitsamt und der Bezirk Mittelfranken derzeit in Verhandlungen zur Fortsetzung des Grundlagenvertrags zur Finanzierung der ZEBBEK. Das Jugendamt appelliert an die Verhandlungspartner, eine Lösung zu finden, um die knappen Gutachter-Kapazitäten in der Stadt nicht noch weiter zu verringern.

[2] Vgl. Ergebnisse aus der BELLA-Studie im Kinder- und Jugendgesundheitssurvey 2007 und 2017 zur psychischen Gesundheit bzw. zu psychischen Auffälligkeiten sowie Ergebnisse aus der KiGGS-Studie (2003-2006, 2009-2021, 2014-2017) zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen des Robert Koch Instituts

[3] Komplexleistung: Früherkennung und Frühförderung umfasst Leistungen im Sinne medizinischer Rehabilitation (Kostenträger Krankenkasse) sowie Leistungen zur Teilhabe am Gemeinschaftsleben (Kostenträger Bezirk)

602 Kinder von 0 Jahren bis zum Schuleintritt, die in Kindertageseinrichtungen in Nürnberg betreut wurden, erhielten in 2023 Eingliederungshilfe. Zwischen 2015 und 2023 ist diese Zahl stark gestiegen (+ 192%); insbesondere bei Eingliederungshilfen aufgrund (drohender) seelischer Behinderungen (+ 250%) und aufgrund geistiger Behinderungen (+ 213 %).

Um Eltern bei der Klärung ihrer Ansprüche, insbesondere in Fällen, in denen mehrere Rehabilitationsträger beteiligt sind, zu beraten und zu unterstützen, schreibt das SGB VIII seit dem 1. Januar 2024 den Einsatz von Verfahrenslotsinnen/-lotsen bei den Jugendämtern vor. Diese sollen auch den Übergang hin zur großen inklusiven Lösung, d.h. der Zusammenführung von Jugend- und Eingliederungshilfe unter dem Dach der Jugendhilfe, unterstützen. Im Jahr 2024 haben sich fast 90 Ratsuchende und Familien an die Verfahrenslotsinnen gewendet.[4] Die Altersgruppe unter drei Jahren ist dabei nur im niedrigen einstelligen Bereich vertreten. Die Hauptzielgruppen der Beratung bildet sich in den Altersgruppen 4-6 und 7-9 Jahre ab. Auffällig häufig sind Kinder mit Autismus-Spektrum-Störungen teils mit geistiger Behinderung vertreten. Außerdem sind Kinder mit weiteren Entwicklungsstörungen und auch Störungen im sozial-emotionalen Bereich häufigere Adressaten der Beratung.

Exkurs: Die Erfahrungen der Tagespraxis zeigen die dringend notwendige Zusammenführung von Jugend- und Eingliederungshilfe für junge Menschen unter dem Dach der Jugendhilfe, die mit der 3. Stufe der großen Inklusiven Lösung ab 2028 kommen sollte. Der Gesetzesentwurf zum Inklusiven Kinder- und Jugendhilferecht (IKJHG) war bereits ausgearbeitet und vom Familienministerium ins Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene eingebracht. Der Bundesrat stimmte dem Gesetz bereits zu, im Bundestag wird aber voraussichtlich aufgrund des Koalitionsbruchs kein Beschluss mehr gefasst. Damit fällt das Gesetz unter die sog. Diskontinuität und muss von der neuen Regierung erneut ins Verfahren eingebracht werden. Die Zuständigkeitsaufteilung zwischen den Bezirken und den örtlichen Jugendämtern, die es so nur in Bayern gibt, bleibt daher erst einmal bestehen. Damit hat das Jugendamt nach wie vor kaum Möglichkeiten, auf Strukturplanungen und Angebote für Kinder mit (drohender) Behinderungen in der eigenen Stadt Einfluss zu nehmen.

2. Unterstützung auf Einrichtungsebene und für Eltern

Einrichtungen, die Kinder mit (drohender) Behinderung betreuen, werden in der bayerischen Förderlogik grob in zwei Gruppen eingeteilt: Kitas mit Einzelintegrationsplätzen und Integrative Kitas. Die Zeitreihe (ergänzt um die Zahlen aus 2024) zeigt die deutliche Ausweitung von Einrichtungen, die inklusive frühkindliche Angebote machen. Und die Entwicklung geht laufend weiter.

Einrichtungsart	Anzahl der Plätze	Anzahl der Einrichtungen 2015	Anzahl der Einrichtungen 2023	Anzahl der Einrichtungen 2024
Kitas mit Einzelintegrationsplätzen	bis zu drei Plätze je Einrichtung	88	144	168
Integrative Kitas	dauerhaft drei und mehr Plätze	41	73	79

Außerdem arbeiten bzw. entwickeln Träger ihre Konzepte in Richtung inklusive Kindertageseinrichtungen weiter (siehe z.B. JHA 07/24, Konzept des kommunalen Kita-Trägers). Im Jahr 2023 lag der Anteil der Einrichtungen, in denen Kinder mit (drohender) Behinderung betreut werden, an allen Kitas in Nürnberg bei 54 % (2015: 33 %).

[4] Im Jahr 2023 nahm Nürnberg am Modellprojekt Bayern zum Aufbau des neuen Beratungsangebots teil; in der Aufbauphase nahmen bereits 46 Familien Kontakt auf.

Die Versorgung mit Kita-Plätzen in Krippe und Kindergarten ist gut in Nürnberg, einen passenden Platz für Kinder mit (drohender) Behinderung oder besonderem Unterstützungsbedarf zu finden, aber häufig eine Herausforderung für Eltern. Hier unterstützt neben den Beratungsstellen und den Verfahrenslotsinnen die Servicestelle Kita-Platz, die einen guten Überblick über die Angebotsstruktur in der Stadt hat. Diese Beratungen und Vermittlungen sind zeitintensiv, häufig besteht zusätzlich noch die Herausforderung die Sprachbarriere zu überwinden. Die Servicestelle Kita-Platz hat im Jahr 2024 26 Kindern und Familien einen Kita-Platz mit Eingliederungshilfebedarf vermittelt.

Damit Inklusion vor Ort gelingen kann, ist wiederum ausreichend qualifiziertes Personal in den Kindertageseinrichtungen notwendig. Zwischen 2015 und 2023 stieg die Anzahl des pädagogischen Personals in den Kindertageseinrichtungen (ohne Horte) in Nürnberg von 3.138 auf 4.340. Eine genauere Betrachtung des pädagogischen Personals zeigt, dass insbesondere bei den Heilerzieher/-innen und Heilerziehungspfleger/-innen (+118,2%) sowie den Heilpädagoginnen und -pädagogen (+84,1%) prozentual die höchsten Zuwächse zu verzeichnen waren.

Weitere wichtige flankierende Unterstützungsangebote sind die über die Qualitative Weiterentwicklung finanzierten Fortbildungsangebote zum Thema Inklusion für Fachkräfte in den Kitas in Nürnberg sowie der Fachdienst Inklusion für Kinder in Nürnberger Kindertageseinrichtungen. Die Fachstelle „Personalentwicklung und Fortbildung: Soziale Berufe (PEF:SB)“ des Referats für Jugend, Familie und Soziales hat 2023 sechs verschiedene Fortbildungsformate zum Thema Inklusion durchgeführt, an denen 156 Personen teilnahmen. Auch Inhouse- Schulungen, Team-Coachings und Prozessbegleitungen werden dazu zunehmend nachgefragt und angeboten.

Der Fachdienst Inklusion[5] in Nürnberg setzt sich dafür ein, das Recht auf Inklusion von Kindern mit herausforderndem Verhalten, insbesondere im sozial-emotionalen Bereich, zu realisieren. Dies geschieht durch die Unterstützung von Kindertageseinrichtungen, Eltern und den betroffenen Kindern. 2023 wurden 88 Kinder und deren Familien durch das multiprofessionelle Team des Fachdienstes Inklusion unterstützt, davon waren 74 % der Kinder im Kindergartenalter und 8 % im Krippenalter. Der Fokus liegt auf intensiver Beratung der Kita-Teams sowie der erzieherischen Unterstützung der Familien und der Vernetzung insbesondere mit dem Allgemeinen Sozialdienst, dem Netzwerk der Frühen Hilfen, den Erziehungs- und Familienberatungsstellen und den interdisziplinären Frühförderstellen. Dadurch wird es dem Kind ermöglicht, sich im Alltag besser zurechtzufinden und aktiv am pädagogischen Angebot teilzunehmen. Neben der Einzelfallarbeit bietet der Fachdienst auch Teambegleitungen an, die Fachkräften praxisorientierte Strategien und ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse von Kindern mit besonderen Verhaltensweisen vermitteln. Ziel ist es, diese in den Kita-Alltag zu integrieren und eine optimale Förderung zu gewährleisten. 2023 wurden 14 Teambegleitungen durchgeführt.

Für eine gelingende Bildungsbiographie sind neben der formalen Bildung auch Prozesse non-formalen Lernens von Bedeutung. Eltern werden durch vielfältige Angebote der Familienbildung und der Erziehungsberatung, aber auch durch gezielte Hilfen der Erziehung, wie z.B. Sozialpädagogische Familienhilfe, in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt, was wiederum Einfluss auf die Bildungschancen von Kindern nimmt. Und auch bei informellen Bildungsangeboten, wie dem Angebot von inklusiv geplanten Spielplätzen, setzt die Stadt innovative Impulse, die weit über Nürnberg hinauswirken. Wie jedoch Inklusion in kindlichen Alltagspraxen jenseits institutioneller Bildungsangebote stattfindet, ist aktuell noch wenig beforscht. Und man muss auch zusammenfassend feststellen, dass die Datenlage zu formalen

[5] Der Fachdienst Inklusion wurde 2021 beim Jugendamt geschaffen, um Nürnberger Kitas im Alltag beim Thema Inklusion zu unterstützen, siehe JHA vom 28.07.2022

und non-formalen Angeboten in der inklusiven frühkindlichen Bildung an vielen Stellen noch unzureichend ist.

3. Ausblick

Neben den oben genannten Ansätzen gibt es noch zahlreiche weitere Angebote und spannende Entwicklungen bei Trägern in der frühkindlichen Bildung, die z.B. im Aktionsplan Inklusion dargestellt sind. Die Entwicklung ist dynamisch. Mit folgenden zentralen Maßnahmen soll die inklusive frühkindliche Bildung in Nürnberg weiter gestärkt werden:

- Konsequenter weiterer Ausbau der Kita-Versorgung in Nürnberg (JHA-Bericht im April 2025)
- Weiterentwicklung einer inklusiven Jugendhilfeplanung für den U6-Bereich
- Verbesserung der Datengrundlage: Der Bezirk Mittelfranken hat zugesagt, schrittweise die Zahlen der Eingliederungshilfe für junge Menschen für die einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise zu erheben.
- Aufrechterhaltung der Forderung gegenüber dem Bezirk Mittelfranken, die Frühförderung und weitere Angebotsstrukturen bedarfsgerecht in Nürnberg auszubauen.
- Bericht zu den Ergebnissen des Analyseschwerpunkts Autismus-Spektrum-Störung im Jugendhilfeausschuss und im Gesundheitsausschuss 2025
- Vertiefte Analyse des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule für Kinder mit (drohender) Behinderung im Zusammenarbeit mit dem Bezirk Mittelfranken und den Frühförderstellen.
- Umsetzung des Konzepts „Inklusive Kindertageseinrichtungen in städtischen Einrichtungen“ und Aufbau von multiprofessionellen Teams in Kindertageseinrichtungen: Die dafür notwendigen Stellen für die erste Ausbaustufe 2025 hat der Stadtrat zum Haushaltsjahr 2025 genehmigt, weitere Standorte sind ab 09/2026 geplant.
- Bedarfsgerechter Ausbau von Fortbildungsangeboten über die Qualitative Weiterentwicklung (Angebote über die Fachstelle PEF:SB), z.B. Schulung von pädagogischen Fachkräften im Umgang mit (werdenden) Eltern von Kindern mit Behinderung.
- Weiterentwicklung und aktive Bewerbung der Online-Themenportal-Praxishilfe „Gemeinsam für Vielfalt in der Kita!“
- Bau von weiteren inklusiv geplanten Spielplätzen und Ausbau von inklusiven Angeboten im Ferienprogramm.

Bildungsberichterstattung der

Stadt Nürnberg

Inklusion in der frühkindlichen Bildung in Nürnberg

Inhalt

1. Einleitung 3
2. Kinder mit und ohne Behinderung in Nürnberg 4
3. Inklusion in formalen Bildungsangeboten 7
4. Unterstützung der Inklusion in formalen Bildungsangeboten 12
4.1 Unterstützung auf Individualebene 12
4.2 Unterstützung auf Einrichtungsebene 15
5. Inklusion in non-formalen Bildungsangeboten 18
6. Zusammenfassung und Ausblick 19
Glossar 22
Quellen 24

1. Einleitung

Der vorliegende Bericht liefert anhand statistischer Daten einen Überblick zur Inklusion in der frühkindlichen Bildung in der Stadt Nürnberg. Mit der Ratifizierung der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) ist Deutschland verpflichtet, Menschen mit Behinderungen und anderen Beeinträchtigungen gleichberechtigt an qualitativ hochwertiger Bildung teilhaben zu lassen, sodass sie ihr Potenzial voll entfalten können. Dazu braucht es ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen, das zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft beiträgt (vgl. § 24 der UN-BRK). Der Bericht lenkt vor diesem Hintergrund das Augenmerk auf die Teilhabe an Bildung von Kindern mit (drohenden) Behinderungen und anderen Beeinträchtigungen. Gleichwohl bestehen eine Vielzahl möglicher Diversitätsdimensionen, die mit Teilhabebarrieren zu Bildung verbunden sein können. Die fortwährende Untersuchung dieser Aspekte ist integraler Bestandteil der Nürnberger Bildungsberichterstattung und wird mit diesem Bericht für die frühkindliche Bildung vertieft.

Um inklusive Bildung in der frühkindlichen Lebensphase aufzuzeigen, werden Bildungsangebote in den Blick genommen, die sich an Kinder bis zum Alter der Einschulung richten. Mit dem Bundesteilhabegesetz werden in Deutschland Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen geregelt. Mit Blick auf Kinder mit (drohender) Behinderung und Beeinträchtigung sind Teilhabeleistungen so zu gestalten, dass diese nicht von ihrem sozialen Umfeld getrennt werden und gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen betreut werden können (vgl. §4 Abs. 3 BTHG). Bildungsangebote, die dies aufgreifen und ein gemeinsames Erleben und Lernen ermöglichen, unabhängig davon, welche individuellen Merkmale in der Lerngruppe vorkommen, werden im vorliegenden Bericht als inklusiv eingestuft. Um die Inklusion im frühkindlichen Bildungsbereich bestmöglich zu beschreiben, stehen diese Bildungsangebote und weitere die Inklusion unterstützende Rahmenbedingungen im Fokus des Berichts.

Wie Inklusion in kindlichen Alltagspraxen genau stattfindet, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch ein Forschungsdesiderat. Eine Besonderheit dieser Lebensphase liegt in der Vielgestaltigkeit der Institutionalisierungsformen während der Kindheit. So können die (pädagogischen) Orte des Aufwachsens nicht abschließend definiert und somit in Bezug zum Thema Inklusion gesetzt werden (vgl. Bätge et al. 2021, S. 82f.). Die nachfolgende Zusammenstellung von Informationen zur Inklusion in frühkindlichen (Bildungs-)Angeboten kann insofern auch für Nürnberg nur einen Ausschnitt skizzieren.

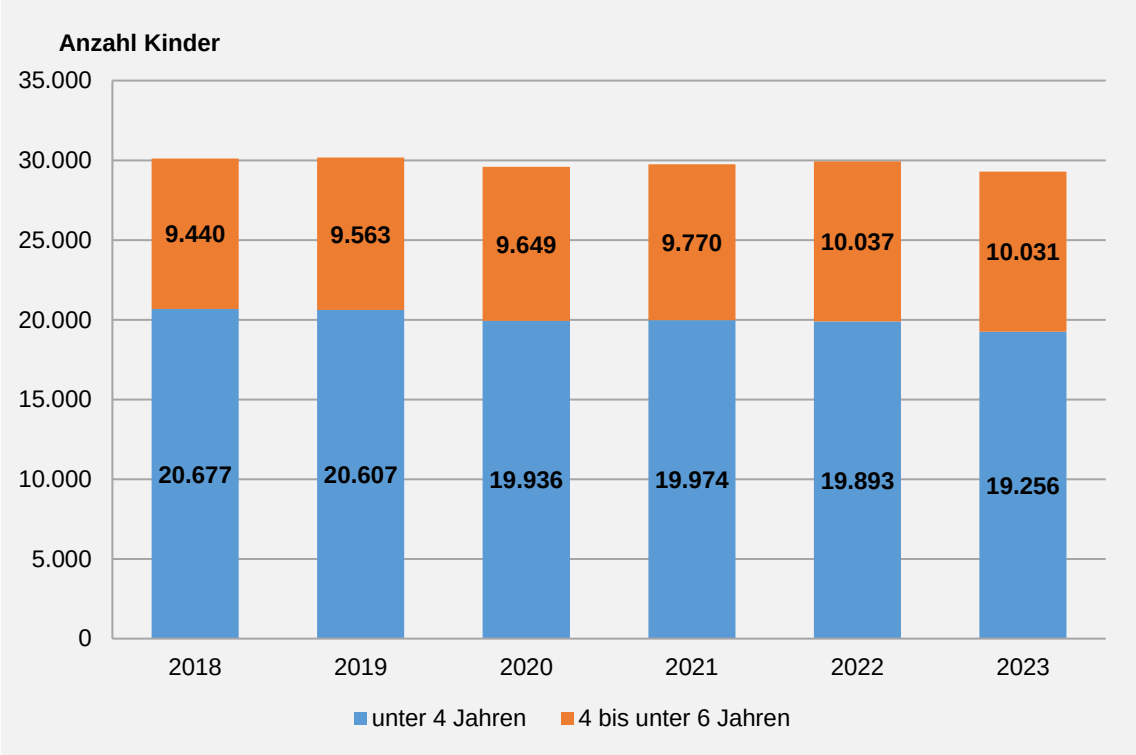
Für den vorliegenden Bericht „Inklusion in der frühkindlichen Bildung in Nürnberg“ wurden zum einen amtliche Statistiken herangezogen. Zum anderen wurden Einrichtungen und Fachstellen interviewt, um ein umfassenderes Bild zu gewinnen. Im Folgenden werden zunächst Zahlen zu Kindern mit und ohne Behinderung, die in Nürnberg leben, vorgestellt. Daraufhin wird thematisiert, inwieweit Kinder mit Beeinträchtigungen an formalen Bildungsangeboten teilnehmen und wie die Inklusion auf der individuellen Ebene und der Ebene der Einrichtungen unterstützt wird. Beispielhaft werden im nächsten Abschnitt non-formale Bildungsangebote benannt, die zum gemeinsamen Lernen von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen beitragen können. Abschließend sind die zentralen Befunde in der Zusammenfassung aufgeführt und es wird ein Ausblick auf die Datenlage zur Erfassung von Inklusion in der frühkindlichen Bildung gegeben.[1]

[1] Begriffe im vorliegenden Bericht, die unterstrichen sind, werden am Ende des Berichts im Glossar erläutert.

2. Kinder mit und ohne Behinderung in Nürnberg

Zum 31.12.2023 lebten insgesamt 29.287 Kinder im Alter von 0 bis unter 6 Jahren mit Hauptwohnsitz in Nürnberg. Davon waren 19.256 Kinder unter vier Jahre alt und 10.031 Kinder vier oder fünf Jahre[2] alt. Zwischen 2018 und 2023 sank die Anzahl der Kinder im Alter von unter sechs Jahren um 2,8%. Während die Anzahl der unter 4-Jährigen im gleichen Zeitraum um 6,9 % sank, stieg die Anzahl der 4- bis 5-Jährigen um 6,3% (**Abb. 1**).

Abb. 1: Kinder in Nürnberg nach Altersgruppen, 2017 bis 2023

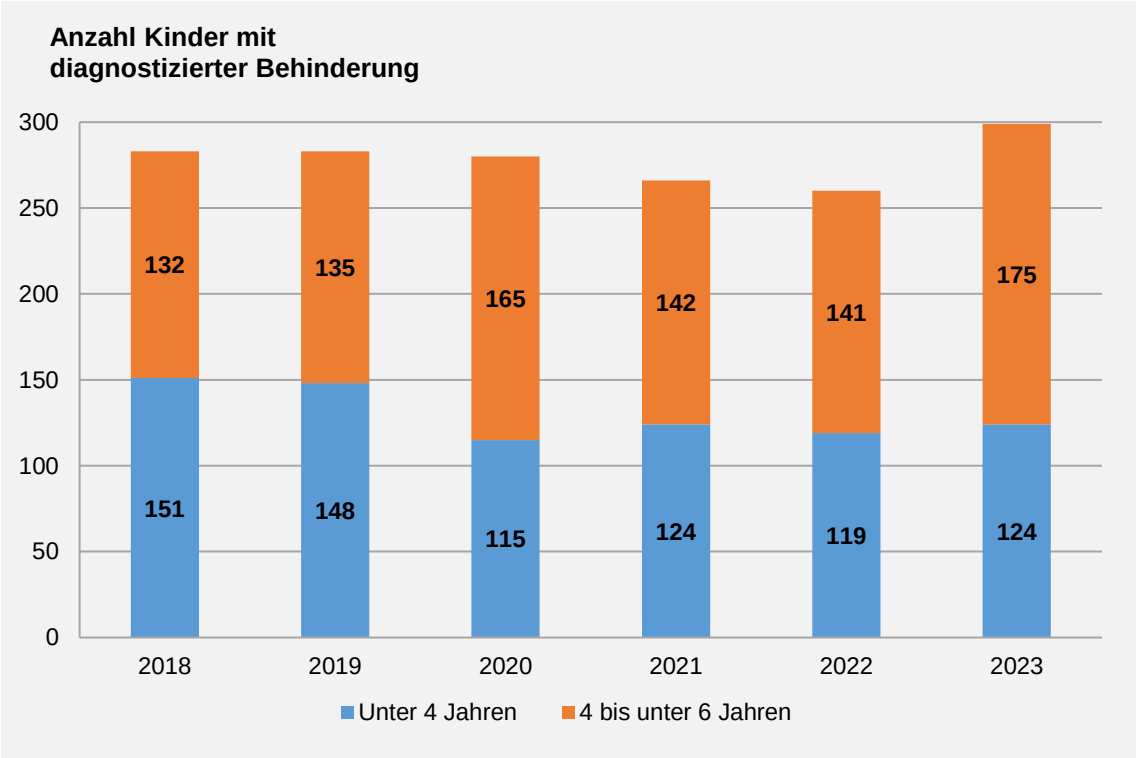


Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Einwohnermelderegister.

Am 31.12.2023 lebten in Nürnberg nach Angaben der Strukturstatistik zum Bereich des SGB IX 299 Kinder mit Behinderung (**Abb. 2**). Kinder gelten dann als „Kinder mit Behinderung“, wenn bei ihnen körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen vorliegen, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern. Beeinträchtigungen liegen vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht (vgl. §2 Abs. 1 BTHG).

[2] Abweichend zum Bildungsbericht „Bildung in Nürnberg 2022“ werden im vorliegenden Abschnitt 2 „Kinder mit und ohne Behinderung in Nürnberg“ die Bevölkerungszahlen der Altersgruppen „unter 4 Jahren“ und „4 bis unter 6 Jahren“ betrachtet, um eine Vergleichbarkeit zur Auswertung des Zentrums Bayern Familie und Soziales zu ermöglichen.

Abb. 2: Kinder mit Behinderung nach §2 Abs. 1 SGB IX in Nürnberg nach Altersgruppen, 2018 bis 2023



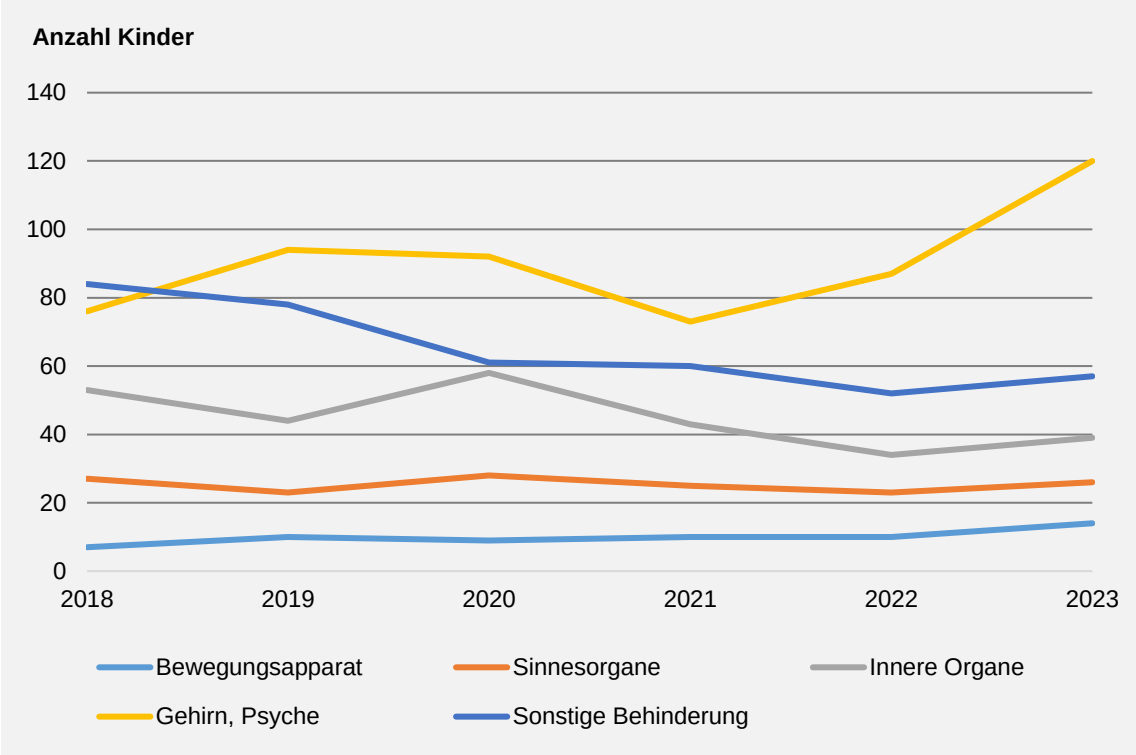
Quelle: Zentrum Bayern Familie und Soziales, Strukturstatistik SGB IX für die Stadt Nürnberg.

Zum 31.12.2023 lebten 299 Kinder mit bekannter/diagnostizierter Behinderung in Nürnberg. Davon waren 124 Kinder im Alter von 0 bis unter 4 Jahren und 175 Kinder im Alter 4 bis unter 6 Jahren. In Nürnberg hat sich die Zahl der Kinder mit Behinderung von 2022 zu 2023 um 39 Kinder erhöht. Die Anzahl war in den Vorjahren 2020 bis 2022 gesunken. Im Jahr 2020 wurden vor allem weniger jüngere Kinder im Alter von 0 bis unter 4 Jahren in der Statistik gemeldet (- 33 Kinder im Vergleich zu 2019), im Folgejahr nahm dann die Anzahl der Kinder mit Behinderung in der Altersstufe 4 bis unter 6 Jahren um mehr als 20 Kinder ab.

In Folge der Corona-Pandemie ist die Zahl der Anträge auf Feststellung einer Behinderung in Bayern insgesamt zurückgegangen. Bei der Feststellung von Behinderungen im frühkindlichen Alter ist davon auszugehen, dass diagnostische Verfahren z.B. in sozialpädiatrischen Zentren in dieser Zeit weniger stattfinden konnten. Gleichzeitig hatten die Kontaktbeschränkungen auch Einfluss auf unterstützende Strukturen. So konnten z.B. Termine bei Sozialverbänden oder Sozialdiensten, die häufig bei Antragstellungen unterstützen, wenig bis gar nicht wahrgenommen werden. Von 2022 bis 2023 ist die Zahl der Antragstellungen in Nürnberg, so wie in Bayern insgesamt, wieder gestiegen. Zurückzuführen ist dies allgemein auch auf einen Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung aus dem Ausland in der Region.

Das Zentrum Bayern Familie und Soziales als Versorgungsamt stuft die Auswirkungen auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben als Grad der Behinderung (GdB) in Zehnergraden ab einem GdB von 20 ein und verzeichnet sie in der Statistik. Ab einem GdB von 50 wird eine Schwerbehinderung ausgewiesen und ein Schwerbehindertenausweis ausgestellt. In Nürnberg hatten im Jahr 2023 256 Kinder unter 6 Jahren eine Schwerbehinderung. Damit lag bei 86 % aller Kinder mit Behinderung eine Schwerbehinderung vor. In den beiden Vorjahren lag der Anteil bei 79 %.

Abb. 3: Kinder mit Schwerbehinderung nach §2 Abs. 1 SGB IX unter 6 Jahren nach Art der Hauptbehinderung in Nürnberg, 2018 bis 2023



Quelle: Zentrum Bayern Familie und Soziales, Strukturstatistik SGB IX für die Stadt Nürnberg.

Für Menschen mit Schwerbehinderung ist in der Strukturstatistik zum Bereich des SGB IX die Hauptbehinderung vermerkt. Im Jahr 2023 wird bei den unter 6-jährigen Kindern mit Schwerbehinderung in Nürnberg am häufigsten eine Behinderung des Gehirns oder der Psyche als Hauptbehinderung ausgewiesen (120 Kinder) (**Abb. 3**). Die Anzahl der Kinder mit diagnostizierten geistigen und diagnostizierten psychischen Behinderungen ist in den vergangenen zwei Jahren um 47 Fälle angestiegen. Die Formen „Sonstige Behinderung“ (2023: 57 Kinder) und „Innere Organe“ (2023: 39 Kinder) sind seit 2018 – mit einigen Unterbrechungen – rückläufig. Die Anzahl der Kinder, deren Behinderung die Sinnesorgane betrifft (2023: 26 Kinder), blieb seit 2018 auf gleichem Niveau. Die Anzahl der Kinder mit einer Schwerbehinderung des Bewegungsapparats liegt bei 14 Kindern und hat sich seit 2018 verdoppelt.

Beeinträchtigungen, die nur temporär bestehen oder aufgrund von Unsicherheiten der Prognose der weiteren Entwicklungsverläufe bei Kindern nicht als Behinderung diagnostizierbar sind, können zur Feststellung einer drohenden Behinderung führen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 159). Die Feststellung einer drohenden Behinderung ist relevant für den Erhalt gesetzlich festgelegter Leistungen zur Teilhabe im Rahmen der sogenannten Eingliederungshilfe. Kinder mit einer drohenden Behinderung werden in der Strukturstatistik zum Bereich des SGB IX nicht erfasst. In der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik werden Daten in Bezug auf die institutionelle Betreuung von Kindern, die Eingliederungshilfe erhalten, erhoben (s. Abschnitt 5 „Inklusion in formalen Bildungsangeboten“).

Für Kinder mit einer (drohenden) Behinderung sind Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung gemäß § 42 Abs. 2 BTHG vorgesehen. Da Teilhabeeinschränkungen im Verlauf der Kindheit auch durch entwicklungsbedingte Besonderheiten entstehen können, wurde durch das BTHG ein frühzeitiger Zugang zur Komplexleistung der Frühförderung und Beratung geschaffen (vgl.

Krinninger 2018, S. 180). Kindliche Entwicklungsverläufe sind dabei sehr individuell. Ein Entwicklungsverlauf, der nicht mit demjenigen von Gleichaltrigen übereinstimmt, gilt bei Kindern als auffällig. Hierunter fallen z.B. Entwicklungsverzögerungen und -störungen und Unsicherheiten bei der Interpretation von kindlichen Verhaltensweisen (vgl. Jenni 2021, S. 403f.). Aufgabe der Frühförderung ist es, zum frühestmöglichen Zeitpunkt mit Maßnahmen zur Behebung und Besserung der Beeinträchtigung des Kindes zu beginnen (vgl. Kruse 2023, S. 54). In Nürnberg erbringen das Sozialpädiatrische Zentrum der Cnopfschen Kinderklinik und vier Frühförderstellen diese Leistungen (Stand: 28.06.2024):

- Lebenshilfe Nürnberg - Interdisziplinäre Frühförderung
- Verein für Menschen mit Körperbehinderung - Frühförderung
- Zentrum für Hörgeschädigte - Interdisziplinäre Frühförderstelle
- Blindenanstalt Nürnberg - Frühförderung für Sehbehinderte/Blinde

In Bezug auf das Vorkommen von Entwicklungs- und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern unter 6 Jahren in Nürnberg könnten z.B. Befunde aus der jährlich stattfindenden Schuleingangsuntersuchung herangezogen werden, die regelmäßig im Nürnberger Bildungsbericht beleuchtet werden. Für den vorliegenden Bericht lagen noch keine Daten der aktuellen Schuleingangsuntersuchungen vor.

In Nürnberg ist die „Zentrale Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche mit Entwicklungsauffälligkeiten und Behinderung (ZEBBEK)“ des Gesundheitsamtes seit 50 Jahren eine Anlaufstelle für Eltern und Fachpersonal in diesen Fällen. Vom 01.1.2023 bis zum 30.9.2023 führte die ZEBBEK 688 Beratungen und 224 Befund- bzw. Anamneseerhebungen durch. In diesem Zeitraum wurden zudem 129 amtsärztliche Gutachten über die Feststellung von Behinderungen gemäß den Vorschriften des SGB XII /IX, SGB VIII § 35a und Weiteren erstellt (vgl. Stadt Nürnberg, Gesundheitsamt, Gesundheitsausschuss am 15.11.2023).

3. Inklusion in formalen Bildungsangeboten

Kindertageseinrichtungen leisten – als erster außerfamiliärer Bildungsort im Lebenslauf – einen wichtigen Beitrag zur Bildung, Erziehung und Betreuung. In Nürnberg lag die Gesamtzahl der Kinder in Kindertageseinrichtungen im Alter von 0 Jahren bis zum Schuleintrittsalter im Jahr 2023 bei 19.485 Kindern. Die Gesamtzahl der betreuten Kinder in Nürnberg ist von 2015 bis 2022 kontinuierlich angestiegen und im Jahr 2023 leicht rückläufig gewesen. Die Angebote in Kindertageseinrichtungen sollen an den unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen der Kinder orientiert sein (§ 22 Abs. 3 SGB VIII). Nach § 22a Abs. 4 SGB VIII sollen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam gefördert werden. Außerdem sollen die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit und ohne Behinderung und von Kindern, die von Behinderung bedroht sind, berücksichtigt werden. Kinder mit bestehender Behinderung oder drohender Behinderung können in Regeleinrichtungen im Rahmen der Einzelintegration[3] und in integrativen Einrichtungen[4] betreut werden.

[3] Der Begriff der Einzelintegration meint die Aufnahme einzelner Kinder mit Entwicklungsverzögerungen oder Beeinträchtigungen in Kindertageseinrichtungen im Rahmen der Eingliederungshilfe.

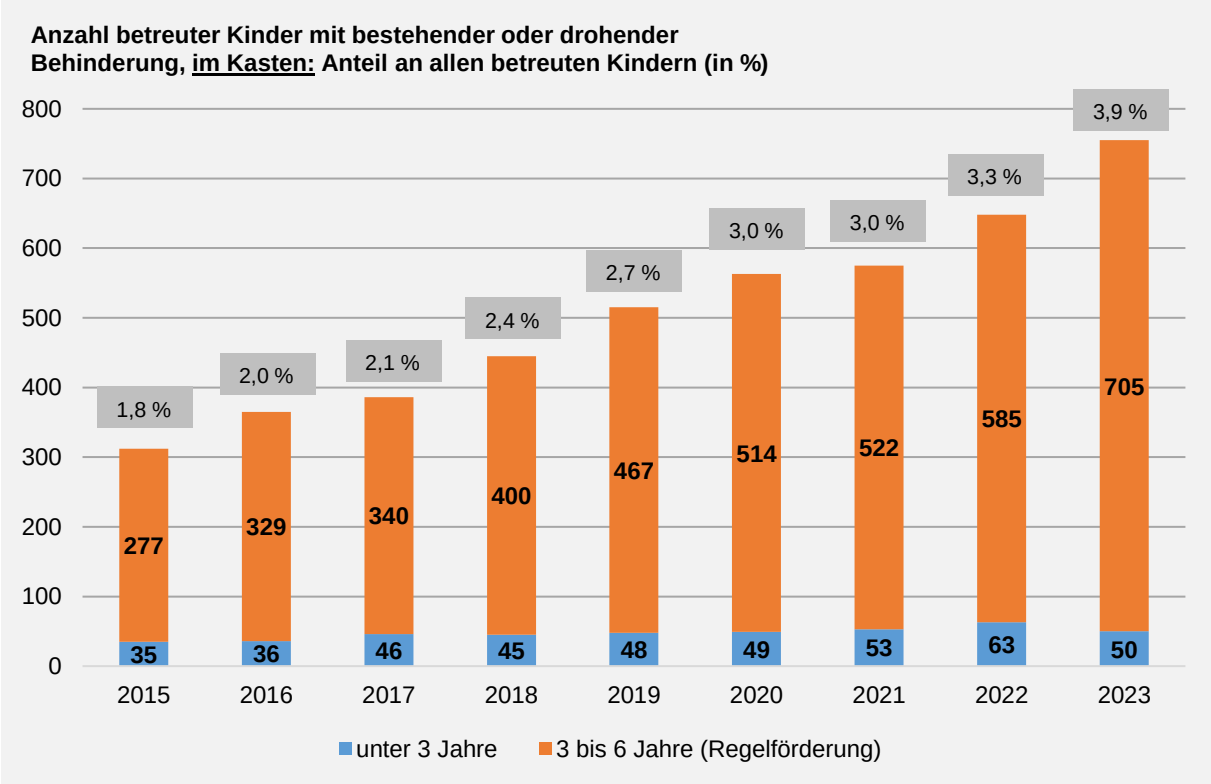
[4] Integrative Kindertageseinrichtungen sind nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) Einrichtungen, die von bis zu einem Drittel, mindestens aber von drei behinderten oder von Behinderung bedrohten Kindern besucht werden.

Nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) wird für jedes Kind mit einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung der Faktor 4,5 bei der Personalbemessung herangezogen, sofern ein Anspruch auf Eingliederungshilfe festgestellt wurde. Dies gilt sowohl für die Einzelintegration – d.h. für Kindertageseinrichtungen, die ein oder zwei Kinder mit (drohender wesentlicher) Behinderung integrieren – als auch für integrative Kindertageseinrichtungen (vgl. Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales 2016).

Im Jahr 2023 besuchten 755 Kinder im Alter von 0 Jahren bis zum Schuleintrittsalter mit einer (drohenden) Behinderung (nach BayKiBiG) eine Kindertageseinrichtung in Nürnberg (**Abb. 4**). Davon waren 50 Kinder im Alter unter drei Jahren und 705 Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Gründe für die höhere Anzahl in der Altersgruppe der Kinder ab drei Jahren, die für den gesamten Betrachtungszeitraum feststellbar ist, können neben institutionellen Barrieren bei der frühen Aufnahme von Kindern mit Behinderungen darin bestehen, dass Auffälligkeiten sich erst im Laufe der kindlichen Entwicklung zeigen oder die Diagnose einer (drohenden) Behinderung erst mit steigendem Alter erfolgt (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 159).

Die Gesamtzahl der betreuten Kinder mit (drohender) Behinderung hat sich in Nürnberg seit 2015 kontinuierlich erhöht. Insgesamt hat die Anzahl der betreuten Kinder mit (drohender) Behinderung von 2015 (312 Kinder) bis 2023 (755 Kinder) um 142 % zugenommen. Dieser Anstieg kann u.a. auf die allgemeine Zunahme von diagnostizierten seelischen Störungen bei Kindern sowie die häufigere Wahrnehmung und Diagnose von Autismus-Spektrum-Störungen zurückgeführt werden (s. auch Bildung in Nürnberg 2022, S. 46).

Abb. 4: Kinder im Alter von 0 Jahren bis zum Schuleintrittsalter mit bestehender oder drohender Behinderung in Kindertageseinrichtungen in Nürnberg, 2018 bis 2023

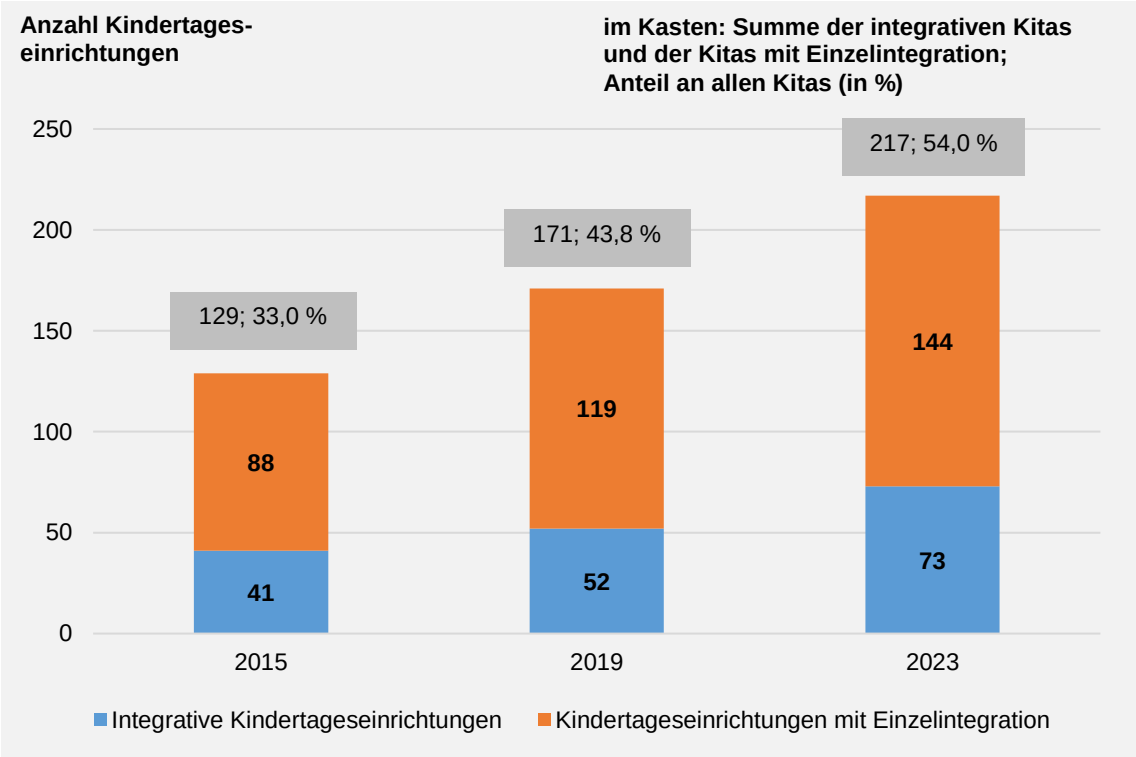


Anmerkung: Stand jeweils Dezember.
Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt.

Über den Betrachtungszeitraum lässt sich feststellen, dass auch der Anteil der betreuten Kinder mit (drohender) Behinderung an allen betreuten Kindern in dieser Altersstufe zugenommen hat. 2023 lag der Anteil bei 3,9 % und hat sich seit 2015 (1,8 %) mehr als verdoppelt. Sogenannte Inklusionskinder machen damit in den letzten Jahren einen immer größeren Anteil in Nürnberger Kindertageseinrichtungen aus.

Entsprechend des Anstiegs der betreuten Kinder zwischen 0 Jahren und dem Schuleintrittsalter mit (drohender) Behinderung stieg auch die Anzahl der integrativen Einrichtungen in den vergangenen Jahren von 41 im Jahr 2015 auf 73 im Jahr 2023 an, was einem Anstieg von 78,1 % entspricht (**Abb.** 5). Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Einrichtungen, in denen Kinder mit Behinderung oder von Behinderung bedrohte Kinder im Rahmen der Einzelintegration betreut werden, von 88 auf 144 an (+ 63,6 %).

Abb. 5: Kindertageseinrichtungen mit Einzelintegration und integrative Kindertageseinrichtungen in Nürnberg, Betriebsjahre 2015, 2019 und 2023; Summe der Kitas mit Einzelintegration und der integrativen Kitas sowie Anteil an allen Kindertageseinrichtungen



Anmerkung: Es werden Kindertageseinrichtungen erfasst, die Kinder im Alter zwischen 0 Jahren und dem Schuleintritt betreuen.
Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt; eigene Berechnungen.

Insgesamt stieg die Anzahl an Kindertageseinrichtungen, die Kinder mit (drohender) Behinderung im Vorschulalter betreuen, zwischen 2015 und 2023 von 129 auf 217. Der Anteil der integrativen Kindertageseinrichtungen und der Kindertageseinrichtungen mit Einzelintegration an allen Kindertageseinrichtungen stieg von 33,0% auf 54,0 % (**Abb. 5**). Viele Einrichtungen mit Einzelintegration betreuen seit mehreren Jahren regelhaft drei und mehr Kinder mit (drohender) Behinderung. Es zeichnet sich daher ab, dass aufgrund der steigenden Nachfrage nach integrativen Plätzen weitere Einrichtungen zu integrativen Einrichtungen weiterentwickelt werden. 2024 wurde für 12 Bestandseinrichtungen in städtischer Trägerschaft ab dem Jahr 2025 die Weiterentwicklung zu

integrativen Einrichtungen beschlossen. Sobald weitere städtische Kindertageseinrichtungen dauerhaft drei oder mehr von Behinderung bedrohte oder behinderte Kinder betreuen, sollen auch diese die Möglichkeit erhalten, sich strukturell und personell als inklusive Kita weiter zu entwickeln (Stadt Nürnberg, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Jugendhilfeausschuss am 18.7.24).

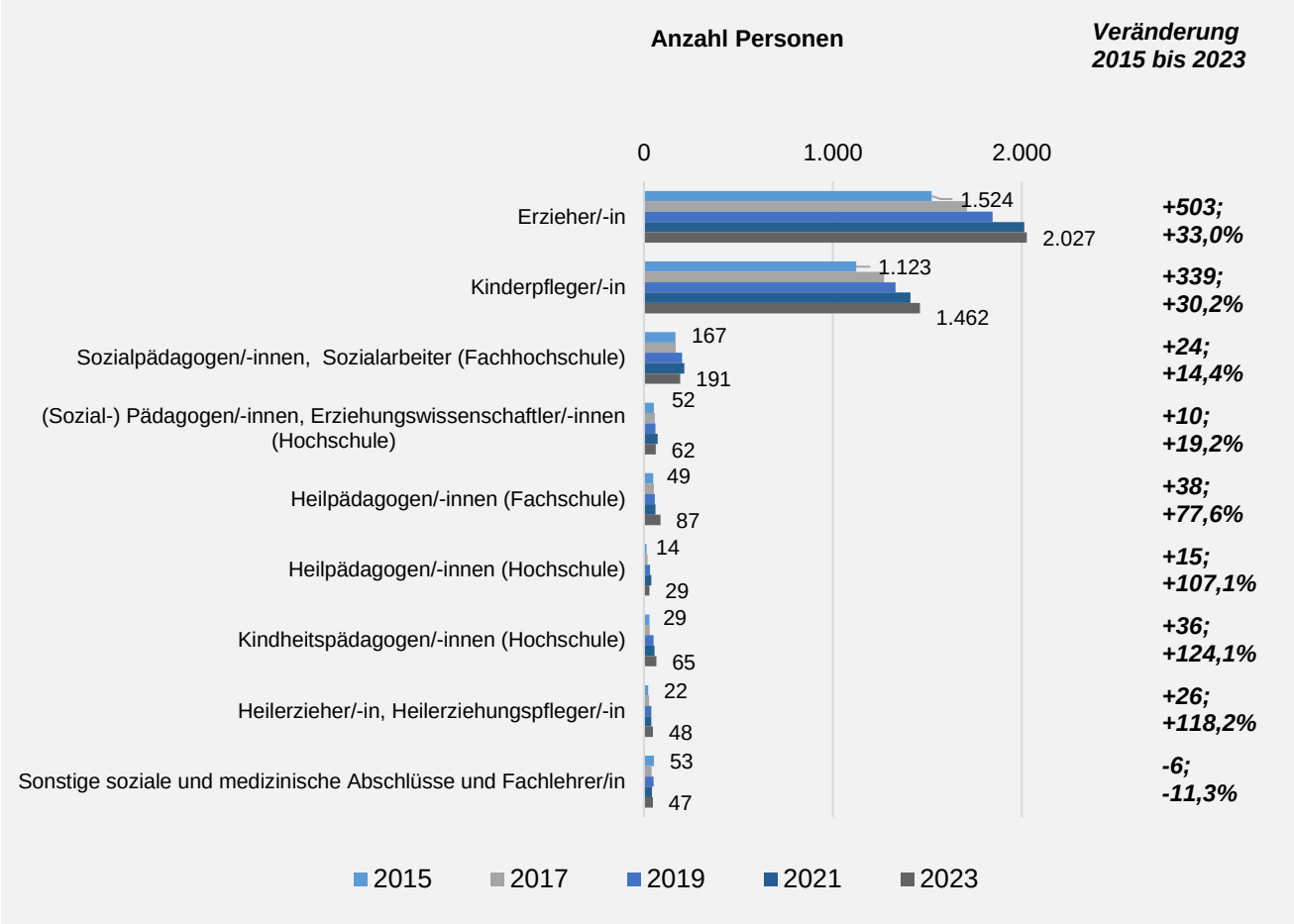
Der steigenden Heterogenität der Betreuungs- und Förderbedarfe auf Seiten der Kinder kann im Rahmen einer inklusiven Pädagogik begegnet werden. Vor allem multiprofessionelle Teams (d.h. Teams, die sich aus unterschiedlichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen zusammensetzen und in einem interdisziplinären Setting zusammenarbeiten) sind essentieller Bestandteil einer professionellen Umsetzung von Inklusion in Kindertageseinrichtungen (vgl. Prengel 2014, S. 34). Um die Inklusion in Kindertageseinrichtungen weiter voran zu bringen, ist somit ausreichend qualifiziertes Personal notwendig – insbesondere der Bedarf an Heilpädagogen/-innen ist gestiegen. In Zeiten des Fachkräftemangels bleibt der steigende Personalbedarf die große Herausforderung (vgl. Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik 2024, Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014).

Der Ausbau der Kindertagesbetreuungsangebote (vgl. Stadt Nürnberg, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Vorlage zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 21.12.2023) sowie die erhöhten Anforderungen, die an frühkindliche Bildungsangebote gestellt werden, haben zu einem starken Wachstum des Personals in der Kindertagesbetreuung beigetragen. Die Gesamtzahl des pädagogischen Personals in den Nürnberger Kindertageseinrichtungen[5] betrug zum 1.3.2023 4.340. Fünf Jahre zuvor lag die Gesamtzahl bei 3.138 Personen. Zwischen 2015 und 2023 stieg die Anzahl des pädagogischen Personals in den Nürnberger Kindertageseinrichtungen um 38,3%.

Abb. 6 zeigt das pädagogische **Personal in Kindertageseinrichtungen** in Nürnberg nach ausgewählten Berufs- und Hochschulabschlüssen sowie die prozentuale Veränderung im Zeitverlauf. Im Jahr 2023 waren 2.027 Erzieherinnen und Erzieher in Nürnberg in Kindertageseinrichtungen mit Kindern im Vorschulalter beschäftigt (**Abb. 6**). Die Anzahl der Erzieher/-innen in Kindertageseinrichtungen in Nürnberg stieg zwischen 2015 und 2023 um 33,0%. Bei den Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern erhöhte sich die Anzahl im gleichen Zeitraum von 1.123 auf 1.462 um 30,2%. Anteilig arbeiteten immer mehr Personen in einem heilpädagogischen oder heilerzieherischen Beruf in den Kindertageseinrichtungen. So stieg beispielsweise die Anzahl der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen (mit (Fach-)Hochschulabschluss) zwischen 2015 und 2023 von 63 auf 116 an (+ 84,1%). Bei den Heilerziehern/-innen und Heilerziehungspflegern/-innen erhöhte sich die Anzahl im gleichen Zeitraum von 22 auf 48 (+ 118,2 %).

[5] Ohne Horte.

Abb. 6: Pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen (ohne Horte) in Nürnberg nach ausgewählten Berufs- und Hochschulabschlüssen, 2015, 2017, 2019, 2021 und 2023



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Als wesentliche Indikatoren für die Bestimmung der Qualität einer Kindertageseinrichtung wird in der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik neben der Qualifikation des beschäftigten Personals auch der Anstellungsschlüssel angeführt. Der Mindestanstellungsschlüssel in Bayern liegt bei 1:11. Mit der geänderten Kinderbildungsverordnung, in Kraft getreten am 1.5.2021, wird anstatt des bisherigen empfohlenen Anstellungsschlüssels von 1:10,0 jährlich der bayernweit durchschnittliche Anstellungsschlüssel des abgelaufenen Bewilligungsjahres als Empfehlung bekanntgegeben. Der bayernweite durchschnittliche Anstellungsschlüssel lag, bezogen auf alle nach dem BayKiBiG geförderten Betreuungseinrichtungen, im Jahr 2023 bei 1:9,2. In Kinderkrippen betrug der Wert 1:8,5, in Kindergärten 1:9,4 und in Häusern für Kinder 1:9,2. Der trägerübergreifende durchschnittliche Anstellungsschlüssel in Nürnberger Einrichtungen lag im Jahr 2023 durchschnittlich bei 1:9,2, in Kinderkrippen bei 1:9,0, in Kindergärten bei 1:9,8 und in Häusern für Kinder bei 1:9,4 (Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt; eigene Berechnung auf Datenbasis von KiBiG.web).

4. Unterstützung der Inklusion in formalen Bildungsangeboten

4.1 Unterstützung auf Individualebene

Um möglichst selbstbestimmt und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, benötigen Menschen mit Behinderung mitunter eine individuelle Form der Unterstützung. Diese Unterstützung kann durch sogenannte Eingliederungshilfeleistungen erfolgen, die je nach Art der Behinderung von unterschiedlichen Rehabilitationsträgern geleistet werden (vgl. Kinder- und Jugendhilfereport 2024, S. 115). Kinder mit geistiger oder körperlicher Behinderung erhalten Leistungen vom Träger der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX (Recht der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen), für Nürnberg ist dies der Bezirk Mittelfranken. Kinder mit (drohender) seelischer Behinderung erhalten wiederum Leistungen zur Eingliederungshilfe vom Jugendamt nach dem SGB VIII (Recht der Kinder- und Jugendhilfe). Mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) von 2021 wurde geregelt, dass die Eingliederungshilfe für Kinder und junge Menschen vom SGB IX in das SGB VIII zum 01.01.2028 übergeleitet werden soll. Die Leistungen für Kinder mit und ohne Behinderungen werden damit unter dem Dach der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe gebündelt. Dadurch sollen Abgrenzungs- und Definitionsprobleme an den Schnittstellen von Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfen und Rehabilitation vermieden werden (vgl. Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik 2024, S. 115).

Da Familien mit Kindern mit Behinderung häufig Unterstützung suchen, um ihre Ansprüche gegenüber den zuständigen Rehabilitationsträgern durchzusetzen, ist ab dem Jahr 2024 bis Ende 2027 der Einsatz von Verfahrenslotsinnen und Verfahrenslotsen gemäß §10b SGB VIII Abs. 1 für Kommunen möglich. In Nürnberg konnten durch ein mit Landesmitteln finanziertes Modellprojekt bereits im Laufe des Jahres 2023 zwei **Verfahrenslotsinnen** eingesetzt werden, die Familien, Kinder und junge Menschen mit Behinderung bei der Verwirklichung ihrer Leistungsansprüche unterstützen. So konnten erste Erfahrungen in der rechtskreisübergreifenden Beratungspraxis gesammelt werden.

„Die Sozialgesetzgebung zur Eingliederungshilfe bei Kindern ist sehr komplex, da sich je nach Art der Behinderung die Rehabilitationsträger unterscheiden. Die Feststellung von Bedarfen und die Entscheidungsfindung für Leistungen sind zwischen den Trägern verschieden. Dies führt insbesondere dann zu Schwierigkeiten, wenn eine Kombination aus Behinderungen vorliegt. Bei Kindern mit seelischen und geistigen Beeinträchtigungen kommt es zu langen Verfahren zwischen SGB VIII und SGB IX. Gerade hier bräuchte es aber schnelle Entscheidungen und umfassende Hilfen, auch zur psychosozialen und erzieherischen Unterstützung, um die Lage der Kinder und Eltern zu verbessern.“ (Verfahrenslotsin der Stadt Nürnberg)

Von März bis Dezember 2023 nahmen insgesamt 46 Familien Kontakt mit den Verfahrenslotsinnen auf. 22,5% der Beratungsfälle entfielen auf Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren, 2,5% bezogen sich auf Kinder in der Altersgruppe von 0 bis unter 3 Jahren. Die niedrige Fallzahl im Bereich der 0- bis unter 3-Jährigen wird vor allem darauf zurückgeführt, dass eine seelische Behinderung im frühkindlichen Alter häufig noch nicht feststellbar ist bzw. sich erst in diesem Alter entwickelt. Viel Beratungsbedarf entsteht bei der Suche nach passenden Kindertageseinrichtungen für Kinder mit (drohenden) Behinderungen. So beziehen sich viele Anfragen z.B. auf Betreuungsplätze, vor allem für Kinder mit der Diagnose ASS (Autismus Spektrum Störung). Für diese Gruppe wird ein großer Mangel an geeigneten integrativen Kindergartenplätzen beobachtet. Mit dem Übergang in die Schule ändert sich die Zuständigkeit vom Bezirk Mittelfranken hin zum Jugendamt, sodass die Verfahrenslotsinnen daher auch vor oder zum Schuleintritt häufig aufgesucht werden.

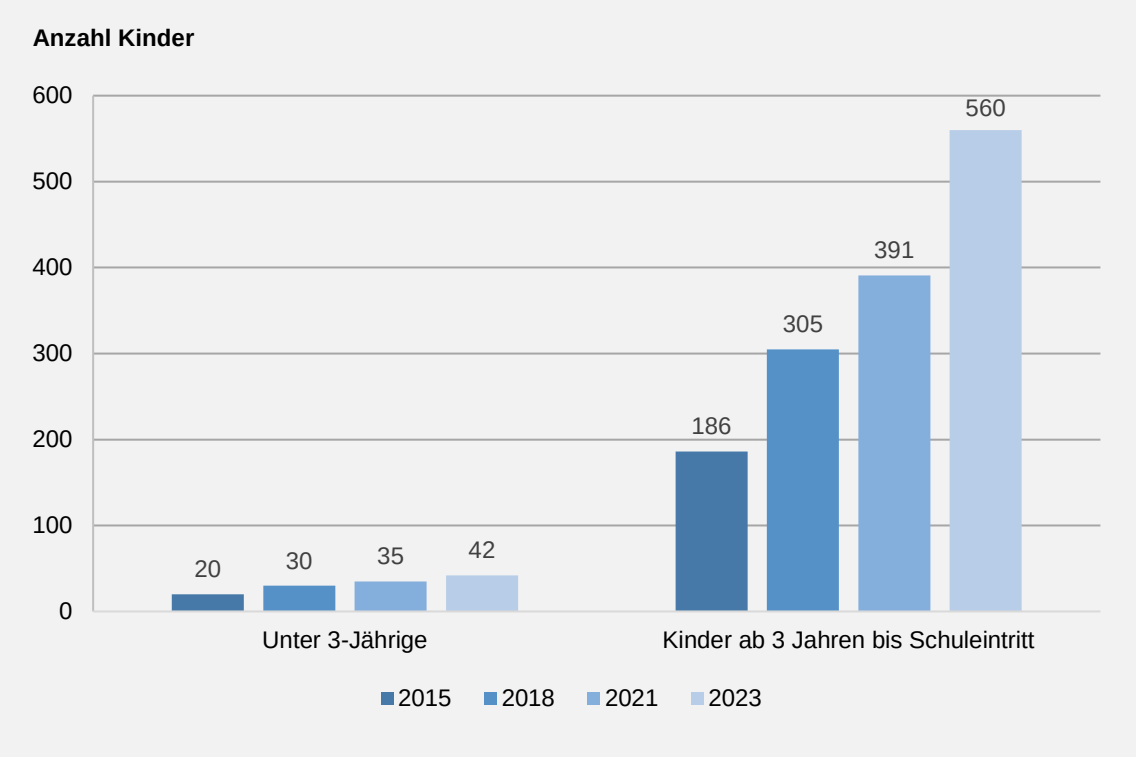
Bei komplexeren Beratungen können die Verfahrenslotsinnen zu Terminen und Besuchen in Einrichtungen hinzugezogen werden und auch durch Sprachmittler/-innen unterstützt werden. Mit Einwilligung der Eltern können zudem weitere Fachkräfte oder Leistungserbringer einbezogen oder es kann an sie verwiesen werden. Dies sind z.B. die Koordinationsstelle Frühe Hilfen (KoKi), Frühförder- und Erziehungsberatungsstellen, die Servicestelle Kita-Platz, der Fachdienst Inklusion, die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) sowie Träger von Kindertageseinrichtungen und Schulvorbereitenden Einrichtungen (SVE) (Stadt Nürnberg, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Jugendhilfeausschuss am 18.07.24).

Eine wichtige Unterstützungsstruktur im frühkindlichen Bereich stellt in Nürnberg die **Koordinationsstelle Frühe Hilfen (KoKi)** dar. Sie steht werdenden Eltern und Eltern von Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren aber auch Fachkräften als Beratungs- und Vermittlungsinstanz kostenfrei zur Verfügung, um sie in der ersten Lebensphase der Kinder zu unterstützen. Die KoKi nimmt damit eine Lotsenfunktion im Nürnberger Netzwerk „Frühen Hilfen“ ein, in dem viele unterschiedliche (fast 1.000) Unterstützungsangebote in der Stadt gebündelt werden. Im Falle der Beratung von Familien mit Kindern mit Behinderung kann an Dienste und Kooperationspartner u.a. aus der Jugend-, der Gesundheits-, und der Eingliederungshilfe vermittelt werden. Auch die Anbindung an eine langfristige psychosoziale Beratung von Eltern ist über die KoKi möglich. Insbesondere die Förderung einer sicheren Bindung zwischen Eltern und Kind ist in der Beratungspraxis der KoKi wichtig, da sich dadurch verschiedene Entwicklungsschwierigkeiten bei Kindern potenziell vermeiden lassen.

In der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik werden die Eingliederungshilfen nach der Art der Behinderung und unabhängig vom leistungsgewährenden Rechtskreis erhoben.
Im Jahr 2023 erhielten in Nürnberg insgesamt 602 Kinder im Vorschulalter in Kindertageseinrichtungen Eingliederungshilfe (**Abb. 7**). Das Angebot der Kindertagespflege wird nur in geringem Maß von Kindern mit Behinderungen in Anspruch genommen. Die Anzahl der Kinder, die im Rahmen der Kindertagespflege Eingliederungshilfe erhielten, blieb in den vergangenen Jahren konstant im sehr niedrigen einstelligen Bereich (Amt für Stadtforschung für Nürnberg und Fürth; amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik).

Im Folgenden werden ausschließlich die Kinder im Alter von 0 Jahren bis zum Schuleintrittsalter in den Blick genommen, die aufgrund mindestens einer Behinderung Eingliederungshilfe in Kindertageseinrichtungen erhielten. Die jeweiligen Leistungen zu Eingliederungshilfe können z.B. aus individuellen Beratungs- und Therapieangeboten oder einer persönlichen Assistenz zum Besuch einer Kindertageseinrichtung bestehen (vgl. Kruse 2023). In der Altersgruppe der unter 3-Jährigen lag die Anzahl der Kinder mit Eingliederungshilfe im Jahr 2023 bei 42 (**Abb. 7**), in der Gruppe der Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintrittsalter bei 560 (Amt für Stadtforschung für Nürnberg und Fürth; amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik).

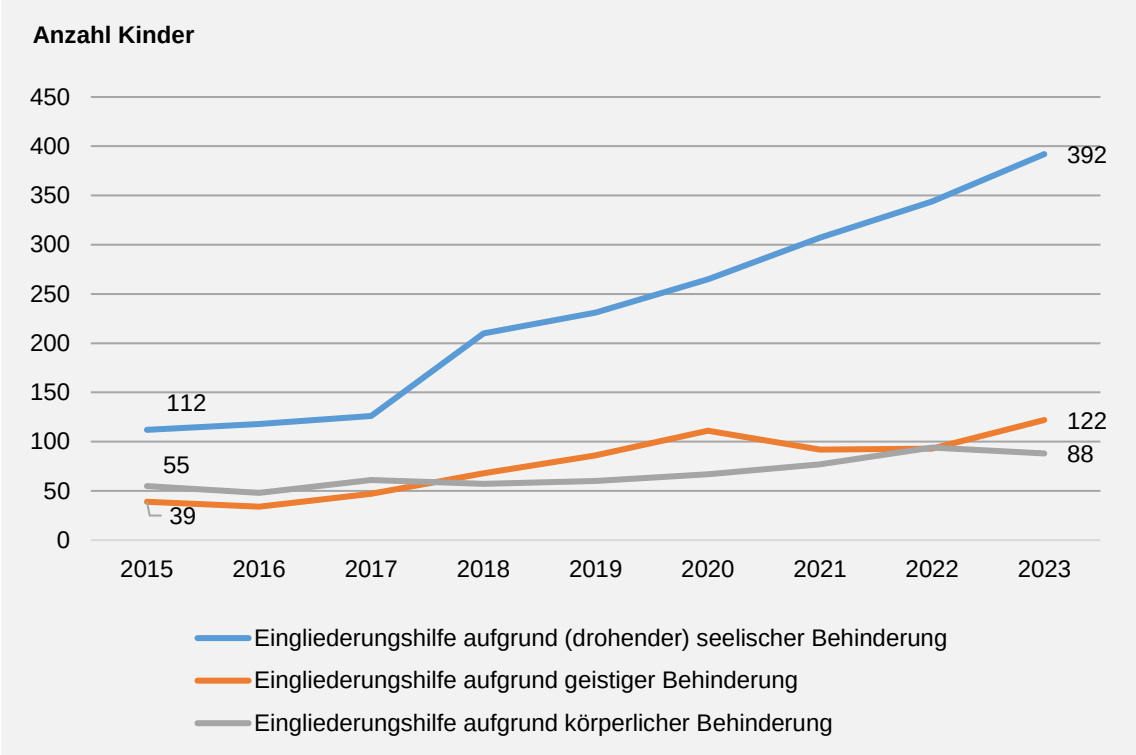
Abb. 7: Kinder im Alter von 0 Jahren bis zum Schuleintrittsalter mit Eingliederungshilfe in Kindertageseinrichtungen nach Altersgruppen, 2015, 2018, 2020, 2023



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Die Anzahl der Kinder, die Eingliederungshilfen in Kindertageseinrichtungen erhielten, stieg zwischen 2015 und 2023 von 206 auf 602 (+ 192,2%) (**Abb. 8**). Aufgrund einer (drohenden) seelischen Behinderung erhielten im Jahr 2023 392 Kinder Eingliederungshilfe; dieser Wert hat sich zwischen 2015 und 2023 mehr als verdreifacht (+250,0%). 122 Kinder erhielten 2023 Eingliederungshilfe aufgrund geistiger Behinderung (Veränderung gegenüber 2015: +212,8%) und 88 Kinder aufgrund körperlicher Behinderung (Veränderung gegenüber 2015: +60,0%). Wie der Nationale Bildungsbericht auf Bundesebene zeigte, werden Kinder mit Eingliederungshilfe sowohl in eher inklusionsorientierten als auch in tendenziell separierenden Einrichtungen und Gruppen betreut, wobei sich der Trend zu inklusionsorientierten Angeboten fortgesetzt hat (Nationaler Bildungsbericht 2018, S. 76).

Abb. 8: Kinder im Alter von 0 Jahren bis zum Schuleintritt in Kindertageseinrichtungen in Nürnberg mit Eingliederungshilfe, 2015 bis 2023



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik.

In den Kindertageseinrichtungen können unterstützend auch Mobile Sonderpädagogische Hilfen (MSH) hinzugezogen werden. MSH sind an Förderzentren verortet und werden von Lehrkräften oder Heilpädagoginnen und -pädagogen im Rahmen eines Stundenkontingents geleistet, das von der Regierung von Mittelfranken zugewiesen wird. Aufgabe der MSH ist es u.a., die Entwicklung der Kinder zu fördern, Eltern und Personal zu beraten. Fachkräfte der MSH kommen auf Anfrage von Eltern oder Fachkräften in die Einrichtungen. Dabei reicht die Spanne der Betreuungsdauer von einer kurzfristigen Beratung bis zur längerfristigen Begleitung und Förderung. Im Schuljahr 2022/23 wurden von den 14 sonderpädagogischen Förderzentren in Nürnberg 1.448 Kinder im vorschulischen Bereich durch die MSH betreut (554 Mädchen und 894 Jungen). Vier Jahre zuvor wurden mit insgesamt 851 Kindern (274 Mädchen und 577 Jungen) im vorschulischen Bereich noch deutlich weniger durch die MSH betreut (Quelle: Regierung von Mittelfranken). Daneben werden in besonderen Fällen Integrationshelferinnen und -helfer eingesetzt, die ein Kind während des Aufenthalts in der Tageseinrichtung begleiten.

4.2 Unterstützung auf Einrichtungsebene

Zur Unterstützung der Fachkräfte in den Einrichtungen wurde im Jahr 2021 der **Fachdienst Inklusion** der Stadt Nürnberg aufgebaut. Dieser ist ein freiwilliges und kostenloses Angebot des Jugendamtes für Kinder, ihre Familien sowie das Personal in Nürnberger Kindertageseinrichtungen und Tagespflegeeinrichtungen, welcher dabei unterstützt, inklusive Bedingungen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen in der sozial-emotionalen Entwicklung zu schaffen. Die Gründe, weshalb Kontakt zum Fachdienst Inklusion aufgenommen wird, sind vielfältig:

„Hauptgründe, weshalb sich Familien oder Fachkräfte an uns wenden, sind aggressives, dissoziales und regelverletzendes Verhalten der Kinder und fehlende Integration oder Schwierigkeiten beim Aufbau und der Aufrechterhaltung von sozialen Kontakten. Weitere Gründe sind starke motorische Unruhe, Hyperaktivität oder Aufmerksamkeitsprobleme, aber auch überangepasstes oder ängstliches Verhalten. Wir verfolgen das Ziel, die jeweiligen Kinder nach Möglichkeit in den Einrichtungen zu belassen und die Situation durch Anpassungen in der Tagesstruktur, Gegebenheiten vor Ort und Umgang miteinander zu verbessern." (Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachdienst Inklusion)

Im Jahr 2023 wurden 88 Kinder und ihre Familien durch den Fachdienst begleitet, davon waren etwa drei Viertel (72 Kinder; 73,9 %) im Kindergartenalter und sieben Kinder (8,0 %) im Krippenalter. Der Jungenanteil lag bei 81,8%. Die durchschnittliche Dauer der Zusammenarbeit betrug ca. 13 Monate (Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt).

Neben den Familien berät der Fachdienst Inklusion auch Einrichtungen im Rahmen der Inklusion und koordiniert sowie installiert vorhandene Hilfesysteme. Der Fachdienst kooperiert dazu auch mit Kliniken/Sozialpädiatrischen Zentren, Heilmittelerbringern (z.B. Ergotherapeuten/-innen, Logopäden/-innen), Beratungsstellen, dem ASD und Frühförderstellen.

Unabhängig vom Einzelfall arbeitet der Fachdienst Inklusion mit dem jeweiligen Kita-Team im Rahmen von Teamberatungen an verschiedenen Themen, um eine inklusive Betreuungsumgebung für alle Kinder in der Kindertageseinrichtung zu schaffen. Durch bis zu drei zweistündige Einheiten vor Ort können Methoden, Handlungsalternativen und Lösungsstrategien entwickelt werden, um die Kindern im Alltag besser zu unterstützen. Der Fachdienst Inklusion führte im Jahr 2022 Teamberatungen in insgesamt 14 Einrichtungen durch, davon entfielen fünf Beratungen auf Kindergärten und jeweils zwei auf Häuser für Kinder sowie auf Familienzentren. Nach sechs Monaten tritt der Fachdienst Inklusion mit den Familien und Einrichtungen in Kontakt, um im Sinne der Nachhaltigkeit zu überprüfen, inwieweit sich die Situation verändert bzw. verbessert hat. Der Verbleib von Kindern in den Einrichtungen kann in den meisten Fällen gesichert werden.

Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen können auch durch Fortbildungen bei dem Thema Inklusion unterstützt werden. Die **Fachstelle „Personalentwicklung und Fortbildung: Soziale Berufe (PEF:SB)"** des Referats für Jugend, Familie und Soziales bietet im Rahmen des jährlichen Bildungsprogramms auch Fortbildungen in dem Themenfeld an. Ab dem Jahr 2019 wurden von PEF:SB jährlich mindestens zwei Fortbildungen zur „Einzelintegration in Kindertagesstätten" und zur „Gestaltung des Kita-Alltags mit und für Kinder mit individuellen Förderbedarfen in Kinderkrippe und Kindergarten" in das Programm aufgenommen. Die Bildungsangebote richten sich an Berufe in der Jugendhilfe, insbesondere im Bereich der Kindertageseinrichtungen und sind offen für Mitarbeitende aus städtischen Einrichtungen. Auch Fachkräfte aus anderen Kommunen und von freien Trägern können daran teilnehmen.

Tab. 1: Fortbildungen der Fachstelle „Personalentwicklung und Fortbildung: Soziale Berufe (PEF:SB)“ im Themenfeld „Inklusion in Kindertageseinrichtungen“ und Teilnehmende, 2019 bis 2023

Jahr	Anzahl durchgeführter Fortbildungen im Themenfeld „Inklusion“	Anzahl der Teilnehmenden an den Fortbildungen im Themenfeld „Inklusion“ insgesamt
2019	3	43
2020	1	9
2021	1	9
2022	2	24
2023	6	156

Quelle: Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales – Fachstelle PEF:SB.

Im Jahr 2023 lag die Anzahl der von PEF:SB durchgeführten Fortbildungen im Themenfeld „Inklusion“ bei sechs Fortbildungen (**Tab. 1**). An diesen nahmen insgesamt 156 Personen teil. Im Vergleich zu den Vorjahren lag die Anzahl der Fortbildungen zum Thema „Inklusion“ und die Anzahl der Teilnehmenden damit um ein Vielfaches höher. Von besonderer Bedeutung war im Jahr 2023 ein Online-Format zum Thema „Verdacht oder Diagnose? Autismus-Spektrum-Störung im Kita-Alltag“, an dem insgesamt 102 Personen teilnahmen. Davon waren 41 Teilnehmende aus dem Bereich der Kinderkrippen, Kindergärten/ Kinderläden oder Häuser für Kinder.

In den Jahren ab 2020 waren die Fortbildungsteilnahmen insgesamt stark zurückgegangen, was sich in den Fortbildungs- und Teilnehmendenzahlen im Themenfeld „Inklusion“ widerspiegelt. Im Jahr 2020 wurden Veranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt. Auch 2021 und 2022 wurden weniger Teilnehmende erreicht. Die Gründe hierfür werden auf ein immer angespannteres Arbeitsumfeld in Kinderbetreuungseinrichtungen z.B. durch Fachkräftemangel, Krankheitswellen und gesteigerte Anforderungen an den Umgang mit Eltern und Kindern zurückgeführt. Gleichzeitig ist der Bedarf bei Betreuungsfachkräften hoch, sich mit dem Thema „Inklusion“ in Bezug auf ihren Arbeitsalltag auseinanderzusetzen.

„Bei der jährlichen Erhebung der Fortbildungsbedarfe vom Jugendamt und PEF:SB stellen wir fest, dass vor allem Bedarfe im Bereich des Umgangs mit Kindern mit höherem Förderbedarf und herausforderndem Verhalten bestehen. In Kindertageseinrichtungen sind aktuell vermehrt Kinder mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten zu beobachten. Diese Auffälligkeiten scheinen eng mit den in der Pandemie erfolgten Prägungen verbunden zu sein. Dies führt heute zu großen Herausforderungen in den Einrichtungen.“ (Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Städtischer Kindertageseinrichtungen)

Verstärkt werden von den Einrichtungen Möglichkeiten für Inhouse-Schulungen, Team-Coachings und Prozessbegleitungen im Themenfeld „Inklusion“ nachgefragt. So werden in den Einrichtungen z.B. Teamberatungen durch den Fachdienst Inklusion (s.o.) oder Teamtage durch das Jugendamt unterjährig umgesetzt. Auch das 2017 verstetigte Programm „Frühstart, Vielfalt bewusst leben“, das von PEF:SB in Kooperation mit der "Werkstatt, Institut für Neues Leben" der SOKE e.V. angeboten wird, unterstützt die pädagogische Alltagsarbeit in diesem Bereich. Die in dem Programm stattfindenden Team-Coachings erreichten in den vergangenen Jahren immer mehr Einrichtungen: während im Jahr 2019 zehn Einrichtungen teilnahmen, durchlaufen im Jahr 2024 15 Einrichtungen das Coaching. Das Fortbildungsprogramm „Frühstart“ greift die Herausforderungen vor Ort auf und

unterstützt die Fachkräfte, den Blick auf die Kompetenzen und Potenziale eines jeden Kindes (und seiner Eltern) zu richten und damit die Bildungschancen aller Kinder zu erhöhen.

5. Inklusion in non-formalen Bildungsangeboten

Für eine gelingende Bildungsbiographie sind neben den formalen Bildungsangeboten Prozesse non-formalen Lernens von großer Bedeutung. Eine standardisierte Erfassung inklusiver non-formaler Bildungsangebote ist derweil jedoch nicht möglich. Erst ansatzweise ist beforscht, wie sich die Teilhabe von Kindern mit (drohender) Behinderung und Beeinträchtigung in Deutschland jenseits institutioneller (Bildungs-)Angebote, wie kultureller Bildung, Angeboten der Familienbildung oder öffentlichen Spielflächen gestaltet (vgl. Bätge et al. 2021, S. 82f.). Für Nürnberg kann der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) Hinweise geben, welche Maßnahmen, Angebote und Projekte (die bereits durchgeführt, aktuell in Umsetzung oder in Planung sind) für die Altersgruppe der Kinder im Vorschulalter relevant sind.

Der Erste Nürnberger Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) wurde im Dezember 2021 mit mehr als 200 Maßnahmen einstimmig vom Stadtrat beschlossen. Seitdem wird er kontinuierlich auf der Webseite www.inklusion.nuernberg.de fortgeschrieben und weiterentwickelt. Aktuell umfasst er, verteilt auf acht Handlungsfelder und vier Querschnittsaufgaben, 274 Maßnahmen. 187 Maßnahmen, Angebote und Projekte davon wurden bzw. werden bereits umgesetzt (Stand: 15.07.2024). Hierunter befinden sich auch Maßnahmen, die die Teilhabe an non-formaler Bildung von Kindern mit Beeinträchtigungen unterstützen. So wurde z.B. die Barrierefreiheit von Bildungs- und Freizeiteinrichtungen wie dem Spielzeugmuseum oder den Stationen beim Erfahrungsfeld zur Entfaltung der Sinne erhöht. Zur Schaffung einer größeren Transparenz von Angeboten rund um das Thema Inklusion und soziale Teilhabe wird bis Ende 2024 eine Datenbank erstellt. Diese wird auf der Homepage des Aktionsplans UN-BRK veröffentlicht.

Eine Maßnahme des Aktionsplans greift die bereits 2006 entwickelten Leitlinien für die Integration von Kindern mit Einschränkungen auf Spielplätzen in Nürnberg auf. 2022 wurden in Kooperation des Amts für Kinder, Jugendliche und Familien mit dem Servicebetrieb öffentlicher Raum (SÖR) mit „miteinander spielen – Nürnberger Leitlinien für Qualität und Inklusion auf Spielplätzen, Spielhöfen und Aktionsflächen“ neue verbindliche Standards entwickelt und veröffentlicht. Bei allen öffentlichen Spielflächen, die aktuell und zukünftig neu geplant oder überplant werden, werden diese neuen Kriterien berücksichtigt sowie mit Hilfe einer Inklusions- und Qualitätsmatrix bewertet. Zur Umsetzung der Inklusion auf Spielflächen sind dabei die Grundsätze „Zugänglichkeit“ und „Erfahrungsvielfalt“ wichtig. Es entstehen öffentliche Spielflächen, die „nicht alles für Alle, sondern für Alle etwas“ und damit aufeinander aufbauende Herausforderungen für alle Altersstufen und Fähigkeiten bieten. Folgende sechs Spielflächen erreichen die Stufe 1 der Inklusionsmatrix (Stand September 2024) und sind damit besonders für das gemeinsame Spielen von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen geeignet:

- Spielplatz Obere / Untere Kieselbergstraße (3 – 6 Jahre)
- Spielplatz Annette-Kolb-Anlage (6 – 12 Jahre)
- Fenitzer Platz (3 – 12 Jahre)
- Georg-Ziegler-Weg (Buch) (3 – 12 Jahre)
- Lotharstraße (3 – 12 Jahre)
- Jean-Paul-Platz (3 – 12 Jahre)

Als weitere non-formale Bildungsangebote und –institutionen stehen in Nürnberg z.B. die Musikschule Nürnberg, das Haus des Spiels oder die Familienbildungseinrichtungen offen für Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen wie. Mitunter kooperieren diese Einrichtungen auch hinsichtlich einzelner Angebote mit integrativen Kindertagesstätten, Schulvorbereitenden Einrichtungen oder Förderschulen. Eine systematische und umfängliche Erfassung inklusiver Angebote non-formaler Bildung ist vor dem Hintergrund der Vielfältigkeit dieses Bildungsbereichs jedoch bislang nicht möglich.

Ein Beispiel eines non-formalen Bildungsangebotes ist das „Inklusive Musizieren“ in der Musikbibliothek der Stadtbibliothek. Hier überträgt ein MotionComposer Bewegungen des Körpers in Klänge von Instrumenten, Tierstimmen oder Naturklänge. Ein weiteres Beispiel sind die Angebote des SportService Nürnberg. Über die „Sportsuche online“ können gezielt Angebote gefunden werden, an denen Menschen mit Beeinträchtigungen mitwirken können. So gibt es z.B. ein inklusives Fitnesstraining mit Schwerpunkt Autismus vom Sportverein ATV 1873 Frankonia Nürnberg e.V., an dem Kinder ab 6 Jahren teilnehmen können (Stand: 9.8.2024). Der Behinderten- und Versehrtensportverein Nürnberg e.V. veranstaltet beispielsweise für Kinder im Alter von ca. 4 bis 12 Jahren die Sportstunden „Sport, Spiel und Spaß“ (mit Ball- und Laufspielen, Bewegungslandschaften, Schwimmen), wobei das Angebot für Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen geeignet ist (Stand: 14.8.2024).

6. Zusammenfassung und Ausblick

In Nürnberg lebten zum 31.12.2023 insgesamt 29.287 Kinder im Alter von 0 bis unter 6 Jahren, davon 299 Kindern mit bekannter bzw. diagnostizierter Behinderung (siehe Abschnitt 2). Die Zahl der Anträge auf Feststellung einer Behinderung ist allgemein und auch bei Kindern in der Altersstufe von 0 Jahren bis unter 6 Jahren im Zuge der Corona-Pandemie zurückgegangen und hatte 2023 wieder stark zugenommen. Bei 86 % aller Kinder mit Behinderung lag im Jahr 2023 eine Schwerbehinderung vor, wobei am häufigsten eine Behinderung des Gehirns oder der Psyche als hauptsächliche Behinderungsart ausgewiesen wurde. Eine Unschärfe im Hinblick auf diese Daten ergibt sich dadurch, dass Beeinträchtigungen im frühkindlichen Alter aufgrund individueller entwicklungsbedingter Verzögerungen oder -störungen mitunter (noch) nicht festgestellt werden können. Eine statistische Erfassung von Kindern mit Beeinträchtigungen für Nürnberg ist daher nicht vollumfänglich möglich.

Nichtsdestotrotz wird mit den vorgestellten Zahlen deutlich, dass sich der Bedarf für ein inklusives frühkindliches Bildungssystem in den letzten Jahren in besonderer Weise erhöht hat. Die Gesamtzahl der betreuten Kinder zwischen 0 Jahren bis zum Schuleintritt in Kindertageseinrichtungen in Nürnberg stieg zwischen 2015 und 2023 von 17.584 auf 19.485 Kinder (siehe Abschnitt 3). Die Anzahl an Kindern mit (drohender) Behinderung in Kindertageseinrichtungen erhöhte sich in diesem Zeitraum etwa um 142 % auf 755 (2015: 312 Kinder). Der Anteil der betreuten Kinder mit (drohender) Behinderung an allen betreuten Kindern in dieser Altersstufe lag im Jahr 2023 bei 3,9 % und hat sich seit 2015 mehr als verdoppelt. Inklusionskinder machen in den letzten Jahren somit einen immer größeren Anteil in Nürnberger Kindertageseinrichtungen aus. Gestützt werden diese Zahlen durch Aussagen aus den Kindertageseinrichtungen, die vermehrt sozial-emotionale Auffälligkeiten bei den von ihnen betreuten Kindern feststellen.

Entsprechend des Anstiegs der Kinder mit (drohender) Behinderung stieg auch die Anzahl der integrativ arbeitenden Einrichtungen in den vergangenen Jahren. Sie erhöhte sich von 41 im Jahr 2015 auf 73 im Jahr 2023. Die Anzahl der Einrichtungen, in denen Kinder mit Behinderung oder von Behinderung bedrohte Kinder im Rahmen der Einzelintegration betreut werden, stieg im gleichen

Zeitraum von 88 auf 144. 12 Einrichtungen von diesen, in denen bisher regelhaft drei oder mehr Kinder mit Behinderung betreut werden, sollen zu integrativen Einrichtungen weiterentwickelt werden, weitere werden noch folgen. Im Jahr 2023 lag der Anteil der Einrichtungen, in denen Kinder mit (drohender) Behinderung betreut werden, an allen Kitas in Nürnberg bei 54,0% (2015: 33,0%). Damit Inklusion vor Ort gelingen kann, ist wiederum ausreichend qualifiziertes Personal in den Kindertageseinrichtungen notwendig. Zwischen 2015 und 2023 stieg die Anzahl des pädagogischen Personals in den Kindertageseinrichtungen (ohne Horte) in Nürnberg von 3.138 auf 4.340. Eine genauere Betrachtung des pädagogischen Personals zeigt, dass insbesondere bei den Heilerzieher/-innen und Heilerziehungspfleger/-innen (+118,2%) sowie den Heilpädagoginnen und -pädagogen (+84,1%) prozentual die höchsten Zuwächse zu verzeichnen waren.

Die Teilhabe an Bildung von Kindern mit (drohender) Behinderung und Beeinträchtigungen kann über das System der Eingliederungshilfe gefördert werden. Seit dem Jahr 2023 sind zwei Verfahrenslotsinnen der Stadt Nürnberg im Einsatz, um Familien, Kindern und jungen Menschen mit Behinderung bei Anliegen bezüglich ihrer Leistungsansprüche und der zum Teil komplexen Verfahrensabläufe zu beraten. 602 Kinder von 0 Jahren bis zum Schuleintritt, die in Kindertageseinrichtungen in Nürnberg betreut wurden, erhielten in 2023 Eingliederungshilfe. Zwischen 2015 und 2023 ist diese Zahl stark gestiegen (+ 192,2 %); insbesondere bei Eingliederungshilfen aufgrund (drohender) seelischer Behinderungen und aufgrund geistiger Behinderungen (+ 250% und + 212,8 %). Auch die geleistete Stundenzahl der Mobilen Sonderpädagogische Hilfen (MSH) hat bei Kindern im vorschulischen Alter in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Um in Kindertageseinrichtungen inklusive Bedingungen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen zu schaffen, wurde in Nürnberg der Fachdienst Inklusion eingerichtet. 2023 wurden 88 Kinder und ihre Familien durch den Fachdienst begleitet, davon waren 73,9 % im Kindergartenalter und 8,0 % im Krippenalter. Der Fachdienst führt in den Einrichtungen außerdem verschiedene Teamberatungen und -coachings durch. Unterstützung können pädagogische Fachkräfte auch durch spezifische Fortbildungen im Umgang mit dem Thema Inklusion erhalten. Die Fachstelle „Personalentwicklung und Fortbildung: Soziale Berufe (PEF:SB)“ des Referats für Jugend, Familie und Soziales bietet regelmäßig Fortbildungen in Themenfeld „Inklusion“ an. 2023 wurden von PEF:SB dazu sechs verschiedene Fortbildungsformate durchgeführt, an denen 156 Personen teilnahmen. Auch Inhouse-Schulungen, Team-Coachings und Prozessbegleitungen werden dazu zunehmend nachgefragt.

Für eine gelingende Bildungsbiographie sind neben der formalen Bildung auch Prozesse non-formalen Lernens von Bedeutung. Wie jedoch Inklusion in kindlichen Alltagspraxen jenseits institutioneller Bildungsangebote stattfindet, ist aktuell noch wenig beforscht. Für Nürnberg können zum Beispiel Maßnahmen des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) benannt werden, die für die Teilhabe an non-formaler Bildung relevant sind, wie die Verbesserung der Barrierefreiheit von Bildungs- und Freizeiteinrichtungen oder von städtischen Spielflächen (siehe Abschnitt 5).

Ausblick

In der Bildungsberichterstattung, die das Bildungsbüro für die Stadt Nürnberg durchführt, wird regelmäßig anhand verfügbarer Daten über die Inklusion im Bildungsbereich berichtet. Seit 2013 werden auch Zahlen zu inklusiven Bildungsangeboten im frühkindlichen Bereich abgebildet. In dem vorliegenden Bericht „Inklusion in der frühkindlichen Bildung“ wurden zum Teil neue Daten aufgenommen, die die bestehende Bildungsberichterstattung ergänzen. Gleichwohl ist die Datenlage

zu formalen und non-formalen Angeboten in der inklusiven frühkindlichen Bildung an vielen Stellen unzureichend, z.B. hinsichtlich der (Nicht-)Nutzung von Angeboten oder der qualitativen Umsetzung inklusiver Bildung.

Für die Betreuung von Kindern mit Behinderung und Beeinträchtigung kann beispielsweise keine datengestützte Aussage über den tatsächlichen Bedarf an Betreuung oder mögliche Gründe für eine Nichtnutzung von Betreuungsangeboten getroffen werden. Im Rahmen der Studie „Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen – Unterstützungsbedarfe und Hinweise auf Inklusionshürden“ wurden Eltern bzw. Personen mit elternähnlicher Funktion gefragt, welche Schwierigkeiten es in Zusammenhang mit der Suche und Auswahl einer Kinderkrippe oder Kindertagesstätte gab. Das Hauptproblem sei das fehlende Angebot an Betreuungsplätzen. 35 % der Eltern, die ihr Kind in absehbarer Zeit in eine Kindertageseinrichtung geben möchten, gaben dies als drängendstes Problem an (vgl. Liljeberg/Magdanz 2022, S. 64f.).

Die Daten der Schuleingangsuntersuchung, bei der alle Kinder einer Geburtskohorte im Jahr vor dem Schuleintritt untersucht werden, bieten vor diesem Hintergrund ein großes Potential für ein inklusives (sozialräumliches) Bildungsmonitoring (vgl. Makles et al. 2018). Die als Individualdaten erhobenen Informationen könnten so z.B. detaillierte Auskunft zum Entwicklungsstand und zur Gesundheit der Kinder geben und sich für weiterführende bildungsbezogene Analysen und Bedarfsprognosen auf gesamtstädtischer und kleinräumiger Ebene eignen. So ließe sich mitunter ermitteln, wie viele Kinder mit Behinderung oder Beeinträchtigung vor dem Schulbesuch eine Kindertageseinrichtung in Nürnberg besucht haben.

Glossar

Anstellungsschlüssel: Der Anstellungsschlüssel nach dem BayKiBiG legt die Zahl und die Qualifikation des erforderlichen Personals in Abhängigkeit von den betreuten Kindern fest. Einbezogen in die Berechnung werden die Buchungszeiten der Kinder, die Gewichtung nach Alter, Migrationshintergrund und (drohender) Behinderung. Diese werden ins Verhältnis gesetzt zu den von den Fachkräften erbrachten Arbeitsstunden, die auf Vollzeitäquivalente aufaddiert werden. Vgl. BayKiBiG mit AVBayKiBiG, §17, veröffentlicht vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, 2005

Bayerisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG): Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz bildet seit Mitte 2005 eine einheitliche Grundlage für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in allen Formen der Kindertagesbetreuung in Kindertageseinrichtungen D und in der Tagespflege.

Frühförderung: Eine Interdisziplinäre Frühförderstelle (IFS) ist eine offene Anlaufstelle für Eltern, bei deren Kindern Sorge um die weitere Entwicklung besteht. Die Leistungen der Frühförderung umfassen die Beratung der Eltern, Diagnostik sowie die ganzheitliche medizinisch-therapeutische, psychologische sowie heil- und sozialpädagogische Förderung und Therapie von behinderten oder von Behinderung bedrohten Kindern von der Geburt bis zum Schuleintritt. Die Behandlung kann sowohl in Einzelförderung als auch in Kleingruppen erfolgen. (Quelle: Bezrik Mittelfranken, URL: https://www.bezirk-mittelfranken.de/soziales/leistungen-fuer-menschen-mit-behinderung/kinder-und-jugendliche-mit-behinderung/leistungen-im-vorschulalter/leistungen-der-fruehfoerderung, letzter Zugriff 16.7.2024.)

Kindertageseinrichtungen: Kindertageseinrichtungen sind gemäß des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und Häuser für Kinder

Kinder mit (drohender) Behinderung in Kindertageseinrichtungen: Nach dem Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) wird für jedes Kind mit einer Behinderung im Sinne von § 53 SGBXII der Faktor 4,5 bei der Personalbemessung herangezogen, sofern das Kind Anspruch auf Eingliederungshilfe nach § 53 SGB XII oder nach § 35a SGB VIII hat. Dies gilt sowohl für die Einzelintegration (d.h. Kindertageseinrichtungen mit einem oder zwei Kindern mit (drohender wesentlicher) Behinderung) als auch für integrative Kindertageseinrichtungen. (Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, 41. Newsletter zum BayKiBiG, überarbeitete Fassung vom 15.1.2016).

Multiprofessionelle Teams: Entsprechend der verfassten „Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Implementierung und Ausgestaltung multiprofessioneller Teams und multiprofessionellen Arbeitens in Kindertageseinrichtungen“ umfasst der Begriff zum einen das Team, welches sich aus unterschiedlichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen zusammensetzt, und zum anderen das „multiprofessionelle Arbeiten“, welches auch additiv zum Team einer Einrichtung (z.B. im Rahmen zeitlich begrenzter Projekte) oder in „interdisziplinären Settings“ zum Tragen kommen kann (vgl. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. 2016).

Schuleingangsuntersuchung: Die Schuleingangsuntersuchung (SEU) entspricht einer Erhebung einer kompletten Geburtskohorte. Alle Kinder, die zum anstehenden Schuljahr schulpflichtig werden, werden auf „Schulfähigkeit“ untersucht. Diese bezieht sich auf körperliche, geistig-seelische und soziale Aspekte, die wichtig für die gelingende Teilnahme am Schulgeschehen sind. Augenmerk wird

dabei insbesondere auf die sprachlichen, motorischen und sozialen Fähigkeiten der Schulanfängerinnen und -anfänger gelegt.

Schulvorbereitende Einrichtungen (SVE): Schulvorbereitende Einrichtungen zielen darauf ab, Kinder schon im Vorschulalter ihrem sonderpädagogischen Förderbedarf entsprechend zu fördern und sie gezielt auf den Schulbesuch und ein erfolgreiches schulisches Leben vorzubereiten, sofern sie die notwendige Förderung nicht in anderen, außerschulischen Einrichtungen (zum Beispiel Kindergärten) erhalten. Schulvorbereitende Einrichtungen (SVE) sind organisatorisch den Förderschulen angegliedert. Zuständig ist jeweils die SVE an einer Förderschule, die den entsprechenden Förderschwerpunkt anbietet. Im Anschluss an die SVE kann das Kind an der Grundschule oder einer entsprechenden Fördereinrichtung eingeschult werden.

Quellen

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen. wbv, Bielefeld

Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik (2024): Kinder- und Jugendhilfereport 2024. Eine kennzahlenbasierte Analyse mit Schwerpunkt zum Fachkräftemangel. Barbara Budrich, Opladen

Bätge, Carolin, Cloos, Peter, Riechers, Katharina, Gerstenberg, Frauke (2021): Perspektivierungen im Rahmen einer Inklusiven Bildungsforschung der frühen Kindheit. In: Peter Cloos (Hg.), Frauke Gerstenberg (Hg.), Carolin Bätge (Hg.), Katharina Riechers (Hg.): Inklusive Bildungsforschung der frühen Kindheit. Beltz Juventa, Weinheim

Jenni, Oskar (2021): Die kindliche Entwicklung verstehen. Praxiswissen über Phasen und Störungen. Springer, Berlin

Krinninger, Gerhard (2018): Praktische Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes für die Früherkennung und Frühförderung von Kindern mit (drohender) Behinderung. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 165 (2018) 5, S. 179-181

Kruse, Katja (2023): Mein Kind ist behindert – diese Hilfen gibt es Überblick über Rechte und finanzielle Leistungen für Familien mit behinderten Kindern. Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V.. bvkm, Düsseldorf

Liljeberg, Holger, Magdanz, Edda und Reuse, Sandra (2022): Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen – Unterstützungsbedarfe und Hinweise auf Inklusionshürden. BMAS Forschungsbericht 613. INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung, Berlin

Makles, Anna M., Schneider, Kerstin und Schwarz, Alexandra (2018): Potenziale schulstatistischer Individualdaten für die Bildungsforschung und Bildungspolitik - Das Beispiel Bremen. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft (ZfE) 21, S. 1229-1259

Prengel, Annedore (2014): Inklusion in der Frühpädagogik. Bildungstheoretische, empirische und pädagogische Grundlagen. Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte, WiFF Expertisen, Band 5, 2., überarbeitete Auflage. DJI, München

Redaktion:

Stadt Nürnberg / Bürgermeisteramt

Bildungsbüro

Hauptmarkt 18, 90403 Nürnberg

bildungsbuero@stadt.nuernberg.de

Stand: 25.10.2024

Das Projekt wird im Rahmen des Programms „Bildungskommunen“ durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert.

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Kofinanziert von der Europäischen Union

Beschlussvorlage
J/002/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Jugendhilfeausschuss	20.02.2025	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen 2025 - 2028

Anlagen:

2.1 Entscheidungsvorlage Spielplatz und Spielhofmaßnahmen 2025-2028
2.2 Beilage Spielplatz und Spielhofmaßnahmen 2025-2028
Antrag CSU Spielplatz am Agnes Gerlach Ring Am Lerchenfeld Gaulnhoferstraße in Katzwang

Sachverhalt (kurz):

In der "AG Spielen" am 05.12.2024 wurde auf der Grundlage der Jugendhilfeplanung "Spielen in der Stadt" die Ausbauplanung (Neubau, Neugestaltung, Erweiterung) der Spielflächen für 2025 bis 2028 abgestimmt.
Die Koordination der "AG Spielen" liegt bei der Verwaltung des Jugendamts als Bedarfsträger für Spielflächen. Teilnehmer sind SÖR, die Bürgerämter Süd, Nord und Ost (BANOS), Stpl, UwA; BoB, Vpl, SpS, H, Ref. V/Bündnis für Familie, der KJR sowie Ref.IV / Schule und Sport und dem Amt für Allgemeinbildende Schulen. Der Jugendhilfeplan "Spielen in der Stadt" ist verbindliche Planungsgrundlage für die Spielflächenplanung und enthält eine detaillierte Bestands- und Bedarfsanalyse.

Die Verwaltung des Jugendamts und der Servicebetrieb Öffentlicher Raum legen im Folgenden das Ergebnis der "AG Spielen" zur Ausbauplanung der Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen im Zeitraum 2025 - 2026 zur Beschlussfassung vor, ergänzt werden diese durch Informationen zum Partizipationsmodell laut!.

Im Weiteren berichtet die Verwaltung erneut hinsichtlich des Antrags der CSU-Stadtratsfraktion vom 29.09.2020 über den aktuellen Sachstand der Prüfungen zu einem Spielplatz in Katzwang. Ebenso wird der aktuelle Stand bezüglich der Aktionsflächen im Annapark dargestellt.

Bezug zum Orientierungsrahmen für die Jugend-, Familien-, Senior*innen, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg:
Leitlinie 3: Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen
Leitlinie 9: Stadtentwicklung, Wohnen und Nachbarschaft sozial gestalten

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☒ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☒ Kosten bekannt

Gesamtkosten	1.127.000 €	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	1.028.000 €	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	99.000 €	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☒ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
siehe MIP-Anmeldung

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Planungen gelten für junge Menschen, unabhängig der Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung. Bedürfnisse von Mädchen und Jungen sowie von Kindern mit Behinderung sind Bestandteil der Planungen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **3.BM/SÖR**

☒ **Ref.IV/HVE**

☐

Beschlussvorschlag:
Der Jugendhilfeausschuss beschließt den notwendigen Ausbau von öffentlichen Spiel-, Sport- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche sowie Spielhöfen für die Jahre 2025 bis 2026 auf der Grundlage der von der Verwaltung des Jugendamts und des Servicebetriebs Öffentlicher Raum vorgelegten Entscheidungsvorlage.

Beilage 2.1
zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.02.2025

Entscheidungsvorlage

Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen 2025 und 2026

Die Entscheidungsvorlage gibt einen kompakten Überblick über die für 2025 und 2026 konkret geplanten Maßnahmen. Eine ausführliche Übersicht zu den Projekten mit Ausblick bis 2028, die sich in Planung und Bau befinden und nicht über die Pauschalen finanziert werden, sowie der Bericht zum Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 29.09.2020 zum Thema Spielplatz am Agnes-Gerlach-Ring / Gaulnhofer Straße ist in der Beilage zusammengestellt.

Die Festlegung der Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen erfolgte im Rahmen einer dienststellenübergreifenden Abstimmung (AG Spielen) und auf Grundlage der Jugendhilfeplanung „Spielen in der Stadt".

Die Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen werden überwiegend aus den städtischen Haushaltsmitteln im Rahmen der MIP-Ansätze (Pauschalen) finanziert:

- MIP Nr. P5515900000U Bau/Generalsanierung von Spielplätzen (Spielplatzpauschale) in Höhe von 600.000 € zzgl. 99.000 € Zweckbindung laut! jährlich (verortet im Produkt 362101 Planung und Beteiligung).
- MIP Nr. P5515800000U Bau/Generalsanierung von Spielhöfen (Spielhofpauschale - Umbau von Schulhöfen zu Spielhöfen) in Höhe von 290.000 € jährlich.
- MIP Nr. P5515400000U Spielplätze „Aus 1 mach 3": Bau und Generalsanierung in Höhe von 207.000 € (davon städtischer Anteil 138.000 €).
- u.a. Finanzierung über Städtebauförderung oder städtebauliche Verträge, Ablösemittel privater Spielplätze.

1. Maßnahmenlisten

Im Rahmen der **Spielplatzpauschale** (MIP Nr. P5515900000U) wurde in der „AG Spielen" im Dezember 2024 folgende Verteilung der Mittel festgelegt:

Spielplatzpauschale 2025[1]						
Projekt	**Finanzierung / Teilfinanzierung aus Drittmittel**	**Ballspielangebot (Verbesserung)**	**Maßnahmentyp**	**Planung / Beteiligung**	**Bau**	**PB** (Planungsbereich)
Dr. Carlo-Schmid-Straße, Aktionsfläche	Teilfinanzierung städteb. Vertrag		Neugestaltung / Erweiterung	2023 / 2024	2024 / 2025	18
Hintere Marktstraße, Spielplatz	Teilfinanzierung über Investor		Neuanlage	2024	2025	10
Julius-Leber-Straße, Spielplatz	Städtebauförderung		Neugestaltung und Erweiterung	2025	2026	27
Westpark, östlicher Bereich, 1 Spielplatz			Neugestaltung	2025	2026	11

[1] ohne Auflistung der zugehörigen Maßnahmen über laut!

Spielplatzpauschale 2026[2]						
Projekt	**Finanzierung / Teilfinanzierung aus Drittmittel**	**Ballspielangebot (Verbesserung)**	**Maßnahmentyp**	**Planung / Beteiligung**	**Bau**	**PB** (Planungsbereich)
Humboldtplatz, Spielplatz	Quartier Annapark		Neugestaltung	2026	2027	7
Imhoffstraße, Spielplatz			Neugestaltung	2026 / 2027	2027 / 2028	12
Julius-Leber-Straße, Spielplatz	Städtebauförderung		Neugestaltung und Erweiterung	2025	2026	27
Westpark östlicher Bereich, 1 Spielplatz			Neugestaltung	2025	2026	11

Im Rahmen der **Spielhofpauschale** (MIP Nr. P5515800000U) wurden die Mittel in der „AG Spielen“ im Dezember 2024 wie folgt verteilt:

Spielhofpauschale 2025					
Projekt	**Finanzierung**	**Maßnahmentyp**	**Planung**	**Bau**	**PB** (Planungsbereich)
Heroldsberger Weg, Grundschule	Teilfinanzierung „Aus 1 mach 3“	Angebotsverbesserung	2025	2025	17
Max-Beckmann-Schule, Grundschule		Neugestaltung, Angebotsverbesserung	2025	2025/2026	31

Spielhofpauschale 2026					
Projekt	**Finanzierung**	**Maßnahmentyp**	**Planung**	**Bau**	**PB** (Planungsbereich)
Max-Beckmann-Schule, Grundschule		Neugestaltung, Angebotsverbesserung	2025	2025 / 2026	31
Leerstetterstraße, Kettelerschule, Grundschule		Neugestaltung, Angebotsverbesserung	2026	2027	38

Für das Programm „**Aus 1 mach 3“** (MIP Nr. P5515400000U) wurden für das Jahr 2025 folgende Anträge gestellt:

Programm „Aus 1 mach 3“ 2025		
Projekt	**Maßnahmentyp**	**PB** (Planungsbereich)
Am Schießwäldchen, Bewegungspark	Bewegungspark für alle Generationen, ggf. Nachfinanzierung aus 2024 / Projekt ist noch nicht abgeschlossen	28
Am Weiher, Boxdorf, Spielplatz	Angebotserweiterung	45
Heroldsberger Weg, Grundschule, Spielhof	Verbesserung des Spielhofangebots / Kletterturm (Antrag Kinderversammlung)	17

[2] ohne Auflistung der zugehörigen Maßnahmen über laut!

	Die Maßnahme wird im Rahmen der Neugestaltung Spielhofpauschale 2025 mit durchgeführt	
Wohlauer Straße, Altenfurt, Spielplatz	Angebotsverbesserung	22

1.2. Laut! – Partizipation von Jugendlichen

Die Spielplatzpauschale des Jugendamtes beinhaltet aktuell 99.000 € konsumtive Mittel für die Umsetzung von - durch Jugendliche im Rahmen von laut! - angestoßene Maßnahmen im öffentlichen Raum. Für 2025 wird an der Realisierung von Jugendanliegen an sechs Standorten im Stadtgebiet gearbeitet. Die größten Anliegen sind dabei die Aufwertung und Verbesserung der Aktionsfläche für Jugendliche in der Radmeisterstraße im Süden Nürnberg und der neue Bolzplatzkäfig in der Fürther Straße / Kreuzung Frankenschnellweg.
Eine Prüfung der Realisierbarkeit dieser Vorhaben muss noch erfolgen. Zusätzlich können noch weitere, im Laufe des Jahres 2025 eingehende, kurzfristig umsetzbare Maßnahmen aufgenommen werden.

Beilage 2.2
zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.02.2025

Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen 2025 bis 2028

1. Grundsätzliches zu den Maßnahmenübersichtslisten für die Jahre 2025 bis 2028

In der dienststellen- und geschäftsbereichsübergreifenden Arbeitsgruppe „Spielen“ (AG Spielen) wurden am 5. Dezember 2024 die Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen nach Priorität für 2025 und 2026 festgelegt und für die Jahre 2027 und 2028 vorgeplant. Die Festlegung der Maßnahmen erfolgte auf Grundlage der Jugendhilfeplanung „Spielen in der Stadt“. Hierbei werden bezüglich notwendiger Priorisierungen folgende Kriterien herangezogen:

- Zum einen werden Planungsbereiche mit einem hohen Spielflächenfehlbedarf vorrangig berücksichtigt. Es werden sozialräumliche Strukturdaten auf Planungsbereichsebene, z. B. Dichte der Wohnbebauung und Einwohnerdichte; Qualitätsbewertungen der vorhandenen Spielplätze und entsprechende Durchschnittswerte der Planungsbereiche sowie der Versorgungsgrad des jeweiligen Sozialraums und die Erreichbarkeit der Spielplätze nach DIN 18034 als Kriterien betrachtet. Drittmittel (z.B. Städtebauförderung, städtebauliche Verträge) sollten nach Möglichkeit genutzt werden und eine ausgeglichene Planung der Maßnahmen in Bezug auf Größe und Lage, zentrale und dezentrale Anlage sowie Nutzer- und Nutzerinnengruppen (Kinder, Jugendlichen Ballspielende, Skater und Skaterinnen etc.) muss gewährleistet sein. Voraussetzung aller Festlegungen ist, dass entsprechende planungsrechtlich gesicherte Standorte, notwendige Personalressourcen sowie die erforderliche Finanzierung für die Planung und Umsetzung zur Verfügung stehen.

- In die Planung fließen weiterhin Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses sowie Anträge von Kinderversammlungen und Anliegen aus dem Partizipationsmodell laut! für Jugendliche mit ein. Die jeweiligen Nutzer- und Nutzerinnengruppen werden an der Ausgestaltung der jeweiligen Spielflächen beteiligt.

- Zum anderen spielt der Zustand bei bestehenden Flächen eine wichtige Rolle und muss betrachtet werden. Die Verkehrssicherungspflicht der Bestandsflächen muss erfüllt sein. Ab einem gewissen Alter der Anlagen sind die Möglichkeiten des Unterhalts ausgereizt und eine Neuanlage der Fläche ist nötig. Durch eine rechtzeitige Planung sollen ersatzlose Schließungen bzw. der Abbau von bestehenden Flächen vermieden werden.

Der Erhalt und Ausbau wird zunehmend aber auch von den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen bei SÖR und J begrenzt. Es wurde bereits mehrfach im Werkausschuss SÖR und im Jugendhilfeausschuss über den mit dem Ausbau einhergehenden höheren Unterhaltsbedarf und den hohen Sanierungsbedarf bei Spielflächen berichtet. Dafür bedarf es nicht nur ausreichender Sanierungsmittel, sondern auch personeller Ressourcen, um die Maßnahmen (unter Beteiligung der jungen Menschen) zu planen und umzusetzen.

Um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen insgesamt besser unterstützen zu können, wurde nach mehreren Anläufen erfreulicherweise im Stellenschaffungsverfahren für das Jahr 2025 eine zusätzliche halbe Stelle im Jugendamt geschaffen. Diese Stelle wird neben anderen Beteiligungsverfahren auch bei der Spielflächenplanung entlasten.

Bei SÖR sieht das anders aus: Bei Bestandflächen ist immer die Personalausstattung SÖR-Unterhalt zu berücksichtigen. Insgesamt hinkt die Personalausstattung im Spielplatzunterhalt der Gesamtentwicklung der gestiegenen Anzahl und Komplexität an Spielplatzanlagen immer noch hinterher:
SÖR hat zuletzt im Werkausschuss SÖR am 24. April 2024 darüber ausführlich berichtet. Zwar wurde im Werkausschuss SÖR ein Beschluss zur Schaffung von insgesamt neun zusätzlichen Stellen für den Spielplatzunterhalt erteilt. Jedoch konnten im Ergebnis der Haushaltsberatungen 2024 für 2025 aufgrund der schwierigen Haushaltslage zunächst nur drei Stellen bewilligt werden. Insofern müssen für die verbleibende Stellenbedarfslücke von sechs Stellen in den Folgejahren weitere Stellenschaffungsanträge für den Haushalt eingereicht werden.

Zudem werden die Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse der Stadt mit den Stelleneinsparungsvorgaben auch Auswirkungen auf den Umfang der kapazitiv beplanbaren Spielplatzneubau- sowie –sanierungsmaßnahmen haben. Insofern müssen in den nächsten Jahren alle Maßnahmenbedarfe stärker priorisiert und in eine Abarbeitungsreihenfolge gebracht werden. Einzelne Maßnahmen müssen dann zwangsläufig zeitlich geschoben oder ganz zurückgestellt werden.

Hierbei soll bei Bedarf der Grundsatz gelten, dass je höher der Verbindlichkeitsgrad einer Maßnahme ist, desto weniger kommt sie für das Aussetzen in Frage. Eine hohe Verbindlichkeit liegt z.B. bei städtebaulichen Verträgen inkl. zeitlicher Fristen vor. Aber auch, wenn bereits die Nutzer- und Nutzerinnenbeteiligungen durchgeführt wurden. Auch ist von einer hohen Verbindlichkeit bei bereits erfolgten Vergaben von Aufträgen zu Baudienstleistungen und Planungsaufträgen oder bei erfolgten Zusagen von Zuschüssen vom Bund und Land auszugehen.

Die Verwaltung wird in den Folgejahren im Rahmen dieses jährlichen Berichtes bei Bedarf darstellen, ob und wenn ja, welche Maßnahmen aufgrund des Konzepts zur Personalkosteneinsparung nicht wie geplant durchgeführt, sondern verschoben werden mussten.

Die Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen werden überwiegend aus den städtischen Haushaltsmitteln im Rahmen der MIP-Ansätze (Pauschalen) finanziert:

- MIP Nr. P5515900000U Bau/Generalsanierung von Spielplätzen (Spielplatzpauschale) in Höhe von 600.000 € zzgl. 99.000 € Zweckbindung laut! jährlich (verortet im Produkt 362101 Planung und Beteiligung).
- MIP Nr. P5515800000U Bau/Generalsanierung von Spielhöfen (Spielhofpauschale - Umbau von Schulhöfen zu Spielhöfen) in Höhe von 290.000 € jährlich.
- MIP Nr. P5515400000U Spielplätze „Aus 1 mach 3“: Bau und Generalsanierung in Höhe von 207.000 € (davon städtischer Anteil 138.000 €).
- Weitere Finanzierung wie z.B. über Städtebauförderung, Ablösemittel privater Spielflächen, städtebauliche Verträge sowie weiteren zusätzlichen Fördertöpfen: Die Kosten für den Ausbau der Spielflächenmaßnahmen werden ganz oder teilweise durch den jeweiligen Investor getragen (bei städtebaulichen Verträgen) oder die Antragstellung und Abrechnung der Kosten erfolgt über Zuschüsse im Rahmen der Städtebauförderung (Bereich Stadterneuerung im Stadtplanungsamt), wobei der städtische Anteil über die Spielplatz- bzw. Spielhofpauschale zu finanzieren ist.

Gemäß dem Beschluss im JHA vom 29.09.2022 sowie dem Werkausschuss SÖR vom 21.09.2022 werden bei Neuplanungen und Sanierungen von öffentlichen Spielflächen der Stadt Nürnberg die Leitlinien „miteinander spielen / Nürnberger Leitlinien für Qualität und Inklusion auf Spielplätze, Spielhöfe und Aktionsflächen“ in der jeweils aktuellen Fassung zur Überprüfung von Qualität und Inklusion angewendet. Spielflächen müssen demnach mindestens die Stufe 1 in der Inklusionsbewertung und die Note 3 in Bezug auf die Qualitätsbewertung erreichen.

2. Maßnahmenlisten 2025 bis 2028

Im Folgenden werden die Planungen für die Jahre 2025ff tabellarisch dargestellt. Die Projekt- bzw. Maßnahmenlisten werden hierbei in alphabetischer Reihenfolge geführt.

Der Begriff Neugestaltung unterscheidet sich zur Neuanlage darin, dass bei einer Neugestaltung eine bereits vorhandene Spielfläche / Spielhof komplett neu geplant und ausgetauscht wird. Bei Neuanlagen war am jeweiligen Standort bisher noch keine Spielfläche.

A) Spielplätze

MIP Nr. P5515900000U mit jährlich 600.000 € zzgl. 99.000 € Zweckbindung laut! (verortet im Produkt 362101 Planung und Beteiligung) sowie zzgl. weitere Finanzierungen.

Kurzer Sachstand abgeschlossener Maßnahmen aus der Spielplatzpauschale bis 2024

- Erhardstraße, Spielplatz
  Fertigstellung Dezember 2024
- Jean-Paul-Platz, Spielplatz
  Fertigstellung September 2024

Festlegung Spielplatzpauschale 2025

(ohne Auflistung der zugehörigen Maßnahmen über laut!)

Projekt	Finanzierung / Teilfinanzierung aus Drittmittel	Ballspiel-angebot (Verbesse-rung)	Maßnahmentyp	Planung / Beteili-gung	Bau	PB (Planungs-bereich)
Dr. Carlo-Schmid-Straße, Aktionsfläche	Teilfinanzierung, städteb. Vertrag	X	Neugestaltung u. Erweiterung	2023 / 2024	2024 / 2025	18
Hintere Marktstraße, Spielplatz	Teilfinanzierung über Investor		Neuanlage	2024	2025	10
Julius-Leber-Straße, Spielplatz	Städtebauförde-rung		Neugestaltung und Erweiterung	2025	2026	27
* Westpark, östlicher Be-reich, 1 Spielplatz			Neugestaltung	2025	2026	11

* Westpark: Wie zuletzt im JHA am 29.02.2024 berichtet, wird im Vorgriff zur Gesamtplanung Westpark ein Spielplatz im östlichen Bereich unabhängig von der Gesamtplanung im Rahmen des Masterplans Freiraum über die Spielplatzpauschale vorgezogen. Die zwei notdürftig aufgestellten mobilen Spielboxen können den Bedarf für Kinder und Jugendliche nicht mehr weiter decken bis die Gesamtplanung Westpark in die Umsetzung geht.

Festlegung Spielplatzpauschale 2026

(ohne Auflistung der zugehörigen Maßnahmen über laut!)

Projekt	Finanzierung / Teilfinanzierung aus Drittmittel	Ballspiel-angebot (Verbesse-rung)	Maßnahmentyp	Planung / Beteili-gung	Bau	PB (Planungs-bereich)
Humboldtplatz, Spielplatz	* Quartier Anna-park		Neugestaltung	2026	2027	7
Imhoffstraße, Spielplatz			Neugestaltung	2026 / 2027	2027 / 2028	12
Julius-Leber-Straße, Spielplatz	Städtebauförde-rung		Neugestaltung und Erweiterung	2025	2026	27
** Westpark, Spielplatz			Neugestaltung	2025	2026	11

* Quartier Annapark: Voruntersuchungen laufen, förmliche Festlegung per Stadtratsbeschluss steht noch aus.
** Westpark: siehe ebd

Vorplanungen Spielplatzpauschale 2027 – 2028

(ohne Auflistung der zugehörigen Maßnahmen über laut!)

Projekt	Finanzierung / Teilfinanzierung aus Drittmittel	Ballspiel-angebot (Verbesse-rung)	Maßnahmentyp	Planung / Beteili-gung	Bau	PB (Planungs-bereich)
Brunner Zwickel, Spiel-platz	Teilfinanzierung städteb. Vertrag		Neugestaltung und Erweiterung	Ab 2028	Ab 2029	53
Humboldtplatz, Spielplatz	* Quartier Anna-park		Neugestaltung	2026	2027	7
Imhoffstraße, Spielplatz			Neugestaltung	2026 / 2027	2027 / 2028	12
Ritterplatz, Spielplatz			Neugestaltung	Ggf. ab 2027	2028	6
Schloßäckerstraße, Bolz-platz	* Quartier Anna-park	X	Neugestaltung	2027	2028 / 2029	8
Weltenburger Straße, Spielplatz			Neugestaltung	2027 / 2028	2029	36

* Quartier Annapark: siehe ebd.

Sollte es aufgrund des Konzepts zur Personalkosteneinsparung oder andere aktuell nicht vorhersehbaren Unwägbarkeiten zu Verschiebungen der Maßnahmenplanungen in der Spielplatzpauschale der Jahre 2025/2026 kommen, sind die Maßnahmen prioritär in den Jahren 2027/2028 zu verfolgen. Die Vorplanungen der Spielplatzpauschale der Jahre 2027/2028 werden sich dann ebenso verzögern, wobei dann wie folgt priorisiert wird: Aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen oder Zuschüssen müssen vsl. Brunner Zwickel, Humboldtplatz und Schloßäckerstraße vorrangig berücksichtigt werden. Dann ist nach Bedarf, Zustand und Ergebnissen aus Beteiligungen der Spielplatz Weltenburger Straße und der Spielplatz Imhoffstraße einer Neugestaltung des Spielplatzes Ritterplatz vorzuziehen.

Kurzer Sachstand zu den abgeschlossenen Maßnahmen, die über MIP-Einzelpositionen, Zuschüsse bzw. Dritte finanziert wurden

(bei Bedarf zur Verbesserung des Angebots mit Aufstockung aus den Pauschalen)

- Buch, Spielplatz
  Neuanlage über WBG-K
  Fertigstellung Frühjahr 2024
- Rechenberg, BA 4-6 einschl. Aktionsfläche
  Neugestaltung
  Fertigstellung September 2024
  Finanzierung: Masterplan Freiraum
- Flußstraße, Spielplatz
  Fertigstellung im Frühjahr 2024
  Finanzierung: Städtebauförderung, Masterplan Freiraum
- Luitpoldviertel, Spielplatz
  Baufertigstellung Dezember 2023, Öffnung im Frühjahr 2024
  Finanzierung: Städtebaulicher Vertrag
- Regensburger Viertel, 3 Spielplätze
  Dienstbarkeit zugunsten einer öffentlichen Nutzung
- Ostendstraße, ehem. Coca-Cola-Areal, Spielplätze
  Dienstbarkeit zugunsten einer öffentlichen Nutzung

Spielplätze, die über BIC/MIP-Einzelpositionen, Zuschüsse bzw. über Dritte finanziert werden - Maßnahmen in Planung und Bau bis voraussichtlich 2029

Projekt	Finanzierung / Teilfinanzierung aus Drittmittel	Ballangebot (Verbesserung)	Maßnahmentyp	Planung / Beteiligung	Bau	PB (Planungsbereich)
Amberger Straße, Spiel- und Aktionsflächen und Spielhof	Masterplan Freiraum, Städtebaulicher Vertrag	X	Neugestaltung, Neuordnung	2022 / 2023	2025 / 2026	10
Am Thoner Espan, Aktionsfläche	MIP	X	Wiederherstellung Bolzplatz nach Baustelleneinrichtung für Schul- und Hortneubaumaßnahme / Rückbau Parkplätze	Wiederherstellung	2025	16
Am Thoner Espan, Spielplatz	MIP		Wiederherstellung Spielplatz nach Abschluss der Neubaumaßnahmen	Wiederherstellung, Neuplanung	Vsl. ab 2026	10
Brunner Zwickel, Spielplatz	Städtebaulicher Vertrag, Spielplatzpauschale		Neuanlage und Neugestaltung des bestehenden Spielplatzes	Ab 2028	Ab 2029	53
Dr. Carlo-Schmidt-Straße, Aktionsfläche	städtebaulicher Vertrag, Wiederherstellung, Spielplatzpauschale 2025	X	Neugestaltung und Erweiterung des Angebots	2023 / 2024	2024 / 2025	18
Eslarner Straße, Spielplatz	Kauf-Tausch-Vertrag		Neuanlage	Ggf. 2026	Ggf. ab 2026	52
Ferdinand-Drexler-Weg, Spielflächen, BA1	MIP, Städtebauförderung		Neugestaltung, Neuordnung	2022 / 2023	2024 / 2025	26
Ferdinand-Drexler-Weg, Aktionsflächen, BA2	MIP, Städtebauförderung		Neugestaltung, Neuordnung	2022 - 2024	2026	26
Heinickeplatz, Spielplatz	Städtebauförderung, MIP		Neugestaltung	2023	2024 / 2025	13
Hintere Marktstraße, Spielplatz	Ablöse Investor, Spielplatzpauschale		Neuanlage	2024	2025	10
Kornburg Nord, B-Plan 4346, Spielplatz	Städtebaulicher Vertrag (WBG)		Neuanlage	2024	2025	33
Leipziger-/Weimarer Straße, Spielplatz	Städtebaulicher Vertrag, Ablösemittel von B-Plan 4522		Angebotsverbesserung	2024	2025	18
Lichtenreuth, (Bruneckerstraße Modul I), Spielflächen	Städtebaulicher Vertrag	X	Neuanlagen	2022 / 2023	2024 / 2025	56
Lochnerstraße, Nopitschstraße, Spielplätze	Städtebaulicher Vertrag, B-Plan 3748		Neuanlagen	n.n.	n.n.	10
Luitpoldhain (s.u.), Spiel- und Aktionsflächen BA1 – Aktionsflächen BA2 – Spielflächen	BIC – Planungsmittel vorhanden, ggf. Bay. Förderprogramm,	X	Neugestaltung, Neuordnung	2022 / 2023	BA1: 2027 BA2: unbestimmt	6

Melanchthonplatz, Singerstraße, Spiel- und Aktionsflächen	BIC, Städtebauförderung, Masterplan Freiraum	X	Neugestaltung	2026	Ab 2027	8
Neumühlweg, Gebersdorf, Spielplatz	Städtebaulicher Vertrag, Ablöse aus B-Plan 4624		Neugestaltung	2027 / 2028	2029	40
Regensburger Straße, Velburger- / Parsberger Straße („Raketenspielplatz“)	Städtebaulicher Vertrag, Ablöse aus B-Plan 4522		Neugestaltung und Erweiterung	Vsl. 2025	Vsl. 2026	6
Regensburger Viertel, B-Plan Nr. 3490, Spielplatz	Städtebaulicher Vertrag		Neuanlage	2024	2025	20
Wetzendorfer Park, Spielflächen	Masterplan Freiraum		Neuanlagen	n.n.	n.n.	14
Züricher Park, Spielflächen	MIP, Fördermittel vom Bund		Neuanlage	2021	2023 / 2025	57

Aktuelle Informationen zur Planung im Luitpoldhain (s.o. in der Liste):
Der Planungsbereich des Projekts Luitpoldhain umfasst den sanierungsbedürftigen Spielplatz, die Fläche der ehemaligen Minigolfanlage und den Parkplatz Bayernstraße. Ein Planungskonzept für die Gesamtfläche wurde im Frühjahr 2024 im Werkausschuss SÖR vorgestellt. Auf den Flächen sollen ein großer, runderneuerter Spielplatz, eine Pumptrack, eine Mini-Ramp und mehrere Sport- und Bolzflächen entstehen. Die bauliche Umsetzung sollte bauabschnittsweise ab 2025 durchgeführt werden. In den Haushaltsberatungen für 2025 ff. wurde aufgrund der schwierigen Haushaltslage die Realisierung des 1. Bauabschnitts auf 2027 und des 2. Bauabschnitts auf unbestimmte Zeit verschoben.
Für die geplanten Spielflächen im Luitpoldhain liegt inzwischen Umsetzungsreife vor, d.h. die Beteiligungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen haben bereits stattgefunden und die Planungen wurden mit den jeweiligen Zielgruppen final abgestimmt. Die Beteiligten wurden vom Jugendamt darüber informiert, dass die Aktionsflächen (d.h. Ballspielflächen, Fitnessangebote und Pumptrack) erst 2027 und der neue Spielplatz bis auf weiteres nicht kommen werden. Wie bereits mehrmals ausgeführt, verliert die gute Beteiligungskultur in Nürnberg deutlich an Glaubwürdigkeit, wenn Planungen deutlich verspätet oder ggf. gar nicht in die Umsetzung gehen.

Weitere noch nicht finanzierte, dringliche Spiel- und Aktionsflächenmaßnahmen sowie erforderliche Neugestaltungen:

Projekt	**Mögliche Finanzierung**	**Ballspiel**	**Maßnahmentyp**	**PB** (Planungsbereich)
Annapark, Spielplatz	BIC/MIP-relevante Maßnahme, ***Quartier Annapark		Neugestaltung	7
An der Marterlach, Spiel- und Aktionsfläche	BIC-relevante Maßnahme	X	Neuanlage nach Fertigstellung Schulcampus Werderau vsl. ab 2026 möglich	9
Anton-Müller-Platz, Spiel- und Aktionsfläche	BIC-relevante Maßnahme	X	Neugestaltung	6
Budapester Platz, Spiel- und Aktionsflächen	BIC/MIP-relevante Maßnahme, ***Quartier Annapark		Neugestaltung	7
Breslauer Straße, Spielplatz	Fläche liegt im Städtebauförderungsgebiet		Neugestaltung	26
Carrettscher Park / Innere Kobergerstraße, Spielplatz			Neugestaltung	3
Elisabeth-Selbert-Platz, Gemeinschaftshaus Langwasser, Spielplatz	Fläche liegt im Städtebauförderungsgebiet		Neugestaltung	26

Gleiwitzer-/Bunzlauer Straße, Langwasser Bolzplatz	Fläche liegt im Städtebauförderungsgebiet	X	Neugestaltung	26
Gleiwitzer Straße, Spielplatz	Fläche liegt im Städtebauförderungsgebiet		Neugestaltung	26
Gleiwitzer-/Jauerstraße, Langwasser, Spielplatz	Fläche liegt im Städtebauförderungsgebiet		Neugestaltung	26
Hans-Seiler-Straße, Boxdorf, Spielplatz			Angebotsverbesserung	47
Hans-Christoph-Seebohm-Straße			Neugestaltung und Angebotsverbesserung	34
Happurger Str./ Bhf Laufamholz, Spielplatz			Neugestaltung, Sanierungsbedarf (aktuelle Interimslösung ist eine mobile Spielebox seit 2022)	52
Hautschstraße, Spiel- und Basketballplatz		X	Erweiterung, Angebotsverbesserung	13
Kochstraße, Spielplatz			Neugestaltung	9
Kuhweiher / IDEAL, Spielplatz			Verlegung/Neuanlage, Spielplatz in Kleingartenanlage verlegen	39
Marienberg, Spielfächen	BIC-relevante Maßnahme	X	Neugestaltung	17
Maiach, Innstraße		X	Erweiterungspotential vorhanden, Angebotsverbesserung	35
Militscher-/Oppelner Straße, Bolzplatz	Fläche liegt im Städtebauförderungsgebiet	X	Neugestaltung	27
Mühlweg Spiel- und Bolzplatz, Unterstand		X	Neugestaltung	14
Nesselwangerstraße, Worzeldorf, Spielplatz			Neugestaltung	32
Reichelsdorfer Schulgasse, Spielplatz + Streetballangebot am Bolzplatz			Neuanlage eines Spielplatzes und Erweiterung um ein Streetballangebot (Antrag Kinderversammlung)	36
Reitackerstraße, Spielplatz	Fläche liegt im Städtebauförderungsgebiet		Neugestaltung	12
Rosenau	Fläche liegt im Städtebauförderungsgebiet		BIC relevante Maßnahme	12
Schweinauer Buck, Skateanlage, Pumptrack	BIC-relevante Maßnahme, Masterplan Freiraum		Neuanlage / Neugestaltung	10
Schornbaumstraße, Altenfurt, Spielplatz			Neugestaltung und Erweiterung	22
* Stadtpark, Spiel- und Aktionsflächen	BIC relevante Maßnahme, Masterplan Freiraum	X	Neugestaltung Leistungsphase 1 bis 3 im BIC wurde gestoppt	3
Südstadtpark, Spielplatz	*** Quartier Annapark		Neugestaltung	7
Tilsiter Straße, Spielplatz			Neugestaltung	34
Veilhofstraße, Spielplatz			Neugestaltung	5
Westpark**, Spiel- und Aktionsflächen	BIC-relevante Maßnahme, Masterplan Freiraum	X	Neuordnung und Neugestaltung	57 / 11
Wohlauer Straße, Altenfurt, Spielplatz			Neugestaltung Sanierung/Neuanlage	22

* Stadtpark: Sollte sich die Gesamtplanung weiterhin verzögern und kann der Unterhalt die Spielbereiche nicht mehr in einem vernünftigen Maße nutzbar erhalten, wird ein Spielbereich im Rahmen der Spielplatzpauschale aufgrund des dringendes Bedarfs vorgezogen. Aktuell sieht sich der Unterhalt noch in der Lage, die Spielflächen erhalten zu können.

** Westpark siehe auch Seite 3
*** Quartier Annapark: Voruntersuchungen laufen, förmliche Festlegung per Stadtratsbeschluss steht noch aus.

Die eben dargestellten Listen führen unter anderem auch Spielflächen auf, die in größeren Parkanlagen verortet sind. Beispielhaft können hier die Spielflächen im Stadtpark, Luitpoldhain oder Westpark genannt werden. Oft sind in diesen Parkanlagen nicht nur die Spielflächen, sondern die gesamte Anlage in die Jahre gekommen und eine Weiterentwicklung der Anlagen als Ganzes wäre wünschenswert. Aus Synergiegründen wird oft die Neugestaltung der Parkanlage mit der Neugestaltung der Spielflächen im Rahmen einer größeren Maßnahme betrachtet und von der Verwaltung in das BIC/MIP-Verfahren eingebracht.

Das Bauinvestitionscontrolling (BIC) ist ein notwendiges Steuerungsinstrument der Stadt Nürnberg, um kostenintensiven Maßnahmen über den MIP finanzieren zu können. Die Notwendigkeit einer Baumaßnahme wird durch den Bedarfsträger J ermittelt und durch SÖR angemeldet. Nach erfolgreicher Aufnahme erfolgen die Planungen bis zum Entwurf einschließlich der Kostenberechnung als Entscheidungsgrundlage, ob diese Maßnahmen in den kommenden MIP aufgenommen werden kann. Diese Entscheidung erfolgt nach vorgegangenen Prüfungen während der beiden MIP-Beratungen unter Berücksichtigung des jährlich zur Verfügung stehenden MIP-Rahmens. Die endgültige Entscheidung trifft der Stadtrat in den jährlichen Haushaltsberatungen.

Dieses Verfahren ist sinnvoll, um kommunale personelle und finanzielle Ressourcen zielführend einzusetzen. Allerdings muss aus Sicht der Spielflächenplanung folgende Einschränkung formuliert werden: In diesem Verfahren können nicht alle vorgeschlagenen Maßnahmen zeitnah berücksichtigt werden. Oft dauert es mehrere Jahre bis es zu einer Berücksichtigung kommt. Dies kann zur Folge haben, dass Spielflächen (trotz ursprünglich rechtzeitiger Anmeldung zum BIC/MIP-Verfahren) nicht rechtzeitig neugestaltet werden können. Die Flächen können ab einem gewissen Alter und Verschleiß nicht mehr unterhalten werden, und es droht aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht eine Schließung oder ein Abbau von bestehenden Spielflächen.

Oft sind solche Spielflächen aber für viele Kinder und Jugendliche aus den umliegenden Quartieren wichtige Orte und es besteht keine ausreichende und erreichbare Alternative im Umfeld. In einem solchen Fall müssen Spielflächen notfalls als Einzelmaßnahmen über die entsprechende Pauschale finanziert werden. Dies ist immer die zweitrangige Option nach einem BIC/MIP-Verfahren. Um aber Jahre der Unterversorgung an Spielflächen in den betroffenen Gebieten zu vermeiden, unterbreiten bei Bedarf J und SÖR bei der jährlichen Beschlussfassung diesbezügliche Vorschläge (Siehe hierzu das Beispiel Westpark auf Seite 3).

B) Spielhöfe

MIP Nr. P5515800000U, jährlich 290.000 €

Kurzer Sachstand abgeschlossener Spielhof-Maßnahmen Pauschale 2023 / 2024

- Schlößleinsgasse, Spielhof, Mittelschule
  Neugestaltung
  Fertigstellung Juni 2024

Festlegungen Spielhofpauschale 2025

Projekt	Finanzierung	Maßnahmentyp	Planung	Bau	PB (Planungsbereich)
Heroldsberger Weg, Grundschule	„Teilfinanzierung Aus 1 mach 3“	Angebotsverbesserung	2025	2025	17
Max-Beckmann-Schule, Grundschule		Neugestaltung, Angebotsverbesserung	2025	2025 / 2026	31

Festlegungen Spielhofpauschale 2026

Projekt	Finanzierung	Maßnahmentyp	Planung	Bau	PB (Planungsbereich)
Max-Beckmann-Schule, Grundschule		Neugestaltung, Angebotsverbesserung	2025	2025 / 2026	31
Leerstetterstraße, Kettelerschule, Grundschule		Neugestaltung, Angebotsverbesserung	2026	2027	28

Vorläufige Planungen Spielhofpauschale 2027 / 2028

Projekt	Finanzierung	Maßnahmentyp	Planung	Bau	PB (Planungsbereich)
Bartholomäusschule, Grundschule		Neugestaltung, Angebotsverbesserung	2027	2028	5
Leerstetterstraße, Kettelerschule, Grundschule		Neugestaltung, Angebotsverbesserung	2026	2027	38
Wandererstraße, Grundschule		Angebotsverbesserung	2028	2029	13

Sollte es aufgrund des Konzepts zur Personalkosteneinsparung oder andere aktuell nicht vorhersehbaren Unwägbarkeiten zu Verschiebungen der Maßnahmenplanungen in der Spielhofpauschale der Jahre 2025/2026 kommen, sind die Maßnahmen in den Jahren 2027/2028 prioritär zu verfolgen.
Die Vorplanungen der Spielhofpauschale der Jahre 2027/2028 werden sich dann ebenso verzögern.

Weitere vordringliche Spielhofmaßnahmen

Projekt	Maßnahmentyp	PB
Altenfurt, GS + MS	Neugestaltung des großen Spielhofs der GS u. Verbesserungen des Angebots der MS	22
Astrid-Lindgren-Schule, Grundschule	Neugestaltung im Rahmen des vorgesehenen Schulneubauprojekts	26
Billrothschule, Grundschule	Neugestaltung im Zusammenspiel mit der Pausenhofbelagsanierung	19
Neunhofer Hauptstraße, MS	Neuanlage für Mittelschule (Prüfung noch erforderlich)	47
Neptunweg, MS	Angebotsverbesserung, ggf. Neugestaltung	23
Regenbogenschule, GS	Neugestaltung Spielhof (Prüfung baulicher Maßnahmen muss noch erfolgen)	26
Siedlerschule, GS	Angebotsverbesserung / Baumaßnahmen Schule bzw. Hort zunächst abwarten	20
Thusneldaschule, Grundschule	Neugestaltung	19
Veit-Stoß-Realschule	Neuanlage wünschenswert, Umstrukturierungen Schule müssen aber erst abgewartet werden	18

Kurzer Sachstand abgeschlossener Spielhof-Maßnahmen Finanzierung aus Drittmitteln 2024

- Schulcampus Werderau, Spielhof der GS und MS Maiacher Straße
  Spielhof GS – Fertigstellung 2025
  Spielhof MS – Fertigstellung Frühjahr 2024
  Finanzierung: MIP
- Spielhof Forchheimer Straße, GS
  Fertigstellung September 2024
  Finanzierung: MIP

Spielhofprojekte über Finanzierung Dritter

Projekt	Finanzierung	Maßnahmentyp	Bau	PB
Adam-Kraft-Straße, Johannis, GS	MIP	Neubau	2027	2
Amberger Straße, GS	MIP, Master-plan Freiraum	Neugestaltung, Neuordnung	2025 / 2026	10
Am Thoner Espan, GS	MIP	Neuanlage im Rahmen der Neubauplanungen Schule und Hort	2025/ 2026	16
Bruneckerstraße, GS Gertrud-Steinl-Schule	MIP	Neubau	Ab 2025	56
Fischbach, GS	MIP	Im Zuge von Erweiterungs-maßnahmen	Ab 2026	21
Fürreuthweg, Eibach, GS	MIP	Neubau	2026 / 2027	38
Grundschule West	BIC	Neuanlage	n.n.	13
Henry-Dunant-Schule, GS	MIP	Neubau	2026	57
Helene-von-Forster-Schule, GS	SÖR-Unterhalt	Angebotsverbesserung	2025	39
Ludwig-Uhland-Schule, GS + MS	MIP	Im Zuge von Sanierungs- und Erweiterungsmaßnah-men	2025 - 2028	3
Maiacher Straße, GS + MS Schulcampus Werderau	MIP	Neubau	2024 / 2025	9
Martin-Behaim-Gymnasium	MIP	Im Zuge von Erweiterungs-baumaßnahmen	2028	6
Neues Gymnasium	MIP	Neubau	Ab 2028	6
Schulzentrum Südwest, Realschule u. Gymnasium	MIP	Neubau	2028 - 2032	38
Scharrerstraße, GS + MS	BIC	Neugestaltung im Zuge der Baumaßnahmen	Ab 2027	6
Schulcampus Breslauer Straße 296, Gymnasium + Realschule	BIC	Neuanlagen	2026 - 2028	26

C) Programm „Aus 1 mach 3“

MIP Nr. P5515400000U, Ansatz 207.000 € (städtischer Anteil 138.000 € / Spenden 69.000 €)

Kurzer Sachstand zu den abgeschlossenen Projekten aus dem Programm „Aus 1 mach 3“ in 2024

- Spielplatz Steinmetzanlage
  Erweiterung Angebot für Kleinkinder
- Spielhof Grundschule Ledebourschule
  Ergänzung einer Hangrutsche im Spielhof
- Anschaffung einer mobilen Pumptrack-Anlage
  Erster Aufstellungsort – Hiroshimaplatz
- Spielekiste – Spielplatz Brunn
  Angebotsverbesserung
- Bewegungspark Am Schießplatzwäldchen
  Angebotsverbesserung / Neuanlage

Anträge für das Programm „Aus 1 mach 3“ für 2025

Projekt	Maßnahmentyp	PB (Planungsbereich)
Am Schießwäldchen, Bewegungspark	Projektübertragung aus 2024 - Bewegungspark für alle Generationen in Grünanlage im Umfeld des Sportvereins – ggf. Nachfinanzierung in 2025 erforderlich	28
Am Weiher, Boxdorf, Spielplatz	Angebotserweiterung	45
Heroldsberger Weg, Spielhof Grundschule	Verbesserung des Spielhofangebots / Kletterturm (Antrag Kinderversammlung) Die Maßnahme wird im Rahmen der Angebotsverbesserung Spielhofpauschale 2025 zusammengelegt	17
Wohlauer Straße, Altenfurt, Spielplatz	Angebotsverbesserung	22

3. Laut! – Partizipation von Jugendlichen

Die Spielplatzpauschale des Jugendamts beinhaltet aktuell 99.000 € konsumtive Mittel für die Umsetzung von - durch Jugendliche im Rahmen von laut! - angestoßene Maßnahmen im öffentlichen Raum. Ihre Anliegen bringen die jungen Menschen über die verschiedensten Kanäle des Jugendbeteiligungsmodells laut! als auch bei Veranstaltungen von und mit laut! an. Sie beziehen sich z.B. auf die Verbesserung der Ausstattung, der Aufenthaltsqualität, der Nutzungszeiten und -möglichkeiten, der Beleuchtung sowie der Pflege und den Unterhalt von öffentlichen Grünanlagen, Spiel- und Aktionsflächen und Sportflächen für diese Altersgruppe.

Beteiligt an der Prüfung der Umsetzung sowie an der Realisierung möglicher Maßnahmen ist laut! bestehend aus den Kooperationspartnern KJR Nürnberg-Stadt, Medienzentrum Parabol e.V. und das Jugendamt der Stadt Nürnberg zusammen mit dem Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR). In Abhängigkeit des Anliegens sind meist zusätzliche Akteure aus verschiedensten Dienststellen einzubeziehen u.a. das Stadtplanungsamt, Liegenschaftsamt, Umweltamt, Hochbauamt, Bauordnungsbehörde. Das Vor-Ort-Team von laut! vertritt im Prozess die Interessen der Jugendlichen, hält mit ihnen Kontakt und bezieht sie soweit wie möglich in die Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse mit ein.

Die Anliegen der Jugendlichen und die sich daraus ergebenden Maßnahmen sind meist nicht langfristig im Voraus planbar. Eine zeitnahe Bearbeitung ist aber Voraussetzung für eine gelungene Partizipation.

Dies stellt hohe Anforderungen an die Flexibilität der beteiligten Dienststellen. 2024 führten Personalvakanzen beim laut! –Büro zu verringerten Umsetzungspotenzial baulicher Anliegen für junge Menschen. Dennoch ist es laut! mit Hilfe von SÖR, dem Stadtplanungsamt und anderen beteiligten Dienststellen gelungen viel zu bewegen. Eine besonders große Maßnahme war dabei die Aufwertung der Jugendaktionsflächen im Spittlertorgraben. Hierfür gab es zusätzlich Mittel aus dem Sonderfonds Innenstädte beleben. Neben attraktiven Sitzmöbeln, dem Einbau von Gummimatten zur Reduzierung von Steinen auf der Skatebahn und der Neumarkierung des Basketballfeldes gibt es dort nun auch Unterstände. Im Frühjahr 2025 wird der Abschluss der Maßnahme feierlich mit Vertretern und Vertreterinnen der Stadtverwaltung und Politik zelebriert. Noch nicht sichtbar ist eine weitere große Maßnahme, die im Hintergrund aber bereits konkrete Züge annimmt, ein Jugendanliegen von 2022: der Kickerkäfig in der Weststadt Fürther Str. / Frankenschnellweg.

Umgesetzte Anliegen 2024

Projekt	Finanzierung	Maßnahmetyp	Beteiligung	Planung	Bau	PB
Bauernwald: Sanierung des Bolzplatzes	Laut! Pauschale	Instandsetzung	2023	2023	2024	17
Langwasser Unterstand Teen II: Solarsäule (Beleuchtung & Stromzugang)	Laut! Pauschale	Erweiterung des Angebots	2021-2022	2022-2023	2024	27
Spittlertorgraben: Basketballplatz	Laut! Pauschale	Instandsetzung und Angebotsverbesserung	2021	2023-2024	2024	1
Spittlertorgraben: Gummimatten am Skatepark	Laut! Pauschale	Angebotsverbesserung	2023	2023-2024	2024	1
Spittlertorgraben: Sitzmöglichkeiten	Laut! Pauschale	Neubau	2021	2023-2024	2024	1
Spittlertorgraben: Unterstände	Sonderfonds „Innenstädte beleben!“	Neubau	2021	2023-2024	2024	1
Weststadt: Kickerkäfig	Städtebauförderung + Laut! Pauschale	Neubau	2022-2025	2022-2025	2025/ 2026	13
Jugendtreff Container: Reparatur am Unterstand	SÖR Unterhalt	Instandsetzung	2023	2024	2024	25
Mühlweg: Sitzmöglichkeiten am Unterstand	SÖR Unterhalt	Erweiterung des Angebots	2023	2024	2024	14
An der Wied: Sitzmöglichkeiten am Unterstand	SÖR Unterhalt	Erweiterung des Angebots	2020	2022-2024	2024	39

Für 2025/2026 geplante Maßnahmen

Projekt	Finanzierung	Maßnahmetyp	Beteiligung	Planung	Bau	PB
Weststadt: Kickerkäfig	Laut! Pauschale + Städtebauförderung	Neubau	2022-2025	2022-2025	2025/2026	13
Radmeisterstr.: Basketballkorb, Tischtennisplatte, Unterstand mit Sitzmöglichkeit	Laut! Pauschale	Neubau	2021	2024	2025/2026	31
Langwasser: Torschließung Bürgergarten	Laut! Pauschale	Angebotsverbesserung	2023	2025	2025	26
Pferdemarkt: Anpassung Beleuchtungszeit	Laut! Pauschale	Angebotsverbesserung	2021	2022-2025	2025/2026	11
Cramer-Klett-Park: Aschenbecher	Laut! Pauschale	Angebotsverbesserung	2023	2024	2025	5
Katzwang: Bolzplatz	Laut! Pauschale	Erweiterung des Angebots	2024-2025	2025	2025/2026	34

Eine Prüfung der Realisierbarkeit der Vorhaben, die für 2025 geplant sind, muss noch erfolgen. Zusätzlich können weitere im Laufe des Jahres 2025 eingehende, kurzfristig umsetzbare Maßnahmen aufgenommen werden.

weitere Maßnahmen, die sich in Prüfung zur Realisierung befinden sind:

Projekt	Finanzierung	Maßnahmetyp	Beteiligung	Planung	Bau	PB
Neuröthenbach: Beleuchtung	Laut! Pauschale	Erweiterung des Angebots	2024	Ungeklärt	Ungeklärt	39
Anton-Müller-Platz: Bolzplatz	Bisher ungeklärt	Neubau	2023-2025	Ungeklärt	Ungeklärt	6
Altstadt: Beachvolleyballplatz	ungeklärt	Neubau	2024	Ungeklärt	Ungeklärt	1
Altenfurt: Basketballplatz	Laut Pauschale!	Neubau	2023-2024	Ungeklärt	2025	22

4. Spielplatz in Katzwang, Gaulnhofer Straße

Im JHA am 29.04.2021 und zuletzt im JHA am 29.02.2024 wurde über die Spielflächensituation in Katzwang, Gaulnhofer Straße berichtet (Antrags der CSU-Stadtratsfraktion vom 29.11.2020). Mit der Aufstellung der Bauleitpläne für den B-Plan 4482 wurde frühzeitig eine Ausweisung eines öffentlichen Kinderspielplatzes gefordert. Ein öffentlicher Kinderspielplatz wurde jedoch nicht berücksichtigt.

Im Jugendhilfeausschuss am 29.04.2021 hat die Verwaltung angekündigt, mögliche Potentialflächen zu prüfen. Hierbei konnte als möglicherweise geeignete Fläche das städtische Grundstück Fl-Nr. 577/2

Gemarkung Katzwang identifiziert werden. Das städtische Grundstück Fl-Nr. 577/2 Gemarkung Katzwang wurde daraufhin instruiert. Als Ergebnis ist nun leider festzuhalten, dass einer Nutzung als öffentliche Spielfläche seitens UwA/3 nicht zugestimmt werden kann. Bei der Fläche handelt es sich um einen Bestandteil einer Ausgleichmaßnahme für nach Bundesnaturschutzgesetz besonders geschützte Zauneidechsen, welche sich aus unterschiedlichen Bauvorhaben ergaben. Im Sommer 2021 wurde der Ausgleich für 115 Zauneidechsen durchgeführt und ist nach Angaben UwA/3 dauerhaft zu erhalten.

Am Beispiel Katzwang kann veranschaulicht werden, dass die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien frühzeitig berücksichtigt werden müssen. Es ist nachträglich oft kaum bzw. nur mit erheblichen Schwierigkeiten möglich, die öffentlichen Bedarfe zufriedenstellend zu decken.

Als letzte Alternative in Katzwang wird nun der Spielplatz Hans-Christoph-Seebohm-Straße in die Liste der zu sanierenden Projekte aufgenommen. Der Spielplatz ist in die Jahre gekommen und könnte durch eine Überplanung deutlich an Attraktivität gewinnen. Aufgrund des hohen Baumbestands wird aber eine flächenmäßige Erweiterung des Spielplatzes nicht möglich sein.

5. Aktionsflächen im Annapark

In den vergangenen Jahren, zuletzt im JHA am 29.02.2024, wurde über den dringend sanierungsbedürftigen Zustand der Bolz- und Basketballplätze berichtet. Klassische Interimslösungen waren kaum möglich, daher wurden kreative Lösungen, wie z.B. mit Minitoren in der Wiese im Annapark, einer Tischtennisplatte vor der Gustav-Adolf-Kirche sowie der Anschaffung einer mobilen Pumptrack-Anlage mit vorübergehender Aufstellung am Hiroshimaplatz, die gut ankam, angeboten, um zumindest einen gewissen Ausgleich für die jungen Menschen und Familien zu schaffen. Die Aktionsflächen im Annapark sind bekanntermaßen stark frequentiert.

Daher ist es sehr erfreulich, dass die Fertigstellung der Aktionsflächen weit fortgeschritten ist und sie nach der Frostphase im Frühjahr 2025 abgeschlossen werden kann. Dann stehen die Flächen der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung.

Eine kurzfristige Öffnung des Schulgeländes der Adam-Kraft-Realschule direkt gegenüber des Annapark konnte bisher nicht umgesetzt werden. Die Prüfungen, den Schulhof zu öffnen und zum Spielhof umzugestalten, werden im Rahmen des „Quartiers Annapark“ mittelfristig weiterverfolgt und zeitlich mit den anstehenden Gebäudesanierungsmaßnahmen abgestimmt.

02

Antrags-Nummer: AN/849/2020

Fraktion der
Christlich-Sozialen Union
im Stadtrat zu Nürnberg

CSU

CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Marcus König
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Jut
WV(ALGR)

OBERBÜRGERMEISTER
01. OKT. 2020
1 Zur Kts. | 2 z.w.V. | 3 Stellungnahme | 4 Antw. vor Abgang | 5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

V
3 BM, III, VI

Wolff´scher Bau des Rathauses
Zimmer 222
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 0911 231 – 2907
Telefax: 0911 231 – 4051
E-Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

29.09.2020
Eichelsdörfer / Bälz

Referat V
09. NOV. 2020
I. 7
an: II. IV/S z.w.V.
z.w.V.
Stellungnahme
Antw. vor Abs.z.K.
Antw. z. Unterschriftvorl.

60

Spielplatz am Agnes Gerlach Ring / Am Lerchenfeld / Gaulnhoferstraße in Katzwang

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadtteile im äußeren Nürnberger Süden, darunter auch Katzwang, stellen attraktive Wohngebiete für Bürgerinnen und Bürger dar. Zum Beispiel entscheiden sich junge Familien dazu, dorthin zu ziehen, sei es in Mietwohnungen/ -häuser oder in ein Eigenheim.

Die jungen Familien, die im Betreff genannten Teil Katzwangs ein Zuhause gefunden haben, haben sich vor einer Weile zusammengetan und setzen sich für den Bau eines Spielplatzes angrenzend an ihre Grundstücke ein. Bestehende Spielplätze sind zu weit von den Anwesen entfernt, als dass die Kinder dort, ohne dass sich die Eltern Sorgen machen würden, spielen könnten.

Da es sich um einen Wunsch der Anwohner bzw. ehrenamtlich Aktiver in Katzwang handelt, wäre möglicherweise die Anwendung der Spielplatzförderung „Aus Eins mach Drei" denkbar.

Die CSU-Stadtratsfraktion stellt daher zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

Die Verwaltung prüft die Möglichkeit des Baus eines Spielplatzes auf der Grünfläche im Straßendreieck Agnes Gerlach Ring / Am Lerchenfeld / Gaulnhoferstraße in Katzwang oder einem alternativen Standort in der Nähe. Dabei werden die Möglichkeiten der Finanzierung analog der Anwendung der Spielplatzförderung „Aus Eins mach Drei" berücksichtigt.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Krieglstein

Andreas Krieglstein
Fraktionsvorsitzender

Beschlussvorlage
J/003/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Jugendhilfeausschuss	20.02.2025	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum

Anlagen:

3.1 Kurzbeschreibung Konzeption JHA Februar 2025
3.2 Konzeption 2024-2025
3.3 Anlage 1 Anzahl der Veranstaltungen

Sachverhalt (kurz):

Der Kreisjugendring (KJR) legt dem Jugendhilfeausschuss sein fortgeschriebenes Konzept zur „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“ vor.

„Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“ steht in engem Kontext zu dem 2001 in Nürnberg eröffneten Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände mit seiner Dauer-ausstellung „Faszination und Gewalt“. Der KJR hat vom Jugendhilfeausschuss der Stadt Nürnberg den Auftrag, die pädagogische und inhaltliche Betreuung von jungen Menschen im Kontext des Dokumentationszentrums konzeptionell zu entwickeln. Seit 2009 ist DoKuPäd per Beschluss im JHA Teil des Grundlagenvertrags der Stadt Nürnberg mit dem Kreisjugend-ring Nürnberg-Stadt. Im Jahr 2025 zum 25-jähigen Bestehen der Einrichtung liegt jetzt eine weiter fortgeschriebene Konzeption vor.

Zur Zeit befindet sich das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände im Umbau, eine neue Dauerausstellung ist in Planung, die Zeppelintribüne mit dem Zeppelinfeld soll erhalten und trittfest gemacht werden. Damit verbunden ist eine erweiterte Nutzung des Lernortes Zeppelinfeld, des Bahnhofs Dutzendteich sowie Märzfeld und damit auch weitere Möglichkeiten der historisch-politischen Bildung. Auch der zweite wichtige historische Ort, die Kongresshalle, verändert sich in den nächsten Jahren, zum einen durch kulturelle Nutzung ganz allgemein, zum anderen durch den Bau der Interimsspielstätte des Opernhauses im Innenhof der Kongresshalle.

Für DoKuPäd heißt dies, neue Programme zu entwickeln, sowohl für die neue Dauer-ausstellung im Dokumentationszentrum bzw. neue Rundgänge, die die erweiterten Möglichkeiten z.B. auch in der Zeppelintribüne mit dem sogenannten „Goldenen Saal“ als auch dem Zeppelinfeld miteinbeziehen. Auch die Forschung zu pädagogischen Programmen am ehemaligen „Täterort“ Reichsparteitagsgelände hat wichtige Fortschritte gemacht – diese Erkenntnisse fließen ebenfalls in die neue Konzeption ein.

Der Jugendhilfeausschuss befasst sich in dieser Sitzung fachlich mit der fortgeschriebenen Konzeption von DoKuPäd. Für eine schrittweise Umsetzung plant der KJR beim Land, beim Bayerischen Jugendring sowie beim Bezirk deren Mitfinanzierung aufzustocken und zu dynamisieren und Erhöhungsanträge zum Haushalt zu stellen. Diese würden dann im üblichen Haushaltsplanverfahren bearbeitet. Über die Bereitstellung der Mittel entscheidet der Stadtrat in den Haushaltsberatungen.

Bezug zum Orientierungsrahmen für die Jugend-, Familien-, Senior*innen, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg:
Leitlinie 2: Familien stärken, Erziehung unterstützen

Leitlinie 3: Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen
Leitlinie 4: Bildung im Lebenslauf fördern, früh beginnen

1. Finanzielle Auswirkungen:

☒ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Ein Erhöhungsantrag des KJR für die Zuschusskostenstelle wird im üblichen Haushaltsplanverfahren für 2026 bearbeitet.
Über die Bereitstellung der Mittel entscheidet der Stadtrat in den Haushaltsberatungen.

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Die Haushaltsmittel werden auf Antrag des KJR erst im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden.

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Angebote werden unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung bzw. seelischen/körperlichen Beeinträchtigungen bereitgestellt.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss unterstützt die konzeptionelle Fortschreibung der Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum. Er fordert den Kreisjugendring auf, Verhandlungen mit dem Bayerischen Jugendring (BJR) und dem Bezirk Mittelfranken mit dem Ziel einer angemessenen und dynamisierten Mitfinanzierung aufzunehmen. Dabei wird er von Seiten der Stadt Nürnberg unterstützt.
Ein Erhöhungsantrag des KJR für die Zuschusskostenstelle wird im üblichen Haushaltsplanverfahren für 2026 bearbeitet. Über die Bereitstellung der Mittel entscheidet der Stadtrat in den Haushaltsberatungen.

Beilage 3.1
zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.02.2025

Aktualisierung Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“ 2025

„Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“ steht in engem Kontext zu dem 2001 in Nürnberg eröffneten Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände mit seiner Dauerausstellung „Faszination und Gewalt“. Seit 1997 engagiert sich der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt dafür, bei diesem Vorhaben insbesondere die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen. Im Juli 1999 wurde der KJR vom Jugendhilfeausschuss der Stadt Nürnberg beauftragt, die pädagogische und inhaltliche Betreuung von jungen Menschen im Kontext des Dokumentationszentrums konzeptionell zu entwickeln. Ausgangspunkt der Überlegungen war dabei auch die Tatsache, dass die Pädagogik für junge Menschen eine genuine Aufgabe politischer Jugendbildung ist und ein zentrales Handlungsfeld der Jugendarbeit im Sinne des § 11 KJHG (heute SGB VIII § 11). Nürnberg bietet mit dem „Lernort“ Dokumentationszentrum, der Auseinandersetzung mit dem NS-Regime am Beispiel Nürnbergs, nicht nur die Chance historischen Lernens, sondern auch eines Lernens für Gegenwart und Zukunft sowie Erziehung gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt, für Demokratie, Toleranz und Menschenrechte.

Das Konzept des KJR wurde im Jugendhilfeausschuss im Mai 2000 zustimmend zur Kenntnis genommen. Zuerst wurde das Projekt als Modellprojekt durch die Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. bis Ende 2003 gefördert. Seit 2004 wird das Projekt, das mittlerweile eine feste Einrichtung des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt ist, durch eine Mischfinanzierung der Stadt Nürnberg, des Landes Bayern, vertreten durch den Bayerischen Jugendring, dem Bezirk Mittelfranken sowie Eigenmitteln des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt und Teilnehmerbeiträge finanziert.

2009 wurde DoKuPäd per Beschluss im JHA in den Grundlagenvertrag der Stadt Nürnberg mit dem Kreisjugendring Nürnberg-Stadt aufgenommen. 2011 erfolgte eine Aktualisierung und Weiterentwicklung der Konzeption, im Jahr 2025 zum 25-jähigen Bestehen der Einrichtung liegt jetzt die weiter aktualisierte Konzeption vor.

Während im Jahr 2002 ca. 140 Veranstaltungen durchgeführt wurden, lag man im Jahr 2009 bereits bei über 200 Veranstaltungen pro Jahr. Dies erweiterte sich auf ca. 300, abgesehen vom Corona-Knick. Im Jahr 2024 wurden 327 Veranstaltungen (d.h. Studientage, Workshops und Rundgänge) mit 6010 Teilnehmenden durchgeführt.

Die Konzeption von 2024 / 25 – Fortschreibung und Fokussierung

Die Konzeption wurde in der Vollversammlung des KJR Nürnberg-Stadt im November 2024 beschlossen.

Zur Zeit befindet sich das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände im Umbau, eine neue Dauerausstellung ist in Planung, die Zeppelintribüne mit dem Zeppelinfeld soll erhalten

und trittfest gemacht werden. Damit verbunden ist eine erweiterte Nutzung des Lernortes Zeppelinfeld, des Bahnhofs Dutzendteich sowie Märzfeld und damit auch weitere Möglichkeiten der historisch-politischen Bildung. Auch der zweite wichtige historische Ort, die Kongresshalle, verändert sich in den nächsten Jahren, zum einen durch kulturelle Nutzung ganz allgemein, zum anderen durch den Bau der Interimsspielstätte des Opernhauses im Innenhof der Kongresshalle. Für DoKuPäd heißt dies, neue Programme zu entwickeln, sowohl für die neue Dauerausstellung im Dokumentationszentrum bzw. neue Rundgänge, die die erweiterten Möglichkeiten z.B. auch in der Zeppelintribüne mit dem sogenannten „Goldenen Saal“ als auch dem Zeppelinfeld miteinbeziehen. Auch die Forschung zu pädagogischen Programmen am ehemaligen „Täterort“ Reichsparteitagsgelände hat Fortschritte gemacht – diese Erkenntnisse fließen ebenfalls in die neue Konzeption ein.

Die Konzeption nimmt aktuelle Themen politischer Bildung auf wie die Pandemie, die Krisen auf der Welt mit dem Ukrainekrieg und dem Terrorangriff der Hamas auf Israel und die gesellschaftlichen Veränderungen. Themen wie Rechtsextremismus, Verschwörungserzählungen, Fake News und Antisemitismus rücken in den Vordergrund. Laufende Aktualisierungen, auch im Bereich social media, sowie gesellschaftspolitische Fragestellungen müssen inhaltlich und methodisch in die laufende Workshop-Arbeit integriert werden. Damit verbunden ist die Erkenntnis, dass die Haltung der Pädagoginnen und Pädagogen eine wichtigere Rolle spielt – der Beutelsbacher Konsens als vermeintliches Neutralitätsgebot (siehe Konzeption Beilage 3.2 ab Seite 94 unter Punkt 3.2 Neutralität versus Haltung) wird aktuell wieder diskutiert. Gleichzeitig spielt das soziale Miteinander, das gerade unter Corona gelitten hat, eine wichtige Rolle. All dies zeigt, dass sich die gesellschaftlichen Veränderungen in den vergangenen Jahren auch im pädagogischen Angebot von DoKuPäd niederschlagen und weiterhin bei der Weiterentwicklung des Angebots darauf geachtet werden muss, gesellschaftliche Entwicklungen und damit Bedarfe abzubilden.

Die Entwicklungen lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen:

- Die pädagogische Arbeit in Nürnberg „rund um das Dokumentationszentrum“ sowie die Menschenrechtsarbeit leisten einen wesentlichen Beitrag zur historischen und politischen Bildung und sind elementarer Bestandteil der Nürnberger Erinnerungskultur. Ziel der historisch-politischen Bildungsarbeit von DoKuPäd ist es daher weiterhin, Erkenntnisse zu vermitteln, die für unsere Zukunft wichtiger sind denn je, blickt man auf die Entwicklung der Weltlage.
- DoKuPäd wird seine Angebote auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände sowie in der neuen Dauerausstellung des Dokumentationszentrums anpassen und neu aufsetzen. Dazu gehört auch die Entwicklung weiterer Rundgänge auf dem Gelände und das Einbeziehen der Neuerungen am Lernort Zeppelinfeld. Dafür bedarf es Ressourcen und Personal, um den Anspruch umzusetzen, dass sich die Erinnerungskultur vor Ort inhaltlich weiterentwickelt und weiterhin gerade die Belange junger Menschen berücksichtigt werden.
- Ort, Vermittlung und Kommunikation spielen eine entscheidende Rolle in der außerschulischen Jugendbildung, seien es politische oder historisch-politische Themen. Die normative Grundhaltung – die Grundprinzipien Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – ist nicht verhandelbar, sie bilden die Grundlage jeglicher politischen Bildung. Im Hinblick auf das ehemalige Reichsparteitagsgelände heißt dies, die Lernenden zu befähigen, politische Propaganda und Manipulation zu erkennen und sich distanzieren zu können.

- Politische Bildung ist nicht lediglich Extremismusprävention. Politische Bildung soll nicht nur dann stattfinden, wenn die demokratische Gesellschaft durch krisenhafte Entwicklungen und Problemlagen herausgefordert wird. Politische Bildung soll Kinder und Jugendliche in die Lage versetzen, über ihre Zukunft selbstbestimmt verfügen zu können – dazu braucht es dauerhafte Strukturen und nicht lediglich projektbezogene Förderungen.
- Menschenrechte sowie das Eintreten gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rechtsextremismus oder Antisemitismus zählen nach wie vor zu den inhaltlichen Schwerpunkten von DoKuPäd.
- Das Thema Rechtsextremismus hat sich weiter ausdifferenziert und reicht vom „klassischen“ Workshop zu Rechtsextremismus bis zum Umgang mit Populismus, Verschwörungserzählungen, Antisemitismus und Fake News – letztere sind besonders in Zeiten von Social Media wichtig und knüpfen indirekt an den inhaltlichen Schwerpunkt „Propaganda“ in der historisch-politischen Bildung an.
- DoKuPäd wird, wie beschrieben, aktuelle Themen aufgreifen und auch überregional Angebote machen – allerdings kann dies ohne zusätzliche Finanzen und Personal nicht geleistet werden. Daher wird in der aktuellen Konzeption eine bessere finanzielle und damit auch personelle Ausstattung gefordert.

Für die folgenden Jahre ist daher insbesondere eine weitere Erhöhung der Stundenzahl der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Verwaltung erforderlich. Zwei Pädagoginnen bzw. Pädagogen in Teilzeit (jeweils 19,5 Stunden) können die Anforderungen von Durchführung von Angeboten, Weiterentwicklung der Angebote in Inhalt und Didaktik sowie Anleitung von Praktikantinnen, Praktikanten und Honorarkräften kaum stemmen, um die erforderliche Qualität der Angebote gewährleisten zu können. Dies bedeutet mittelfristig die Forderung nach zwei Vollzeit-Pädagoginnen- bzw. Pädagogenstellen. Gerade die Weiterentwicklung der Angebote aufgrund der Neukonzeption der Ausstellung im Dokumentationszentrum sowie am Lernort Zeppelinfeld, als auch die Anforderungen an die Themen aktueller politischer Bildung insbesondere Demokratie- und Menschenrechtsbildung erfordern eine Aufstockung der bisherigen Stunden. Auch die Verwaltung (19,5 Stunden) kann ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Sie hat mittlerweile über 300 Buchungen pro Jahr mit dem zugehörigen Verwaltungsaufwand zu stemmen, das Stundenkontingent stieg nicht mit der steigenden Nachfrage bei der Zahl der Buchungen. Hinzu kommen gestiegene Sach- sowie Honorarkosten. Der KJR plant unter Berücksichtigung der Haushaltslage der Stadt Nürnberg, die Anpassungen der Stundenerhöhungen sowie der Sach- und Honorarkosten in mehreren Schritten anzugehen und möchte zum Haushaltsjahr 2026 einen ersten Erhöhungsantrag stellen. Nachdem die Arbeit durch die Stadt Nürnberg nun 25 Jahre unterstützt wurde, ist es an der Zeit, auch die Weiterentwicklung der Arbeit von DoKuPäd zu fördern.

Keineswegs ist hier allein die Stadt Nürnberg in der Pflicht. Eine Finanzierung von Land, Bezirk und Stadt muss auch weiterhin Voraussetzung für die Gesamtfinanzierung von DoKuPäd sein. Der KJR wird daher auch bei den Geldgebern Bezirk und Land, vertreten durch den BJR, Erhöhungsanträge stellen. Auch die Stadt Nürnberg wird um Unterstützung gebeten, die Zuschussanträge positiv zu unterstützen. Dieses Vorgehen ist deshalb angemessen, da die Teilnehmenden zu fast gleichen Teilen sowohl aus Stadt, Bezirk und Land kommen, wie man den Zahlen entnehmen kann. Zu prüfen ist mittelfristig auch, inwieweit teilnehmende Schulklassen und Gruppen durch den Freistaat Bayern in die Lage versetzt werden, bspw. durch schulbezogene Budgets für Demokratiebildung, mittels höherer Teilnahmebeiträge einen Beitrag zur Finanzierung der Strukturkosten zu leisten.

Beilage 3.2
zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.02.2025

DoKuPäd
Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum
KREISJUGENDRING
KJR
NÜRNBERG–STADT

Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum – DoKuPäd

Eine Einrichtung des KJR Nürnberg-Stadt

Konzeption 2025

Tätigkeitsbericht DoKuPäd 2000 – 2024



Konzeption 2024 /25

„Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“

Inhaltsverzeichnis 1

2025: 25 Jahre „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“ beim KJR Nürnberg-Stadt

A) Tätigkeitsbericht DoKuPäd 2000 – 2024 3

1. Der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt als Träger historisch-politischer Bildung rund um das Nürnberger Dokumentationszentrum 3
1.1 Tradition der Erinnerungskultur in der Jugendverbandsarbeit 3
1.2 DoKuPäd als Akteur in der Erinnerungskultur 4

2. Die Konzeptionen von 2000 und 2011 als Grundlagen der pädagogischen Arbeit 5
2.1 Die Konzeption von 2000 – Grundsätze und Grundlagen 5
2.2 Die Konzeption von 2011 – Grundlagen und Weiterentwicklung 7
2.3 Die Konzeption von 2024 /25 – Fortschreibung und Fokussierung 8

3. Finanzierung 11
3.1 Vom Modellprojekt zur KJR-Einrichtung 11
3.2 Öffentliche Förderung seit 2004 durch Bund, Land, Bezirk und Stadt 12

4. Personal, Räumlichkeiten, Öffentlichkeitsarbeit und laufender Betrieb 14
4.1 Personal 14
4.2 Tratzenzwinger und Nürbanum 2000 – 2012 15
4.3 Bildungszentrum St. Paul 15
4.4 Öffentlichkeitsarbeit und laufender Betrieb 18

5. Die Zielgruppen der pädagogischen Arbeit 19
5.1 Kinder 20
5.2 Schüler*innen aller Schulrichtungen 21
5.3 Kinder und Jugendliche in der Jugendverbands- und Kinder- und Jugendarbeit 23
5.4 Multiplikator*innen (Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Lehrer*innen) 24
5.5 Internationale Jugendgruppen 24

6. Die Angebote von DokuPäd 25
6.1 Historisch-politische Angebote – Studientage und Rundgänge 26
6.2 Workshops mit Themen aktueller politischer Bildung 30
6.3 Medienpädagogische Workshops 39

7. Die Corona-Jahre 2020 und 2021 44

8. Begleitende Aktivitäten und Fachtagungen 45

9. Netzwerke, regionale Verbundstruktur und wissenschaftlich-pädagogische Begleitung durch den Beirat 47

10. Resonanz der pädagogischen Angebote von DoKuPäd in 22 Jahren 49
10.1 Teilnehmendenzahlen 49
10.2 Regionale Verteilung der Teilnehmenden 50
10.3 Aufsplittung nach Schultypen und Gruppen 52
10.4 Aufsplittung nach Veranstaltungen und Inhalten 53

11. Evaluation 55

B) Weiterentwicklung der Konzeption 60

1. Nürnberg und die Erinnerungskultur 60
1.1 Nürnberg als „Täterort“ – Entwicklungen im Umgang mit der NS-Vergangenheit 60
1.2 Das ehemalige Reichsparteitagsgelände – neue Entwicklungen 62
1.2.1 Lernort Zeppelinfeld 64
1.2.2 Kongresshalle und Innenhof 68
1.3 Das Dokumentationszentrum – Interimsausstellung und Planung der neuen Ausstellung 71

2. Die außerschulische historisch-politische Jugendbildung im Kontext des Dokumentationszentrums 75
2.1 Historisch-politische Jugendbildung – neue Entwicklungen und Erkenntnisse 75
2.2 Herausforderungen am „Täterort“ mit dem ehemaligen Reichsparteitags-Gelände 78
2.3 Inhalte und Weiterentwicklungen des Rundgangs „Von Fahnenträgern, Eintopfessen und Lagerleben“ von DoKuPäd 81

3. Aktuelle und neue Fragestellungen politischer Jugendbildung 87
3.1 Menschenrechtsbildung und Demokratieerziehung 92
3.2 Neutralität versus Haltung – der Beutelsbacher Konsens 94
3.3 Rechtsextremismus, Populismus und Verschwörungserzählungen 97
3.3.1 Rechtsterrorismus und der NSU-Komplex 102
3.4 Antisemitismus 104

4. Ausblick und Perspektiven 107
4.1 Finanzbedarf, erweiterte Personalausstattung 107

Literaturverzeichnis **111**

Impressum
Kreisjugendring Nürnberg-Stadt
c/o Marc Steinberger (Vorsitzender)
2025: 25 Jahre „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“ beim KJR Nürnberg-Stadt

A) Tätigkeitsbericht DoKuPäd 2000 – 2024

1. Der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt als Träger historisch-politischer Bildung rund um das Nürnberger Dokumentationszentrum

1.1 Tradition der Erinnerungskultur in der Jugendverbandsarbeit

In der Jugendrings- und Jugendverbandsarbeit allgemein und insbesondere auch im Kreisjugendring Nürnberg-Stadt (KJR) bilden Antifaschismus, das Eintreten gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus seit ihrer Gründung nach dem zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle[1] und sind fester Bestandteil der pädagogischen Arbeit.[2] Entsprechend der Satzung des Bayerischen Jugendrings (BJR) sind alle im KJR Nürnberg-Stadt zusammengeschlossenen Jugendverbände aufgerufen, „alles zu tun, was dem Frieden und der Verständigung aller Völker dient“, „die Jugend im Geist der Freiheit und Demokratie zu erziehen“ und sich „gegen jede Form der Diktatur zu wehren.“[3]

Folgerichtig engagierte sich der KJR bereits im Vorfeld des Baus des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände dafür, bei diesem Vorhaben auch die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen und entsprechende Angebote zu entwickeln.[4] Hinzu kam die Überlegung, dass ein pädagogisches Rahmenprogramm „rund um das Dokumentationszentrum“ eine genuine Aufgabe politischer Jugendbildung ist und damit ein zentrales Handlungsfeld der Jugendarbeit im Sinne des SGB VIII § 11. Aus dieser Initiative resultierte letztendlich dann die Einrichtung

[1] Vgl. hierzu und im Folgenden Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie), S.5 f.
[2] Vgl. dazu Schoßig, Bernhard: Historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit als Arbeitsfeld der Bayerischen Jugendarbeit – ein Rückblick, in: Historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit als Aufgabe der Jugendarbeit in Bayern. Einrichtungen – Projekte – Konzepte. Hg. Schoßig, Bernhard. München 2011, S.15 - 23
[3] Vgl. Prölß-Kammerer, Anja, Konzeption 2011, a.a.O., S.5
[4] Zur Vorgeschichte vgl. ausführlicher Konzeption „Pädagogische Arbeit mit jungen Menschen rund um das Dokumentationszentrum auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. Nürnberg 2000. Unveröffentlichtes Manuskript

DoKuPäd – Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum beim KJR, die seit 23 Jahren Angebote der historisch-politischen und politischen Bildung in Nürnberg macht.

1.2 DoKuPäd als Akteur in der Erinnerungskultur

DoKuPäd ist in eine vielfältige regionale und überregionale Struktur der Erinnerungskultur eingebunden. Diese wurde in den vergangenen über 20 Jahren auf- und ausgebaut und wird laufend gepflegt und erweitert.[5] Basis dieses Netzwerks ist nach wie vor in Nürnberg der Kreis der Partner im Studienform des Dokumentationszentrums[6] sowie die Strukturen der Jugend-, Jugendrings- und Jugendverbandsarbeit. Mit dem Bezirksjugendring Mittelfranken sowie dem Bayerischen Jugendring gibt es enge Kontakte und Kooperationen. Allein hieraus ergeben sich auch neue Verknüpfungen zwischen Erinnerungs- und Jugendarbeit. Hinzu kommen natürlich die Zusammenarbeit mit den Schulen in Nürnberg, dem Bezirk Mittelfranken aber auch der gesamten Region Bayern und darüber hinaus sowie der Hochschullandschaft in der Region.

Ein enger Kontakt von DoKuPäd besteht auch zum Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. Hier ist „Demokratie leben!“ verankert. Das Menschenrechtsbüro trägt dabei die rechtliche und inhaltliche Verantwortung. Die Koordinierungs- und Fachstelle, die die einzelnen Projekte koordiniert und unterstützt, ist beim Kreisjugendring Nürnberg-Stadt angesiedelt.

Der Brückenschlag von der Jugendarbeit und speziell der historisch-politischen Bildung zu den Institutionen der Bildungsarbeit an authentischen Orten in Bayern gelingt durch den seit 2009 bestehenden Arbeitskreis „Politische Bildung an historischen Orten des Nationalsozialismus in Bayern“, in dem DoKuPäd im Vorbereitungskreis beteiligt ist.[7] Der Vorbereitungskreis organisiert jährliche Tagungen an wechselnden historischen Orten der NS-Zeit in Bayern. Hierbei werden jeweils Kontakte

[5] Vgl. Prölß-Kammerer, Anja, Konzeption 2011, a.a.O., S.53 f.
[6] Partner sind hier nach wie vor neben dem Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände selbst das Kunst- und kulturpädagogische Zentrum der Museen der Stadt Nürnberg (KPZ), das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg und das Nürnberger Menschenrechtszentrum, der Verein Geschichte für Alle e.V. – Institut für Regionalgeschichte sowie das Caritas-Pirckheimer-Haus.
[7] Neben DoKuPäd, das den KJR Nürnberg-Stadt vertritt arbeiten dort unter Leitung des Instituts für Jugendarbeit in Gauting, der Kreisjugendring München-Stadt, das Max-Mannheimer-Haus Dachau sowie die Jugendsiedlung Hochland als Jugendbildungsstätte.

zu den Gedenkstätten bzw. Erinnerungsorten vor Ort geknüpft und die Tagungen gemeinsam vorbereitet. Praktiker*innen aus Jugend- und Jugendverbandsarbeit, die sich mit historisch-politischen Bildungsthemen befassen, treffen sich mit Mitarbeitenden und Historiker*innen von Erinnerungsorten zum Austausch und gemeinsamer Fortbildung. Diese Treffen stellen eine wichtige Basis für weitere gemeinsame Aktivitäten dar, wie z.B. Bildungsfahrten von freien Mitarbeiter*innen, den Austausch über die pädagogische Praxis sowie auch Exkursionen zu historischen Orten im Ausland, wie in Polen, Lettland, Litauen oder auch der Ukraine in den letzten Jahren.

DoKuPäd ist in weitere Netzwerke eingebunden wie z.B. bei der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg, in das Netzwerk der Alternativen Stadtrundfahrten in Deutschland sowie zu einzelnen Gedenkorten in Bayern und Deutschland. Die Netzwerkstruktur zeigt zum einen, dass es gelungen ist, die Ansprüche der Konzeptionen aus den Jahren 2000 sowie 2011 einzulösen, zeigt aber auch, wie wichtig Vernetzung ist sowie die Pflege von Kontakten, um erfolgreich langfristig arbeiten zu können.[8] Gerade die Vernetzung von Strukturen der Jugend- und Jugendverbandsarbeit mit Gedenkstätten und Dokumentationszentren war damals neu und ist inzwischen als Gewinn für beide Seiten anzusehen.

2. Die Konzeptionen von 2000 und 2011 als Grundlagen der pädagogischen Arbeit

2.1 Die Konzeption von 2000 – Grundsätze und Grundlagen

Die Ziele und Inhalte der Konzeption aus dem Jahr 2000 haben nach wie vor ihre Gültigkeit und lassen sich kurz folgendermaßen beschreiben[1]:

- Nürnberg als ehemaliger „Ort der Täter“, „Stadt der Reichsparteitage“, der „Nürnberger Gesetze“ und später der „Nürnberger Prozesse“ bedarf eines eigenen pädagogischen Zugangs für den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Dieser unterscheidet sich von der historisch-politischen Bildungsarbeit an Gedenkstätten.

[8] Im Kapitel B 4.1. wird aufgezeigt, welche künftigen Erweiterungen der Netzwerkstrukturen verfolgt werden.
[1] Vgl. ausführlicher Konzeption „Pädagogische Arbeit mit jungen Menschen rund um das Dokumentationszentrum auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. 2000. Unveröffentlichtes Manuskript, S.14 ff.

- Ausgangspunkt der Bildungsangebote von DoKuPäd ist das Nürnberger Dokumentationszentrum mit dem Studienforum auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände. Der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt versteht sich mit seiner Einrichtung DoKuPäd als konstruktiver Partner und als einer der Anbieter des pädagogischen Programms im Studienforum und auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände.
- Die pädagogische Arbeit von DoKuPäd ist eine Aufgabe der Jugendbildung mit der Verpflichtung, insbesondere Zielgruppen zu erreichen, die oft in der historisch-politischen Bildung vernachlässigt werden. Ziel ist es nach wie vor, gerade Jugendliche mit schwierigem sozialem Hintergrund bzw. aktuellen Problemen der Lebensbewältigung zu erreichen. Sie sollen eine Chance haben, über ihre jeweiligen Positionen zu diskutieren und diese auch zu überprüfen, aber auch in ihrer Person anerkannt werden und neue Anregungen aufnehmen können.
- Das Programm von DoKuPäd richtet sich neben Teilnehmenden aus Nürnberg an Kinder und Jugendliche aus dem Bezirk Mittelfranken, aus dem Land Bayern sowie bei längerem Aufenthalt auch an Jugendliche aus dem Bundesgebiet sowie internationale Gruppen, die sich mit der NS-Zeit beschäftigen.
- Die pädagogische Arbeit ist zielgruppenspezifisch, d.h. Inhalte und Methoden, aber auch Ablauf und Dauer der Angebote richten sich bestmöglich nach den Interessen der Teilnehmenden. Allen Jugendlichen soll so ein Zugang zur NS-Geschichte geboten werden.
- Gerade Themen politischer Bildung, die sich nicht zunächst primär auf den Nationalsozialismus selbst beziehen, können in Nürnberg besonders gut konzeptionell begründet und umgesetzt werden. Laut der Konzeption von 2000 waren dies zunächst Demokratieerziehung, die Erziehung zu Mündigkeit und Toleranz sowie zu Selbstbestimmung und Autonomie, das aktive Eintreten gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Das Themenspektrum entwickelte sich im Lauf der Zeit auf dieser Basis mit den neuen Konzeptionen weiter.
- Das pädagogische Programm wird von zusätzlichen Aktivitäten wie der Organisation von und der Teilnahme an Fachtagungen begleitet werden. Flankiert

wird die Fortentwicklung des Programms von DoKuPäd sowie der begleitenden Aktivitäten von einem Beirat, der sich inzwischen aus Vertreter*innen aus Politik und Wissenschaft zusammensetzt.
- Eine örtliche und regionale Verbundstruktur soll die Vernetzung der Akteure*innen in diesem Themenfeld weiter fördern.

Auf der Basis der Konzeption von 2000, die vom Jugendhilfeausschuss der Stadt Nürnberg sowohl in Auftrag gegeben als auch begutachtet wurde[2], wurden die Ziele nach und nach in die Praxis umgesetzt. Es wurden daraus praktische, methodisch-didaktische, an den Bedürfnissen und Anforderungen junger Menschen orientierte Angebote entwickelt und diese im Jahr 2011 mit einem Tätigkeitsbericht und einer weiterführenden Konzeption weitergeführt.

2.2 Die Konzeption von 2011 – Grundlagen und Weiterentwicklung

Die Konzeption aus dem Jahr 2011[3] setzte keine völlig neuen Schwerpunkte oder stellte bestehende inhaltliche und methodische Ansätze in Frage. Vielmehr ging es damals, wie heute auch, darum, die in den vergangenen zehn Jahren neu aufgeworfenen Fragen und Erkenntnisse in der Forschung zu historisch-politischer Jugendbildung einzuspeisen und die bestehende Praxis zu hinterfragen. Es ging aber auch darum, Erkenntnisse aus den Erfahrungen der letzten Jahre einzuarbeiten und damit die pädagogische Arbeit konzeptionell auf eine aktualisierte Basis zu stellen.

Diese Inhalte und Schwerpunkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Der Fokus richtete sich auf das Spannungsfeld zwischen Schule und Jugendhilfe. Außerschulische Jugendbildung ist weder Teil von Schule, noch ist sie ein klassisches Feld der Jugendarbeit. Dies ist aus Sicht von DoKuPäd ein Vorteil, da mit Methoden der Jugendarbeit Schüler*innen erreicht werden, die sonst vielleicht von der klassischen Jugendarbeit nicht gewonnen werden würden. Es erschwert jedoch manchmal den Zugang zu finanziellen Ressourcen.
- Die Beschäftigung mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände sowie dem Nationalsozialismus in Nürnberg konkretisierte sich noch mehr auf Motivation

[2] Vgl. ausführlicher Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie), S.7
[3] Vgl. ebd.

und Ideologie der Täter, aber auch auf das Verhalten und die Motive der Mitläufer. Allgemeine Handlungsmuster wie Obrigkeitsgläubigkeit, Gruppenzwang, Faszination und die Wirkung von Propaganda wurden in der pädagogischen Arbeit weiter konkretisiert.

- Aktuelle Fragen der Menschenrechtsbildung und Demokratieerziehung wurden stärker in den Fokus genommen. Gleichermaßen wurde auch das Thema Rechtsextremismus wichtiger und das Programm aufgrund dieser inhaltlichen Zielsetzung ausgebaut. Gerade Nürnberg als „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ sowie Impulse des Lehrstuhls für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik bewirkten die stärkere Positionierung von DoKuPäd in diesem Themenspektrum.
- Nach zehn Jahren erfolgreicher Arbeit, der Entwicklung vom Modellprojekt zur Einrichtung beim Kreisjugendring Nürnberg-Stadt gerieten – und geraten – die Finanzen natürlich in den Mittelpunkt der Betrachtung. Pädagogisch erfolgreiche Arbeit braucht Ressourcen, es braucht Räumlichkeiten und Personal – die Größenordnung der finanziellen Ressourcen wurde auf der Basis der nach zehn Jahren vorliegenden Erfahrungswerte ermittelt.

2.3 Die Konzeption von 2024 / 25 – Fortschreibung und Fokussierung

Zur Zeit befindet sich das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände gerade im Umbau, eine neue Dauerausstellung ist in Planung, die Zeppelintribüne mit dem Zeppelinfeld soll erhalten und trittfest gemacht werden. Damit verbunden ist eine erweiterte Nutzung des Lernortes Zeppelinfeld und damit auch weitere Möglichkeiten der historisch-politischen Bildung. Auch der zweite wichtige historische Ort, die Kongresshalle, verändert sich in den nächsten Jahren, zum einen durch kulturelle Nutzung ganz allgemein, zum anderen durch den Bau der Interimsspielstätte des Opernhauses im Innenhof der Kongresshalle. Für DoKuPäd heißt dies, neue Programme zu entwickeln, sowohl für die neue Dauerausstellung im Dokumentationszentrum bzw. neue Rundgänge, die die neuen Möglichkeiten z.B. auch in der Zeppelintribüne mit dem sogenannten „Goldenen Saal“ als auch dem Zeppelinfeld miteinbeziehen. Auch die Forschung zu pädagogischen Programmen am ehemaligen „Täterort“ Reichsparteitagsgelände hat Fortschritte gemacht – auch diese Erkenntnisse fließen in die neue Konzeption ein.

Gut zwölf Jahre später geht es in der Konzeption bei den aktuellen Themen politischer Bildung nach Corona, nach den Krisen auf der Welt mit dem Ukrainekrieg und dem Terrorangriff der Hamas auf Israel und den gesellschaftlichen Veränderungen scheinbar einen Schritt zurück und Themen wie Rechtsextremismus, Verschwörungserzählungen, Fake News und Antisemitismus rücken wieder eher in den Vordergrund. Damit verbunden ist auch die Erkenntnis, dass die Haltung der Pädagog*innen wieder eine wichtigere Rolle spielt – der Beutelsbacher Konsens als vermeintliches Neutralitätsgebot wird wieder diskutiert. Gleichzeitig spielt auch das soziale Miteinander, das gerade unter Corona gelitten hat, eine wichtigere Rolle. All dies zeigt, dass sich die gesellschaftlichen Veränderungen in den vergangenen Jahren auch im pädagogischen Angebot von DoKuPäd niederschlagen und dass auch weiterhin bei der Weiterentwicklung des Angebots darauf geachtet werden muss, gesellschaftliche Entwicklungen und damit Bedarfe abzubilden.

Die Entwicklungen lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen:

- Die pädagogische Arbeit in Nürnberg „rund um das Dokumentationszentrum“ sowie die Menschenrechtsarbeit leisten einen wesentlichen Beitrag zur historischen und politischen Bildung und sind elementarer Bestandteil der Nürnberger Erinnerungskultur. Ziel der historisch-politischen Bildungsarbeit von DoKuPäd ist es daher weiterhin, Erkenntnisse zu vermitteln, die für unsere Zukunft wichtiger sind denn je, blickt man auf die Entwicklung der Weltlage.
- DoKuPäd wird seine Angebote auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände sowie in der neuen Dauerausstellung des Dokumentationszentrums anpassen und neu aufsetzen. Dazu gehört auch die Entwicklung weiterer Rundgänge auf dem Gelände und das Einbeziehen der Neuerungen am Lernort Zeppelinfeld. Dafür bedarf es Ressourcen und Personal, um den Anspruch umzusetzen, dass sich die Erinnerungskultur vor Ort inhaltlich weiterentwickelt und weiterhin gerade die Belange junger Menschen berücksichtigt werden.
- Ort, Vermittlung und Kommunikation spielen eine entscheidende Rolle in der außerschulischen Jugendbildung, seien es politische oder historisch-politische Themen. Die normative Grundhaltung – die Grundprinzipien Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nicht verhandelbar und bilden die

Grundlage jeglicher politischer Bildung. Im Hinblick auf das ehemalige Reichsparteitagsgelände heißt dies, die Lernenden zu befähigen, politische Propaganda und Manipulation zu erkennen und sich distanzieren zu können.

- Politische Bildung ist nicht lediglich Extremismusprävention, politische Bildung soll nicht nur dann stattfinden, wenn die demokratische Gesellschaft durch krisenhafte Entwicklungen und Problemlagen herausgefordert wird. Politische Bildung soll Kinder und Jugendliche in die Lage versetzen, über ihre Zukunft selbstbestimmt verfügen zu können – dazu braucht es dauerhafte Strukturen und nicht lediglich projektbezogene Förderungen.
- Menschenrechte sowie das Eintreten gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rechtsextremismus oder Antisemitismus zählen nach wie vor zu den inhaltlichen Schwerpunkten von DoKuPäd.
- Das Thema Rechtsextremismus hat sich weiter spezifiziert und reicht vom „klassischen“ Workshop zu Rechtsextremismus bis zu Populismus, Verschwörungserzählungen, Antisemitismus und Fake News – letztere sind besonders in Zeiten von Social Media wichtig und knüpfen indirekt an den inhaltlichen Schwerpunkt „Propaganda“ in der historisch-politischen Bildung an.
- DoKuPäd versucht, wie beschrieben, aktuelle Themen aufzugreifen und auch überregional Angebote zu machen – auch dies kann allerdings ohne zusätzliche Finanzen und Personal nicht geleistet werden. Daher wird auch in der aktuellen Konzeption weiterhin eine bessere finanzielle und damit auch personelle Ausstattung gefordert.

3. Finanzierung

3.1 Vom Modellprojekt zur KJR-Einrichtung

Die Konzeption aus dem Jahr 2000 war die Grundlage, um erste Finanzmittel zu akquirieren. Der KJR ging zunächst in Vorleistung und stellte im gleichen Jahr eine wissenschaftliche Mitarbeiterin in Teilzeit ein, um mit Veranstaltungen zur historisch-politischen Bildung auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände an die Öffentlichkeit zu gehen sowie die Akquise einer dauerhaften Finanzierung auf den Weg zu bringen.[4] Es folgte die Unterstützung des Referats für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg, der „Menschenrechtsstiftung“ der Stadt, des Bezirksjugendring Mittelfranken und des Bayerischen Jugendrings.

2001 gelang es, eine Modellprojektförderung der Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. für eine Laufzeit von 2 Jahren einzuwerben, die im Anschluss noch bis zum Ende des Jahres 2003 einmalig verlängert wurde, um eine Anschlussfinanzierung zum Jahreswechsel abzusichern. Damit war es bis auf Weiteres möglich, das Projekt zunächst finanziell, personell, aber auch räumlich auf den Weg zu bringen. Organisatorisch, inhaltlich, methodisch-didaktisch konnte sich das Projekt positionieren und entwickeln. Eine wichtige Aufgabe war außerdem, möglichst eine Anschlussfinanzierung und Regelförderung auf den Weg zu bringen. Der KJR war bestrebt, aus dem Modellprojekt eine eigene Einrichtung zu etablieren und diese auch dauerhaft zu betreiben.

Daher suchte man Unterstützung beim Jugendhilfeausschuss der Stadt Nürnberg, der Ende 2003 den Auftrag an den KJR gab, die pädagogische Arbeit fortzusetzen und der eine anteilige Finanzierung der Stadt Nürnberg festlegte. Dies war die Chance, auch den Bezirk Mittelfranken – zunächst über den Bezirksjugendring Mittelfranken, sowie das Land Bayern – über den Bayerischen Jugendring – in die weitere Finanzierung der künftigen Einrichtung einzubinden. Auch der Bund stieg über den Kinder- und Jugendplan in eine zunächst dreijährige Kofinanzierung ein. Somit

[4] Vgl. hierzu und im Folgenden ausführlicher Konzeption „Pädagogische Arbeit mit jungen Menschen rund um das Dokumentationszentrum auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. Nürnberg 2000. Unveröffentlichtes Manuskript

konnte der Anspruch, die Finanzierung möglichst breit aufzusetzen und damit zu zeigen, dass die Verantwortung für den pädagogischen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Nürnberg bei allen Ebenen liegt, umfassend eingelöst werden.

Seit 2004 ist „DoKuPäd – Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“ eine Einrichtung des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. 2009 wurde auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses der Stadt Nürnberg die Einrichtung DoKuPäd in den Grundlagenvertrag der Stadt mit dem KJR aufgenommen und damit die historisch-politische Jugendbildung beim KJR strukturell verankert.

3.2 Öffentliche Förderung seit 2004 durch Bund, Land, Bezirk und Stadt

Seit 2004 sind in die Finanzierung die Stadt Nürnberg, der Bezirk Mittelfranken sowie das Land Bayern, vertreten durch den Bayerischen Jugendring, fest in die Finanzierung eingebunden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend war ebenfalls eingebunden. Die dreijährige Finanzierung wurde nochmal für weitere drei Jahre verlängert, jedoch lief der Zuschuss im Jahr 2009 endgültig aus. Er hat jedoch erheblich dazu beigetragen, die Einrichtung finanziell zu stabilisieren und zu etablieren.

Mit Aufnahme in den Grundlagenvertrag des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt mit der Stadt Nürnberg gelang es auch für DoKuPäd, die Personalkostensteigerungen weitgehend abzufedern. Die Stadt hat den KJR hier großzügig unterstützt – mit den anderen Zuschussgebern konnte auf dieser Basis immer wieder verhandelt werden, um auch hier allmähliche Zuschusssteigerungen zu vereinbaren.

Die Finanzierung hat sich seit 2009 wie folgt entwickelt:

	2009	**2016**	**2023**
Stadt Nürnberg	68.500 €	80.200 €	110.000 €
Bez.JR Mittelfr./ Bezirk Mittelfranken	10.000 €	15.000 €	27.000 €
Land Bayern (BJR)	40.000 €	40.000 €	50.000 €

Teilnehmerbeiträge	11.000 €	18.000 €	21.000 €
Eigenmittel KJR / Wiss. MA TZ 19,5	38.000 €	42.750 €	49.250 €
Gesamt:	**167.500 €**	**195.950 €**	**257.250 €**

Die Aufstellung zeigt, dass sich in erster Linie die großzügige Förderung der Stadt Nürnberg nach oben entwickelt hat, dass sich jedoch an der Grundausrichtung und Aufteilung der Finanzierung durch die verschiedenen Ebenen wenig geändert hat. Die Mittel fließen in erster Linie in Personal- und Honorarkosten, der zweite bedeutende Anteil sind die Mietkosten, die finanziert werden müssen. Allein die Steigerung der Teilnehmendenbeiträge insgesamt, die seit Gründung der Einrichtung im Einzelnen nicht erhöht wurden, zeigt jedoch, dass durch die vorhandenen Mittel sehr viel mehr an Veranstaltungen mit nahezu gleicher Ausgangsbasis gestemmt werden müssen.

Der Eintritt in das Dokumentationszentrum liegt derzeit auch immer noch bei 1,50 € pro Person, für Studientage werden pro Person seit 2001 3,60 € fällig, Workshops kosten pro Person 2,60 €. Diese Preise wurden bewusst so gehalten, um allen Zielgruppen eine Teilnahme zu ermöglichen. Wenn möglich, werden gelegentlich auch bestimmte Workshops umsonst angeboten, wenn eine anderweitige zusätzliche Finanzierung erfolgen kann, z.B. über Aktion Mensch.

Insgesamt zeigt sich an der finanziellen Entwicklung, dass es zwar gelungen ist, DoKuPäd in eine solide dauerhafte Finanzierung zu bringen, dass es jedoch enorm schwierig ist, die laufende Arbeit bedarfsgerecht weiter zu entwickeln und auf eine breitere Basis zu stellen. Institutionelle verlässliche Förderung im Bereich der politischen und historisch-politischen Bildung ist nach wie vor mühsam, auch wenn sich alle einig sind, dass das Feld dringend ausgebaut und auch verstetigt werden müsste.[5]

[5] Vgl. hierzu auch Kapitel B 3 der vorliegenden Konzeption.

4. Personal, Räumlichkeiten, Öffentlichkeitsarbeit und laufender Betrieb

4.1 Personal

Bei DoKuPäd arbeiteten zunächst von Beginn an drei Mitarbeiterinnen: Eine wissenschaftliche Mitarbeiterin in Vollzeit als Leitung, eine pädagogische Mitarbeiterin sowie eine Verwaltungskraft, jeweils in Teilzeit. Dies blieb auf diesem Stand, bis es 2015 gelang, durch Umschichtungen innerhalb des KJR sowie auch Umschichtungen innerhalb von DoKuPäd einen weiteren pädagogischen Mitarbeiter zunächst befristet mit 15 Wochenstunden einzustellen. Dies war dringend nötig, weil sich die gestiegenen Bedarfe durch Honorarkräfte nicht befriedigend kompensieren lassen konnten und eine einzige Pädagogenstelle für die Anzahl an Workshops und Seminare, die sowohl durchzuführen als auch zu konzeptionieren waren, schon lange nicht ausreichte.

2018 konnte diese zusätzliche Pädagogenstelle zunächst auf 19,5 Stunden angehoben werden und seit 2020 ist die Stelle entfristet und wird von einer festen zusätzlichen Mitarbeiterin besetzt. Somit arbeiten neben Verwaltung und Leitung zwei Pädagog*innen in Teilzeit bei DoKuPäd – auch das ist lange nicht genug, um die Bedarfe abzudecken und auf neue Anforderungen reagieren zu können bzw. die Arbeit methodisch-didaktisch sowie inhaltlich immer wieder auf den neuesten Stand zu bringen. Perspektivisch muss es gelingen, die beiden Pädagogikstellen in zwei Vollzeitstellen umzuwandeln und die Verwaltung aufzustocken.[6]

Ein Kreis von ca. 15 – 20 freien Mitarbeiter*innen auf Honorarbasis führt mit den Pädagog*innen die Angebote mit Jugendgruppen oder Schulklassen in der Praxis durch. Ein*e Semesterpraktikant*in sowie zusätzliche Praktikant*innen wie Kurzzeitpraktika oder ergänzende Praktika zum Studium schließen sich den hauptamtlichen Mitarbeiter*innen an. DoKuPäd bietet damit regelmäßig Praktikant*innen einen Zugang zum Arbeitsfeld historisch-politischer Bildung und sieht sich auch hier im Kontakt mit den Hochschulen als Dienstleister für diese Praxiserfahrungen. Eine laufende Fort- und Weiterbildung sowohl der festen wie auch der freien Mitarbeiter*innen der Einrichtung ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine methodisch-inhaltlich aktuelle historisch-politische Bildungsarbeit.

[6] Vgl. Kapitel B 4.2 der vorliegenden Konzeption.

Das Akquirieren von neuen Honorarkräften ist eine Daueraufgabe, die durch ein verändertes Studium und verschärft durch Corona eine laufende Herausforderung ist. Den jungen Menschen bleibt kaum Zeit zur Einarbeitung sowie
zur Durchführung der Angebote von DoKuPäd, da sie im verschulten Studium und insbesondere in den Prüfungszeiten stark eingebunden sind – dass erschwert die Praxiserfahrung, die eigentlich gerade in den angesprochenen Studienbereichen Sozialpädagogik und Lehramt erforderlich wäre.

4.2. Tratzenzwinger und Nürbanum 2000 – 2012

Die Anfänge von DoKuPäd – damals noch bestehend aus einer Person mit dem Auftrag zunächst eine Konzeption zu erstellen und daraufhin die Finanzen aufzutreiben, reichen bis in die Geschäftsstelle des KJR Nürnberg-Stadt im Tratzenzwinger zurück. Als es gelang, die Mittel für die ersten zwei Jahre zu akquirieren, suchte der KJR ein Domizil in möglicher Nähe zum ehemaligen Reichsparteitagsgelände und zum Dokumentationszentrum.

So wurde DoKuPäd Mieter im Nürbanum, Allersberger Straße 185, zumindest in fußläufiger Nähe zum historischen Ort sowie guter ÖPNV-Anbindung. Die Einrichtung war nun Mieter in einem Gewerbegebiet, was zwar nicht optimal war, für die Anfänge jedoch ein guter Ausgangspunkt. Die Räumlichkeiten bestanden aus zwei Seminarräumen sowie einer Biblio- und Mediathek, die zunächst noch in den Kinderschuhen steckte, und in die beiden Büroräume integriert war, sowie einer Teeküche. Innerhalb des Nürbanum zog DoKuPäd in den Jahren bis 2012 mehrfach um, zuletzt waren Büro- und Seminarräume in einem Gebäude untergebracht.

4.3. Bildungszentrum St. Paul

Das Nürbanum war zwar mittelfristig eine gute Lösung, dauerhaft wollte man jedoch sowohl näher an das ehemalige Reichsparteitagsgelände sowie das Dokumentationszentrum. Auch das Umfeld war mit den Gewerbebetrieben nicht optimal für eine Bildungseinrichtung. Dann bot sich die Gelegenheit, in einen Neubau auf dem Gelände des ehemaligen Seminars St. Paul einzuziehen, der von der Katholischen Kirche, Erzbistum Bamberg, gebaut wurde, um das ehemalige Seminar für die Nutzung

als Bildungscampus zu aktivieren. Neben der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) zog noch ein Kindergarten sowie ein Sportinternat neben DokuPäd in die Räume des Bildungscampus.



Eingang Bildungszentrum St. Paul mit DoKuPäd Foto Arne Marenda

So konnte man in die gewünschte bildungsaffine Umgebung in die direkte Nähe zum ehemaligen Reichsparteitagsgelände ziehen – ein wichtiger Schritt, auch wenn die Miete erheblich teurer ist als bislang im Nürbanum. Hier hat DoKuPäd seit Juni 2012 eine Etage barrierefrei für sich mit einem großen sowie einem kleineren Seminarraum, einer Biblio- und Mediathek sowie vier Büroräumen. Die lichten Räume schaffen eine angenehme Seminaratmosphäre und die Einrichtung scheint nun optimal zu sein.



Großer Seminarraum Foto Arne Marenda



Kleiner Seminarraum Foto Arne Marenda

Offen ist derzeit die Frage, wie es mit der Universität am aktuellen Standort weitergeht, da mittelfristig ein Wegzug der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät in den Norden Nürnbergs geplant ist. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Derzeit

gibt es zahlreiche Synergien und Kooperationen mit den Institutionen auf dem Gelände, seien es die Lehrstühle der FAU, das Schulmuseum oder aber auch der direkte Kontakt zum Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, das auch gelegentlich die Räumlichkeiten nutzen kann.



Bibliothek Foto Arne Marenda

4.4 Öffentlichkeitsarbeit und laufender Betrieb

Seit 2005 trägt die Einrichtung offiziell den Namen „DoKuPäd – Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“ und hat ein eigenes Logo. Über Ziele, Angebote und Programme informiert ein zweisprachiger Flyer, der immer wieder nachgedruckt wird. Aktuelle Einleger weisen auf Studientage und Workshops hin und die Einrichtung hat so die Möglichkeit, auch zielgruppenspezifisch zu informieren, z.B. über Angebote für Kinder, Jugendverbände oder einzelne Schularten. Regelmäßige Versandaktionen innerhalb Bayerns informieren zweimal jährlich über die aktuellen Angebote. Weitere Informationen finden sich zudem im Internet unter www.dokupaed.de.

Der laufende Betrieb gestaltet sich in erster Linie durch die Annahme von Buchungen zu den einzelnen Angeboten und deren Durchführung. Ca. 300 Tagesveranstaltungen werden derzeit jährlich angeboten und durchgeführt, das heißt auch, die erforderlichen Seminarräume zu organisieren bzw. die Fahrten an die jeweiligen Schulen und Institutionen zu planen und zu buchen sowie die freien Mitarbeiter*innen bzw. Pädagog*innen einzuteilen. Können die eigenen Seminarräume nicht genutzt werden, werden sowohl geeignete Räumlichkeiten im Dokumentationszentrum sowie im Kreisjugendring angefragt und zusätzlich genutzt. Erfolgte die Beratung vor Corona noch in erster Linie telefonisch, kann inzwischen Vieles per Mail abgewickelt werden. Intensivere Beratungen vor der jeweiligen Buchung erfordern nach wie vor einen telefonischen Kontakt. Des Weiteren sind inhaltliche und pädagogische Weiter- und Fortbildungen zu organisieren und nicht zuletzt auch der Austausch und Kontakt untereinander, um die Honorarkräfte stärker an die Einrichtung zu binden. Hinzu kommen Planung und Ausarbeitung neuer Angebote, die Auswertung der laufenden Evaluation, die Pflege der Kooperationen und der Austausch mit Fachkolleg*innen innerhalb und außerhalb der Organisation sowie nicht zuletzt die Sicherstellung des laufenden Finanzbedarfs.

5. Die Zielgruppen der pädagogischen Arbeit

DoKuPäd knüpft mit seiner Arbeit an den § 11 SGB VIII an, nachdem Kinder und Jugendliche so gefördert werden sollen, dass sie stark und selbstbestimmt gesellschaftliche Auseinandersetzungen führen können. Dementsprechend knüpft auch die historisch-politische Bildung an den Interessen der Kinder und Jugendlichen an. Demokratie-Erfahrungen sollen sie zu aktiven, mitentscheidenden und mitverantwortenden Bürger*innen in einer demokratischen Gesellschaft machen.[1] Daher ergeben sich auch die folgenden Zielgruppen für die pädagogische Arbeit:
Zielgruppen der pädagogischen Arbeit von DoKuPäd rund um das Dokumentationszentrum sind vorrangig Kinder, Schüler und Schülerinnen aller Schularten und Auszubildende aus Nürnberg, der Region und ganz Deutschland. Hinzu kommen Kinder

[1] Vgl. Sturzenhecker, Benedikt: Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern – Band 1. Konzeptionelle Grundlagen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Gütersloh 2015, S.29 ff.

und Jugendliche aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Gruppen aus Jugendverbänden und Organisationen sowie internationale Gruppen, die Nürnberg und das Dokumentationszentrum sowie das ehemalige Reichsparteitagsgelände besuchen. Die Arbeit von DoKuPäd soll auch bei Muliplikator*innen, seien es Pädagog*innen oder Lehrer*innen, bekannt sein. Daher zählen auch sie zu den Zielgruppen.

Weiterhin gehört es zu den Zielsetzungen der pädagogischen Arbeit von DoKuPäd, gerade Jugendliche mit Methoden und Inhalten zu erreichen, die üblicherweise wenig Zugang zu historisch-politischer Bildung und zeitgeschichtlichen Orten haben wie Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen oder Jugendliche mit Migrationshintergrund.

5.1 Kinder

Die pädagogischen Angebote bzw. Materialien von DoKuPäd beginnen bereits für Kinder. Zunächst wurde ein Materialkoffer „Hitler – war das nicht ein Rechtsradikaler? – Wenn Kinder fragen. Ein Materialkoffer zum Themenfeld Nationalsozialismus, Fremdenfeindlichkeit, Toleranz und Menschenrechten“ entwickelt. Der Schwerpunkt lag dabei nicht bei der Vermittlung historischer Fakten zum Nationalsozialismus, sondern hingegen bei Materialien und Kinderbüchern zum Themenfeld Toleranz, Individualität, Diversität, friedlicher Konfliktregelung und Menschenrechten. Daraus entwickelte sich das Angebot „Diversität im Kindergarten“. Gemeinsam mit dem Jugendamt der Stadt Nürnberg wurden Bilder- und Kinderbücher zum Thema Diversität angeschafft. Im zugehörigen Workshop steht soziale Vielfalt im Mittelpunkt. Er richtet sich an Studierende sowie Erzieher*innen und es werden sowohl Rassismus als auch Diskriminierung im Kindergarten thematisiert und Handlungsansätze für die pädagogische Praxis entwickelt. Die Bilder- und Kinderbücher können einige Zeit in den jeweiligen Einrichtungen verbleiben und sollen dazu anregen, sich aktuelle Materialen zum Thema anzusehen und gegebenenfalls auch anzuschaffen.

Inzwischen gibt es weitere Angebote für Kinder, u.a. einen Rundgang in der Straße der Kinderrechte im Nürnberger Stadtpark sowie einen Workshop zum Thema Kinderrechte für Kinder.

5.2 Schüler*innen aller Schulrichtungen

Hier bietet DoKuPäd klassisch außerschulische Jugendbildung für alle Altersstufen und alle Schularten an. Die außerschulische Jugendbildung ist zwar ein Feld der offenen und der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit, hat jedoch andere Rahmenbedingungen, Dies erschwert manchmal die Förderbedingungen, da es ja Angebote für die Schule sind.

Insgesamt gesehen steigen die Kooperationen zwischen Jugendarbeit und Schule.[2] Dieser Anteil wird in den folgenden Jahren vermutlich noch zunehmen, ihre Bedeutung steigt also. DoKuPäd macht hier gute Erfahrungen und wird diese Kooperationen auch weiter ausbauen. Die Kinder- und Jugendarbeit mit ihren Methoden und Inhalten, auch die Möglichkeit, Erfahrungen außer Haus an einem anderen Lernort zu machen, sind nicht zu unterschätzende Vorzüge der außerschulischen Jugendbildung. Wenn sich die Kinder- und Jugendarbeit hier offensiv mit ihren Vorzügen einbringt, kann dies ein Gewinn für beide Seiten sein.
Wie oben schon beschrieben, startet DoKuPäd mit seinen Angeboten für **Kinder** im Grundschul- bzw. Hortalter. Hier fließen Aspekte der Kinder- und Menschenrechtserziehung ein, die Vermittlung von Offenheit und Toleranz, aber auch von Selbstbewusstsein.

Ähnliches gilt auch für die **Schüler*innen der Orientierungsstufe** aller Schulrichtungen. Hier können einzelne Aspekte des Nationalsozialismus aufgegriffen werden, aber auch Themen wie Zivilcourage, Kinderrechte usw. Bei Bedarf können auch zielgruppengerecht zugeschnittene Projekttage angeboten werden, die mit verschiedenen Bausteinen aus den entwickelten Workshops arbeiten.

Im Mittelpunkt der außerschulischen historisch-politischen Bildungsarbeit steht jedoch nach wie vor die Zielgruppe der **Mittel- und Förderschüler*innen**. Ihnen soll der Zugang zum Dokumentationszentrum sowie dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände und darüber hinaus zu Angeboten politischer Bildung, Demokratie- und Werteerziehung sowie Menschenrechtsbildung erschlossen werden. So richten sich die

[2] Vgl. hierzu und im Folgenden Corsa, Mike / Rauschenbach, Thomas: Kinder- und Jugendarbeit – ein immer noch unterschätztes Arbeitsfeld?, in: deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 70.Jg. Heft 4. Weinheim 2022. S.159 ff.

Workshops und Studientage bzw. Rundgänge mit ihren didaktischen Materialien, Inhalten und Methoden in erster Linie an diese Zielgruppe. Bei den Angeboten wird selbstverständlich mit der multinationalen Zusammensetzung der Klassen umgegangen bzw. wurden seit 2015 auch Angebote gezielt für Klassen mit Geflüchteten bzw. Klassen mit Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine mit vielen Bildern und in möglichst einfacher Sprache entwickelt. Workshops und Studientage gelingen umso besser, je mehr von der Gruppe im Vorfeld bekannt ist und man, soweit möglich, auf Interessenslagen und aktuelle Problemstellungen eingehen kann. Bei Studientagen, die sich Aspekten der NS-Geschichte widmen, sind es insbesondere das Thema Kindheit und Jugend im NS. Auch bei dem Rundgang über das ehemalige Reichsparteitagsgelände ist dieser Aspekt wichtig. Hinzu kommen Themenfelder politischer Bildung wie Zivilcourage, Rechtsextremismus oder Gruppendruck, aber auch das soziale Miteinander steht im Fokus der Angebote. Neu hinzugekommen sind Angebote wie Verschwörungserzählungen oder auch Fake News. Sie beziehen Fragestellungen ein, die insbesondere mit Corona, aber auch der zunehmenden Bedeutung von social media in den Mittelpunkt geraten.

Diese Angebote können und sollen natürlich auch von **Real- Wirtschaftsschüler*innen und Gymnasiast*innen** besucht werden. In Methoden und Materialwahl bzw. auch in der Zusammenstellung der Materialien für die Studientage kann sich DoKuPäd diesen Zielgruppen und deren Erwartungen anpassen. Hinderlich ist meist gerade in den Gymnasien das fehlende Zeitbudget, einen ganzen Tag im Dokumentationszentrum und einen Studientag einzuplanen. Andererseits erfordern Angebote historisch-politischer Bildung mit dem Besuch eines historischen Ortes auch ein gewisses Zeitbudget. Dies ist auch erforderlich, um auf eventuelle Bedarfe und Fragestellungen der Gruppen eingehen zu können. DoKuPäd verzichtet hier nach wie vor auf Kurzangebote. Die Mindestdauer für Workshops sind drei Stunden, für Studientage am besten sechs Stunden, da hier sowohl ein Besuch im Dokumentationszentrum eingeplant ist, als auch in Kleingruppenarbeit eigenständig Ergebnisse erarbeitet werden. Gerade historisch-politische und politische Bildungsangebote brauchen Zeit und Raum, Raum zum Diskutieren und zum analogen Austausch, der gerade im Schulalltag oft zu kurz kommt.

Ähnliches gilt für die **Berufsschulen** für Auszubildende in der dualen Ausbildung. Dennoch erreicht DoKuPäd hier zahlreiche Jugendliche mit berufsspezifischen Angeboten. Hinzu kommen Angebote für Jugendliche in den Berufsvorbereitungskursen, in Berufsintegrationsklassen sowie Berufsfachschulen und der Fachakademie. Hier sind die Zeitbudgets oft großzügiger bemessen, die Themen reichen insgesamt von Jugend und Erziehung im Nationalsozialismus zu Medizin und Menschenbild im Nationalsozialismus gerade für Auszubildende in Pflegeberufen und pädagogischen Arbeitsfeldern bis zu Workshops zu Themen allgemeiner politischer Bildung wie Rechtsextremismus, Zivilcourage und Menschenrechten. Gerade in Berufsintegrationsklassen bzw. auch Klassen mit Geflüchteten war das Thema „Miteinander“ in den letzten Jahren besonders gefragt.

5.3 Kinder und Jugendliche in der Jugendverbands- und Kinder- und Jugendarbeit

Neben den Schüler*innen sind natürlich Jugendliche aus Jugendgruppen und Jugendverbänden, Jugendliche aus Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eine wichtige Zielgruppe. Zwar steht das gesamte Spektrum an Angeboten auch dieser Zielgruppe offen, aber der Fokus richtet sich hier eher auf Angebote, die sich für die jeweilige Zielgruppe aus dem Kontext in ihrer Arbeit ergeben und die eher individuell zusammengestellt werden. Es besteht auch die Möglichkeit, dass sich einzelne Gruppen länger mit einem Thema befassen und inhaltlich, methodisch oder auch mit Literatur von DoKuPäd unterstützt werden. Jugendverbände und Organisationen können den Besuch im Dokumentationszentrum oder auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in ihre Bildungsarbeit integrieren und dazu eine passende Begleitung durch DoKuPäd anfragen. Häufig geht es bei dieser Zielgruppe weniger um Aspekte der NS-Geschichte, sondern um aktuelle Problemlagen der Jugendlichen. Themen wie Rechtsextremismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit oder auch Gewalt sind hier eher gefragt. Dazu gehört auch die Arbeit mit den Pädagog*innen vor Ort in Form von Schulungen oder anderen Angeboten. Das beinhaltet sowohl die Kommunikation und Abstimmung mit dem Jugendamt der Stadt Nürnberg sowie den im KJR Nürnberg-Stadt zusammengeschlossenen Jugendverbänden und weiteren Trägern der Jugendarbeit, um auf Anregungen und Bedarfe aktuell eingehen zu können.

5.4 Multiplikator*innen (Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Lehrer*innen)

Um die Möglichkeiten und Inhalte des pädagogischen Angebots von DoKuPäd zu vermitteln, bietet die Einrichtung immer wieder diverse Veranstaltungen für Multiplikator*innen selbst an bzw. wird auch von anderen Institutionen eingeladen, das Programm vorzustellen. Möglich sind auf diesen Veranstaltungen sowohl Besuche im Dokumentationszentrum mit Vorstellung der einzelnen Module im historisch-politischen Bereich, aber auch die praktische Erprobung einzelner Bausteine von Workshops sowie auch vertiefende Hintergrundinformationen z.B. zu speziellen Zielgruppen bzw. zu spezifischen Themen. Hauptsächlich sind es jedoch eher Informationsveranstaltungen zur Angebotspalette von DoKuPäd.

5.5 Internationale Jugendgruppen

Internationalität ist ein wichtiger Bestandteil des Gedenkens und Erinnerns, weil sie einem Kerngedanken der nationalsozialistischen Ideologie widerspricht: der Rassenideologie, Ausgrenzung und Diffamierung alles Fremden. Internationale Jugendarbeit spielt daher auch in Nürnberg und beim KJR Nürnberg-Stadt und seinen Jugendverbänden traditionell eine wichtige Rolle. So gibt es eine Stelle innerhalb des KJR, die sich internationalem Austausch und dem Thema Internationales widmet. 2006 fand ein Internationales Jugendcamp mit Vertreter*innen aus fast allen Partnerstädten Nürnbergs anlässlich der Fußball-WM statt. 2019 gab es ein Mulitplikator*innentreffen mit den Partnerstädten, um ein weiteres Jugendcamp 2025 vorzubereiten, eigentlich geplant anlässlich der Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Nürnberg. Der KJR hielt und hält dennoch an der Idee fest. Das Treffen 2019 war der Auftakt zu weiteren Kontakten in Nürnbergs Partnerstädte. Nachdem zwischenzeitlich ein Kollege von DoKuPäd auch Elternzeitvertretung für Internationales übernommen hatte, fand eine engere Verknüpfung dieser Arbeit mit DoKuPäd statt, was, wie oben beschrieben, auch einem Grundgedanken des Erinnerns und Gedenkens entspricht.

DoKuPäd begleitet weiterhin Internationale Jugendgruppen im Dokumentationszentrum oder auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände. Geboten werden (nicht in jedem Fall) ein mehrsprachiger Zugang, aber auch Gespräche über politische Bil-

dung bzw. die Angebote von DoKuPäd sind immer wieder gefragt. Besonders intensiv waren die Kontakte in die Ukraine nach Charkiw, welche leider durch Corona und dann durch den Ukrainekrieg nur noch online stattfinden konnten, dann weitgehend abbrachen. Aber auch nach Tschechien mit Tandem - Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch gibt es enge Kontakte. Hinzu kamen Begegnungen mit Jugendgruppen und Multiplikator*innen aus Krakau in Polen und Brașov in Rumänien. Auch wenn es diese personelle Verknüpfung zwischen DoKuPäd und Internationalem im KJR nun nicht mehr gibt, ist DoKuPäd dennoch weiter beteiligt am Prozess zum Internationalen Jugendcamp 2025.

6. Die Angebote von DokuPäd

Das Programm von DoKuPäd fokussierte sich von Beginn an nicht lediglich auf das Dokumentationszentrum, sondern umfasste auch das ehemalige Reichsparteitagsgelände sowie das Stadtgebiet Nürnbergs. Hinzu kamen ebenfalls von Anfang an Themen politischer Bildung. So ist es möglich, sowohl den Lernort Dokumentationszentrum und das ehemalige Reichsparteitagsgelände zu erschließen, sowie darüber hinaus ein vielfältiges Programm politischer Jugendbildung aufzubauen und weiterzuentwickeln. Die folgende Auflistung zeigt das aktuelle Programm von DoKuPäd und sie zeigt auch, dass sich die Angebote stetig weiterentwickeln und ausdifferenzieren. Sie richten sich sowohl nach der Nachfrage als auch nach politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die das Angebotsspektrum von DoKuPäd betreffen. Erläutert werden auch inhaltliche und methodische Perspektiven, die allerdings insbesondere personelle als auch finanzielle Ausweitungen bedeuten werden.

6.1 Historisch-politische Angebote – Studientage und Rundgänge

Die historisch-politischen Bildungsangebote von DoKuPäd sind sowohl Studientage[1] als auch Rundgänge, die sich mit der NS-Zeit beschäftigen. Bei den Studientagen können sich die Teilnehmenden über mehrere Stunden nachhaltig mit einem thematischen Aspekt der NS-Zeit beschäftigen. Ein Studientag kann und soll Denkanstöße geben, sich intensiver mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen, sowie auch Bezüge zur Lebenswelt der jungen Menschen bieten. Die Rahmenbedingungen sollten dabei so gestaltet sein, dass möglichst viele verschiedene inhaltliche und methodische Zugänge es den Jugendlichen ermöglichen, eigene Erfahrungen, Meinungen und Erkenntnisse einzubringen, diese auch zu hinterfragen bzw. offene Fragen zu klären.

Bei den Studientagen war die bisherige Ausstellung im Dokumentationszentrum „Faszination und Gewalt“ fester Bestandteil der Studientage. Derweil wird die Interimsausstellung genutzt, nach der Wiedereröffnung des Dokumentationszentrums mit einer neuen Ausstellung wird diese ebenfalls Bestandteil der Studientage sein. Die Ausstellungsbegleitung wird sich nach den Inhalten der neuen Ausstellung richten, eventuell müssen auch einzelne Inhalte des Studientags dann angepasst werden. Vom Grundsatz bleiben die Studientage jedoch konzeptionell unberührt. Weiterhin werden auch in der neuen Ausstellung unterschiedliche thematische Akzente gesetzt werden, die zum Thema des jeweiligen Studientags passen. Die Teilnehmenden werden weiterhin von Mitarbeiter*innen von DoKuPäd in der jeweiligen Ausstellung begleitet, die dafür sorgen, dass die Jugendlichen wichtige Stationen bewusst aufsuchen, die im anschließenden Studientag eine Rolle spielen werden. Zudem dient die Begleitung dazu, den Ausstellungsbesuch zu strukturieren, sowie Fragen zu beantworten. Die Mitarbeiter*innen bekommen so auch ein Gefühl für die Gruppe bzw. für deren Bedürfnisse.

Der Ablauf der Studientage, auch wenn die Themen unterschiedlich sind, ist im Prinzip gleich: Begrüßung der Teilnehmenden, begleiteter Ausstellungsbesuch mit einer Reflexionsphase über das Gesehene sowie im Folgenden eine eigenaktive Auseinandersetzung mit diversen Einzelthemen in Kleingruppen. Die Ergebnisse werden

[1] Zu dem Konzept der Studientage vgl. auch ausführlicher Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie), S.16 ff.

dann im Plenum zusammengetragen, Fragen werden geklärt, eine Feedbackrunde beschließt den Studientag.

Die Studientage greifen einzelne Aspekte der Dauerausstellung im Dokumentationszentrum auf, aber auch Punkte, die junge Menschen betreffen und ihnen einen Zugang zur NS-Geschichte eröffnen bzw. für sie aktuelle Bezüge ermöglichen. Hierzu stellt DoKuPäd für jedes Thema Konzepte und Arbeitsmaterialien mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten, aber auch zielgruppenspezifisch geeignete Materialien zusammen und bietet diverse methodische Ansätze an.

Die Arbeitsmaterialien beinhalten kurze Quellentexte ebenso wie Fotografien oder auch Biografien. Die Quellen spielen eine wichtige Rolle, um Jugendlichen authentisches Material zur Verfügung zu stellen. Um die Jugendlichen anzusprechen und zugleich deren mangelnde methodisch-wissenschaftliche Kompetenz zu berücksichtigen, ist die Erarbeitung und Zusammenstellung der Dokumente für die Arbeitsmaterialien von besonderer Bedeutung. Dabei ist auch darauf zu achten, dass nicht lediglich Propagandamaterial verwendet wird, sondern ebenso Zeitzeugenberichte von Opfern bzw. anderes Bildmaterial berücksichtigt wird. Die Wechselwirkung von Propaganda und Realität muss dabei für die Jugendlichen erfahrbar bzw. hinterfragbar sein. Einzelschicksale und deren Erläuterung können zudem den Zugang zur NS-Geschichte bei immer größerer biographischer bzw. auch persönlicher Distanz erleichtern.

Derzeit werden Studientage zu folgenden historisch-politischen Fragestellungen angeboten:

- **Jugend und Erziehung im Nationalsozialismus**
- **Jugendlicher Widerstand**
- **Medizin und Menschenbild im Nationalsozialismus**



Studientag „Medizin und Menschenbild“ Foto Arne Marenda

- **Zwangsarbeit in Nürnberg 1939 – 1945**[2]

Exemplarisch für das Konzept der Studientage findet sich im Anhang dieser Konzeption das Skript zum Studientag „Jugend und Erziehung im Nationalsozialismus“. Er richtet sich an Jugendliche aller Schularten ab der 8. Jahrgangsstufe sowie an Jugendverbände oder Jugendgruppen. Darüber hinaus bietet DoKuPäd den Studientag auch für Auszubildende in pädagogischen Arbeitsfeldern an, da hier u.a. eine Reflexion über die gesellschaftliche Rolle von Erziehung im Nationalsozialismus erfolgen kann.

Ziel dieses Studientages ist es, Einblicke in den Alltag von Jugendlichen im „Dritten Reich“ zu geben und eine Vorstellung vom nationalsozialistischen Menschen- und Weltbild zu vermitteln. Durch das Herstellen von Bezügen zur heutigen Lebenswelt der Jugendlichen soll die historische Materie leichter zugänglich und nachvollziehbar

[2] Der Studientag „Zwangsarbeit“ wird für die neue geplante Dauerausstellung überarbeitet, da hier das Thema eine bedeutendere Rolle spielt als in der bisherigen Ausstellung. Dies kann konkret jedoch erst dann erfolgen, wenn die Inhalte der neuen Ausstellung bekannt sind.

werden. Grundsätzlich regt der Studientag und die verwendeten Materialien und Methoden zur Diskussion und kritischer Auseinandersetzung mit NS- Geschichte an.

Neben den Studientagen spielen auch Rundgänge über das ehemalige Reichsparteitagsgelände sowie in der Nürnberger Altstadt eine wichtige Rolle im Programm historisch-politischer Bildung bei DoKuPäd.

Angeboten werden derzeit:

- **Rundgang „Von Fahnenträgern, Lagerleben und Eintopfessen“ – Rundgang über das ehemalige Reichsparteitagsgelände in Nürnberg**
- **Spurensuche - Auf den Spuren des Nationalsozialismus in Nürnberg**

Die Weiterentwicklung des Rundgangs „Von Fahnenträgern, Lagerleben und Eintopfessen“ wird in Kapitel B 2.3. der Konzeption ausführlich beschrieben. Zudem ist das Skript im Anhang der Konzeption einsehbar, daher wird an dieser Stelle auf eine ausführlichere Beschreibung verzichtet.

Die „Spurensuche“ bietet die Möglichkeit, verschiedenen Aspekten der nationalsozialistischen Vergangenheit Nürnbergs nachzugehen, sich mit der Instrumentalisierung der Stadt durch die Nationalsozialisten, aber auch mit den Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges und der Zerstörung der Nürnberger Altstadt zu beschäftigen. Dabei erarbeiten sich die Jugendlichen Informationen über Orte und Plätze und individuelle Schicksale an verschiedenen Stellen der Altstadt in Kleingruppen. Die Ergebnisse werden anschließend zusammengetragen, ausgetauscht und diskutiert.

Die beschriebenen Angebote historisch-politischer Bildung haben sich im Lauf der Jahre weiterentwickelt und ausdifferenziert. Einzelne Aspekte der Studientage können auch miteinander kombiniert werden, z.B. der Studientag „Jugend und Erziehung“ mit einzelnen Kleingruppenmaterialien von „Jugendlicher Widerstand“. Mit der neuen Ausstellung im Dokumentationszentrum werden sich auch neue inhaltliche Anregungen ergeben, um das Material bestehender Studientage zu erweitern bzw. evtl. auch neue Aspekte aufzunehmen. Auch die Interessen der Teilnehmenden spielen eine wichtige Rolle bei der Überarbeitung der Materialien. Das inhaltliche Spektrum der historisch-politischen Bildungsangebote von DoKuPäd wird sich demnach auch in den folgenden Jahren weiterentwickeln.

6.2 Workshops mit Themen aktueller politischer Bildung

Von Beginn an beschränkte sich die Arbeit von DoKuPäd nicht auf historische Wissensvermittlung im Kontext des Dokumentationszentrums, sondern hatte auch Angebote aktueller Jugendbildung im Programm. Zunächst wurden die Programme „Projekttage“ genannt, inzwischen spricht man von Workshops. Sie setzen nicht bei historischen Themen an, sondern stehen für sich und knüpfen an der Lebenswelt der Jugendlichen bzw. auch an gesellschaftlichen Fragestellungen an. Im Gegensatz zu den historisch-politischen Studientagen und Rundgängen sind sie nicht ortsgebunden, sondern können auch an Institutionen in Nürnberg und der Region wie z.B. Schulen, Kinder- und Jugendhäusern oder Jugendbildungsstätten und Schullandheimen durchgeführt werden.

Es handelt sich dabei um Jugendbildung, die von den Fragestellungen und Problematiken des NS-Täterortes ausgehen: Mitläufertum, Propaganda oder Volksgemeinschaft. Sie will den Jugendlichen Kenntnisse über Gesellschaft und Staat vermitteln, ihnen die Urteilsbildung über politische Vorgänge oder Konflikte ermöglichen und sie zur aktiven Wahrnehmung der eigenen Interessen und Rechte verhelfen wie auch zum Mitwirken an der Gestaltung einer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung. Konzeptionell besteht bei DoKuPäd bei der Auswahl der Themen bzw. auch der Methoden ein konkreter Bezug zur nationalsozialistischen Vergangenheit bzw. auch zu Nürnberg, der jedoch nicht direkt an die Jugendlichen vermittelt wird. Gerade Themen wie Gruppendruck, Ein und Ausgrenzung, Propaganda – Fake News und andere Mechanismen lassen sich jedoch hier am „Lernort“ Nürnberg deutlicher thematisieren als an einer KZ-Gedenkstätte. Die Workshops stehen für den Ansatz der Nachhaltigkeit von Pädagogik, d.h. es werden Denkanstöße gegeben, Anstöße zum Nachdenken, zur Selbstreflexion und Diskussion.

Derzeit werden Workshops und Rundgänge zu folgenden Themen und für unterschiedliche Zielgruppen angeboten:

- **Diversität im Kindergarten**
- **Auch Kinder haben Rechte?! – Begleiteter Besuch der Straße der Kinderrechte im Nürnberger Stadtpark**



Straße der Kinderrechte – Legende Foto Arne Marenda



Straße der Kinderrechte Foto Arne Marenda

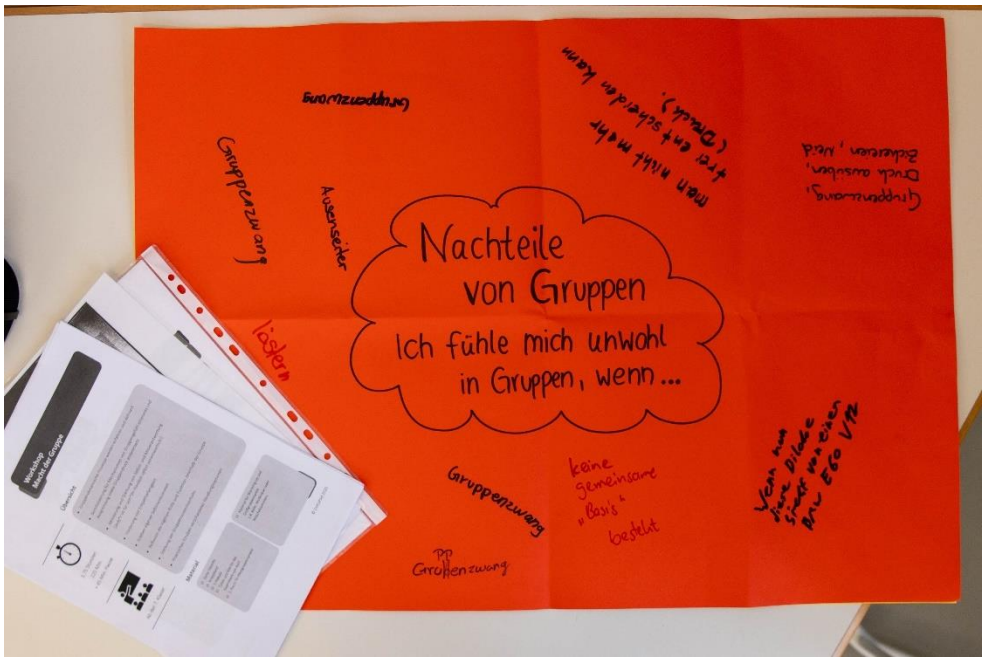


Straße der Kinderrechte – Bildung Foto Arne Marenda

- **Meine Rechte – Deine Rechte - Kinderrechte**
- **Rundgang Straße der Menschenrechte**
- **Die Macht der Gruppe**



Workshop „Macht der Gruppe“ mit Honorarkräften Foto Arne Marenda



Workshop „Macht der Gruppe“ Plakat Foto Arne Marenda

- **Zivilcourage**
- **Argumentationstraining**
- **Irgendwie anders – Workshop zu Vorurteilen, Diskriminierung und Toleranz**
- **Miteinander**
- **Menschenrechte – (K)eine Selbstverständlichkeit?!**



Workshop „Menschenrechte“ Foto Arne Marenda



Workshop Menschenrechte Foto Arne Marenda



Workshop Menschenrechte Foto Arnre Marenda

- **Online-Workshop „Rechtsextremismus“ – Symbole, Codes, Musik und die rechtsextreme Szene**
- **Fake News**
- **„Verschwörungserzählungen“ – und was wir ihnen entgegensetzen können! (auch online)**

- **Rechtsextremismus im Alltag – erkennen und handeln**



Workshop Rechtsextremismus Foto Arne Marenda



Workshop Rechtsextremismus Foto Arne Marenda



Workshop Rechtsextremismus Foto Arne Marenda

- **Rote Karte gegen Gewalt**
- **EU und Du**

Die Themen haben sich seit der letzten Konzeption von 2011 weiter ausdifferenziert, die Zielgruppe der Kinder rückte beispielsweise mehr in den Fokus. Aber auch gesellschaftliche Veränderungen wie die Thematik der Geflüchteten, die damit verbundene Zunahme von Rechtsextremismus bzw. auch die Erweiterung des Parteienspektrums durch die AfD, die zunehmende Bedeutung von social media sowie die Coronakrise haben die Themen der Workshops erweitert bzw. auch fokussiert auf problematische, gesellschaftliche Veränderungen.

Einen wichtigen Teil nehmen, wie bereits erwähnt, inzwischen Veranstaltungen für Kinder bzw. auch Erziehende bzw. Studierende in den jeweiligen Fachrichtungen ein. Es beginnt hier mit einem Angebot in Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt Nürnberg zu „Diversität im Kindergarten“. Frühkindliche Bildungseinrichtungen wie

Krippen, aber auch Kindergärten und Horte sind wichtige Institutionen für die Identitätsbildung von Kindern. Sie sind Orte, an denen manche Kinder zum ersten Mal mit sozialer Vielfalt in Kontakt kommen. Bereits hier sind diskriminierende und andere problematische Verhaltensweisen beobachtbar. Diese Situation stellt Erzieher*innen und andere pädagogische Fachkräfte im Alltag vor viele Herausforderungen.

Mit Hilfe des Workshops können Impulse gesetzt werden, sich über ein Vorhandensein von z.B. Rassismus und Diskriminierung im Kindergarten bewusst zu werden, sich weiter mit diesem Thema auseinander zu setzen und Handlungsansätze für die pädagogische Praxis zu entwickeln. Das Jugendamt hat gemeinsam mit DoKuPäd einen Koffer mit verschiedenen Bilder- und Kinderbüchern zu diesem Thema angeschafft, der bei den Workshops als Anschauungsmaterial dienen kann.

Kinder im Grundschulalter stehen im Mittelpunkt beim Besuch der Straße der Kinderrechte im Nürnberger Stadtpark. Er orientiert sich an einer Broschüre des Nürnberger Menschenrechtsbüros und wird ebenfalls vom Jugendamt der Stadt Nürnberg unterstützt. Der Workshop „Meine Rechte – Deine Rechte – Kinderrechte“ richtet sich an Kinder der fünften und sechsten Klassen. Kinderrechte sind Menschenrechte mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung. Festgeschrieben sind die einzelnen Kinderrechte in der Kinderrechtskonvention. An oberster Stelle steht das Wohl des Kindes. Dabei sind Kinder nicht nur Objekte von Schutz und Fürsorge durch Erwachsene, sondern auch Träger eigener Rechte, die ihre Entwicklung mitbestimmen sollen und können. Die Kinder sollen die Kinderrechte kennenlernen, denn nur so können sie ihre eigenen Rechte einfordern und sich auch für Rechte von anderen Kindern einsetzen. Die Kinder sollen sich konkret Gedankenmachen, was die Kinderrechte mit ihrem täglichen Leben zu tun haben. Ihnen sollen Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, sich für ihre eigenen und die Rechte anderer einzusetzen.

Die übrigen Workshops richten sich in der Regel an Jugendliche aller Schulrichtungen ab der 8. Jahrgangsstufe (einige auch bereits ab der 7. Jahrgangsstufe) sowie Jugendgruppen und Jugendverbände. Dabei sind Themen, die DoKuPäd von Beginn an in seinem Angebot hatte, wie z.B. Zivilcourage oder Gruppendruck, auch der Workshop Rechtsextremismus hat bereits eine lange Tradition. Der Workshop

Rechtsextremismus wurde weiter ausdifferenziert in ein Argumentationstraining sowie eine Online-Variante, die während Corona entwickelt wurde. Im Workshop „Verschwörungserzählungen – und was wir ihnen entgegensetzen können“ wird ein genauerer Blick auf solche Verschwörungserzählungen geworfen. Es geht darum, zunächst einmal zu ermitteln: Was sind Verschwörungserzählungen? Was ist das Gefährliche an ihnen und wie erkenne ich eine Verschwörungserzählung? Warum glauben Menschen daran und vor allem: was kann ich tun? Viele Verschwörungserzählungen basieren auf antisemitischen Verschwörungsmythen, die mittels des Workshops entlarvt werden sollen. Der Workshop wurde gemeinsam mit dem Bezirksjugendring Mittelfranken sowie dem Caritas-Pirckheimer-Haus (CPH) entwickelt. Inzwischen ist er auch analog buchbar und kann auch in Kooperation mit „Tandem – Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch“ für tschechisch-deutsche Gruppen angeboten werden. Der Workshop „Fake News“ entstand ebenfalls aufgrund aktueller Fragestellungen gerade durch den Umgang mit social media. Was sind Fake News eigentlich? Was ist das Gefährliche daran und woran kann man diese erkennen? Wie informiere ich mich im Alltag, woher bekomme ich meine Nachrichten und welchen kann ich überhaupt vertrauen? Diese Thematik hängt auch eng zusammen mit den Verschwörungserzählungen und soll Jugendliche befähigen, falsche Informationen zu erkennen bzw. auch selbst auszuprobieren, wie leicht sich Falschmeldungen selbst generieren lassen. Das Skript zu dem Workshop befindet sich im Anhang.

Die Workshops „Irgendwie anders“ sowie „Miteinander“ waren nach der Corona-Pandemie von besonderer Bedeutung. Durch die Vereinzelung der Jugendlichen durch fehlenden gemeinsamen Schulbesuch bzw. auch fehlendem analogem Zusammenhalt waren beide Workshops besonders gefragt. „Irgendwie anders“ ist ein Workshop zu Vorurteilen, Diskriminierung und Toleranz. Es geht darum, dass alle Vorurteile haben, aus diesen Vorurteilen kann jedoch auch Diskriminierung entstehen, nämlich dann, wenn Menschen nur noch nach ihrer vermeintlichen Gruppenzugehörigkeit beurteilt werden. Fragestellungen wie: Zu welchen Gruppen fühle ich mich selbst zugehörig? Bin ich lieber in der Mehrheit oder in der Minderheit? Wie geht es Menschen, die ständig mit Zuschreibungen oder Erwartungen konfrontiert werden oder Diskriminierung erleben? stehen im Mittelpunkt dieses Workshops. Der Workshop „Miteinan-

der“ wurde bereits 2015 entwickelt, um gerade im Schulalltag Vorurteilen und Diskriminierung gegenüber Geflüchteten vorzubeugen. Nach Corona erlangte er besondere Bedeutung, da das gelingende Miteinander in vielen Gruppen erst wieder eingeübt werden musste.

Vor Europa-Wahlen wird von DoKuPäd gerade für Jugendliche in Berufsschulen der Workshop „EU und Du“ angeboten. In Zusammenarbeit mit dem Europabüro wurde der Workshop rund um die EU-Wahl neu konzipiert und vor den EU-Wahlen im Jahr 2024 angeboten. Das Ziel war und ist es, Jugendliche für die Idee der EU zu begeistern und sie auf die Wahl als Mittel der Mitbestimmung aufmerksam zu machen. Auf dem Programm stehen Fragen wie: Was ist die EU eigentlich und welche Länder gehören dazu? Wo ist die EU in unserem Alltag zu finden? Wie funktioniert die Wahl? Wie sieht ein Wahlzettel aus und was bewirkt meine Stimme? Die Jugendlichen sollen sich auch mit den Parteiprogrammen der Parteien beschäftigen, die bei der EU zur Wahl stehen. So sollen sie zu Beteiligung und auch zur Wahl angeregt werden.

In letzter Zeit wurden insbesondere die Workshops mit Themen aktueller politischer Bildung weiter ausdifferenziert. Dies lag zum einen an den beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen, zum anderen auch daran, dass die Dauerausstellung im Dokumentationszentrum geschlossen ist und die Inhalte der neuen Ausstellung noch nicht im Detail bekannt sind, und beim „Lernort Zeppelinfeld“ Veränderungen anstehen, die auch das pädagogische Programm von DoKuPäd betreffen. In nächster Zeit soll der Fokus daher wieder mehr auf historisch-politischen Bildungsangeboten und deren Weiterentwicklung liegen, wie es dann auch im Abschnitt B der vorliegenden Konzeption beschrieben wird.

6.3 Medienpädagogische Workshops

Es gibt zahlreiche Schnittstellen zwischen historisch-politischer Bildung, politischer Bildung sowie aktiver Medienarbeit. Ein wesentliches Ziel besteht darin, Jugendlichen Möglichkeiten und Chancen zu eröffnen, Medien für sich (be)nutzbar zu machen, aber auch durch das Erstellen eigener Medienprodukte eigene Interessen zu formulieren, die Funktionsweisen von Medien zu verstehen und damit auch eigene politische Interessen zu formulieren. Medienkompetenz und Medienkritikfähigkeit

werden gefördert sowie auch die Fähigkeiten zur technischen und inhaltlichen Handhabung der Medien.[3]

In Kooperation mit dem Nürnberger Medienzentrum Parabol e.V. bietet DoKuPäd diverse medienpädagogische Workshops an bzw. nutzt deren medienpädagogische Kompetenz auch für die gemeinsame Entwicklung von Angeboten. Sie sind ein dauerhafter Bestandteil des Angebotes und für die Teilnehmenden nicht nur besonders interessant, sondern auch nachhaltig, sowohl was den Umgang mit Medien, aber auch was inhaltliche Aspekte betrifft. Leider ist es wegen des hohen personellen Aufwands, auch wegen des Bedarfs an Räumlichkeiten, in der Regel nicht möglich, die Workshops im regulären Programm anzubieten, sondern viele werden in Projektwochen zusammengefasst.

Derzeit gibt es vier Workshops, die von DoKuPäd regelmäßig in Kooperation mit dem Medienzentrum Parabol sowie z.T. auch zusammen mit laut![4] angeboten werden:

- **Inszenierung der Macht**
- **Respekt! – Eine Werbekampagne für Toleranz**
- **Partizipation – Jugend mischt sich ein**
- **Lernort Rathaus**

Der „Video“-Workshop „Inszenierung der Macht“ wurde gemeinsam mit dem Medienzentrum Parabol konzipiert und wird gemeinsam angeboten.[5] Im Mittelpunkt steht die Frage nach den Gestaltungsmitteln zur „Inszenierung der Macht“ auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände. Bei dem siebenstündigen Workshop wird ein Info-Magazin zum Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände heute und damals produziert. In verschiedenen Kamerateams werden Aufnahmen vom ehemaligen Reichsparteitagsgelände gemacht, das Dokumentationszentrum besucht, Mitarbeiter*innen aber auch Besucher*innen nach ihren Eindrücken befragt. Ein weiteres

[3] Zur Bedeutung der medienpädagogischen Angebote von DoKuPäd vgl. ausführlicher Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie), S.23 f.
[4] Vgl. hierzu www.laut-nuernberg.de sowie im folgenden Text.
[5] Vgl. hierzu auch ausführlicher Prölß-Kammerer, Anja, a.a.O., S.25 f.

Team befragt außerdem Passanten nach ihrer Einstellung zum Erhalt des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes. Außerdem werden Zeitzeugeninterviews ausgewertet und alle Beiträge geschnitten und bearbeitet. Ein weiteres Team bereitet die Live-Sendung vor und gestaltet das Fernsehstudio. So entsteht ein Magazin, das verschiedene Facetten der Reichsparteitage und deren „Inszenierung der Macht“ zusammenbringt und ein Bild dieser Propaganda-Veranstaltungen entwirft. Zielgruppe des Workshops sind Jugendliche ab der 9. Klasse Mittel-, Wirtschafts- und Realschule, Gymnasium und Berufsschule.

„Respekt!“ lief vorher unter der Bezeichnung „Plan – N“ und ist ein medienpädagogisches Planspiel, das eines der ersten Bausteine im pädagogischen Programm „rund um das Dokumentationszentrum“ war. Inhaltlich setzen sich die Teilnehmenden mit Fragestellungen wie Intoleranz, Rassismus, Rechtsextremismus oder Menschenrechten auseinander und erstellen eine Kampagne für mehr Toleranz.[6] Zielgruppen des fünfstündigen Workshops sind Jugendliche ab der 8. Klasse von Mittel-, Wirtschafts- und Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen.

In Nürnberg entwickelten das Jugendamt, der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt und das Medienzentrum Parabol das Partizipations-Projekt für Jugendliche "laut!" und riefen es im Frühjahr 2011 offiziell ins Leben. Es ist inzwischen verstetigt und wird von der Stadt Nürnberg dauerhaft gefördert. „laut!“ besteht aus verschiedenen Modulen, von der stadtweiten Jugendversammlung mit dem Oberbürgermeister bis hin zu laut!-Cash, wo Jugendliche für von ihnen entwickelte Projekte finanzielle Mittel beantragen können.[7] DoKuPäd ist für den Kreisjugendring Nürnberg-Stadt mit Workshops zur politischen Partizipation von Jugendlichen beteiligt und versucht damit insbesondere die Zielgruppe Schule für „laut!“ zu gewinnen.

Im Workshop werden Partizipationsformen, die jugendlichen Lebenswelten nahe sind, ganz praktisch ausprobiert und reflektiert. Die Jugendlichen beleuchten ein Anliegen ihrer Wahl aus den Perspektiven verschiedener Interessensgruppen. In Form eines Planspiels recherchieren und sammeln sie Informationen und starten kleine

[6] Vgl. dazu die ausführlichere Beschreibung: Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie), S.24 f.
[7] Vgl. zu „laut!“ ausführlicher www.laut-nuenberg.de

selbstentwickelte Webkampagnen. Das Planspiel mündet in einer Podiumsdiskussion, bei der die Teilnehmenden auch analoge Partizipationsmöglichkeiten, eine multiperspektivische Sichtweise und einen mitunter schwierigen Entscheidungsprozess erleben. Der fünfstündige Workshop wurde konzipiert für Jugendliche ab der 7. Klasse jeder Schulart, kann natürlich aber auch von Jugendgruppen und Jugendverbänden gebucht werden.

Seit dem Sommer 2024 neu im Programm ist der „Demokratie-Workshop Rathaus“ entwickelt, welcher ebenfalls mit „laut!“ und dem Medienzentrum Parabol konzeptioniert wurde. Ein weiterer Kooperationspartner ist das IPSN – Institut für Schulpsychologie und Pädagogik Nürnberg.

Der Anlass zu diesem Workshop sind nicht zuletzt die Wahlerfolge der AfD, sowohl in den regulären Wahlen, aber auch im Vorfeld bei den U 18-Wahlen. Sie haben gezeigt, dass es dringend geboten ist, sich nicht nur damit auseinanderzusetzen, sondern auch zu überlegen, wie man damit umgeht bzw. welche Lösungsmöglichkeiten es geben könnte. Ein Phänomen ist es, dass sich gerade junge Menschen ihre Informationen aus den social media und damit ihrer eigenen Blase holen – klassische Medien wie Zeitung, Radio oder (öffentlich-rechtliches) Fernsehen spielen bei der Information kaum eine Rolle. Eine Erkenntnis ist, dass Jugendliche häufig nicht gezielt nach Informationen suchen, sondern diese mitnehmen, wenn sie ihnen gerade über den Weg – bzw. über das Smartphone laufen. In einem TikTok-Video lassen sich schnelle Lösungen präsentieren und die Wunschvorstellungen von Jugendlichen werden direkt angesprochen – was dahintersteckt, warum die AfD Jugendliche gezielt sucht und dass sie das nicht aus hehren Motiven tut, geht dabei leider meist unter. Die Komplexität der Welt lässt sich schwer in einem knackigen Video porträtieren – und schnelle Lösungen sind ebenfalls meist Mangelware. Demokratie braucht jedoch informierte Bürger*innen und gerade Jugendliche müssen erst lernen, sich im Wust an Informationen zurechtzufinden.

Daher scheint es dringend geboten, analoge Austauschmöglichkeiten an einem analogen Ort anzubieten, um direkt miteinander ins Gespräch zu kommen, auszuloten, wie Partizipation gelingen kann und welche Möglichkeiten es hier gibt. Gerade die Kommunalpolitik ist nah an den Menschen vor Ort und damit auch den Jugendlichen

– viele ihrer Entscheidungen beeinflussen das Leben der jungen Menschen, obwohl es diesen vielleicht so gar nicht bewusst ist.

Die Demokratie-Workshops sollen Jugendlichen ihre Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen und den Ort anschaulich machen, an dem Politik vor Ort geschieht – das Nürnberger Rathaus. Hierbei soll es gelingen, außerschulische Jugendbildung und Schule an einem außerschulischen Lernort mit Politiker*innen direkt zusammenzubringen und damit durch persönlichen Kontakt und Gespräche die Hemmschwellen zu senken. Die Anliegen der Jugendlichen sollen dabei aufgenommen werden und sie können dann bei anderen Veranstaltungen von „laut!“ wie dem laut! Forum live auch mit medialen Produkten direkt an den Oberbürgermeister der Stadt gerichtet werden. Durch laut! -Cash können auch kleine Beträge direkt für Projekte und Ideen den Jugendlichen ausgeschüttet werden. Zugleich können sie so ihre Selbstwirksamkeit erfahren und ermutigt werden, sie in politische Diskurse einzubringen bzw. erst einmal wahrzunehmen, dass Politik nicht nur für die „da oben“ ist, sondern dass es auf die Mitwirkung jedes Einzelnen ankommt und dass man etwas bewegen kann.

Um das Rathaus als Ort der Demokratie kennenzulernen, soll sich der Austausch nicht nur auf den Rathaussaal beschränken, an dem die Sitzungen des Nürnberger Stadtrats stattfinden. Zu klären sind Fragen wie „Was macht die Politik im Nürnberger Rathaus? Wofür ist sie zuständig? Was macht ein Stadtrat, eine Stadträtin?“ Beinhaltet ist auch ein Rundgang in einer Rallye durch das Rathaus zum Kennenlernen des Ortes, z.B. mit Action Bound. Als „Höhepunkt“ des Workshops werden in Kleingruppen Projekte erarbeitet, die die Jugendlichen gern umsetzen würden. Die Jugendlichen müssen jeweils für ihr Projekt werben und im Anschluss auch abstimmen, um nachvollziehen zu können, wie aus verschiedenen Argumenten bestenfalls ein Kompromiss entsteht. Politiker*innen begleiten den Prozess virtuell. Insbesondere sollen Schulklassen aus Mittel- und Berufsschulen an den Workshops teilnehmen, aber genauso natürlich Gymnasiast*innen und Real- oder Wirtschaftsschüler*innen.

Die Workshops werden mit finanzieller Unterstützung der Zukunftsstiftung der Sparkasse Nürnberg erprobt und durchgeführt und danach möglichst im Regelbetrieb angeboten.

7. Die Corona-Jahre 2020 und 2021

Corona bedeutete für DoKuPäd wie für viele andere Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder Schulen eine Vollbremsung. Ab März 2020 ging erst einmal überhaupt nichts mehr. Die Veranstaltungen wurden abgesagt, wie und wann es weitergehen würde, wusste niemand.

Zunächst wurden, wie wahrscheinlich in vielen anderen Einrichtungen auch, Wände gestrichen, Liegengebliebenes sortiert und überarbeitet. Aber so schnell, wie zu Beginn erhofft, war die Pandemie nicht vorbei. Die Zeit bis zur Sommerpause wurde genutzt, um die Skripte für die Veranstaltungen zu vereinheitlichen sowie inhaltlich und methodisch zu überarbeiten. Die Veranstaltungen brachen von 305 im Jahr 2019 auf 102 im Jahr 2020 ein. Dennoch konnte noch eine beachtliche Zahl an Workshops, besonders an Schulen, durchgeführt werden. Der Vorteil für DoKuPäd war in dem Fall, dass die Workshops an den Schulen zu den dortigen Hygienebedingungen (Tests, Impfbestätigungen usw.) stattfinden konnten, in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit war es ja nicht mehr möglich, mit Jugendlichen zu arbeiten. Auch die Ausstellung im Dokumentationszentrum war geschlossen. Von noch 55 Workshops im Jahr 2020 fanden allein 43 direkt an den Schulen statt. Ebenso waren Rundgänge im Freien vor allem im Sommer möglich, da die Hygieneauflagen hier einfacher zu gewährleisten waren. So fanden immerhin noch insgesamt 18 Rundgänge statt. Die geringe Nachfrage hatte auch Auswirkungen auf die Zahl der freien Mitarbeiter*innen, in der Regel Student*innen, die sich nicht einarbeiten konnten, bzw. mit dem Studium fertig wurden und so DoKuPäd nicht mehr zur Verfügung standen. Spätestens im Herbst und Winter 2020 war klar, dass Corona nicht vorbei war, sondern dass DoKuPäd auf längere Sicht mit diesen Einschränkungen zurechtkommen müsste.

Gleichzeitig spielten neben Vereinzelung und sozialer Isolation gerade bei jungen Menschen auch Themen wie Impfgegnerschaft, Verschwörungserzählungen, rechtextremistische und antisemitische Mythen, die insbesondere über social media ausgetauscht wurden, eine zunehmende Rolle. Auch DoKuPäd wollte im Bereich der politischen Jugendbildung hier gegensteuern, was jedoch unter den gegebenen Umständen schwierig war. Der Seminarbetrieb an den Schulen wurde soweit möglich fortgesetzt, zusätzlich wurde der Workshop „Rechtsextremismus“ in einer Online-Version neu aufgesetzt. Neu entwickelt wurde der Online-Workshop „Verschwörungserzählungen“ in Kooperation mit dem Bezirksjugendring Mittefranken und dem Caritas Pirckheimer Haus. 57 Online-Workshops konnten 2021 so durchgeführte werden,

hinzu kamen 76 Workshops (davon 59 an Schulen), insgesamt konnten immerhin 190 Veranstaltungen durchgeführt werden. Dennoch blieb die Koordination schwierig, die ständig sich ändernden Bestimmungen machten Planbarkeit nicht leicht, Krankheitsfälle unter den Kolleg*innen kamen hinzu.

Insgesamt ist dennoch zu konstatieren, dass DoKuPäd besser durch die Coronazeit kam als viele andere Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit – zum einen, weil an den Schulen weiter Workshops möglich waren, zum anderen, da man auf online-Angebote ausweichen konnte und Angebote an der „frischen Luft“ hinzukamen. Im Jahr 2022 waren es bereits wieder 321 Buchungen, DoKuPäd lief wieder im Normalbetrieb. Dennoch hatten und haben die Coronajahre Auswirkungen auf das Befinden von Jugendlichen. Auch gesellschaftlich sind Veränderungen zu konstatieren, die weitere langfristige Auswirkungen auf die politische Bildung haben werden.

8. Begleitende Aktivitäten und Fachtagungen

Neben dem laufenden Seminarbetrieb engagiert sich DoKuPäd seit Beginn bei Fachtagungen zu historisch-politischer Jugendbildung, bei Ausstellungsbetreuungen in Nürnberg oder anderen flankierenden Tätigkeiten.

Auf eine ausführliche Beschreibung der Aktivitäten wird an dieser Stelle zwar verzichtet,[1] insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass die Kooperationen zum einen im Bereich der Jugendhilfe in Nürnberg angesiedelt sind, zunehmend aber auch in der Erinnerungskultur und der historisch-politischen Bildung. Natürlich beteiligt sich DoKuPäd dabei auch stets an Aktivitäten des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt wie z.B. dem Internationalen Jugendcamp 2006 anlässlich der WM in Nürnberg und den anstehenden Planungen zum geplanten Jugendcamp 2025. Auch am Nürnberger Forum der Jugendarbeit nimmt DoKuPäd regelmäßig teil und ist mit Vorträgen oder Workshops präsent. Hinzu kommen überregionale Beteiligungen an Tagungen und Veranstaltungen wie z.B. den Jahrestagungen der Alternativen Stadtrundfahrten und Rundgänge bei Stadt- und Landesjugendringen bundesweit oder auch den bundesweiten Gedenkstättenseminaren.

[1] Eine ausführlichere Beschreibung der Aktivitäten bis 2011 vgl. in Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie), S.28 ff.

Seit 2009 initiierte der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt mit DoKuPäd mit dem Max-Mannheimer-Studienzentrum, dem Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings und dem Kreisjugendring München-Stadt eine erste Tagung zum Thema „Politische Bildung für Jugendliche an historischen Orten des Nationalsozialismus – eine Bestandaufnahme.“ Ziel war es, ein Forum für historisch-politische Projekte der Jugendarbeit in Bayern zu bieten, den Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und damit auch die Perspektive von Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. Die Tagungsreihe findet nach wie vor jährlich – die Coronajahre ausgenommen – an wechselnden Orten der Erinnerungskultur in Bayern statt. Die erste Tagung fand in Gauting statt, im folgenden Jahr ging es ins Jugendgästehaus Dachau, heute Max-Mannheimer-Studienzentrum. Weitere Tagungen fanden in Oberschleißheim, der Dokumentation Obersalzberg, Nürnberg, München, Flossenbürg, Ulm (Oberer Kuhberg), Pullach, Braunau und Königsdorf statt. Das letzte Fachgespräch fand in Dachau statt, geplant ist dann 2025 ein Treffen in Gauting zur Thematik „Erinnern als Herausforderung – für Demokratie gegen Rechtsextremismus“. Weitere Fachgespräche sollen dann am Obersalzberg (neue Ausstellung) und Nürnberg, (ebenfalls neue Ausstellung) folgen. Die jährlich stattfindenden Tagungen haben die Netzwerkstruktur zwischen Jugendbildungsarbeit bei Jugendringen sowie Gedenkstätten und Erinnerungsorten weiterentwickelt und verzahnt, was auch die praktische Arbeit und den Austausch sowie Kooperationen fördert.

Das Institut für Jugendarbeit in Gauting organisiert in Zusammenarbeit mit der Abteilung Internationale Jugendarbeit und Schüleraustausch in Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien beim BJR regelmäßig Exkursionen, an denen auch DoKuPäd in der Regel mit hauptamtlichen Mitarbeiter*innen teilnimmt. Exkursionen zu Erinnerungsorten nach Tschechien, Polen, Lettland und Litauen sowie der Ukraine fanden in den letzten Jahren im zweijährigen Turnus statt. Diese wurden unterbrochen durch Corona, aber noch viel tragischer durch den Ukraine-Krieg, da die Exkursion ein weiteres Mal in die Ukraine führen sollte, zunächst verhindert durch Corona, dann schlussendlich durch den Krieg. Ziel der Reise wäre Odessa gewesen.

Hinzu kommen Beteiligungen von DokuPäd an Publikationen und Dokumentationen, wie auch an der Literaturliste im Anhang zu sehen ist. DoKuPäd ist inzwischen nicht nur in Nürnberg, sondern auch regional wie überregional gut vernetzt. Das gilt sowohl für die Struktur der Erinnerungsorte, Gedenkstätten und Dokumentationszentren mit

Angeboten politisch-historischer Bildung wie auch für Jugendarbeit und Jugendhilfe, regional und überregional. Dies zeigt, dass es institutionelle Strukturen braucht, um langfristig etwas bewegen zu können, präsent zu sein und wahrgenommen zu werden.

9. Netzwerke, regionale Verbundstruktur und wissenschaftlich-pädagogische Begleitung durch den Beirat

Wie gerade schon beschrieben ist DoKuPäd inzwischen gut vernetzt, sowohl in der Jugendarbeit als auch in der Erinnerungskultur wie auch im wissenschaftlichen Bereich in Zusammenarbeit mit den Hochschulen. So können zum einen verschiedene Netzwerkstrukturen in Nürnberg als auch der Region miteinander verbunden werden. Im Folgenden werden eine Auswahl an wichtigen Kooperationspartnern aufgelistet.

Kooperationen und Kontakte bestehen u.a. in **Nürnberg:**

- Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände / Museen der Stadt Nürnberg
- Stabsstelle Ehemaliges Reichsparteitagsgelände Zeppelintribüne/Zeppelinfeld
- Geschichte für Alle e.V. – Institut für Regionalgeschichte
- Kunst- und Kulturpädagogisches Zentrum der Museen der Stadt Nürnberg (kpz)
- Caritas-Pirckheimer-Haus
- Jugendamt der Stadt Nürnberg
- Jugendsozialarbeit an Schulen (JAS)
- Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg / Demokratie leben!
- Institut für Pädagogik und Schulpsychologie Nürnberg
- Medienzentrum Parabol e.V.
- Fanprojekt Nürnberg – Kopfball
- KuF – Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg
- Nürnberger Menschenrechtszentrum
- Jugendherberge Nürnberg
- Evangelische Hochschule Nürnberg
- Ohm – Technische Hochschule Nürnberg
- Institut für Grundschulforschung FAU Nürnberg

- Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik FAU Erlangen-Nürnberg
- Historisches Seminar der LMU München

Jugendverbände / Jugendringe

- Kreis- und Stadtjugendringe im Bundesgebiet, z.B. Kreisjugendring München-Stadt, Jugendringe in der Region
- Bezirksjugendring Mittelfranken
- Bayerischer Jugendring
- Institut für Jugendarbeit Gauting
- Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus
- Landesjugendringe, z.B. Hamburg, Berlin
- Jugendverbände regional und überregional

Schulen

Alle Schulen aller Schularten in Nürnberg, dem Bezirk Mittelfranken, Unterfranken und Oberfranken, der Oberpfalz und teilweise Bayern. Die Schulen werden sowohl durch regelmäßige Anschreiben und Flyer über das Angebot informiert und sind damit mögliche „Kunden“ des Angebots.

Gedenkstätten und Dokumentationszentren

- KZ-Gedenkstätte und Max-Mannheimer-Studienzentrum Dachau
- KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
- Dokumentation Obersalzberg
- Dokumentationszentrum München
- Haus der Wannseekonferenz Berlin

Seit 2002 wird DoKuPäd von einem zunächst wissenschaftlich-pädagogischen, inzwischen wissenschaftlich-politischen Beirat begleitet. Ziel ist eine inhaltlich-methodische Rückkopplung der Arbeit mit Personen aus Wissenschaft und Politik. Da DoKuPäd von verschiedenen politischen Ebenen finanziell gefördert wird, soll so auch hier eine Transparenz über die Entwicklung von DoKuPäd erreicht werden. So sitzen im Beirat neben dem Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg jeweils ein*e Vertreter*in des Bezirks Mittelfranken sowie des Bayerischen Jugen-

drings, über den die Mittel auf Landesseite verausgabt werden. Vertreten ist außerdem die Stiftung Gedenkstätten Bayern. Aus der Wissenschaft vertreten ist die FAU, Institut für Pädagogik, die Evangelische Hochschule Nürnberg sowie die ohm – Technische Hochschule Nürnberg und die LMU München. Aus gedenkstättenpädagogischer Seite ist ein Vertreter vom Haus der Wannseekonferenz Mitglied des Beirats. Die Rückkoppelung in den KJR erfolgt durch den/ die Vorsitzende*n, den Geschäftsführer sowie die Abteilungsleitung Einrichtungen beim KJR. Der Beirat trifft sich einmal pro Jahr, unterjährig bestehen anlassbezogene Kontakte zu den einzelnen Mitgliedern.

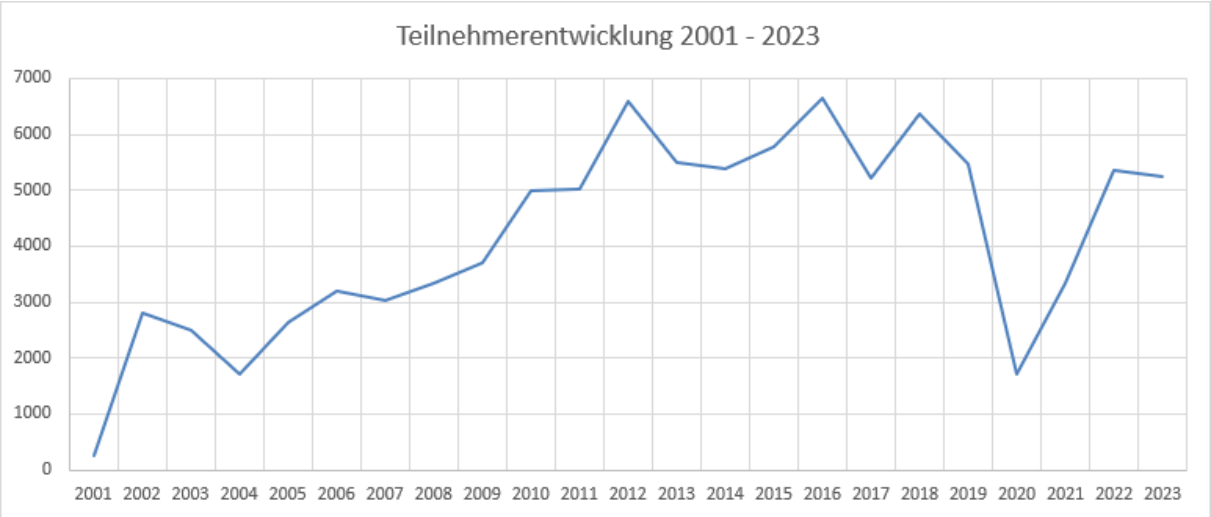
Die Auflistung zeigt, auch im Vergleich zur Konzeption von 2011[2], wie sehr es gelungen ist, DoKuPäd auf vielfältigen Ebenen zu vernetzen.

10. Resonanz der pädagogischen Angebote in 23 Jahren

10.1 Teilnehmendenzahlen

Die Teilnehmendenzahlen hat sich bis auf den dramatischen Einbruch durch Corona durchgehend stabil bis positiv steigend entwickelt. Auch die Zielgruppen, die von Anfang erreicht werden sollten, bilden nach wie vor einen wichtigen Anteil an den Gesamtzahlen. So stiegen die Zahlen, wie man bereits in der überarbeiteten Konzeption von 2011 sehen konnte, kontinuierlich an.[1] Seit Beginn der Arbeit von DoKuPäd nahmen bis inklusive 2023 95.834 Jugendliche an den Programmen teil. Im Jahr 2024 wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Grenze von 100.000 geknackt werden.

[2] Vgl. Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie), S.31 f. ff.
[1] Vgl. Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie), S.32 ff.



Die Seitwärtsbewegung zwischen 2022 und 2023 lässt sich u.a. damit erklären, dass gerade in den Wintermonaten etliche Veranstaltungen aus Krankheitsgründen abgesagt werden mussten, sei es von Seiten von DoKuPäd oder von Seiten der Schulen. Hinzu kommen nach wie vor Probleme, neue Honorarkräfte einzuarbeiten bzw. auch zu halten, da die Studienbedingungen sehr viel Präsenz erfordern.

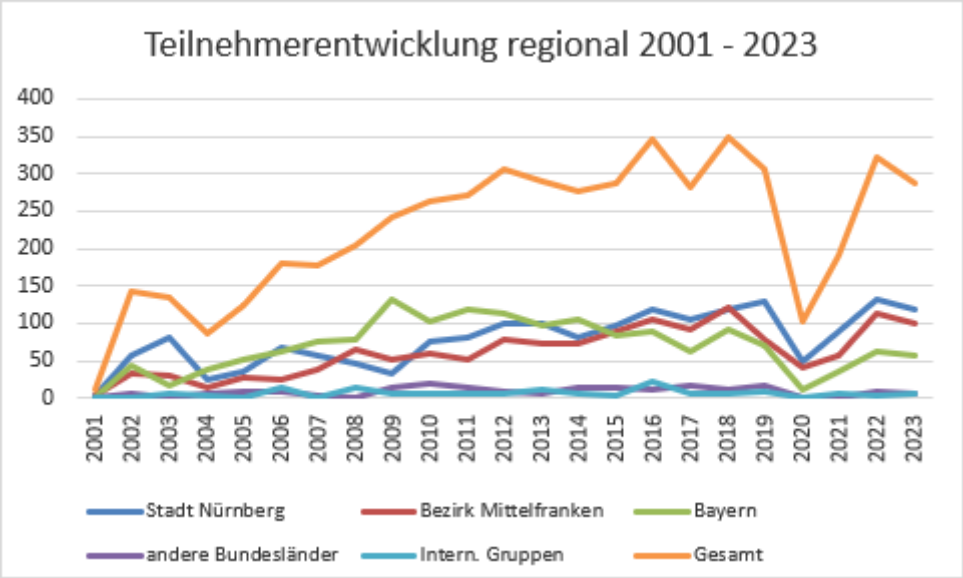
10.2 Regionale Verteilung der Teilnehmenden

Insgesamt verteilen sich die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen bei DoKuPäd auf Teilnehmende aus Nürnberg, dem Bezirk Mittelfranken, Bayern und andere Bundesländer sowie einem geringeren Anteil auf Teilnehmende im internationalen Bereich.



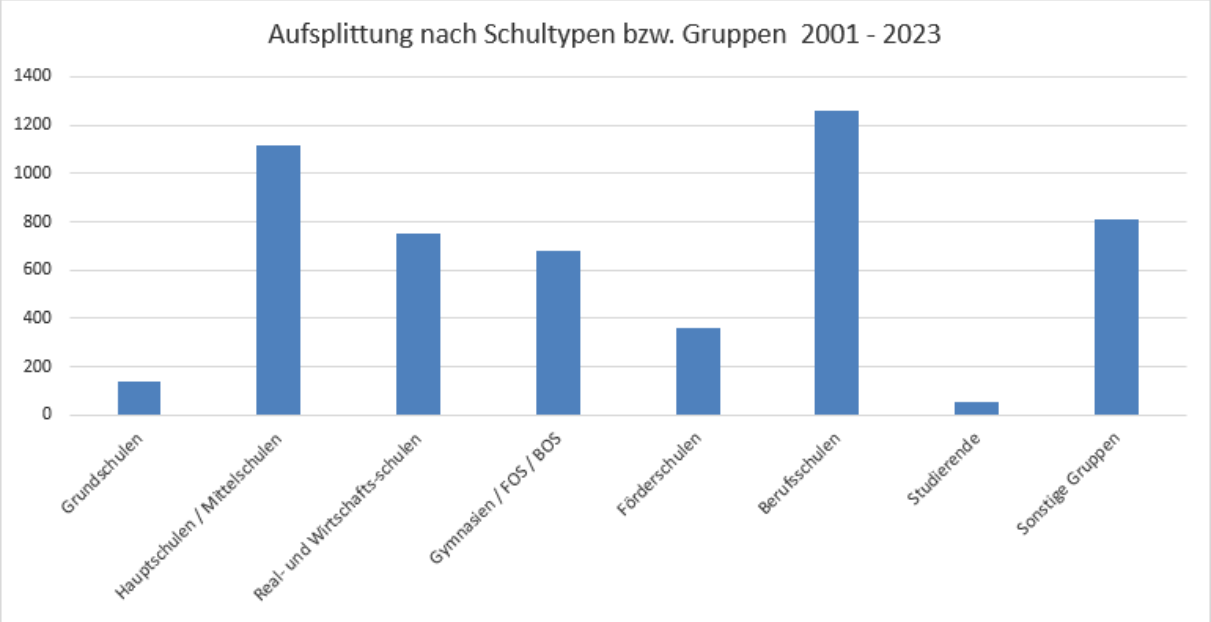
Deutlich zu sehen ist, dass das Gros der Teilnehmenden aus der Stadt Nürnberg und dem Bezirk Mittelfranken stammt, gefolgt von Gruppen aus Bayern, überwiegend

dem nördlichen Teil. Dies liegt auch daran, dass DoKuPäd versucht, zumindest im VGN-Gebiet, zu den Gruppen und Schulen zu kommen und Workshops auch vor Ort anzubieten, wenn die Themen unabhängig vom historischen Ort in Nürnberg sind. Daran lässt sich infolgedessen ablesen, dass die Zielgruppen vorrangig bedient werden, die auch an der Finanzierung der Einrichtung beteiligt sind: Stadt, Bezirk und Land. Dies zeigt auch die folgende Tabelle:



10.3 Aufsplittung nach Schultypen und Gruppen

Die Aufsplittung nach Schultypen zeigt, dass gerade die gewünschten Zielgruppen, nämlich Mittelschüler*innen sowie Berufsschüler*innen zuverlässig erreicht werden. Gefolgt werden diese Schultypen von Klassen aus Real- und Wirtschaftsschulen sowie Gymnasien, bzw. Klassen aus FOS oder BOS. Förderschulen stellen im Anschluss die nächstgrößere Gruppe. Neu hinzugekommen sind seit der letzten Auflistung in der Konzeption 2011[2] Grundschulen, die insbesondere mit Angeboten zu Kinderrechten und Diversität erreicht werden.

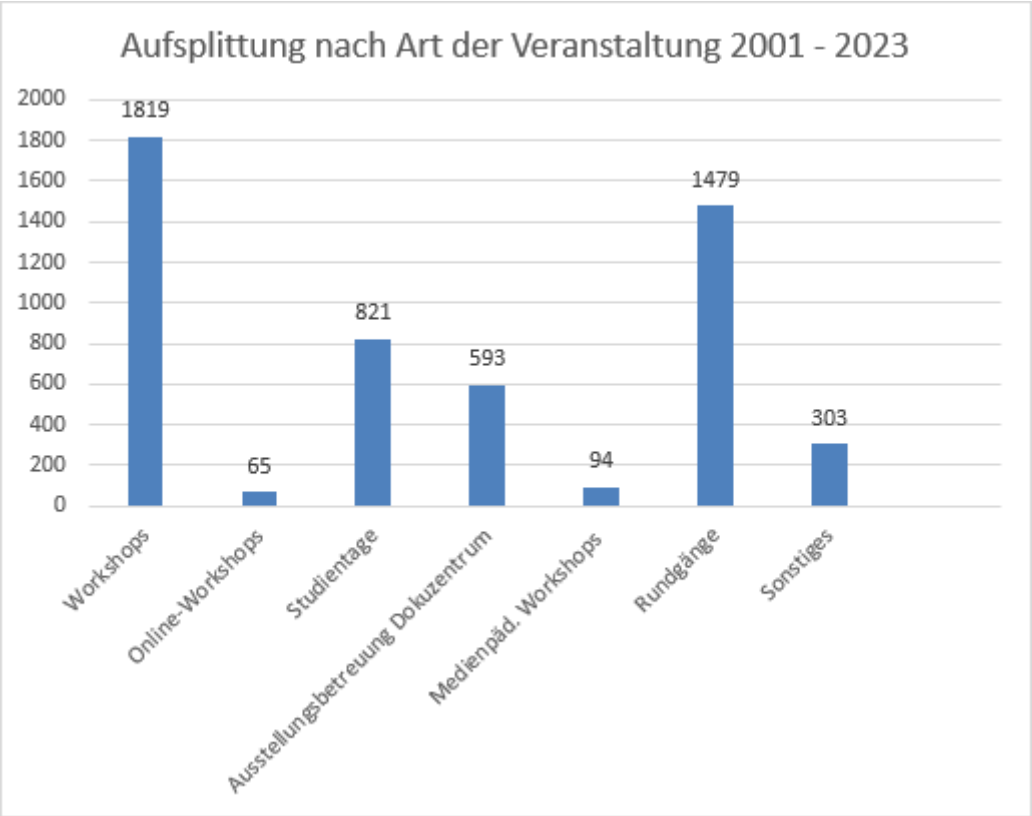


Bei den sonstigen Gruppen wurden hier jetzt auch Studierende ausgenommen, die nun gesondert gezählt wurden. Die sonstigen Gruppen sind in erster Linie Gruppen aus Jugendverbänden bzw. der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Auch hier werden die Zielparameter erreicht, auch wenn es hier am schwierigsten ist, gezielt Gruppen zu erreichen bzw. neu zu gewinnen.

[2] Vgl. Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie), S.34

10.4 Aufsplittung nach Veranstaltungen und Inhalten

Während sich in der Tabelle in der Konzeption 2011 die Veranstaltungstypen von Workshops, Studientagen und Rundgängen relativ gleich verteilten,[1] ist derzeit ein größeres Ungleichgewicht zwischen historisch-politischer Bildung sowie Angeboten aktueller politischer Bildung zu sehen. Derzeit liegen die Workshops, vergleicht man alle Veranstaltungen seit 2001 bis Ende 2023, weit vorne, gefolgt von Rundgängen – hier sind alle Rundgänge zusammengefasst, seien es Rundgänge auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände, in der Altstadt, der Straße der Menschenrechte oder auch in der Straße der Kinderrechte.



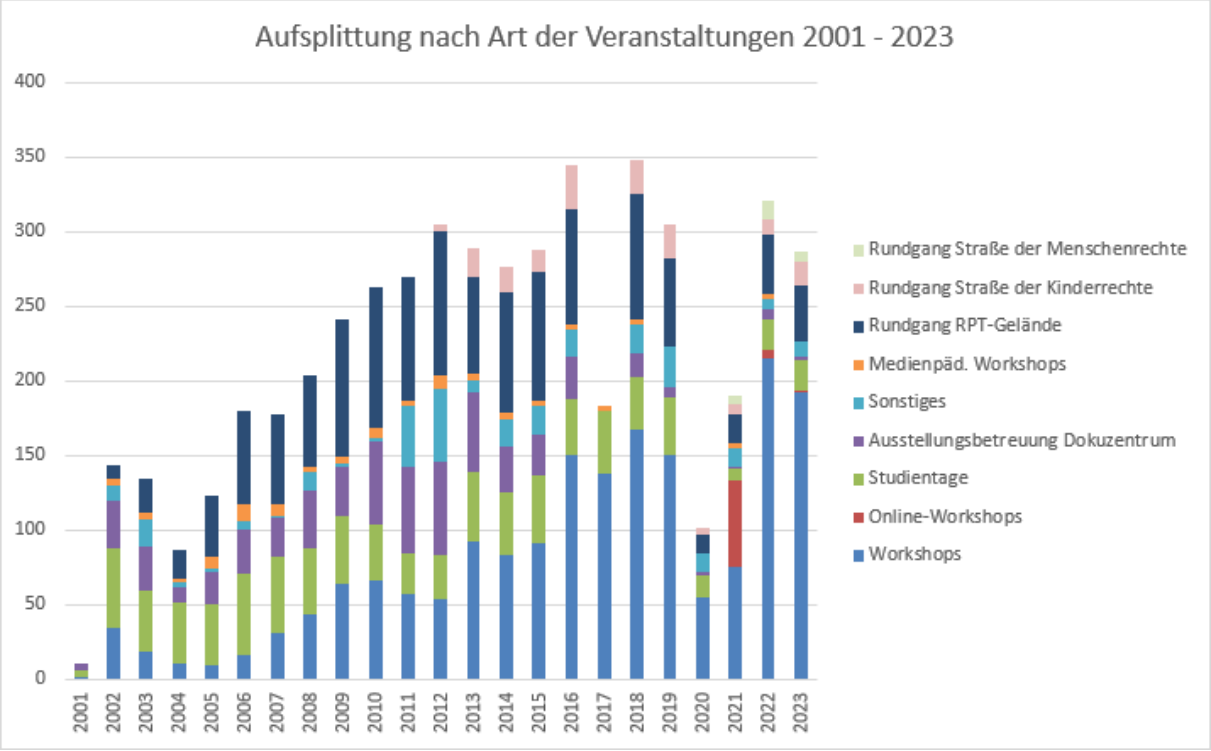
Studientage werden leider immer weniger gebucht, da gerade viele Schulen das erforderliche Zeitbudget von ca. sechs Stunden scheuen und stattdessen eher auf Rundgänge und Workshops setzen. Hinzu kommt, wie schon beschrieben, dass mit Schließung der ehemaligen Dauerausstellung des Dokumentationszentrums sowie damit verbunden, des Studienforums, die Nachfrage nach mehrstündigen Veranstaltungen im Rahmen eines Ausstellungsbesuchs sank. Mit der Wiedereröffnung des

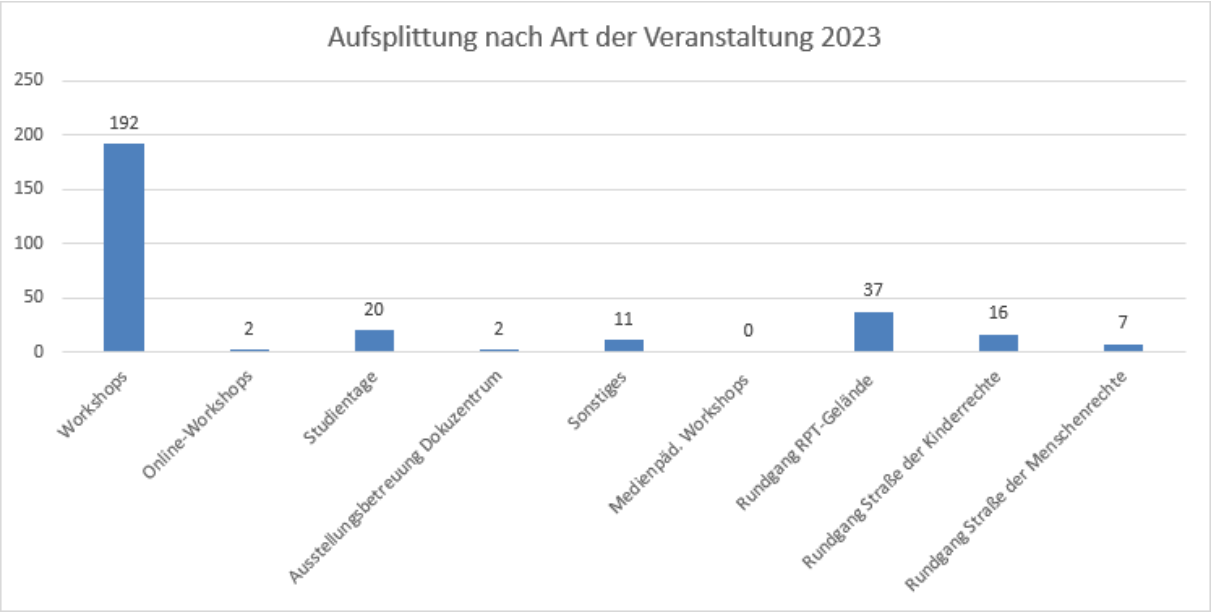
[1] Vgl. Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie), S.35

Dokumentationszentrums mit neuer Dauerausstellung, geplant im Herbst 2025, sowie den zusätzlichen Angeboten am Lernort Zeppelinfeld wird auch DoKuPäd dort wieder mehr Angebote durchführen können und das Gleichgewicht zwischen historisch-politischer Bildung, eigentlicher Kern des Angebots, und Angeboten politischer Bildung wiederherstellen können. Dies zumindest ist das Ziel, auch was die weitere Finanzierung von DoKuPäd anbelangt.

Die Nachfrage nach Workshops soll ebenfalls weiter bedient werden. Dies erfordert jedoch, neben dem Ausbau der historisch-politische Bildung, ebenfalls Personal und finanzielle Mittel für die Einrichtung DoKuPäd.

Die folgenden Tabellen zeigen noch eine weitere ausführlichere Aufsplittung nach Veranstaltungen über den gesamten Zeitraum des Bestehens von DoKuPäd sowie die Aufsplittung nach Veranstaltungen im Jahr 2023.





11. Evaluation

Von Beginn an wurden die pädagogischen Angebote von DoKuPäd evaluiert. Zweck der Evaluation ist es zum einen, die Zufriedenheit der Teilnehmenden abzufragen, zu wissen, ob deren Erwartungen erfüllt werden bzw., welche zusätzlichen Wünsche es vielleicht gibt. Zum anderen geht es aber auch um eine Selbst- und Fremdeinschätzung der Mitarbeitenden, die die Angebote jeweils durchgeführt haben. Nicht zuletzt ist die Evaluation eine Grundlage für laufende Verbesserungen des Programms, sei es bei den Inhalten und Methoden, aber auch im Umgang mit den Teilnehmenden und für die laufende Dokumentation.

Evaluationsmethoden sind, wie schon in der Konzeption 2011 beschrieben,[2] ein Feedbackbogen, den jede Begleitperson einer Gruppe oder Klasse erhält und der im Anschluss an die Veranstaltung ausgefüllt werden sollte. Hier werden die Gestaltung des Programms, die behandelten Themen und Methoden, gegebenenfalls der Besuch der Ausstellung im Dokumentationszentrum sowie Atmosphäre und Gesamteindruck der Veranstaltung abgefragt. Hinzu kommen Fragen nach den Kompetenzen

[2] Vgl. Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie), S.35 ff.

der Mitarbeitenden sowie der Organisation im Vorfeld der Veranstaltung. Des Weiteren gibt es die Option, Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Zudem gibt es einen Reflexionsbogen für die Mitarbeitenden, der deren Selbstevaluation dient. Hier werden persönliche Ziele vor der Durchführung des Programms notiert bzw. der Tag anhand einiger vorgegebenen Punkte reflektiert. So kann das eigene Handeln kritisch hinterfragt werden, zum anderem werden auch Auffälligkeiten während der Veranstaltung notiert, die dann gegebenenfalls mit den Inhalten des Feedbackbogens abgeglichen werden können. Damit können Erfahrungen weitergegeben und für die weitere Entwicklung des Programms genutzt werden. Die Mitarbeitenden fragen darüber hinaus mündlich oder schriftlich bei den Teilnehmenden in einer abschließenden Feedbackrunde am Ende des Studientags oder Workshops mit verschiedenen Methoden den Gesamteindruck ab.

Die Feedbackbögen werden einmal jährlich ausgewertet. Ursprünglich reichte die Bewertungsskala von 1 bis 7, wobei 1 die schlechteste Bewertung und 7 die beste Bewertung war. Die Skala auf den Feedbackbögen ist nicht nummeriert und enthält Kringel mit jeweiligen Bewertungen an beiden Seiten der Skala. Inzwischen ist DoKuPäd dazu übergegangen, eine Bewertungsskala von 1 bis 4 zu verwenden, wobei 1 die schlechteste und 4 die beste Bewertung ist, da sich gezeigt hat, dass Mittelwerte bei der großen Skala überwogen und es nun besser möglich ist, zu differenzieren.[3]

2011 bis 2015 wurde die Evaluation noch nach dem Schema der Bewertung 1 bis 7 durchgeführt. Die Ergebnisse lauten zusammengefasst wie folgt: Der Rücklauf der Fragebögen lag zwischen 29 % und 33 %. Der Gesamteindruck lag zwischen 5.9 und 6,4. Insgesamt zeigen sich nur leichte Schwankungen und es kann den Daten entnommen werden, dass die Arbeit gleichbleibend als sehr gut bewertet wurde. Die Bewertungen, die die Programmgestaltung betreffen, liegen im Bereich zwischen 4,9 bis zu 6,7. Am meisten schwanken die Angaben beim Punkt „Das Programm hatte die richtige Länge“ – wobei die Gründe dafür auseinanderdriften: Die einen finden das Programm zu kurz, andere wiederum hätten es gerne kürzer und kompakter. Nachdem sich hier wohl auch langfristig keine zufriedenstellende Antwort finden lässt, wurde ab 2015 auf den Punkt teilweise verzichtet. Ebenfalls unterschiedlich fallen

[3] Zu den Bewertungen bis 2010 siehe Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie), S.36 f.

Beurteilungen bei Rundgängen aus – sie sind erkennbar wetterabhängig. Das kann sich sowohl auf Regentage beziehen, aber auch auf heiße Tage im Sommer.

Die Ergebnisse der Themenschwerpunkte variieren zwischen 4,7 und 6,6, entsprechen demnach ebenfalls einer sehr positiven Bewertung, bei den Methoden sind die Einschätzungen vergleichbar. Dabei gibt es auch nur leichte Schwankungen bei den zu bewertenden Veranstaltungen wie Studientagen, Workshops und Rundgängen. Die Bewertungen der Mitarbeitenden, die die Veranstaltungen durchführten, lagen insgesamt bei den Punkten Pünktlichkeit, Vorbereitung, Dialog, Eingehen, Argumentation, Ton, Engagement und Kompetenz jeweils zwischen 6,2 und 7. Insgesamt noch etwas höher bewertet wurde die Betreuung und Organisation im Vorfeld, d.h. Buchung, Preis und Weiterempfehlung (Schnitt 6.8).

Ab 2016 war das Schema der Bewertung, wie schon beschrieben, eine Skala von 1 bis 4. Im Folgenden werden die Bewerbungsbögen von 2015 bis 2019 zusammengefasst. Die Rücklaufquote lag zwischen 23 % und 37 %. Der Gesamteindruck lag zwischen 3,6 und 3,8 Punkten, also vergleichbar hoch wie bei den Fragebögen zuvor. Noch etwas höher bewertet wurde die Atmosphäre bei den Seminaren, zwischen 3,7 % und 3,8 %. Die Programmgestaltung wurde insgesamt zwischen 3,3 bis zu 4,0 bewertet, insbesondere der „rote Faden“ bei den Veranstaltungen, aber auch die Zielgruppengerechtigkeit schnitten in der Regel sehr gut ab (bis 4,0). Beim thematischen Inhalt liegen die Bewertungen zwischen 3,2 und 3,8 im Mittel, die Workshops Rechtsextremismus und Menschenrechte wurden im Jahr 2019 sogar durchgängig mit 4,0 bewertet. Das heißt, sowohl die Länge der Veranstaltungen, die Anschaulichkeit, aber auch das Interesse der Teilnehmenden wurden gleichbleibend außergewöhnlich hoch bewertet.

Auch bei den Methoden zeigte sich ein ähnliches Bild. Zwischen 3,0 und 4,0 (wieder beim Workshop Menschenrechte) lagen die Bewertungen in diesen Jahren. Die niedrigsten Werte hatte hingegen beispielsweise 2019 der Rundgang auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände 2019 (zwischen 3,2 und 3,5), was, wie schon beschrieben, auch auf die Wetterabhängigkeit und die doch einigermaßen langen Wege zurückzuführen ist. Die Bewertungen der Mitarbeitenden von DoKuPäd blieben ebenfalls gleichbleibend hoch, von 3,8 bis 4,0. Die Buchung und die Organisation im Vor-

feld wurden ebenfalls fast durchgehend mit 4,0 als optimal bewertet, die Weiterempfehlung lag bei 4,0, d.h. also, alle, die ein Programm von DoKuPäd erlebt und einen Fragebogen ausgefüllt hatten, empfahlen die Einrichtung weiter.

In den Corona-Jahren 2020 bis 2022 lag der Rücklauf der Feedback-Bögen zwischen 20 % und 26 %. Nachdem die Programme im Jahr 2020 noch nicht durchgehend auf digital umgestellt waren, im Folgejahr jedoch viele Workshops digital stattfanden und die Anzahl der Veranstaltungen insgesamt extrem abnahm, sind die Ergebnisse zu den Vorjahren nur bedingt vergleichbar. Die Zahlen liegen zwar auf vergleichbarem Niveau (3,0 bis 4,0), dennoch sind die zugrundeliegenden Zahlen sehr viel niedriger und auch die jeweiligen Umstände, in denen die Workshops stattfanden, variieren stark. Der Gesamteindruck lag mit Werten bei 3,5 weiterhin auf hohem Niveau. Im Jahr 2021, als viele Veranstaltungen digital angeboten wurden und damit der Gesamteindruck an anderen, nicht vergleichbaren, Parametern gemessen werden musste, lag der Wert mit 3,2 am niedrigsten. Zuverlässig hoch waren die Bewertungen sowohl bei der Bewertung der Mitarbeitenden sowie der Organisation, Wert zwischen 3,5 und 3,9 in den Jahren 2020 und 2021, im Jahr 2022, als viele Veranstaltungen wieder analog stattfinden konnten, näherte sich die Bewertung wieder dem Wert 4,0.

2023 war wieder ein „normales“ Jahr mit allen Angeboten. Allerdings waren die Folgen von Corona weiter spürbar, sei es in der Wahl der Veranstaltungen, sei es aber auch bei den Honorarkräften – viele waren während Corona weggebrochen, mussten sich andere Betätigungsfelder suchen, neue Mitarbeitende mussten erst eingearbeitet werden. Zwar lagen die Buchungszahlen fast wieder auf Vorcorona- Niveau, der geregelte Alltag war allerdings noch nicht wieder eingekehrt. Dies schlug sich beispielsweise auch im Rücklauf der Feedbackbögen nieder, der von 23 % im Jahr 2022 auf 15 % absank. Besonders gut bewertet wurden die Workshops hinsichtlich Programm und Thema beim Rundgang über das ehemalige Reichparteitagsgelände, die Workshops Macht der Gruppe, Zivilcourage, Miteinander und Fake News (Bewertungen um die 4,0). Das waren auch die Workshops, die am häufigsten gefragt waren. Der Gesamteindruck stieg dementsprechend ebenfalls leicht weiter an, von 3,5 auf 3,6. Die Mitarbeitenden wurden in allen Aspekten zwischen 3,8 und 3,9 bewertet, was für DoKuPäd aufgrund der vielen Wechsel und auch neuer Mitarbeitenden ein sehr positives Zeichen war. Buchung, Betreuung und Preis lagen wieder bei jeweils

3,9, weiterempfohlen wurden die Angebote von 3,9 derjenigen, die die Feedbackbögen ausgefüllt hatten.

Auch nach gut 20 Jahren ist es gelungen, trotz enger Personal- und Finanzdecke die Standards bei DoKuPäd hochzuhalten. Dies soll auch in den folgenden Jahren weiter das Ziel sein. Dabei gilt es abzuwägen zwischen gewünschten hohen Buchungszahlen und der Qualität der Angebote. Es bleibt auch abzuwarten, wie sich die Gesellschaft weiterentwickelt, welche Angebote besonders gefragt sein werden und wie DoKuPäd inhaltlich auf diese Herausforderungen weiter reagieren bzw. Veränderungen auch mitgestalten kann.

B) Weiterentwicklung der Konzeption

1. Nürnberg und die Erinnerungskultur

1.1 Nürnberg als „Täterort“[1] – Entwicklungen im Umgang mit der NS-Vergangenheit

In der Stadt Nürnberg war und ist die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit als ehemalige „Stadt der Reichsparteitage“, „Stadt der Nürnberger Gesetze“ und nicht zuletzt der „Nürnberger Prozesse“ eine ständige Aufgabe.

Die ursprüngliche „Stadt der Reichstage“ wurde als Sinnbild der „deutschen Tradition“ mit ihrer Altstadtkulisse zur Hintergrundfolie der Reichsparteitage – sie lieferte den passenden Hintergrund und ersetzte die fehlende Tradition der „jungen Bewegung“ NSDAP. Das Stadtbild wurde ideologisch umgestaltet, „entschandelt“, dazu zählte beispielsweise der Abriss der Synagoge am Hans-Sachs-Platz. Dieser absolute Zugriff sowohl auf Stadtbild wie auch Stadtimage unterschied Nürnberg von allen anderen deutschen Städten im „Dritten Reich“.[2]

Die Bauten des Reichsparteitagsgeländes waren die Schauseite des Regimes, sie dienten der Selbst- und Außendarstellung. Die Massen während der Reichsparteitage waren dabei wesentlicher Bestandteil der Inszenierung der NS-Ideologie. Die Ideologisierung und Indoktrination bei den Reichsparteitagen haben eine wesentliche Funktion in der Vorbereitung der NS-Verbrechen wie der Kriegsvorbereitung und dem Holocaust.[3]

In Nürnberg wurden zudem mit den „Nürnberger Gesetzen“ die Juden und andere „Nichtarier“ ausgegrenzt. Julius Streicher und sein antisemitisches Hetzblatt „Der Stürmer“ trugen wesentlich dazu bei, die ideologische Grundlage des Holocaust zu

[1] Der Begriff „Täterort“ wird immer wieder kritisiert, der ideale Begriff ist noch nicht gefunden worden. Auch Gedenkstätten sind gewissermaßen „Täterorte“, da in den ehemaligen KZs die Täter die Verbrechen an den Opfern verübten. Daher wird das Wort „Täterort“ hier und im Folgenden in Anführungszeichen gesetzt.

[2] Vgl. Schmidt, Alexander: „Nürnberg“ – vom Stigma einer besonders belasteten Stadt zum Imagefaktor Erinnerungskultur, in: Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium. Hg. Brechtken, Magnus. Göttingen 2021, S.263

[3] Vgl. Rechberg, Karl Hermann: Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik. Empirische Rekonstruktion der Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schülern. Wiesbaden 2019, S.47 f.

bereiten. Nicht zuletzt war die Stadt Schauplatz der „Nürnberger Prozesse“, bei denen sich die noch greifbaren Exponenten des NS-Regimes für ihre Taten verantworten mussten.

Nürnberg ist damit in erster Linie ein „Ort der Täter“, an dem diese sich selbst inszenierten, aber auch ihre ideologischen Vorstellungen von Ein- und Ausgrenzung präsentierten. Die Inszenierung der Deutschen als Volksgemeinschaft, der Führermythos, die Inszenierung durch Architektur, Licht und Reden war Teil der gezielten Strategie der Indoktrination.[4] Neben den Tätern geht es hier daher vor allem auch um die „Mitläufer“, um Handlungsmuster wie Obrigkeitsgläubigkeit und Gruppenzwang, um Faszination oder die Wirkung von Propaganda. Gerade in Nürnberg können daher die Mechanismen und Verhaltensmuster aufgezeigt und diskutiert werden, mit deren Hilfe das Nebeneinander von scheinbarer Normalität und Terror funktionieren konnte – Mechanismen, die keineswegs dem Nationalsozialismus vorbehalten sind, sondern die, schaut man in den weiteren Verlauf der Geschichte, immer wieder drohen können. Damit verbunden sind daher auch eine kritische Reflexion der heutigen Gesellschaft und die Übertragung dieser Erkenntnisse auf uns selbst und unser Verhalten. Aber Nürnberg war nicht nur ein Ort der Täter und Mitläufer, sondern natürlich auch, wie an jedem Ort, der Opfer. Wie im übrigen Deutschland wurden hier die noch in der Stadt lebenden Juden deportiert und ermordet. In der Stadt wurden über 100.000 Zwangsarbeiter beschäftigt und Nürnberg war Teil des Systems der Zwangsarbeit, das die Außenlager des KZ Flossenbürg in der damaligen SS-Kaserne und bei den Siegmund-Schuckert Werken einschloss.[5]

Spätestens seit den 80er Jahren versuchte man in Nürnberg aktiv mit diesem Kapitel der Stadtgeschichte umzugehen. Das ehemalige Reichsparteitagsgelände wurde im Krieg nicht zerstört und blieb als baulich relevante Hinterlassenschaft der NS-Zeit der Stadt erhalten, die nicht einfach ignoriert werden konnte. In der Nachkriegszeit konzentrierte man sich allerdings zunächst auf die eigene Erinnerung. Für die Opfer des Bombenkriegs wurde ein Mahnmal auf dem Südfriedhof angelegt, auch über 4.000 Opfer aus Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft aus der Sowjetunion wurden hier begraben – das Gedenken verlagerte sich aus dem öffentlichen Raum.[6] 1946 wurde

[4] Vgl. ebd.
[5] Vgl. Schmidt, Alexander: „Nürnberg“ – vom Stigma einer besonders belasteten Stadt zum Imagefaktor Erinnerungskultur, in: Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium. Hg. Brechtken, Magnus. Göttingen 2021, S.263
[6] Vgl. hierzu und im Folgenden Schmidt, Alexander, ebd., S.264

zwar der Wodanplatz in „Platz der Opfer des Faschismus“ umbenannt, als Teil der Entnazifizierung stieß dies jedoch auf wenig öffentliches Interesse. Die 50er Jahre waren eher eine Zeit des Verdrängens der NS-Vergangenheit – damit stand Nürnberg nicht allein. Erst in den 60er Jahren prägte Hermann Glaser nicht nur in Nürnberg einen Paradigmenwechsel.

1993 wurde die Straße der Menschenrechte von Dani Karavan eröffnet, 1995 der erste Menschenrechtspreis verliehen. Dieses Gedenkjahr 1995 (50 Jahre Kriegsende) und das Stadtjubiläum im Jahr 2000 markieren wichtige Punkte auf dem Weg zur Etablierung der Erinnerungskultur und eines aktiven Umgangs mit der NS-Vergangenheit der Stadt.[7] 2002 wurde das Dokumentationszentrum auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände eröffnet, 2010 folgte das Memorium Nürnberger Prozesse. Beide Museen entwickeln sich weiter und mit der Akademie Nürnberger Prinzipien wird diese Erinnerungsarbeit und damit die Bedeutung der Nürnberger Prozesse für heute positiv in die Welt getragen.

Die pädagogische Arbeit in Nürnberg „rund um das Dokumentationszentrum“ sowie die Menschenrechtsarbeit mit all ihren Akteuren leisten daher einen wesentlichen Beitrag zur historischen und politischen Bildung und sind damit elementarer Bestandteil der Erinnerungskultur. Gleichzeitig bieten sich mit dieser pädagogischen Arbeit Ansatzpunkte zur kritischen Reflexion der heutigen Gesellschaft und ihrer Probleme. Ziel der historisch-politischen Bildungsangebote von DoKuPäd ist eine Bestimmung der heutigen eigenen Position in der Geschichte und die Vermittlung von Erkenntnissen, die für unsere Gegenwart und Zukunft wichtiger sind denn je, blickt man auf die aktuelle Weltlage.

1.2 Das ehemalige Reichsparteitagsgelände – neue Entwicklungen

Während der Reichsparteitage war Nürnberg das Zentrum des NS-Staats und zog die gesamte öffentliche Aufmerksamkeit im In- und Ausland auf sich. Die Bauten des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes stellten die Kulisse für die Selbstinszenierung der Nationalsozialisten und die Aufmärsche der Massen sowie die Zuschauer dar. Das Gelände verbindet „Faszination und Gewalt“ in einem – es steht für die Faszination der Massen genauso wie für Kriegsvorbereitung. Das Gelände war aber auch

[7] Vgl. hierzu und im Folgenden ebd, S.278

Ausgangspunkt der Judendeportationen, im sogenannten „Russenlager“ starben ca. 5.000 Menschen – nicht nur die von den Reichsparteitagen ausgehende künftige Gewalt, sondern auch die auf dem Areal selbst verübte physische Gewalt ist für uns heute mit dem Gelände verbunden.[8] Die Bauruinen selbst prägen bis heute das Areal und stehen damit für Nürnbergs Rolle im Nationalsozialismus.

Durch diese besondere Rolle Nürnbergs im Nationalsozialismus ist die Stadt mit einer baulichen und historischen Dimension der Vergangenheit konfrontiert, die sie mit kaum einer anderen Stadt oder auch Region teilt.[9] Der Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände war und ist eine ständige Herausforderung für Nürnberg.[10] Seit 1973 stehen die Bauten unter Denkmalschutz. Dazu gab es aber immer wieder Diskussionen um den Umgang mit dem Gelände, die von Abriss bis zu Um- oder Neubau reichten. Ein bunter Nutzungsmix entstand mit der Zeit, die Norisringrennen finden statt, die Kongresshalle wurde für große Ausstellungen genutzt, auf dem Gelände des Märzfelds entstand der Stadtteil Langwasser, die schon gebauten Märzfeldtürme wurden dafür 1966/67 gesprengt. Die Bauten der Luitpoldarena verfielen, bis man die Pläne für die neue Meistersingerhalle nutzte, um hier ab 1960 einen Park anzulegen. Die Baugrube des Deutschen Stadions lief voll und bildet den heutigen Silbersee. All diesen frühen Nutzungen ist gemeinsam, dass auf die NS-Zeit ganz bewusst kein Bezug genommen wurde – ganz im Gegenteil.

Erst 1977 gab es eine kleine Broschüre, die auch als Kurzführer über das ehemalige Reichsparteitagsgelände genutzt werden konnte. Ab 1979 wurde die Ausstellung „Faszination und Gewalt“ in der Zeppelintribüne vorbereitet, die sich ab 1984 / 85 bis zur Eröffnung des Dokumentationszentrums mit dem historischen Ort und den Reichsparteitagen beschäftigte.[11]

2004 beschloss der Stadtrat einstimmig „Leitlinien / Leitgedanken zum künftigen Umgang der Stadt Nürnberg mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände“. Die vorhandenen Bauten sollen so erhalten bleiben, wie sie sind und den nächsten Generationen als bauliches Erbe zur Verfügung stehen. Größere Bauprojekte sollten ausge-

[8] Vgl. hierzu ebd., S 275 ff. ss
[9] Vgl. hierzu ebd., S.282
[10] Vgl. hierzu und im Folgenden ebd., S.268 ff.
[11] Vgl. ebd., S.275 ff.

schlossen und ein bewusster Umgang mit dem Gelände und dem Erbe des NS angestrebt werden.[12] Diese Leitlinien sind bis heute aktuell und sollen bei jeder baulichen Veränderung auf dem Gelände, seien es derzeit Zeppelinfeld, Kongresshalle oder auch Stadion hinterfragt und befolgt werden, da jede Veränderung auch Auswirkungen auf die historisch-politische Bildungsarbeit vor Ort hat.

In der pädagogischen Bildungsarbeit vor Ort steht zunächst die nationalsozialistische Propaganda und Verführung im Mittelpunkt, die hinter den Bauten steht. Die Gewalt hinter diesen Fassaden erklärt sich nicht automatisch am „authentischen Ort“, sie muss dechiffriert werden. Gerade der Besuch des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes hat nicht per se eine eindeutige normative Wirkung und muss pädagogisch begleitet werden.[13] Es bedarf einer grundlegenden Einordnung des Geschehens vor Ort und der Transferüberlegung zu Gegenwart und Zukunft. Im Falle Nürnberg sind dies z.B. die Ideologie der Ungleichheit, Gewalt und Krieg als angeblich selbstverständliche Mittel der Politik, Phänomene wie Intoleranz, Ausgrenzung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bis zu Völkermord. Bei den Bauten auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände geht es neben der Wahrnehmung der monumentalen Herrschaftsarchitektur jenseits menschlicher Maßstäbe um das Erkennen, dass das Individuum und dessen Bedürfnisse in der Masse nichts zählen, dass es um Faszination und Propaganda geht, aber eben damit auch um die Verbreitung von Terror, Krieg und Holocaust. Um dies auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände zu erkennen, bedarf es eines besonderen pädagogischen Zugangs.

1.2.1 Lernort Zeppelinfeld

Die oben genannten Leitlinien bilden die Grundlage für die Entscheidung, Zeppelintribüne und Zeppelinfeld im jetzigen Zustand baulich zu sichern und inhaltlich zu einem Lernort weiterzuentwickeln. Nach einer intensiven Debatte für oder gegen den Erhalt entschied man sich schließlich für den Erhalt der Anlage und bezog Land und Bund in die Finanzierung ein. Dabei soll es nicht nur um Investitionen in Stein, sondern ebenso in Vermittlung und Pädagogik gehen.[14] Die Maßnahme soll ca. 85 Millionen

[12] Vgl. ebd., S.280
[13] Vgl. hierzu grundsätzlich Rechberg, Karl Hermann: Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik. Empirische Rekonstruktion der Auseinandersetzung von Schülern und Schülerinnen. Wiesbaden 2019
[14] Vgl. Schmidt, Alexander, a.a.O., S.282

Euro kosten. Der Bund trägt dabei 50 % der Investitionskosten, der Freistaat Bayern und die Stadt Nürnberg jeweils ca. 25 %.[15]

Die Zeppelintribüne mit dem zugehörigen Zeppelinfeld sind die einzigen heute erhaltenen und einst tatsächlich genutzten Orte des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes. Sie sollen zum einen erhalten bleiben und zum anderen noch mehr als bisher öffentlich zugänglich gemacht werden.[16] In der Zeppelintribüne befindet sich der bislang bis auf wenige Ausnahmen nicht zugängliche sogenannte „Goldene Saal“, einer der wenigen heute erhaltenen Innenräume nationalsozialistischer Repräsentationsarchitektur. Während das Äußere der Zeppelintribüne mit der Sprengung der Pfeilergalerien 1967 verändert wurde, ist der Innenraum unverändert erhalten.[17] Hier bestünde zukünftig die Möglichkeit einer intensiven Auseinandersetzung mit der Ästhetik des Nationalsozialismus.

Inhaltlich stehen Zeppelintribüne und Zeppelinfeld für das Konzept der ausgrenzenden „Volksgemeinschaft“. Wie wurde „Volksgemeinschaft“ während der Reichsparteitage erfahren? Wer gehörte nicht dazu? Wer wurde ausgegrenzt? Das Zeppelinfeld schottet sich mit seinen 34 Türmen wie eine Wehranlage ab – das „Innen“ bewirkt jedoch ein Außen – der „Lichtdom“ und das Feld sind das Symbol für die vermeintliche Gemeinschaft samt ihres ausgrenzenden Charakters. Gerade beim Thema „Volksgemeinschaft“ wird auch klar, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Vorstellungen von einem einheitlichen arischen (deutschen) Volk und die Konstruktion von „Wir-Identitäten“ keinesfalls Vergangenheit sind, sondern sehr gegenwärtige Phänomene, die gerade hier vor Ort kritisch hinterfragt werden können.[18]

Der Ort steht aber auch für Themen wie Militarisierung, „Deutsche Arbeit“ oder gesellschaftliche Rollenbilder – repräsentiert durch die Veranstaltungen auf den Reichsparteitagen, die hier stattfanden. Teilnehmer wie Zuschauer waren alle ausgerichtet

[1515] Vgl. https://museen.nuernberg.de/dokuzentrum
[16] Vgl. hierzu und im Folgenden u.a. die öffentlichen Stadtrats- und Kulturausschussunterlagen im Ratsinformationssystem der Stadt Nürnberg https://online-service2.nuernberg.de/buergerinfo/info.asp: Stadtrat vom 6.7.2016 – Nutzungs- und Vermittlungskonzept mit Schwerpunkt Zeppelintribüne / -feld als Bestandteil der Gesamtkostenberechnung einer baulichen Sicherung; Kulturausschuss vom 13.3.2020 – Enzwicklung Zeppelintribüne und Zeppelinfeld zum Lern- und Begegnungsort. Sachstandsbericht zum Projektstand und zu den Details des Vermittlungskonzepts; Kulturausschuss 9.7.2021 – Bericht zum Projektstand Lern- und Begegnungsort Zeppelintribüne und Zeppelinfeld
[17] Vgl. Kulturausschuss vom 13.3.2020
[18] Vgl. ebd.

auf die Mitte der Tribüne mit der Rednerkanzel, und damit auf den „Führer“ ausgerichtet – das Führerprinzip in Architektur umgesetzt.

All diese Aspekte können künftig noch stärker als heute vor Ort am Lernort vertieft werden. Derzeit ist der Zustand der Anlage marode. Zuletzt mussten trotz kontinuierlichem Bauunterhalt immer mehr Bereiche aus Sicherheitsgründen gesperrt werden.



Zeppelintribüne – aktueller Zustand Foto Arne Marenda



Zeppelintribüne – aktueller Zustand Foto Arne Marenda

Die Tribüne soll daher „trittfest“ im Sinne von betretbar gemacht werden, ein gefahrloser Aufenthalt am historischen Ort soll damit wieder ermöglicht werden und bleiben. Mehr Informationen vor Ort sollen geboten und bislang nicht zugängliche Teile der Gebäude geöffnet werden.



https://museen.nuernberg.de/umbau-dokuzentrum/zeppelinfeld/konzept (Stand 2022)

So ist eine intensivere Auseinandersetzung mit der Rednerkanzel geplant, die Öffnung eines der Treppenhäuser in der Tribüne sowie schon erwähnt die Öffnung des „Goldenen Saals“. Das Zeppelinfeld soll künftig in Teilen frei zugänglich sein, Dimensionen und Funktionen können so viel besser vermittelt werden und ein Feldturm der Anlage soll geöffnet werden. So kann die Gesamtanlage von Zeppelintribüne und -feld wieder wahrgenommen werden. Pädagogisch werden sich daraus in den nächsten Jahren neue Perspektiven und Potentiale der Vermittlung ergeben. Aus pädagogischer Sicht ist es aber ebenso wichtig, den Kontrast zwischen inszenatorischem Anspruch und baulicher Realität sichtbar zu machen, Tribüne und Zeppelinfeld eben nicht zu restaurieren und aufzuhübschen. Das ist wichtig, um zu einer wahrnehmbaren Distanzierung von den Tätern anzuregen. Gleichzeitig wird die etablierte Alltagsnutzung fortgesetzt, Pluralität und Internationalität im Sinne einer demokratischen Aneignung des Geländes soll weiter als Normalität erlebt werden können. Ein Informationspavillon am ehemaligen Bahnhof Dutzendteich als zentraler Anlaufpunkt soll den Besucher*innen Informationen liefern und als Orientierung dienen.[19]

[19] Vgl. Vorlage im Kulturausschuss am 13.3.2020

Die Intensivierung der Bildungsarbeit wird in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen – gerade der Lernort Zeppelinfeld hat hier eine besondere Bedeutung. Die Präsenz von Informationsangeboten auf dem Gelände, aber auch die demokratische Aneignung durch diverse Nutzungen wird weiter forciert. Die Fertigstellung der Vermittlungsangebote ist derzeit bis 2026 geplant, die gesamte Tribüne und die restlichen Teilflächen sollen bis 2029/30 fertiggestellt sein – die Neuerungen umfassen also mindestens den zeitlichen Horizont der jetzt vorgelegten Konzeption und müssen in den nächsten Jahren erarbeitet und umgesetzt werden.

Das heißt auch für die Bildungspartner, dass neu konzeptioniert werden muss und hier sowohl zusätzliche inhaltliche Arbeit zu leisten ist, bzw. auch die Angebotsstruktur auszubauen ist. Dies muss ebenfalls beim Ausbau des Lernorts Zeppelinfeld mitgedacht werden. Will man nicht nur in Steine investieren, muss auch in die praktische Pädagogik und in die historisch-politische Bildung investiert werden. Auch die Partner, die die Angebote vor Ort durchführen, müssen hier einbezogen und auch finanziell mitgedacht werden. Dies gilt auch für die Angebote von DoKuPäd, die Teil der Jugendhilfestruktur in Nürnberg sind und von Seiten der Jugendhilfe bislang allein finanziert werden. Konkret bedeutet dies einen Ausbau der personellen und damit auch finanziellen Ressourcen.

1.2.2 Kongresshalle und Innenhof

Die Kongresshalle auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände ist eine der bundesweit größten baulichen Hinterlassenschaften der Nationalsozialisten in Deutschland. Der 1935 begonnene Bau wurde nie vollendet und auch nie im geplanten Sinn als Ort bei den Reichsparteitagen genutzt – im Gegensatz zu Zeppelintribüne und Zeppelinfeld. Das unvollendete Gebäude ließ sich für demokratische Zwecke schwer nutzen. Die Nutzungsgeschichte nach 1945 reicht vom profanen Gebrauch als KFZ-Sammelstelle oder Schulmöbellager bis hin zur kulturellen Nutzung durch die Nürnberger Symphoniker sowie zur historisch-politischen Bildung im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände.[20] Noch 1987 gab es Pläne, die Kongresshalle als Einkaufs- und Erlebniscenter umzubauen. Seit 2001 mit Eröffnung des Dokumentationszentrums ist der Innenhof leergeräumt und zeigt beeindruckend das Scheitern des

[20] Weitere Pläne für die Kongresshalle, die nicht ausgeführt wurden vgl. Schmidt, Alexander, a.a.O., S.273

Nationalsozialismus. Bereits seit den 80er Jahren ist er eine wichtige Station bei den Rundgängen über das gesamte Gelände.



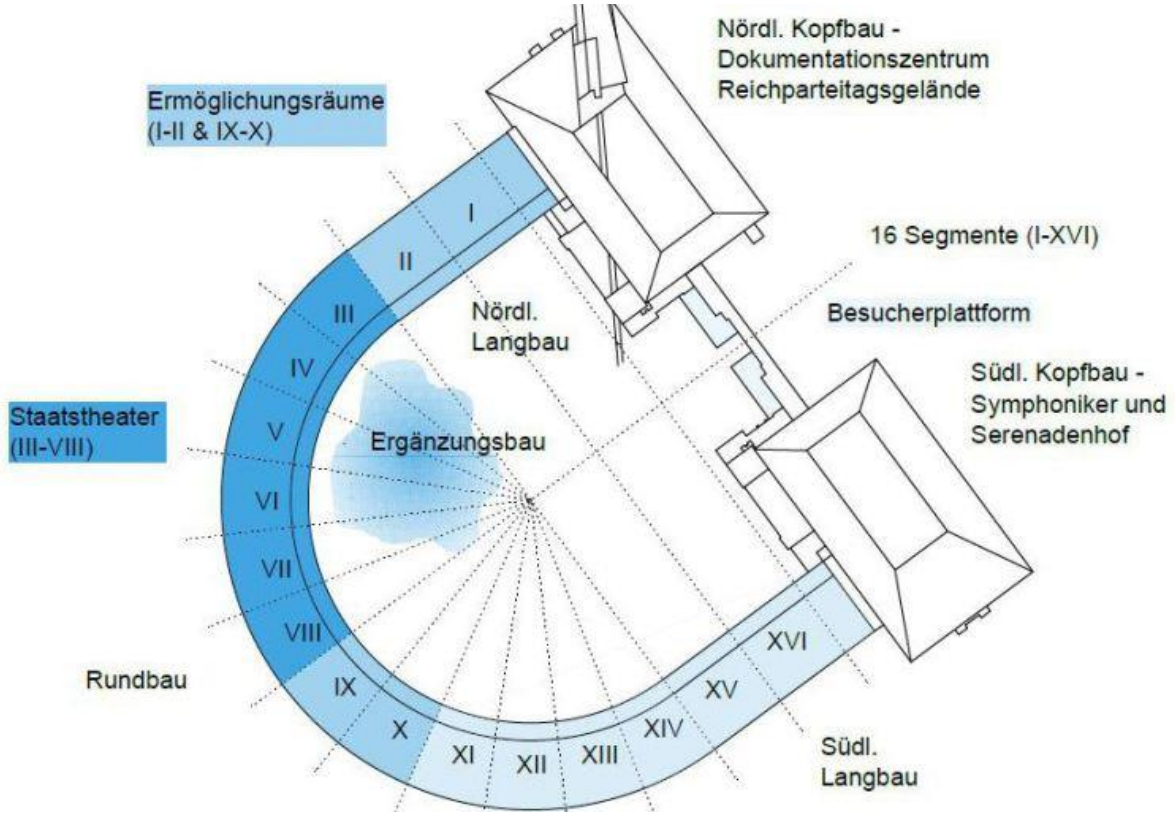
Blick über den Dutzendteich zur Kongresshalle Foto Arne Marenda

2021 beschloss der Nürnberger Stadtrat grundsätzlich, dass die Kongresshalle der Standort für die Ausweichspielstätte der Nürnberger Oper werden soll, die saniert werden muss.[21] Ein Interim mit Bühne und Zuschauerraum soll laut konkretisiertem Beschluss des Stadtrats im Juli 2022 nach einem Gutachterverfahren im Innenhof an der nordwestlichen Innenseite der Kongresshalle errichtet werden. In der Kongresshalle selbst sollen u.a. die Betriebsräume untergebracht werden.

Mehrheitlich wird in Nürnberg die Meinung vertreten, dass die Gesamtwirkung des Innenhofs durch das Interim nur unwesentlich beeinträchtigt und auch die Architektur des Dokumentationszentrums von Günter Domenig nicht geschmälert werde. Die Relevanz der Kongresshalle für Erinnerungskultur und die historisch-politische Bildung soll mit dem Interim nicht behindert werden – auch wenn das die hier pädagogisch

[21] Vgl. hierzu und im Folgenden https://www.nuerenberg.de/internet/nuernbergkultur/standort-ausweichspielstaette.html

Tätigen in großen Teilen sehr kritisch sehen. Auch der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt hat sich ausdrücklich dagegen positioniert.



Planungen für die Kongresshalle – Ermöglichungsräume sowie Opernhaus Interim mit Ergänzungsbau im Innenhof https://www.nuernberg.de/internet/kongresshalle/baustelle.html

Neben der Ausweichspielstätte für die Oper sind in der Kongresshalle auch sogenannte Ermöglichungsräume mit Kunst und Kultur, Ateliers, Werkstätten und Proberäumen geplant.[22] In den nächsten Jahren sollen in vier Segmenten des Rundbaus Räume für kulturelle Nutzung in den unterschiedlichsten Sparten zur Verfügung stehen. Der bestehenden Vermittlung der baulichen Relikte der NS-Zeit sollen neue künstlerische Formen des Umgangs hinzugefügt werden – das große Ziel ist quasi die Überwindung der NS-Schreckenszeit und ihrer Architektur durch Kunst und Kultur. Ob dies gelingen kann, wird die weitere Entwicklung zeigen. Wie genau diese künstlerische Nutzung aussehen wird, soll in einem partizipativen Prozess mit der Künstlerschaft ermittelt werden. Offen ist zudem, wie die Verschränkung mit dem Dokumentationszentrum und der Erinnerungskultur, auch dem Opernhausinterim aussehen soll, wie die baulichen Veränderungen den Innenhof weiter verändern werden, z.B. mit dem Einbau von Belichtung, Fenstern oder anderer Öffnungen und ob auch

[22] Vgl. hierzu und im Folgenden https://www.nurenberg.de/presse/mitteilungen/presse_81471.html

der Innenhof zumindest zeitlich und räumlich begrenzt künstlerisch genutzt werden soll. Weitere inhaltliche Fragen wie z.B. die Betriebsstruktur oder Synergien mit anderen Nutzungen der Kongresshalle werden zum jetzigen Zeitpunkt noch diskutiert. Auch dieses Projekt soll gemeinsam mit dem Freistaat und dem Bund finanziert werden.

Mit dem Bau im Innenhof, ob als Interim oder als Dauerlösung, wird sich der visuelle Eindruck des Innenhofs verändern. Das gilt auch für die Ermöglichungsräume. Sämtliche im Innenhof der Kongresshalle entstehenden Bauwerke oder baulichen Veränderungen lenken zunächst von der Kulisse und damit vom eigentlichen Inhalt der Kongresshalle ab – einem Sinnbild für das Scheitern des Nationalsozialismus. Im schlechtesten Fall werden Baufälligkeit, Unfertigkeit und der Kontrast zur Granitaußenfassade nicht mehr ausreichend wahrnehmbar sein, um den ersten Eindruck der Außenansicht zu brechen. Für die pädagogische Arbeit ist es extrem wichtig, dass bei den geplanten baulichen Veränderungen darauf geachtet wird, den bisherigen Eindruck des leeren Innenhofs nicht allzu sehr zu beeinträchtigen.[23]

1.3 Das Dokumentationszentrum – Interimsausstellung und Planung der neuen Ausstellung

Seit Mitte der 90er Jahre planten die Museen der Stadt Nürnberg eine ganzjährig geöffnete Ausstellung in Räumen in der Kongresshalle einzurichten. Der Schweizer Architekt Günther Domenig gestaltete die Räume für das neue Ausstellungsgebäude in einem Kopfbau der Kongresshalle. Markantestes Bauteil ist der sogenannte „gläserne Pfahl“, der die massive Bausubstanz teilt und die rechtwinklige Architektur der Kongresshalle diagonal als bewusster Störfaktor durchtrennt. Das eine Ende des Pfahls bildet bislang den Eingang, das andere ragt in den Innenhof und ermöglicht den Besucher*innen den Ausblick in die unvollendete Kongresshalle. Die am 4. November 2001 eröffnete Dauerausstellung „Faszination und Gewalt“, die über 20 Jahre die Besucher*innen anzog, wahrte dabei in Gestaltung und in der Materialauswahl eine Distanz zum „Exponat Kongresshalle“. Diese Ausstellung war damals ein Meilenstein der Erinnerungskultur in Nürnberg.

[23] Vgl. dazu Rechberg, Karl Hermann/ Prölß-Kammerer, Anja: Zum Umgang mit NS-Inszenierungen am Reichsparteitagsgelände, in: Gedenkstätten Rundbrief. Nr.209. 3/2023. Berlin 2023. S.13 - 22

Das sogenannte Studienforum im Dokumentationszentrum bietet Platz für Besuchergruppen, die den Besuch der Ausstellung thematisch vertiefen wollen. Verschiedene Kooperationspartner bespielen das Studienforum mit verschiedenen Inhalten, Methoden und für unterschiedliche Zielgruppen. Neben dem Kreisjugendring Nürnberg-Stadt mit DoKuPäd sind dies Geschichte für Alle e.V. – Institut für Regionalgeschichte, die Akademie Caritas Pirckheimer Haus, das Nürnberger Menschenrechtsbüro sowie das Menschenrechtszentrum und das KPZ – das Kunst- und Kulturpädagogische Zentrum der Stadt Nürnberg. Zwischen den Partnern und dem Dokumentationszentrum finden regelmäßige Sitzungen und ein Austausch zu den jeweiligen Programmen statt.



Baustelle Dokumentationszentrum Februar 2024 Foto Arne Marenda

Seit Anfang 2021 wird das Dokumentationszentrum umgebaut.[24] Die Kosten der Maßnahme belaufen sich auf rund 25,7 Millionen Euro. Das Gebäude wird ertüchtigt, eine Interimsausstellung wurde entwickelt. Die Infrastruktur wie Foyer und Gastronomie müssen den Besuchermassen entsprechend ausgebaut werden, Ausstellungs-

[24] Vgl. hierzu und im Folgenden https://museen.nuernberg.de/dokuzentrum

und Lernbereiche werden erweitert. Dabei soll sich das Haus auch nach außen öffnen und auch für freizeitorientierte Besucher*innen des Geländes und Kulturveranstaltungen zur Verfügung stehen. Es wird zudem zusätzlichen Raum für Sonderausstellungen geben und die Flächen für die Dauerausstellung werden erweitert. Die bauliche Erschließung erfordert einen behutsamen Umgang mit dem denkmalgeschützten Bau, aber auch mit der Architektur von Günther Domenig. Dessen Ansatz eines symbolischen Gegenentwurfs zur NS-Architektur mit baulichen Mitteln soll fortgesetzt werden. Eine Veranstaltungszone für Tagungen, Seminare und Vorträge soll damit genauso entstehen, ein Medien- und Recherchezentrum das Angebot ergänzen. Das Studienforum soll zu einem „Forum für Geschichte und Gegenwart“ weiterentwickelt werden. Historische und gegenwartsbezogene Themen sollen hier multimedial und interaktiv vermittelt werden.

Die alte Dauerausstellung wurde zunächst durch eine Interimsausstellung ersetzt. Bis voraussichtlich 2025 zeigt sie in kompakter Form die Geschichte der Reichsparteitage sowie des Geländes. Eine großformative Medieninstallation nimmt die Besucher*innen mit auf eine Zeitreise von 1918 bis heute und stellt das Gesamtareal Reichsparteitagsgelände vor. Die nationale Geschichte wird hier aus der lokalen Perspektive erzählt, anders als bei der bisherigen Dauerausstellung. Ausgewählte Objekte wie Dokumente, Filme und Fotos sowie Biografien und Zeitzeugenberichte beleuchten die Zeit von der Weimarer Republik bis heute. Neue Aspekte, die bislang in der Dauerausstellung keinen Platz fanden wie „Das Gelände im Krieg“ mit Gefangenschaft, Zwangsarbeit und Deportation werden beleuchtet sowie der Umgang mit dem Gelände nach 1945 erzählt.



Blick in die Interimausstellung Foto Arne Marenda



Blick in die Interimausstellung Foto Arne Marenda

Die erneuerte Dauerausstellung, die voraussichtlich 2025 eröffnen soll, wird die politische Funktion und die gesellschaftliche Praxis der NS-Propaganda am Beispiel der Reichsparteitage erzählen sowie einzelne Aspekte zur historischen und heutigen Topographie des Areals darstellen. Der Ausbau des Dokumentationszentrums und die neue Ausstellung stellen sicher, dass das Haus auch in Zukunft die internationale Öffentlichkeit erreichen und über die Bedeutung dieses europäischen Erinnerungsortes zeitgemäß informieren kann.

DokuPäd wie die anderen Partner, die hier pädagogische Arbeit leisten, müssen zum einen mit der derzeitigen Interimsausstellung umgehen, als auch ab 2025 für die neue Dauerausstellung neue Konzepte erarbeiten und umsetzen.

2. Die außerschulische historisch-politische Jugendbildung im Kontext des Dokumentationszentrums

2.1 Historisch-politische Jugendbildung – neue Entwicklungen und Erkenntnisse

Mit der historisch-politischen Bildung sollen Jugendliche in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigenen Bezüge zu ihr zu analysieren und eine eigene Position dazu zu finden.[1] Es geht nicht um reine Kenntnisvermittlung, das Lernen „über“ Geschichte ist nicht Selbstzweck, sondern soll auch zu gegenwartsbezogenen Erkenntnissen führen. Es geht dabei auch um demokratische Grundhaltungen und Umgangsformen sowie die Anerkennung der Menschenrechte als Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Aber: An Gedenkstätten und historischen Lernorten kann pädagogische Arbeit auch keine „gedenkstättenpädagogischen Marienerscheinungen“ erzeugen.[2]

Es gibt Erwartungshaltungen an historisch-politisches Lernen an historischen Orten, zum anderen weiß man auch, dass diese in der pädagogischen Rechtsextremismusprävention keine Wunder bewirken bzw. eine demokratische Schnellwäsche sein

[1] Vgl. hierzu und im Folgenden Heyl, Matthias: „Silence is no longer here because of us“. Vom Recht, Bescheid zu wissen, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. 5.Jg. Nr.1. Frankfurt a.M. 2020, S.80 ff.
[2] Ebd., S.84

kann.[3] „Authentische“ Orte tragen nicht aus sich heraus eine läuternde und demokratisches Bewusstsein fördernde Wirkung in sich – gerade „Täterorte“ wie Nürnberg mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände nicht. Die pädagogische Bearbeitung von Demokratiedefiziten und ressentimentgeladenen Haltungen kann nicht allein durch den Bezug zum Nationalsozialismus aufgelöst werden – Traditionslinien wie Antisemitismus oder Rassismus lassen sich viel weiter zurückverfolgen.

Gedenkstättenbesuche oder Besuche an „authentischen“ Orten sind in der Regel „kurzzeitpädagogische“ Erfahrungen, meist beschränkt auf 3 – 6 Stunden Workshops oder Seminare.[4] Vor- und Nachbereitung liegen nicht in der Hand des Personals, das die Veranstaltungen durchführt. Dennoch bieten außerschulische Lernorte sehr wohl die Chancen für einen Perspektivwechsel und neue Diskurse – sei es allein durch den Ortswechsel, aber auch durch das Personal, dass den Teilnehmer*innen in der Regel nicht bekannt ist und neue Impulse geben kann. Auch die Materialität kann mit allen Sinnen im wahrsten Sinn des Wortes „begriffen“ werden.[5] Der Ort selbst, natürlich durch die Vermittlung der Begleitpersonen, ist damit für den Lernerfolg ausschlaggebend. Das heißt genauer, die Botschaft entsteht nicht durch den Ort selbst, sondern die Kommunikation darüber. Der Ort selbst trägt keine eindeutige Botschaft in sich, die ohne Kommunikation aufgenommen werden kann. Insofern spielen Ort, Vermittlung und Kommunikation die entscheidenden Rollen in der außerschulischen historisch-politischen Jugendbildung.

„Authentische“ Orte müssen aber auch ergebnisoffene Diskussionen zulassen und auch z.B. nicht gewünschte Äußerungen zunächst zulassen und insbesondere offen für Impulse der Teilnehmenden sein. Sie sollen ernst genommen werden, anstatt ihnen eine „Defizitperspektive“, „falsche“ Einstellungen oder „falsches“ Wissen zu unterstellen. Das bedeutet aber nicht, nicht zu widersprechen, eine eigene Haltung deutlich zu machen, auf eigene „politische“ Zielsetzungen zu verzichten. Maßstab al-

[3] Vgl. hierzu und im Folgenden Klare, Heiko; Sturm, Michael: „Nie wieder!“ … aber wie? Zur (Nicht)Bedeutung des Nationalsozialismus für die Rechtsextremismusprävention, in: Antisemitismus, Rassismus und das Lernen aus Geschichte(n). Hg. Broden, Anne; Hößl, Stefan E.; Meier, Marcus. Weinheim, Basel 2017. S.133 f.
[4] Vgl. hierzu und im Folgenden ebd., 135 f.
[5] Vgl. Rechberg, Karl Hermann: Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik. Empirische Rekonstruktion der Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schülern. Wiesbaden 2019, S.220 ff.

len pädagogischen Handelns in der historisch-politischen Bildung sind die Menschenrechte und das Grundgesetz.[6] Die in Gedenkstätten und Dokumentationszentren betriebene Bildungsarbeit ist dem „Beutelsbacher Konsens“ verpflichtet,[7] ist aber aufgrund ihres Selbstverständnisses einem Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung verpflichtet.[8] Dies ist kein Widerspruch: Pluralismus und demokratische Mitbestimmung sind das Fundament, auf dem der Beutelsbacher Konsens beruht. Nochmal anders ausgedrückt: Das historisch-politische Lernen in Deutschland ist normativ angelegt. Die Grundprinzipien Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden im Begriff der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zusammengefasst. Diese normative Grundhaltung ist mit der Ideologie des Nationalsozialismus nicht vereinbar und eine dementsprechende Haltung kann demnach auch nicht akzeptiert werden.[9]

All diese oben geschilderten Voraussetzungen für historisch-politisches Lernen am „authentischen“ Ort sind auch Grundlage des pädagogischen Handelns von DoKuPäd in Nürnberg. Hier sind sowohl das Dokumentationszentrum sowie das ehemalige Reichsparteitagsgelände Ausgangspunkt des pädagogischen Handelns. Weitere Themen politischer Bildung leiten sich davon ab wie Rechtsextremismus, Gruppendruck oder Zivilcourage. Gleichzeitig werden Werte wie Menschenrechte und Demokratie vermittelt. Die bisherigen konzeptionellen Grundlagen werden dabei weitergeführt, vertieft und geschärft.

Es ist Tatsache, dass viele junge Menschen den Nationalsozialismus keineswegs von vornherein als Geschehen betrachten, das etwas mit ihnen und unserer Gegenwart zu tun hat. Die zeitliche Distanz nimmt immer weiter zu, muss ernst genommen und pädagogisch und didaktisch berücksichtigt werden. Ziel ist es, junge Menschen gerade in Nürnberg durch die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur zum Nachdenken über den Ge- und Missbrauch von Macht anzuregen, über die Folgen, die es hat, wenn eine Gesellschaft die Menschenrechte missachtet, aber auch, welche Rolle das Verhalten des Einzelnen spielt – gerade in unserer demokratischen Gesellschaft. All

[6] Vgl. Klare, Heiko, a.a.O., S.140
[7] Vgl. dazu auch Kapitel 3.3.2 der vorliegenden Konzeption.
[88] Vgl. Dierl, Florian: Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Museen als Akteure der Vergangenheitsaufarbeitung, in: Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium. Hg. Brechtken, Magnus. Göttingen 2021, S.259
[9] Vgl. Rechberg, Karl Hermann: Anhand von NS-Propaganda einen kritischen Umgang mit politischen Inszenierungen einüben, in: Geschichte für heute. Zeitschrift für politisch-historische Bildung. 15.Jg. 2 / 2022. Frankfurt a.M. 2022, S.68

diese Fragen sind weiterhin Grundlage des pädagogischen Handelns und spielen eine zentrale Rolle in der weiteren praktischen Arbeit von DoKuPäd. Welche Herausforderungen es gerade in Nürnberg auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände zu bewältigen gilt, zeigt das folgende Kapitel.

2.2 Herausforderungen am „Täterort“ mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände

Zu den Lernprozessen und den damit verbundenen Herausforderungen auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände gibt es seit einigen Jahren eine Dissertation, die auf empirischen Daten in der Befragung von Jugendlichen beruht, die mit verschiedenen Bildungspartnern auf dem Gelände unterwegs waren.[10] Das zentrale Ergebnis der Studie war, dass die nationalsozialistische Inszenierung auf dem Gelände auch heute noch wirksam ist und Besuchende nicht automatisch zur Distanzierung, sondern auch zur Annäherung an die Täter bewegen kann – zentral ist die Rolle der Begleitpersonen bei Gruppenbesuchen.

Vor dem Hintergrund der Struktur des Geländes verwundert das Ergebnis wenig, wurde bislang aber nicht so deutlich benannt. Die Architektur nationalsozialistischer Selbstinszenierung wie dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände zielt ja gerade darauf ab, die Perspektive der Täter, also die NS-Ideologie, zu transportieren. Das Gelände ist also als Lernumgebung antinom angelegt: Die Inszenierung des Geländes folgt einem Anliegen, das dem pädagogischen Ziel historisch-politischer Bildung diametral entgegensteht. Die didaktische Herausforderung besteht darin, mit dieser Antinomie angemessen umzugehen. Das heißt zum einen, die Inszenierung zugänglich zu machen, den dokumentarischen Gehalt nicht zu verfälschen, andererseits bedeutet es aber auch, eine Annäherung an die Täter zu vermeiden bzw. eine Distanzierung zu ermöglichen.

Die Lernprozesse auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände verlaufen auf zwei Ebenen: Sie basieren zum einen auf visuellen Eindrücken, zum anderen auf der kognitiven Ebene, auf der der historische Kontext verarbeitet wird, den die Jugendlichen

[10] Vgl. hierzu und in der folgenden Argumentation Rechberg, Karl Hermann: Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik. Empirische Rekonstruktion der Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schülern. Wiesbaden 2019. Vgl. dazu auch Rechberg, Karl Hermann/ Prölß-Kammerer, Anja: Zum Umgang mit NS-Inszenierungen am Reichsparteitagsgelände, in: GedenkstättenRundbrief. Nr.209. 3/2023. Berlin 2023. S.13 - 22

im Rahmen des pädagogischen Angebots erfahren. Dabei kommt es darauf an, die jungen Menschen zu unterstützen, die Inszenierung als solche zu begreifen. Ein zunächst positiver Eindruck der Architektur kann z.B. gebrochen werden, indem der Rundgang auch andere Seiten des Gebäudes zeigt. Die Kongresshalle wirkt von außen erst einmal “schön“, im Inneren entsteht jedoch ein ganz anderer Eindruck, der sich als „baufällig“ oder zumindest als „nicht zu Ende gebaut“ beschreiben lässt. Ein gezielter Blick „hinter die Kulissen“ unterstützt gerade Jugendliche, die Inszenierung als solche zu entlarven und sich damit auch von den Tätern – den Erbauern – zu distanzieren. Auch die Begleitpersonen unterstützen mit ihren Kommentaren diesen Prozess, entscheidend ist dabei jedoch, dass die kognitive Ebene durch die konkrete Wahrnehmung unterstützt wird, wie eben beschrieben.

Gerade bei NS-Propaganda ist es zentral wichtig, nicht die Perspektive ihrer Urheber zu transportieren. Stereotype Geschichtsbilder dürfen nicht einfach weitergetragen werden, Denk- und Argumentationsmuster der Täter nicht einfach übernommen und wiederholt werden.[11] Aus der Banalität des Bösen darf keine Attraktivität des Bösen werden.[12] Bildungsziel ist es stattdessen, derartige Inszenierungen als solche überhaupt direkt erfahrbar zu machen, deutlich zu machen, dass die Gebäude einen bestimmten Eindruck erzeugen sollen. Die Gebäude können dechiffriert werden, ein Transfer von „vor den Kulissen“ zu „hinter den Kulissen“ kann visuell und kognitiv stattfinden, d.h. die Wahrnehmung muss durch entsprechende Kommentierung unterstützt werden.[13]

Wichtig ist also bei den begleiteten Rundgängen auf dem Gelände, dass es nicht bei einer Beschreibung der Re-Inszenierung bleibt, z.B. dass man bei der Schilderung des Lichtdoms lediglich die Faszination heraushebt. Bleibt man bei der Faszination, entsteht ein Bild des Nationalsozialismus, das nicht zusammengeführt wird mit anderen Wissensbeständen wie Diskriminierung, Krieg und Massenmord. Die Darstellung der Gebäude auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände muss also in Zusammenhang mit ihren politischen Folgen gesehen werden. Die politischen Akteure dür-

[11] Vgl. Rechberg, Karl Hermann: Anhand von NS-Propaganda einen kritischen Umgang mit politischen Inszenierungen einüben, in: Geschichte für heute, a.a.O., S.67
[12] Vgl. Rechberg, Karl Hermann: Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik, a.a.O., S.199
[13] Vgl. Rechberg, Karl Hermann: Anhand von NS-Propaganda einen kritischen Umgang mit politischen Inszenierungen einüben, in: Geschichte für heute, a.a.O.., S.71

fen nicht nur daran gemessen werden, wie erfolgreich sie Massen begeistern konnten, sondern auch daran, zu welchem Zweck sie es taten und was die Konsequenzen waren und welche Katastrophen daraus folgten.[14]

Im Hinblick auf die pädagogische Arbeit auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände heißt dies, die Lernenden zu befähigen, politische Propaganda und Manipulation zu erkennen und sich distanzieren zu können. Daher muss ihnen auf dem Gelände die Möglichkeit der Distanzierung angeboten und deutlich gemacht werden.[15]

Zusammenfassend zeigt sich, dass eine Didaktik des Lehrens und Lernens an „Täterorten“ mit anderen emotionalen Reaktionen rechnen muss als an KZ-Gedenkstätten. Die Attraktivität der Propaganda – und deren Bauten – kann auf die Täter abfärben – die Disqualifizierung der Täter aufgrund ihrer Verbrechen wirkt nicht zwangsläufig.[16] Die Gebäude werden zwar mit dem Nationalsozialismus identifiziert, aber allein durch die Architektur sind die negativen Aspekte nicht präsent und nichts hindert daran, die Gebäude erst mal beeindruckend zu finden. Gerade für junge Menschen ist es eine enorme Herausforderung, zu begreifen, dass ein Gebäude nicht nur einen praktischen Nutzen hat, sondern auch eine intentionale ästhetische Aussage beinhaltet. Noch schwieriger wird es, wenn man sich auch noch der historischen Folgen beim Anblick dieser Gebäude bewusst werden und sich gleichzeitig distanzieren soll.[17]

Die Grundlagen der historisch-politischen Bildungsarbeit auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände wurden nun erläutert, im Folgenden geht es darum, zu konkretisieren, wie die Erkenntnisse in der praktischen pädagogischen Arbeit von DoKuPäd umgesetzt werden.

[14] Vgl. ebd., S.74
[15] Vgl. Rechberg, Karl Hermann: Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik, a.a.O., S.194 ff.
[16] Vgl. hierzu und im Folgenden ebd., S.201 ff.
[17] Ebd., S.212 f.

2.3 Inhalte und Weiterentwicklungen des Rundgangs „Von Fahnenträgern, Eintopfessen und Lagerleben“ von DoKuPäd

DoKuPäd führt seit der Gründung der Einrichtung einen Rundgang auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände durch. Ursprünglich konzipiert für Schüler*innen von Förderschulen, wird er allen Zielgruppen der pädagogischen Arbeit angeboten. In den kommenden Jahren wird sich der Rundgang den neuen Gegebenheiten am Lernort Zeppelinfeld anpassen bzw. es wird eventuell auch ein zweiter Rundgang entstehen, der sich intensiver mit der Zeppelintribüne und dem sogenannten „Goldenen Saal“ auseinandersetzt. Sensibilisiert durch die Forschungen zur Pädagogik am ehemaligen Reichsparteitagsgelände, [18] wie oben beschrieben, wurde der bestehende Rundgang nochmals überprüft und an entscheidenden Stellen überarbeitet.

Übergeordnetes Ziel von DoKuPäd ist es, einen differenzierten Zugang zur NS-Zeit zu ermöglichen und auch aktuelle Bezüge nicht zu ignorieren. Historisch-politische Bildung in Nürnberg muss die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte beinhalten, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit thematisieren und sich insgesamt dem „Nie wieder!“ verpflichtet fühlen. Gegenstand ist also nicht allein die Vergangenheit als solche, sondern die zu schaffende Zivilgesellschaft der Zukunft, deren Teil wir alle sind. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus kann und soll das Nachdenken über den Gebrauch und Missbrauch von Macht anregen, über die Folgen, die es gibt, wenn eine Gesellschaft die Menschenrechte verletzt und welche Bedeutung das Verhalten des Einzelnen hat. All diese Fragen können und sollen gerade in Nürnberg eine Rolle spielen, einer Stadt, die sowohl „Täterort“ als auch Ort der Mitläufer war. Das Ziel, anhand von NS-Propaganda wie dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände junge Menschen anzuregen, kritisch mit aktuellen Selbstinszenierungen umzugehen und sich nicht verführen zu lassen, ist angesichts KI, Fake News und Verschwörungserzählungen aktueller denn je und immer wieder herausfordernd. Daher kommt der Distanzierung von den Tätern und dem „Brechen“ der Inszenierung eine besondere Bedeutung zu, die alle, die vor Ort historisch-politische Bildung betreiben, bewegt.

[18] Vgl. Rechberg, Karl Hermann: Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik, a.a.O.

Der auf ungefähr vier Stunden angelegte Rundgang über das ehemalige Reichsparteitagsgelände ist eines der Standardangebote von DoKuPäd, das häufig von Jugendgruppen und Schulklassen aller Schularten gebucht wird. Mit mehreren Stationen auf dem Gelände führt der Rundgang über die Zeppelintribüne und die Große Straße zur Kongresshalle, die erst außenumrundet wird, um dann in deren Innenhof zu enden.



Einführung Rundgang mit Zeitstrahl Foto Arne Marenda



Einführung Rundgang mit Bildern HJ und BDM Foto Arne Marenda

Die Jugendlichen sollen durch den Rundgang unter anderem ein Gefühl für die Größe des Geländes bekommen. Sie sollen das ehemalige Reichsparteitagsgelände selbst begehen und kennenlernen und Informationen über die noch stehenden und geplanten Gebäude erhalten. Sie sollen verstehen, was einen Reichsparteitag von einem heutigen Parteitag in der Demokratie unterscheidet. Sie sollen erfahren, was HJ und BDM waren, warum die damaligen Jugendlichen von deren Aktivtäten begeistert waren, aber eben auch, dass die Reichsparteitage in Nürnberg eine große Übung zur systematischen Kriegsvorbereitung waren. Die große Herausforderung besteht darin, dass die Jugendlichen nicht bei der „Faszination“ stehen bleiben, die das Gelände mit seinen Monumentalbauten ausstrahlt, ihnen gleichzeitig aber auch klarmachen, dass wir heute nicht automatisch immun sind gegen diese Faszination, ganz im Gegenteil.

Beim Rundgang spielen die Tribüne und das zugehörige Zeppelinfeld eine wichtige Rolle. Neben der Baugeschichte der Tribüne sowie Erläuterungen zu den Veranstaltungen, die hier stattfanden, wird auch der derzeitige bauliche Zustand der Tribüne und der Wallanlagen aufgegriffen.



Blick auf die Zeppelintribüne Foto Arne Marenda

Er steht ganz augenscheinlich gegen das Argument des „1000jähigen Reiches“, für das der Bau angeblich geschaffen sein sollte. Die Tribüne verfällt, die Stufen sind marode, Gras sprießt zwischen den Stufen. Die jungen Menschen verstehen, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit ein großer Unterschied besteht. Das didaktische Potential des Ortes besteht eben auch gerade in seinem baulichen Verfall – die wahrgenommene Inszenierung kann damit gebrochen und dekonstruiert werden. Der Bau wird als Gebäude mit Mängeln erlebt, die dem ideologischen Anspruch nicht gerecht werden.[19] Gleichzeitig wird hier auch das Thema der „Volksgemeinschaft“ thematisiert, wer gehörte dazu, wer nicht und warum. Es wird angesprochen, dass eine „Gemeinschaft“ nur dann existiert, wenn es auch ein „Außen“ gibt, Personen, die nicht dazugehörten, die ausgeschlossen wurden.



Auf der Zeppelintribüne Foto Arne Marenda

Während des weiteren Rundgangs auf dem Weg von der Zeppelintribüne zur Kongresshalle ist deren Außenansicht mit der Granitfassade immer im Blick. Umso größer ist in der Regel das Erstaunen, wenn man den Innenhof des unfertigen Gebäudes betritt. Es wird ein Blickwechsel ermöglicht, der die Inszenierung entlarvt. Man

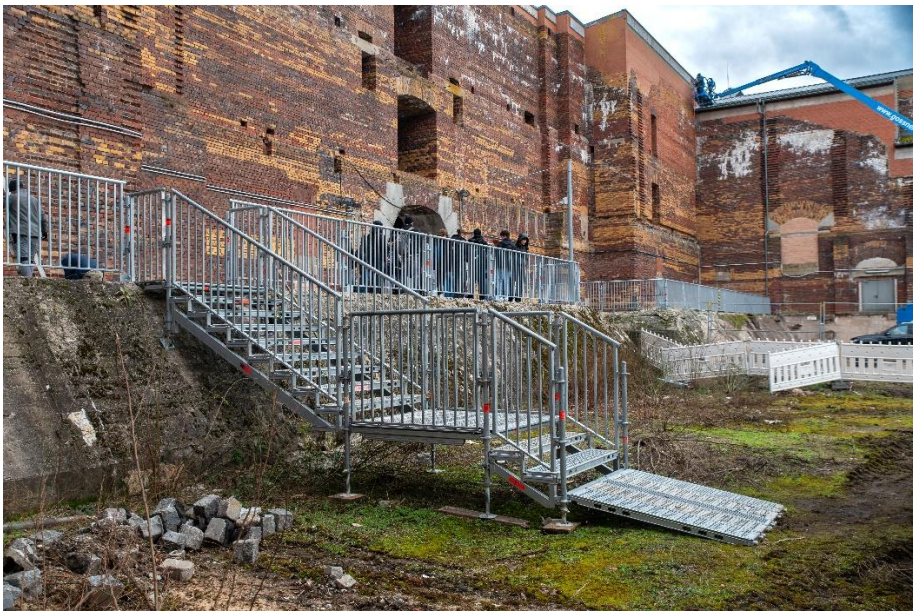
[19] Vgl. ebd., S.126

sieht in direktem Sinn hinter die Kulissen. „Während der äußere Eindruck … gelobt wurde, wird nun im Kontrast dazu das Erscheinungsbild des Inneren verhöhnt,“[20] schreibt Rechberg daher als Ergebnis seiner Forschungen. Der Kriegsbeginn hat die Fertigstellung vereitelt – die Kongresshalle wurde damit zum Symbol des Scheiterns des Nationalsozialismus, zum Symbol von Krieg und Massenmorden. Leider ist dieser Eindruck derzeit durch die Baustellen im Innenhof so nicht erlebbar.



Innenhof Kongresshalle Februar 2024 Foto Arne Marenda

[20] Rechberg, ebd., S.122



Innenhof Kongresshalle Zustand Februar 2024 Foto Arne Marenda

Wesentlich ist es bei jedem Rundgang, auf die Eindrücke und Fragen der Gruppen einzugehen. Dabei gilt es nicht nur, auf die Dimensionen der Gebäude auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände aufmerksam zu machen, auf die Faszination und Selbstinszenierung der Nationalsozialisten, sondern den Blick eben auch immer hinter die Kulissen zu lenken.

Rundgänge sind das häufigste Setting auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände – ganz bewusst sagen wir „Rundgang“ und nicht „Führung“, was gerade hier nicht passend wäre. Rundgänge sind insgesamt an Lernorten des Nationalsozialismus das am häufigsten verwendete Format, sind aber am wenigsten wissenschaftlich untersucht. Das gängige Format vermittelt in der Regel einzelne Stationen des jeweiligen Geländes, vermittelt einen Eindruck davon, wie das Gelände aussah und auf Fragen der Gruppen wird direkt vor Ort eingegangen.[21] An einem „Täterort“ kommen die oben beschriebenen Problematiken hinzu, zum Einen dass die Täterperspektive als dominant wahrgenommen wird, da die Opfer selbst auf den Reichsparteitagen nicht anwesend waren und dass deswegen eine unkritische Übernahme der Täterperspektive droht. Gerade deshalb ist es wichtig, auch die Perspektive der Opfer bzw. die Folgen der NS-Geschichte immer wieder deutlich zu machen und mit dem Gesehenen zu verbinden.[22]

[21] Vgl. Rechberg, ebd., S.58 ff.
[22] Im Anhang der Konzeption befindet sich das Skript des Rundgangs.

3. Aktuelle und neue Fragestellungen politischer Jugendbildung

Im 15. Kinder- und Jugendbericht 2017 der Bundesregierung wird die Bedeutung politischer Bildung herausgehoben, später wurde sie dann im gleichen Bericht zum Kernthema. Politische Jugendbildung folgt den Prinzipien wie Handlungsbezug und der Thematisierung gesellschaftlicher Veränderungen. Sie soll jungen Menschen die Möglichkeiten zu Artikulation und Beteiligung aufzeigen und deren demokratische Orientierung stärken.[1]

Auch die Shell-Jugendstudie von 2019 bestätigt die Notwendigkeit einer Debatte über politische Bildung, die alle Kinder und Jugendlichen erreicht, d.h. auch diejenigen, die sich nicht per se politisch interessieren bzw. engagieren. „Bezüglich der Bildungspositionen der Jugendlichen liegt ein deutliches Gefälle vor: Jeder zweite Jugendliche, der das Abitur anstrebt oder erreicht hat, bezeichnet sich als politisch interessiert. Bei Jugendlichen mit erreichtem oder angestrebtem Hauptschulabschluss trifft dies hingegen nur auf jeden vierten zu.“[2] Aber auch Jugendliche mit niedrigem formalem Bildungsabschluss sind für politische Themen ansprechbar – politische Aktivität ist dabei nicht auf Wahlen, Parlamente oder Parteipolitik zu reduzieren. Wichtiger ist es hingegen, Demokratiespielräume und politische Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen,[3] wie dies beispielsweise laut! In Nürnberg umsetzt.

Der Politikbegriff in der politischen Bildung knüpft an lebensweltliche Interessen der Jugendlichen an, ihre Anliegen sind per se politisch. Ziel von politischer Bildung ist es, sie auf der Suche nach Antworten zu unterstützen, eigenständige Urteile und das Erkennen von Handlungsoptionen zu fördern, gerade dann, wenn Jugendliche das Politische vielleicht gar nicht erkennen.[4] Die Studienergebnisse der Friedrich-Ebert-Stiftung „Sprichst Du Politik?“ von 2011 zeigten bereits, dass Jugendliche zwischen 16 und 19 jähren ein hohes Bedürfnis nach Interaktionsräumen haben, in denen poli-

[1] Braun, Hana: Herausforderungen bei der Umsetzung von außerschulischer politischer Jugendbildung in ländlichen Räumen, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für Jugendarbeit. 69. Jg. Heft 12 / 2021. Weinheim, S.13
[2] Zitat aus der Shell-Studie, S.6, zitiert nach: Novkovic, Dominik: Politische Bildung. Gesellschaftskritik und Kinderpolitik. Anforderungen an eine demokratische Jugendhilfe, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für Jugendarbeit. 69. Jg. Heft 12 / 2021. Weinheim, S.522
[3] Vgl. Nokovic, Dominik, a.a.O., S.528
[4] Vgl. Bielenberg, Ina / Lorenzen, Hanna: Räume außerschulischer politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit, in: Forum Jugendhilfe. 1/2021. Hg. AGJ Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Berlin 2021, S.20

tische Sicht- und Denkweisen in geschütztem Rahmen verhandelt und erprobt werden können.[5] Das ist ein Schlüsselfaktor für politisches Interesse und die Auseinandersetzung mit Politik. Zugleich sind politische Bildungsangebote und außerschulische Jugendbildung auch ein Korrektiv zu mitgebrachten politischen Haltungen und können andere neue Perspektiven überhaupt erst öffnen. Gerade Angebote politischer Bildung, in denen es um Fragestellungen geht, die immer auch mit der eigenen gesellschaftlichen Positionierung zu tun haben, können durch Kommunikation, plurale Sichtweisen über persönlich bedeutsame Themen transparent gemacht werden und Haltungen werden verhandelbar. In Zeiten von social media, in denen viele in der eigenen Blase bleiben, nach Corona, als der persönliche Austausch fehlte, ist dies notwendiger, denn je und eine Daueraufgabe.

Für die Jugendhilfe heißt dies, Kinder und Jugendliche zum einen politisch zu vertreten und zum anderen sie gleichzeitig zu aktivieren. Sie soll Kindern und Jugendlichen deren Interessenslagen deutlich machen, damit diese in die Lage versetzt werden, über ihre Zukunft selbstbestimmt verfügen zu können.[6] Gerade demokratische Gesellschaften stehen vor der dauerhaften Aufgabe, Kinder und Jugendliche nicht nur in staatliche und soziale Strukturen zu integrieren, sondern auch ihre Entwicklung zu mündigen Akteurinnen und Akteuren, die ihre Interessen in Gesellschaft und Politik vertreten und aktiv mitgestalten können.[7] Leider wird die Notwendigkeit politischer Bildung oft erst dann thematisiert, wenn demokratische Gesellschaften durch krisenhafte Entwicklungen und Problemlagen verunsichert, herausgefordert oder gar bedroht werden. Antidemokratische Haltungen haben sich zu einem Schlüsselproblem unserer Zeit entwickelt.[8] Zunehmend werden demokratische Grundhaltungen wie Freiheit, Gleichheit, Pluralität in Frage gestellt. Dieser Problematik kann man kaum mit punktuellen Reaktionen oder einzelnen Förderprogrammen begegnen – dennoch ergeht dann in der Regel reflexhaft der Auftrag, schnell, punktgenau und präventiv

[5] Vgl. hierzu und im Folgenden Gessner, Susann: Politische Bildung als Haltung, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. 6.Jg. Nr.2 Frankfurt a.M., S.46
[6] Vgl. Nokovic, Dominik., S.529
[7] Vgl. hierzu und im Folgenden Palentien, Christian: Der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung: Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, in: Forum Jugendhilfe. 1/2021. Hg. AGJ Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Berlin 2021, S.4 ff. Vgl. auch Ballhausen, Ulrich: Jugendbildung: Gelegenheitsraum der Demokratiebildung, in: Handbuch Demokratiepädagogik: Hg. Beutel, Wolfgang; Gloe, Markus; Himmelmann, Gerhard; Lange Dirk; Reinhardt, Volker; Seifert, Anne. Frankfurt a.M. 2022. S.605 f.
[8] Gessner, Susann:, a.a.O., S.40 f.

darauf zu reagieren. Politische Bildung als Krisen- und Präventionsmanager funktioniert jedoch nicht. Gerade die Kinder- und Jugendarbeit ermöglicht eine Demokratiebildung, die sich nicht auf Wissensaneignung und die konventionelle und institutionalisierte Politik zurückzieht, sondern bei den Interessen der Kinder und Jugendlichen ansetzen und darüber einen demokratischen Bezug zur Gesellschaft herstellen kann.[9]

Der 16. Kinder- und Jugendbericht macht dagegen die enge Verbindung zwischen Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischer Bildung deutlich. Man sollte hier keine künstlichen Trennlinien aufbauen, aber sie dürfen auch nicht in eins gesetzt werden, gerade was auch die finanzielle Förderung betrifft.[10] In den letzten Jahren dominierte die Extremismusprävention wie z.B. durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ die politische Bildung. Jedoch sind die Zielsetzungen von Prävention andere als die der allgemeinen politischen Bildung. Im direkten Vergleich zeigt sich jedoch, dass die Mittel für politische Bildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) gesunken sind bzw. stagnieren (im Jahr 2017 bei 9,5 Mio. €) und die Zahlen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ für Extremismusprävention im Jahr 2020 bei ca. 220 Mio. € lagen. Hier wird die ungleiche politische Bewertung in beiden Feldern sehr deutlich. Die Zahl der im KJP geförderten Maßnahmen stagniert, Experten sprechen von einem langsamen Austrocknen der Infrastruktur für politische Bildung[11] – das betrifft nicht nur Einrichtungen wie DoKuPäd, sondern insbesondere z.B. auch die Jugendbildungsstätten, wie sie auch der KJR betreibt.

Der Ursprungsgedanke des KJP war es eigentlich, Modellprojekte zu fördern, die dann in Regelstrukturen überführt werden sollten. DoKuPäd ist ein klassisches Beispiel für diese Förderung: Als Modellprojekt zunächst von der Stiftung Deutsche Jugendmarke gefördert, dann vom KJP unterstützt, konnte es in die Regelfinanzierung von Stadt, Bezirk und Land überführt werden. Ob dies heute noch so funktionieren würde, darf bezweifelt werden. Meldungen, in denen berichtet wird, dass der Bund im Haushalt für 2024 das Budget des Kinder- und Jugendplans drastisch kürzen will,

[9] Vgl. Prölß- Reiner: Eröffnung und fachliche Einführung zum Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019 „Unpolitisch, interessiert, engagiert?! Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit, in: Unpolitisch, interessiert, engagiert?! Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020, S.22
[10] Vgl. hierzu und im Folgenden: Widmaier, Benedikt: Fragen an politische Bildung nach dem 16. Kinder- und Jugendbericht, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für Jugendarbeit. 69. Jg. Heft 10 / 2021. Weinheim, S.417 ff.
[11] Vgl. ebd., S.422

sind hingegen ein Zeichen in die falsche Richtung.[12] Auch das Demokratiefördergesetz scheint nicht in erster Linie die institutionelle politische Bildung fördern zu wollen, sondern weiterhin „zivilgesellschaftliche Akteure“, die beispielsweise durch „Demokratie leben!“ gefördert werden.[13]

Denn auch für Nürnberg lassen sich die Zahlen, die die veränderte und reduzierte Förderung deutlich machen, heranziehen: Die finanzielle Förderung von DoKuPäd stieg in den über 20 Jahren seit der Gründung lediglich in erster Linie von kommunaler Seite in einer leichten Ausweitung der Personalkosten – Honorar- und Sachkosten blieben im Wesentlichen gleich. “Demokratie leben!“ ist bei DoKuPäd angesiedelt, die Einrichtung stellt den Raum und Sachmittel bereit. Über 50.000 € jährlich fließen hier allein in die Personalkosten von „Demokratie leben!“, die ausgeschütteten Gelder gehen meist an Vereine und Initiativen, die nicht aus den klassischen Feldern der Jugendhilfe kommen. Die gut ausgestatteten Bundesprogramme werden in der Regel noch von Landesprogrammen unterstützt, was die Ungleichheit weiter verschärft. Damit soll weder gesagt sein, dass „Demokratie leben!“ in Nürnberg keinen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Gesellschaft leistet, noch, dass der Kollegin die finanziellen Mittel geneidet werden – es soll lediglich deutlich werden, dass die institutionelle Förderung politischer Bildung nach wie vor schwierig ist und kaum zusätzliche, eigentlich dringend benötigte Mittel akquiriert werden können, um insbesondere Personal- und Honorarbedarfe bezahlen zu können.

Dies deckt sich mit den allgemeinen Befunden: Bei der Struktur der Träger lässt sich eine deutliche Verschiebung von „alten“ klassischen Trägern der politischen Bildung hin zu „neuen“ Trägern der Extremismusprävention und Demokratieförderung feststellen, zudem werden Parallelstrukturen aufgebaut.[14] Jenseits aller finanziellen Unwucht ist damit auch ein fataler pädagogischer Paradigmenwechsel verbunden: Politische Bildung orientiert sich an der Förderung von Potentialen und der Förderung von Mündigkeit von jungen Menschen, Extremismusprävention geht aus von den Defiziten junger Menschen und versucht, diese zu beheben. Politische Bildung will Stärken stärken und ist kein Instrument zur Gefahrenabwehr. Die Förderprogramme müssten sich daher mehr als bisher an den Stärken von Kindern und Jugendlichen orientieren, ihnen nicht aus der Perspektive des Verdachts des sozial Unerwünschten

[12] Vgl. „Bund plant Einschnitte bei politischer Bildung“, in: Nürnberger Nachrichten. 27.7.2023, S.4
[13] Vgl. Demokratiefördergesetz, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24.9.2023. Nr.38, S.4
[14] Vgl. Widmaier, Benedikt, a.a.O., S.419 ff.

oder sogar kriminellen Handelns begegnen.[15] Während Prävention per Definition einer Verhinderungslogik folgt, wird politische Bildung von einer Ermöglichungslogik bestimmt.

Die Forderungen, die daher im Kinder- und Jugendbericht zu politischer Bildung erhoben werden, sind daher eindeutig: „Die Finanzierung der politischen Bildung soll weniger projektbezogen, sondern langfristig und regelstrukturell“ sichergestellt werden. Gefordert wird die „Erweiterung des Blicks auf demokratische Bildung auch jenseits von Extremismus- und Radikalisierungsprävention.“[16] Politische Bildung braucht Kontinuität. Sie ist keine „gesellschaftspolitische Feuerwehr“, sondern ihre Begründung ergibt sich aus der Tatsache, dass Demokratie und demokratisches Handeln von jeder Generation fortlaufend gelernt und geübt werden müssen. Daraus leitet sich logischerweise die Forderung ab, dass politische Bildung eine auf Dauer gestellte Aufgabe ist, die eine dauerhafte öffentliche Förderung braucht.[17] Wichtig wäre, dass die grundsätzliche Notwendigkeit erkannt würde, dass Menschen grundsätzlich lernen müssen, politische Sachverhalte zu verstehen und kritisch zu hinterfragen sowie das Leben in der Gesellschaft aktiv mitzubestimmen – das gilt nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Erwachsene. Meistens geht es im aktuellen politischen Diskurs aber eher um die Abwehr demokratiefeindlicher Attacken. Politische Bildung jedoch muss selbstverständlicher Teil der Jugendarbeit und der Jugendhilfe sein, sie ist ein notwendiger Teil jeglicher Persönlichkeitsentwicklung.[18] All dies ist in Forschung und Praxis altbekannt und Forderungen wurden oft wiederholt – getan hat sich hier leider bislang noch nichts. Es wäre zu hoffen, dass hier endlich umgesteuert wird und die institutionellen Angebote politischer Bildung als das erkannt werden, was sie sind: eine wesentliche Stütze der Demokratie und der Gesellschaft.

[15] Vgl. hierzu und im Folgenden Bielenberg, Ina u.a., a.a.O., S.21
[16] Zitiert nach KJP 2020, S.411 in: Widmaier, Benedikt, a.a.O., S.422
[17] Vgl. Bielenberg u.a., a.a.O., S.21
[18] Vgl. Becker, Helle: Demokratiebildung – eine Herausforderung für die Jugendarbeit?, in: Unpolitisch, interessiert, engagiert?! Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020, S.31

3.1 Menschenrechtsbildung in der politischen Bildung

Die letzte Konzeption von DoKuPäd aus dem Jahr 2011 hat das Thema Menschenrechtsbildung neu in den Fokus genommen.[19] Gerade die Verbindung von Erinnerungsarbeit bzw. Gedenkstättenpädagogik und Menschenrechtsbildung wurde verstärkt diskutiert. Als Einrichtung, die sich dezidiert der historisch-politischen Bildung widmet und zudem in Nürnberg, der „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ situiert ist, erscheint dieser Fokus auch heute richtig und wichtig.

Das wichtigste Ziel der Menschenrechtsbildung allgemein ist es, das Konzept der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 ins Bewusstsein zu rufen. Die Menschenrechte waren nicht zuletzt eine Reaktion auf den Völkermord der Nationalsozilisten während des zweiten Weltkriegs – gerade auch daraus entsteht für DoKuPäd der direkte Bezug zur Notwendigkeit der Menschenrechtsbildung im pädagogischen Konzept. Diese Rechte sind stets ganzheitlich zu sehen, sie sind unveräußerlich, universell und gelten für die Menschen in allen Ländern, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Nationalität oder Ethnie. Dabei geht es nicht nur um die Verletzung der Menschenrechte in aller Welt, sondern ganz konkret auch hier in Deutschland, vor Ort, auch in Nürnberg. Nur die Kenntnis von Menschen- oder Kinderrechten ermöglicht Kindern und Jugendlichen, sich auch für ihre Rechte einzusetzen. Dabei geht es genauso darum, dass es nicht nur um „meine“ Rechte geht, sondern auch um die Anerkennung der Rechte anderer. Menschenrechtsbildung zielt auf kritisches Denken und will verändern – in unterschiedlichen Gesellschaften unterschiedlich tiefgreifend und weit reichend.[20] Dabei geht es nicht um eine rein kognitive Vermittlung abstrakter Normen und Begriffe, sondern im lebensweltlichen Sinn um die unmittelbaren Auswirkungen der Menschenrechte im Alltag.[21]

All dies wurde bereits in der Konzeption von 2011 beschrieben. Nach wie vor geht es darum, Handlungskompetenzen zu den Menschenrechten zu vermitteln, dazu zählen dann im weiteren Sinn auch Prävention gegen Rechtsextremismus oder Rassismus,

[19] Vgl. Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Manuskript. Hg. Kreisjugendring Nürnberg-Stadt. Nürnberg 2011. S.47 - 49
[20] Vgl. Fritzsche, Karl-Peter: Menschenrechtskultur und Menschenrechtsbildung in Zeiten großer Flüchtlingsbewegungen, in: Angegriffene Demokratie? Zeitdiagnosen und Einblicke. Hg. Förster, Mario; Beutel, Wolfgang; Fauser, Peter. Frankfurt a.M. 2019, S.51
[21] Heldt, Inken: Menschenrechtsbildung – Kinderrechtsbildung, in: Handbuch Demokratiepädagogik. Hg. Beutel, Wolfgang; Gloe, Markus; Himmelmann, Gerhard; Lange, Dirk; Reinhardt, Volker; Seifert, Anne. Frankfurt a.M. 2022, S.390

die Vermittlung von Zivilcourage und das Eintreten gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie auch das gesamte inhaltliche Konzept von DoKuPäd mit den daraus entwickelten Workshops zeigt. Menschenrechtsbildung erfolgt dabei auf mehreren Ebenen: Erstens das Lernen über die Menschenrechte, d.h. die Vermittlung von Wissen über die Inhalte und Geschichte, zweitens das Lernen durch die Menschenrechte, also die Aneignung von menschenrechtlichen Wertvorstellungen und Verhaltensweisen und drittens das Lernen für die Menschenrechte, d.h. im Sinne eines Erlernens von sozialen und politischen Handlungskompetenzen.[22]

Neben Workshops zu den Menschenrechten gibt es inzwischen auch einen Rundgang in der Straße der Menschenrechte mit zugehöriger Website,[23] einen Rundgang durch die Straße der Kinderrechte sowie einen Workshop zu den Kinderrechten.[24] Dies ist wichtig, um die allgemeinen Menschenrechte auch bereits für Kinder zu konkretisieren.[25] Kinder haben einklagbare Rechtsansprüche und sie legen den Erwachsenen und staatlichen Institutionen die Verpflichtung auf, die fundamentalen Interessen der Kinder anzuerkennen und für bestmögliche Lebensverhältnisse zu sorgen. Dies Kindern auch zu vermitteln, ist der Anspruch der Kinderrechtsbildung.

Die Verwirklichung von Demokratie ist ohne Menschenrechte nicht denkbar. Eine Durchsetzung der Menschenrechte kann nur dann erfolgen, wenn möglichst Viele die Menschenrechte kennen, deuten, einfordern und verteidigen können. Daher stellt sich diese Aufgabe immer wieder neu.[26]

[22] Vgl. ebd., S.390
[23] Vgl. https://way-of-human-rights.com
[24] Vgl. hierzu ausführlicher die „Angebote von DoKuPäd“, Kapitel A 6 der vorliegenden Konzeption.
[25] Vgl. Heldt, Inken, a.a.O., S.387 f.
[26] Vgl. Heldt, Inken: a.a.O., S.388

3.2 Neutralität versus Haltung – der Beutelsbacher Konsens

Als Kreisjugendring Nürnberg-Stadt positionieren wir uns seit der Gründung für unsere Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Dies spiegelt sich in der pädagogischen Ausrichtung, der politischen Bildungsarbeit und auch in der historisch-politischen Bildung sowohl in den Jugendverbänden als auch in den Einrichtungen wider.[27] Die Menschenrechte sind die Grundlage der Arbeit, es geht um diskriminierungsfreies Denken und Handeln, Teilhabe und Zivilcourage. All dies ist selbstverständliches Handeln im Kreisjugendring Nürnberg-Stadt und damit auch bei DoKuPäd.

Der Beutelsbacher Konsens war bis in die letzten Jahre selbstverständlicher Teil des Handelns, seit einiger Zeit wird sein Inhalt jedoch auch missbraucht und als „Neutralitätsgebot“ umgedeutet. Daher erscheint es nun in dieser Konzeption notwendig, dazu klar Stellung zu beziehen und die Haltung von DoKuPäd deutlich zu machen.

Der Beutelsbacher Konsens wurde 1976 auf Initiative der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg erarbeitet und der Text ist seit seiner Entstehung eine zentrale Richtlinie für den historisch-politischen Unterricht an allen Schulen und richtete sich zunächst lediglich an Lehrkräfte. Aber auch in der außerschulischen Jugendarbeit spielt er eine große Rolle.[28]

Er besteht aus drei Grundsätzen:

- Überwältigungsverbot: Jugendliche, die an Bildungsangeboten teilnehmen, dürfen nicht durch z.B. emotionale Methoden überwältigt werden. Sie sollen die Möglichkeit haben, sich auf einer sachlichen Ebene mit dem behandelten Thema auseinanderzusetzen.
- Kontroversitätsgebot: Die Themen, die in Politik und Wissenschaft kontrovers diskutiert werden, sollten auch so besprochen werden. Dieser Grundsatz wird heute fälschlicherweise als „Neutralitätsgebot“ übersetzt, dass angeblich eine Positionierung verbietet

[27] Vgl. zur Geschichte des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt allgemein: „Die Welt jeden Tag ein Stückchen besser machen.“ 75 Jahre Kreisjugendring Nürnberg-Stadt. Ein Lesebuch zur KJR-Geschichte. Hg. Prölß-Kammerer, Anja; Brüning, Jutta; Teichmann, Walter; Weik, Lorena. Schriftenreihe des Kreisjugendring Nürnberg-Stadt Nr.23. Nürnberg 2021

[28] Vgl. hierzu und im Folgenden kompakt Hartl, Fredericke: Der Beutelsbacher Konsens und die politische Bildungsarbeit beim SJR, in: Stationen 2020. Geschäftsbericht des Stadtjugendrings Stuttgart e.V. Stuttgart 2021. S.11

- Die Teilnehmer*innen sollen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und die damit zusammenhängenden eigenen Interessen zu analysieren und sich dafür zu engagieren.

Der Neutralitätsbegriff in der politischen Bildung geht hauptsächlich auf die „Neutrale Schulen“-Kampagne der AfD zurück.[29] Seit 2018 wurden in mehreren Bundesländern Meldeportale geschaltet, auf denen Lehrkräfte gemeldet werden konnten, die sich angeblich nicht „neutral“ verhalten hatten. In der außerschulischen politischen Jugendbildung versuchte die AfD, freien Träger die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Es geht um Träger- und Finanzstrukturen, oft verbunden auch mit der Forderung nach Fördermittelentzug. Dabei wurde auch ein Bezug zu einem vermeintlich in der Jugendarbeit geltenden „Neutralitätsgebot“ hergestellt. Eigentlich ging es um eine Strategie der Einschüchterung und darum, sich selbst als Opfer zu inszenieren. Dabei bezog sich die AfD im Wesentlichen auf zwei Grundlagen: Den Beutelsbacher Konsens und das staatliche Neutralitätsgebot.

Den Versuch, politische Bildung in der Jugendarbeit generell in Frage zu stellen, kann man einfach mit § 11 SGB VIII zurückweisen. Er enthält Bestimmungen der Jugendarbeit wie Selbstbestimmung, Partizipation, inhaltliche Befähigung zur Selbstbestimmung sowie gesellschaftliche Mitverantwortung und sozialem Engagement. Der Auftrag zur politischen Bildung in der Jugendarbeit ergibt sich also direkt aus dem Sozialgesetzbuch.[30]

Es gibt kein für die Jugendarbeit gültiges „Neutralitätsgebot“ und selbst für das System Schule bedeutet es nicht, dass man alle Meinungen und jegliche Positionen einfach stehen lassen kann. Rassistische, rechtsextremistische oder antisemitische Äußerungen, auch von Parteien, können als solche benannt werden. Die Neutralitätsforderung kann daher als Versuch der Einflussnahme im vorpolitischen Raum gewertet werden.

[29] Vgl. hierzu und im Folgenden Sämann, Jana: „Dieser Angriff gilt nicht nur uns, sondern einer demokratischen Zivilgesellschaft überhaupt“. Das Postulat eines „Neutralitätsgebots“ als Strategie der Delegitimierung emanzipatorischer Kinder- und Jugendarbeit, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für Jugendarbeit. 68.Jg. Heft 10. Weinheim 2021. S.426 f. Vgl. auch Vgl. Bielenberg, Ina; Lorenzen, Hanna: Räume außerschulischer politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit, in: Forum Jugendhilfe 1 / 2021. Hg. AGJ Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Berlin 2021, S.20

[30] Vgl. ebd., S.428

Stattdessen gilt grundsätzlich: Bildung in demokratischen Gesellschaften kann nicht neutral sein, die emanzipatorische Perspektive ist in einem modernen Bildungsverständnis fest verankert. Das Neutralitätspostulat ist eine Delegitimierungsstrategie zur Diskreditierung pädagogischer Ansätze, die sich emanzipatorisch rassismuskritisch oder diversitätsbewusst positionieren und muss entschieden zurückgewiesen werden. Wertegebundenheit ist ein Merkmal professioneller Jugendarbeit und sozialer Arbeit – Bildung, Erziehung und Soziale Arbeit sind immer politisch und nie neutral.[31]

Demokratische Prinzipien als Grundlage politischer Bildung und eine klare Parteinahme für die Menschenrechte zieht als logische Konsequenz eine Distanzierung von rechts(populistischen) Inhalten nach sich. Das Erkennen, Benennen und Bekämpfen rassistischer extremistischer und anderer menschenfeindlicher Entwicklungen in allen gesellschaftlichen Bereichen sind ebenso Ziel politischer Bildung wie die Beschäftigung damit, wie eine künftige Gesellschaft aussehen soll.[32] Der Grundsatz der Wahrung der Menschenwürde gilt ohne Einschränkung, extremistische Positionen haben da keinen Platz, sonst hätte politische Bildung in Deutschland keinen Sinn. Wer politische extremistische Positionen vertritt und sich auf Beutelsbach beruft, missbraucht den Beutelsbacher Konsens.[33] Politische Bildung kann niemals neutral sein. Sie ist darauf ausgerichtet, Demokratie als Gegenstand zu vermitteln und Demokratie als ständige und dynamische Gestaltungsaufgabe zu verstehen.[34] So versteht auch DoKuPäd die normative Funktion politischer Bildung in unserer Demokratie. Haltung als Kategorie spielt in der politischen Bildung zwar keine zentrale Rolle – aber sie ist gefordert, wenn es um gesellschaftliche Problemlagen geht, z.B. Populismus oder die Verbreitung von antidemokratischen Meinungen. Haltung bezieht sich hier auf eine Grundorientierung und eine werteorientierte Einstellung.[35] In dieser will DoKuPäd die Mitarbeiter*innen stärken und diese Haltung auch an die Jugendlichen weitergeben.

[31] Vgl. ebd., S.429
[32] Vgl. ebd., S.430
[33] Vgl. Schiele, Siegfried: Populismus, Extremismus und der Beutelsbacher Konsens – Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildung, in: Populismus – Gleichheit – Differenz. Herausforderungen für die politische Bildung. Hg. Diendorfer, Gertraud; Sandner, Günther; Turek, Elisabeth. Schwalbach / Ts. 2017. S.43 f.
[34] Vgl. Bielenberg, Ina u.a., a.a.O., S.17
[35] Vgl. Gessner, Suann: Politische Bildung als Haltung, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. 6.Jg. Nr.2. Frankfurt a.M. 2021, S.41 f.

3.3 Rechtsextremismus, Populismus, Verschwörungserzählungen und Fake News

Außerschulische politische Jugendbildung im Themenfeld Rechtsextremismus berührt auch die oben beschriebene Haltung, basierend auf dem Grundgesetz und den Menschenrechten.[36] Die grundsätzliche Erwartung besteht darin, dass die Bildungsprozesse zu einer Distanzierung und Kritik von Feindbildern führen, die antidemokratisch und menschenverachtend sind. Zu diesem Themenkomplex zählen auch Fragen und Einstellungen des Nationalismus, Ethnozentrismus, Antisemitismus[37] und Autoritarismus sowie die Ablehnung von Demokratie und dem Gleichheitsgebot durch die Menschenrechte. Politische Bildung kann nicht als Allheilmittel gegen Rechtsextremismus verstanden werden, sie kann aber entsprechende Lernprozesse anstoßen und ermöglichen, muss sich aber auch den Grenzen ihrer Möglichkeiten bewusst sein. Sie ist nicht der Demokratieschnellkurs, den man rufen kann, wenn es mal wieder brennt. Politische Bildung setzt auf mittel- bis langfristige Lern- und Veränderungsprozesse, muss den Teilnehmenden Raum lassen für neue Ansichten und Erkenntnisse. Gerade bei tiefsitzenden Vorurteilen, rechtsextremen oder auch antisemitischen Denk- und Verhaltensmustern kann kein Konzept politischer Bildung schnelle Korrekturen bewirken – dennoch ist jeder Denkanstoß wichtig. Wie bei der historisch-politischen Bildung spielen auch hier die agierenden Pädagog*innen eine wichtige Rolle, um die Jugendlichen zu erreichen. Für die beteiligten Pädagog*innen in den jeweiligen Workshops gilt es daher, die eigene Position deutlich zu machen, Grenzen zu markieren, dennoch aber zum Dialog und Austausch bereit zu sein. DoKuPäd bietet hier fast von Beginn an Workshops und Studientage an, deren Inhalte immer wieder aktualisiert werden und aktuelle Fragestellungen integriert werden müssen.

Dabei geht es in erster Linie darum, sich die Werte der demokratischen Grundordnung bewusst zu machen. In Abgrenzung dazu sollen rechtsextremistische Einstellungen hinterfragt und rechte Argumente entlarvt werden. Die Jugendlichen sollen in ihrer demokratischen Haltung gestärkt werden. Die Intentionen der Rechtsextremisten sollen deutlich werden. Inzwischen geht es auch darum, nicht am alten Erscheinungsbild der „Neonazis“ festzuhängen und dieses stereotyp weiterzuverbreiten.

[36] Vgl. hierzu und im Folgenden: Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.4.2011, Kopie, Kapitel 2.2.3 Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, S.49 ff.
[37] Zum Thema Antisemitismus vgl. das folgende Kapitel der vorliegenden Konzeption.

Rechtsextreme Codes, Symbole und Musik werden näher betrachtet und die Teilnehmenden sollen zu differenziertem Wahrnehmen angeleitet werden.

Ganz wesentlich ist es auch, zu klären, wie man mit diesem Wissen umgehen kann. Konkrete Handlungs- und Argumentationsstrategien sollen junge Menschen befähigen, selbstbewusst mit Rechtsextremist*innen umzugehen. Sie werden für rassistische Äußerungen oder Handlungen sensibilisiert, die im Alltag vielleicht sonst unreflektiert passieren. Dabei sollen sie sowohl sich selbst reflektieren als auch ermutigt werden, für andere einzustehen und ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen.

Der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt ist nach wie vor Mitglied der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg.[38] Das ist nicht nur Ausdruck der Tradition im Kampf gegen Rechtsextremismus des Jugendrings und seiner Mitgliedsverbände, sondern nicht zuletzt weiterhin ein Zeichen, dass man aktiv präventiv mitwirken will mit pädagogischen Angeboten gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Menschenrechte. Daher ist DoKuPäd auch Mitglied im AK Bildung der Allianz, der sich mit pädagogischen Fragen in dem genannten Themenfeld befasst.

Populismus ist ein Phänomen im Vorfeld von Rechtsextremismus, mit dem sich auch politische Bildung auseinandersetzen muss. Die Bundeszentrale für politische Bildung bezeichnet mit Populismus eine Politik, die sich volksnah gibt, die Emotionen, Vorurteile und Ängste in der Bevölkerung für eigene Zwecke nutzt und vermeintlich einfache und klare Lösungen für politische Probleme anbietet.[39] Es gilt klarzumachen, dass es kaum einfache Lösungen für komplexe Probleme gibt, dass wesentliche politische Fragen strittig sind, dass dieser Streit aber auch konstruktiv sein kann, um Kompromisse zu finden und dass eine eigene politische Meinungsbildung nur in Auseinandersetzung mit den politischen Meinungen möglich ist – und das heißt nicht, dass man sich lediglich über social Media in seiner Blase „informiert“. Eine Beobachtung ist, dass gerade bei Jugendlichen konstruktive Debatten kaum stattfinden, kontroverse Meinungen nicht gelten und selten Einigkeit darüber besteht, dass man nur gemeinsam nach Lösungen suchen kann. All dies findet im täglichen Alltagsleben kaum mehr statt – jede*r bewegt sich in seinem Umfeld, aus dem kaum Widerspruch

[38] Vgl. hierzu und im Folgenden: Prölß-Kammerer. Anja, Konzeption 2011, a.a.O., S.49 f.
[39] Vgl. Stainer-Hämmerle, Kathrin: Populismus und politische Bildung, in: Populismus – Gleichheit – Differenz. Herausforderungen für die politische Bildung. Hg. Diendorfer, Gertraud; Sandner, Günther; Turek, Elisabeth. Schwalbach / Ts. 2017, S.29

kommt und glaubt daher, seine bzw. ihre Meinung sei das Maß aller Dinge. Populisten erreichen mit ihrer Rhetorik und Themenwahl gerade auch uninformierte Jugendliche – sie setzen auf Themen, die Jugendliche interessieren und nutzen Medien, die Jugendliche nutzen.[40] Die letzte U18-Wahl zur Landtagswahl 2023 hat für die AfD unter Jugendlichen satte Gewinne erbracht, die viele erschrecken. Auf TikTok stehen AfD-Clips ganz vorne – gerade Jugendliche, die nicht gezielt nach politischen Informationen suchen, sondern einfach konsumieren, was gerade in ist, werden damit erreicht – darin liegt die Gefahr.[41]

Komplexe Probleme können daher kaum mehr vermittelt werden – darin liegt dann der Ansatz für Populismus. Populisten versprechen die Lösung komplexer Probleme und verwenden dazu eine Sprache, die auf Anhieb verstanden wird – das ist der Ansatz für die politische Bildung.[42] Das Programm muss dabei heißen: Fakten gegen Vorurteile. Es geht um ein Wissen, das Dinge erklärt, ordnet, Zusammenhänge herstellt und so Verstehen und Handeln erst möglich macht und den Jugendlichen Raum lässt, eine eigene Position zu entwickeln. Politisch-historische Zusammenhänge zu erfassen, nimmt einer als undurchschaubar erlebten Wirklichkeit das Bedrohliche und macht weniger anfällig für populistische Aussagen.[43] Populisten stellen dabei teilweise die richtigen Fragen – geben aber die falschen, einfachen Antworten. Politische Bildung muss daher vor allem die Antworten aufgreifen und die gelieferten Antworten gemeinsam mit den Teilnehmenden kritisch hinterfragen. Aussagen von Populisten können nur mittels Faktencheck einzelner Aussagen entlarvt werden – dabei steht auch die Vermittlung von Medienkompetenz im Vordergrund, die ebenfalls bei aller Digitalisierung und deren Vorteilen meist zu kurz kommt.[44]

Für viele Jugendliche ist das Netz nicht nur ein Ort der freien Meinungsäußerung, vielmehr begegnet ihnen dort eine von Beleidigungen geprägte Diskussionskultur oder offene Hassrede, die sich oft auch gegen sie persönlich und ihre Identität richtet.

---

[40] Vgl. ebd., S.30
[41] Vgl. Schnackig, Rurik: „Was soll daran verboten sein?“ Bei der symbolischen U18-Wahl konnte die AfD bei Jugendlichen punkten. Was mögen die Gründe dafür sein? in: Nürnberger Nachrichten. 5.10.2023. S.13
[42] Vgl. Schiele, Siegfried: Populismus, Extremismus und der Beutelsbacher Konsens – Möglichkeiten und Grenzen politsicher Bildung, in: Populismus – Gleichheit – Differenz. Herausforderungen für die politische Bildung. Hg. Diendorfer, Gertraud; Sandner, Günther; Turek, Elisabeth. Schalbach / Ts. 2017, S.45 f.
[43] Vgl. Ahlheim, Klaus: Beutelsbacher Konsens? Politische Bildung in Zeiten von AfD und Corona. Ulm 2019, S.35
[44] Vgl. Stainer-Hämmerle, a.a.O., S.36

Die Kompetenzen und die Courage, sich dagegen zu wehren, gehört ebenso zur politischen Bildung. Gleichzeitig müssen sie sensibilisiert werden, welche Informationen, Daten oder Bilder online gestellt werden und damit frei verfügbar sind. Und es geht darum, sie darüber zu informieren, wie angebliche Fakten einfach Fake News sind und wie man sie enttarnt.[45]

Der Begriff „Fake News“, wörtlich übersetzt „falsche Nachrichten“, bezeichneten ursprünglich vor allem irrtümliche, unbeabsichtigte Falschmeldungen. Später verbreiteten sich „Fake News“ auch in den Sozialen Medien, wobei hier anfangs nicht politische „Meinungsmache“ das Ziel war, sondern möglichst viele Klicks zu bekommen, also möglichst viele Menschen dazu zu bewegen, die Webseiten dieser Sozialen Medien zu besuchen. Seit 2016 der Begriff „Fake News“ im Kontext des Brexits und der US-Wahlen ein fester Bestandteil des Sprachgebrauchs wurde, wird darunter eine gezielte Täuschungsabsicht verstanden.

Im Workshop sollen die Jugendlichen erkennen, wie einfach es ist, Falschmeldungen zu produzieren und sie wie echt erscheinen zu lassen. Sie befassen sich damit, wie schnell sich schlecht erstellte falsche Nachrichten enttarnen lassen und sie sollen nochmal reflektieren, woran man Fake News erkennen kann und welche verschiedenen Merkmale diese haben können. Zugleich sollen sie sich über ihre eigene Medienrezeption Gedanken machen. Wie informiere ich mich im Alltag? Woher bekomme ich meine Nachrichten, welche Internetseiten nutze ich, welchen vertraue ich? Leite ich Nachrichten (zum Beispiel in WhatsApp) einfach weiter, ohne selbst zu recherchieren?

DoKuPäd will sie für die Folgen und Gefahren von „Fake News“ sensibilisieren. Insgesamt geht es schlicht darum, die Medienkompetenz der Jugendlichen zu stärken, sie zu sensibilisieren, Nachrichten zu hinterfragen und Informationen nicht einfach unkritisch zu übernehmen.

Daran knüpft auch die Beschäftigung mit Verschwörungserzählungen an. Gerade während Corona spielten diese vor allem auch unter Jugendlichen eine große Rolle.

[45] Vgl. Krüger, Thomas: Soziale digitale Welten als Räume politischer Bildung, in: Forum Jugendhilfe. 1/2021 Hg. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Berlin 2021, S. 12

Hinzu kam die Schwierigkeit, sich nicht treffen zu können, Gedanken nicht austauschen zu können. Alle haben die Isolation als einschneidend erlebt, daraus resultierte häufig der Versuch, Corona entweder als Fake zu erklären, oder nach Verschwörungserzählungen zu suchen, um das Unerklärliche erklärbar zu machen. DoKuPäd entwickelte daher einen online-Workshop, um zumindest so in Kontakt zu den Jugendlichen treten zu können, der inzwischen auch analog angeboten werden kann. Unabhängig von Corona spiegeln sich in den Verschwörungserzählungen nach wie vor Antisemitismus und Rechtsextremismus wider, so dass die Thematik auch weiter genutzt werden kann und nach wie vor im Themenspektrum Rechtsextremismus eine Rolle spielt.

Verschwörungserzählungen richten sich gegen eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe von Menschen, die zu Schuldigen bzw. Verursacher*innen erklärt werden, seien es jüdische Menschen, Migrant*innen oder in dem Fall auch Politiker*innen. Sie sind jedoch keine Meinung, es geht nicht um Kritik an etwas, an beispielsweise gesellschaftlichen Zuständen, sondern um Aussagen, die andere Menschen abwerten und ihnen auch Dinge unterstellen, die von der Meinungsfreiheit nicht gedeckt sind, die im Zweifel sogar als „Volksverhetzung“ strafbar sind. Antisemitismus und Verschwörungserzählungen sind bis heute eng miteinander verbunden, antisemitische Vorurteile schimmern immer durch, auch wenn sie nicht immer konkret benannt werden. Dies in Verbindung mit Misstrauen gegenüber Politik und Ablehnung von Demokratie, der Missachtung von Fakten, Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen von Diskriminierung macht aus Verschwörungserzählungen ein gefährliches Gemisch, dem mit Kurzzeitpädagogik schwer beizukommen ist. Dennoch muss immer wieder der Versuch unternommen werden, Denkanstöße zu geben, aufkommende Fragen zu beantworten und die Chance zu nutzen, überkommene Vorstellungen zumindest aufzubrechen. Die Anschläge von Halle und Hanau zeigen, dass sich der Glaube an Verschwörungserzählungen durchaus in terroristischen Anschlägen zeigen kann und sich nicht auf Coronaleugnung oder Internet und social Media beschränkt. Als Ausformung von Rechtsextremismus und Antisemitismus wird DoKuPäd den Workshop weiterentwickeln und an aktuelle Verschwörungserzählungen anpassen müssen, siehe beispielsweise Ukrainekrieg oder den Nahost-Konflikt.

3.3.1 Rechtsterrorismus und der NSU-Komplex

In den Jahren 2000 bis 2007 wurden in Deutschland 10 Menschen durch rechtsextremistische Terroristen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) ermordet. Seine Opfer suchte der NSU besonders in Nürnberg. Nach dem ersten Attentat auf die Gaststätte „Sonnenschein“ im Jahr 2001 mit einem Schwerverletzten wurden drei Menschen in Nürnberg ermordet. Die Stadt Nürnberg sieht daher eine besondere Verpflichtung in der Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen und dem NSU-Komplex insgesamt. Dabei geht es nicht nur darum, dass Menschen aus rassistischen Gründen umgebracht wurden, sondern auch darum, wie es sein konnte, dass die Täter*innen so lange unentdeckt blieben und man eher Familienangehörige verdächtigte, statt im rechten Spektrum zu suchen.

Drei der Opfer lebten und arbeiteten in Nürnberg.[46] Enver Şimșek, geboren 1961, hatte an einer Waldeinbuchtung an der stark befahrenen Liegnitzer Straße in der Nähe der Autobahn einen mobilen Verkaufsstand mit Blumen. Am 9. September 2000 wurde auf Şimșek geschossen, zwei Tage später starb er im Nürnberger Südklinikum.

1952 wurde Abdurrahman Özüdoğru geboren. 1972 zog er nach Deutschland, um an der Universität Erlangen-Nürnberg Maschinenbau zu studieren. 25 Jahre arbeitete er bei Diehl als Metallfacharbeiter. Seine Frau und er hatten außerdem in der Gyulaer Straße an der Ecke Siemensstraße eine kleine Änderungsschneiderei, die nur einige Stunden in der Woche geöffnet hatte. Am 13.Juni 2001 wurde er in seiner Schneiderei am Nachmittag ermordet.

Ismail Yaşar, geboren 1955, kam mit 23 Jahren nach Deutschland. Yaşar verkaufte türkische Spezialitäten, betrieb eine Änderungsschneiderei sowie einen Second-Hand-Laden. Drei Jahre lang betrieb er den Dönerstand in einem weißen Container gegenüber der Scharrerschule. Am 9. Juni 2005 öffnete er wie gewöhnlich seine Imbissbude, am Vormittag wurde er in seinem Imbiss tot aufgefunden, auch er wurde erschossen.

Im Nürnberger Stadtbild ist das Gedenken an Enver Şimșek, Abdurrahman Özüdoğru und *I*smail Yaşar sichtbar. Neben dem zentralen Denkmal der Stadt Nürnberg am

[46] Vgl. hierzu und im Folgenden: Wanderausstellung: Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen. Hg. Mair, Birgit. Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB)e.V. Nürnberg 2013, S.8 - 13

Ende der Straße der Menschenrechte befinden sich auch an den Tatorten Gedenksteine, Stelen und Tafeln, Straßen und Plätze wurden nach ihnen benannt. Außerdem wird seit 2015 jährlich ein Jugendpreis – „Mosaik“ zusammen mit der Stadt München in Gedenken an die Opfer des NSU ausgelobt. Das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg strukturiert und organisiert viele dieser Gedenkinitiativen.

Derzeit wird in Deutschland diskutiert, welcher der richtige Ort für eine dauerhafte Aufarbeitung des NSU-Komplexes wäre. Verschiedene Städte sind im Gespräch, u.a. auch Nürnberg. Möglich wäre auch eine dezentrale Verbundstruktur – hier könnten bestehende Infrastrukturen in den Ländern und Kommunen unterstützt, gefördert und weitere intensiviert werden. Neben dem NSU-Komplex könnte hier auch das Thema Rechtsterrorismus als Phänomen verstärkt in den Fokus genommen werden

In Nürnberg gibt es bereits ein gutes Fundament an Bildungsangeboten und Menschenrechtsbildung, an den bei einem möglichen Standort für ein NSU-Dokumentationszentrum angeknüpft werden könnte. Dazu zählt auch die Erinnerungsarbeit am ehemaligen Reichsparteitagsgelände und im Dokumentationszentrum sowie Memorium. Viele Organisationen und Initiativen setzen sich bereits in unterschiedlichen Formaten mit dieser kritischen Aufarbeitung dieses Kapitels deutscher Geschichte auseinander. Nürnberg gilt daher mit seiner Erinnerungs- und Gegenkultur und der damit einhergehenden Bildungsarbeit, aber eben auch mit den Aktivitäten zur Menschenrechtsbildung als Ort, der auch den NSU-Komplex hervorragend in seine Bildungsarbeit integrieren könnte. Auch DoKuPäd stünde hier bereit, eigene Formate zu entwickeln und sich noch konkreter zu engagieren. Die Erfahrungen in den Themen Rechtsextremismus, Verschwörungserzählungen, Fake News aber auch der Menschenrechtsbildung wären eine sehr gute Voraussetzung, um auch das Thema NSU gerade für junge Menschen in einer diversen Gesellschaft zu bearbeiten. DoKuPäd würde hier gerne sowohl seine Expertise einbringen bzw. neue Formate entwickeln.

Ein wichtiges Thema für die politische Bildung im Umgang mit dem NSU-Komplex ist u.a. die Tatsache, dass alle die tatsächlich vom Rechtsextremismus ausgehende Gefahr unterschätzt haben.[47] Zum anderen führt die Auseinandersetzung mit den Tätern und deren Motiven zu einem weiteren wichtigen Aspekt politischer Bildung, nämlich

[47] Vgl. hierzu und im Folgenden: Wurzel, Hanne; Langebach, Martin; Flümann, Gereon; Strobel, Cornelius: NSU und politische Bildung, in: Journal für politische Bildung. Streitfall Überwachung. 5.Jh. Heft 2. Schwalbach / Ts. 2015, S.50 ff.

dem Rassismus, der hinter diesen Taten steckt. Diese zwei Aspekte müssen kontinuierlich bearbeitet werden, es ist eine Aufgabe der Demokratieförderung, die verstetigt geleistet werden muss. Prävention gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zählen hier zentral dazu. Dies darf nicht nur anlassbezogen geschehen, sondern es sollte ein kontinuierliches Angebot sein, wie es DoKuPäd bereits in Nürnberg leistet. Dabei geht es nicht nur um reine Wissensvermittlung, sondern, wie oben bereits beschrieben, um die Vermittlung von Handlungskompetenzen. Rechtsextremismus ist als dauernde Herausforderung zu begreifen und muss regelmäßig Thema politsicher Bildung sein. DoKuPäd könnte hier einen wichtigen Beitrag leisten, sollte das NSU-Dokuzentrum in Nürnberg entstehen. Ziel sollte es sein, bei den jeweiligen Zielgruppen die Haltung zu stärken, sich aus Überzeugung gegen die Ideologie der Ungleichwertigkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu stellen.

3.4 Antisemitismus

Auch wenn der Begriff „Antisemitismus“ erst im 19. Jahrhundert geprägt wurde, reichen seine Anfänge viel weiter zurück wie z.B. mit dem christlichen Antijudaismus – Judenfeindschaft hat eine lange Tradition, die bis in die Antike zurückreicht. Eine zentrale Herausforderung für die Auseinandersetzung mit Antisemitismen im pädagogischen Kontext ist die Aufklärung über die Rolle und die Bedeutung der Funktionen und Mechanismen antisemitischer Weltdeutungen und Ideologiefragmente.[48] Antisemitische Ideologiefragmente sind auch Teil der Alltagskommunikation von Jugendlichen. Das Schimpfwort „Du Jude!“ gehört zu den am häufigst gebrauchten Schimpfworten auf Schulhöfen und ist eindeutig antisemitisch aufgeladen. In einer Studie zu Antisemitismuserfahrungen von Jüdinnen und Juden in Deutschland gaben die Befragten an, dass ihrer Wahrnehmung nach die antisemitischen Beleidigungen und Belästigungen zu einem Viertel von Jugendlichen ausgingen.[49] Das heißt, die Ausei-

[48] Vgl. Grimm. Marc; Müller, Stefan: Bildung gegen Antisemitismus – aber wie und gegen welchen?, in: Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung. Hg. Grimm, Marc; Müller, Stefan. Frankfurt a.M. 2021, S.7 ff.

[49] Vgl. Baier, Jakob; Grimm, Marc: Antisemitismus in Jugendkulturen. Zur Einführung, in: Antisemitismus in Jugendkulturen. Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Hg. Baier, Jakob; Grimm, Marc. Frankfurt a.M. 2022, S.10

nandersetzung mit dem Antisemitismus, vor allem aber der politische und gesellschaftliche Kampf gegen antisemitische Einstellungen ist nach wie vor dringend geboten.[50]

In der politischen Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung gegen Antisemitismus werden daher mehrere zentrale Herangehensweisen verfolgt[51]: Zum einen geht es um Wissen über den Antisemitismus und die Geschichte der Verfolgung von Juden – gerade die Geschichte im Nationalsozialismus und der Holocaust haben hier zentrale Bedeutung, nicht zuletzt spielt aber auch der Nahostkonflikt eine wichtige Rolle bei der Vermittlung. Zum anderen spielt Antisemitismus auch in thematisch weiter gefassten Bildungsangeboten eine wichtige Rolle, bei denen es zentral um die Menschenrechte geht, inhaltlich geht es aber natürlich neben Rassismus, Rechtsextremismus auch um Antisemitismus als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Auch bei DoKuPäd ist dies so, dass das Thema Antisemitismus immer mitschwingt, bei den historisch-politischen Bildungsangeboten genauso wie bei aktuellen Themen politischer Bildung.

Antisemitische Äußerungen können bei Jugendlichen auf starren Überzeugungen beruhen, aber auch auf Rebellion gegen einen gesellschaftlichen Konsens in Deutschland. In Workshops mit Schulklassen befinden sich seltener Jugendliche mit einem manifesten antisemitischen Weltbild. Meist geht es um Jugendliche, die ein ambivalentes Weltbild haben, die aber fragmentarisch antisemitische Stereotype benutzen.[52] Antisemitismus bei Jugendlichen hat aber auch spezielle jugendkulturelle Kontexte und ist auch lebensweltlich verankert, dies reicht von Musik wie Hip Hop oder Punk, Rechtsrock, der Gamingszene und natürlich social media bis zum Sport.[53] Eindimensionale Bildungskonzepte, die auf „gute Absicht“ und die „richtige Haltung“ abzielen, erreichen Jugendliche oft nicht und sind kaum ausreichend, da es einer vertieften und differenzierten Diskussion bedarf, um mit Jugendlichen über Ressentiments und

[50] Vgl. Antisemitismus – ein gefährliches Erbe mit vielen Gesichtern. Handreichung zu Theorie und raxis. Hg. Detzner, Milena; Drücker, Ansgar. Düsseldorf 2021, S.1
[51] Vgl. hierzu und im Folgenden Schäuble, Barbara: „Über“, „aus“, „gegen“ oder „wegen“ Antisemitismus lernen? Begründungen, Themen und Formen politsicher Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus, in: Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit. Hg. Gebhardt, Richard; Klein, Anne; Meier, Marcus. Weinheim, Basel 2012, S.174 – 191.
[52] Vgl. Kistenmacher, Olaf: Latente Formen des Antisemitismus in der Bildungsarbeit. Theoretische Zugänge und Handlungsstrategien, in: Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung. Hg. Grimm, Marc; Müller, Stefan. Frankfurt a.M. 2021, S.167 ff.
[53] Vgl. Baier, Jakob; Grimm, Marc: Antisemitismus in Jugendkulturen. Zur Einführung, a.a.O., S.7 ff.

Kritik zu sprechen. Das Ziel besteht darin, dass die Jugendlichen selbständig die vergangenen und aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus benennen und damit auch zurückweisen können.[54] Dies wird umso schwerer, da Parteien wie die AfD die Grenzen des gesellschaftlich Tolerierbaren gezielt ausdehnen – was als sagbar gilt und was nicht, was unter das Antisemitismustabu fällt bzw. was als Antisemitismus gilt, aber in der Gesellschaft toleriert wird[55] – hier verschieben sich derzeit Grenzen und damit muss auch Pädagogik umgehen.

Die Differenziertheit der Antisemitismen seit dem 11. September 2001, seit Corona mit den Impfgegnern, Coronaleugnern und den damit verbundenen immer auch antisemitischen Verschwörungserzählungen und nicht zuletzt der Terrorangriff auf Israel durch die Hamas am 7.Oktober 2023 und der damit verbundene Nahostkonflikt mit dem Existenzrecht Israels machen die Diskussion nicht leichter. Es geht um muslimischen Antisemitismus, aber im Gegenzug auch um antimuslimischen Rassismus, um die Wahrnehmung von Antisemitismus in den digitalen Räumen, die ein zunehmendes Problem darstellen.

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt bei DoKuPäd bislang eher im historischen Bereich, d.h. bei den sogenannten Nürnberger Gesetzen, der Ausgrenzung von Juden im Nationalsozialismus bis zum Holocaust. Es geht hier in erster Linie um den rassisch begründeten Antisemitismus im „Dritten Reich“, die Ausgrenzungsmechanismen, daran anknüpfend um den Antisemitismus in der Nachkriegszeit bis heute. Dabei werden Fragen gestellt wie: Was habe ich mit dem Holocaust zu tun? Welche Rolle spielte Antisemitismus in der NS-Ideologie? Was bedeutet das heute – was geht mich das an?[56] Um sich dem Thema Antisemitismus in neuen immer wieder zu aktualisierenden Bildungsformaten zu widmen, fehlen derzeit die Ressourcen und Kapazitäten, auch wenn versucht wird, aktuelle Entwicklungen aufzugreifen und konzeptionelle Voraussetzungen zu schaffen, um mit dem Thema in den bestehenden Workshops fundiert umgehen zu können.

[54] Vgl. Grimm. Marc; Müller, Stefan: Bildung gegen Antisemitismus – aber wie und gegen welchen?, a.a.O., S. 8 ff.
[55] Vgl. Kistenmacher, Olaf: Latente Formen des Antisemitismus in der Bildungsarbeit, a.a.O., S.175
[56] Vgl. auch Schäuble, Barbara: „Über“, „aus“, „gegen“ oder „wegen“ Antisemitismus lernen? Begründungen, Themen und Formen politischer Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus, a.a.O. , S.187 f.

4. Ausblick und Perspektiven

Die vorliegende Weiterentwicklung der Konzeption des Jahres 2024 zeigt auf Grundlage der Konzeption von 2000 und 2011, dass der 1999 begonnene Weg konsequent weiter beschritten wurde, die Einrichtung DoKuPäd sich sowohl bei den Akteuren der Erinnerungskultur Nürnbergs als auch bei denen der politischen Bildung fest etabliert hat.

Die in der Konzeption von 2011 aufgestellten Forderungen[1] nach angemessenen Räumlichkeiten im direkten Umfeld des Dokumentationszentrums und des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes wurden erfüllt. DoKuPäd hat seit 2012 eigene Büro- und Seminarräume im Bildungszentrum St. Paul und damit eine sehr gute räumliche Ausstattung. Auch die damalige Forderung nach einer zweiten Teilzeitstelle für pädagogisch Mitarbeitende konnte zwischenzeitlich umgesetzt werden.

Dennoch bleibt zu konstatieren, dass zwar inzwischen alle Finanzpartner von DoKuPäd ihre Mittel aufgestockt haben, jedoch lediglich die Stadt Nürnberg Kostensteigerungen bei den Personalkosten auffängt. Kostensteigerungen bei Energie, Miete und insbesondere steigende Honorarkosten bei gleichbleibend hoher Nachfrage können damit jedoch nicht aufgefangen, geschweige denn Erweiterungen angegangen werden.

4.1 Finanzbedarf und erweiterte Personalausstattung

Es bleibt eine Aufgabe, weiter daran zu arbeiten, die Zuwendungen der Landes- und Bezirksebene mit Blick auf die regelmäßigen Tarifsteigerungen immer entsprechend zu dynamisieren, um den Finanzbedarf besonders bei den Personalausgaben an die tatsächlich entstehenden Kosten anzupassen. Wünschenswert wäre es daher, mit allen Zuschussgebern Vereinbarungen analog der Stadt Nürnberg zu treffen, dass die Kostensteigerungen regelmäßig berücksichtigt werden können, ohne dass jeweils lange Antragsverfahren nötig und lange Wartezeiten zu kalkulieren sind, bis Zuschüsse erhöht werden. 2025 wird DoKuPäd 25 Jahre – es ist längst bewiesen, dass die Einrichtung einen hohen Stellenwert hat, der nun auch perspektivisch für die kommenden 25 Jahre abgesichert werden muss. Sowohl die historisch-politische Bildung in Zusammenhang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände als auch die

[1] Vgl. Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie). Nürnberg 2011, S.54 - 56

gesellschaftlichen Herausforderungen an die politische Bildung sind dauerhaft wichtige Aufgaben, die finanziell langfristig abgesichert und institutionell ausgebaut werden müssen.

Bei der Stadt Nürnberg ist DoKuPäd mit Aufnahme in den Grundlagenvertrag des KJR mit der Stadt auf Dauer abgesichert und auch steigende Personalkosten aufgrund der Tarifabschlüsse werden berücksichtigt. Der Zuschuss des Bezirkes Mittelfranken beträgt derzeit 27.000 € und wurde damit seit dem Jahr 2011 um insgesamt 17.000 € erhöht. Das ist sehr anerkennenswert, aber entspricht dennoch noch nicht dem Anteil der Teilnehmenden aus dem Bezirk, der ungefähr bei 30 % liegt. Perspektivisch wäre hier eine weitere Aufstockung nötig. Ein erster weiterer Schritt wäre eine Erhöhung auf 30.000 € in den nächsten Jahren.

Die Zuschüsse auf Landesebene betrugen im Jahr 2011 40.000 € und konnten zwischenzeitlich nun auf 50.000 € gesteigert werden. DoKuPäd besitzt inzwischen eine eigene Haushaltsstelle im Haushalt des BJR und ist insofern abgesichert, jedoch wäre auch hier eine weitere Steigerung des Zuschusses erforderlich, um auch ansatzweise die Nutzung von Teilnehmenden aus Bayern (exklusive Bezirk und Stadt) abzudecken. Eine Zuschusserhöhung in den nächsten Jahren auf 55.000 € wäre daher anzustreben.

Alle Zuschussgeber werden im Folgenden gefragt sein, ihre finanzielle Unterstützung nicht nur fortzuführen, sondern auch auszuweiten.

Zusätzliche Herausforderungen stehen an: Mit dem Ausbau des Lernortes Zeppelinfeld hat die Stadt Nürnberg auch zugesichert, dass nicht nur in Stein, sondern auch in Pädagogik investiert werden muss und soll. Das heißt für die Partner im Studienforum auch, dass zusätzlich in neue Konzeptionen und Veranstaltungen investiert werden muss. Die Stadt Nürnberg hat hier eine nationale Verpflichtung und auch eine Außenwirkung, die es in den nächsten Jahren weiterzuentwickeln gilt. DoKuPäd steht jedoch zugleich für Themen aktueller politischer Bildung, nicht nur in Nürnberg, sondern weit darüber hinaus. Hier ist es erforderlich, immer wieder aufs Neue auf aktuelle Fragestellungen zu reagieren und mit Angeboten zu antworten. Das bedeutet Konzeptionierungsarbeit, das Nutzen von Kontakten und Netzwerken und das Reagieren auf Beobachtungen in den Workshops und daraus resultierende Nachfragen.

Diese ist eine immanente Aufgabe der Kinder- und Jugendarbeit und eine gesetzlich definierte Aufgabe der Jugendhilfe (SGB VIII). DoKuPäd steht somit für Beides: Politische Jugendbildung sowie Erinnerungskultur.

Für die folgenden Jahre ist daher insbesondere eine weitere Erhöhung der Stundenzahl der pädagogischen Mitarbeiter*innen sowie der Verwaltung erforderlich. Zwei Pädagog*innen in Teilzeit (jeweils 19,5 Stunden) können die Anforderungen von Durchführung von Angeboten, Weiterentwicklung der Angebote in Inhalt und Didaktik sowie Anleitung von Praktikant*innen und Honorarkräften auf dieser Basis kaum stemmen, um die erforderliche Qualität der Angebote gewährleisten zu können. Dies bedeutet demnach mittelfristig die Forderung nach zwei Vollzeit-Pädagog*innenstellen, je nachdem verteilt auf 2 bis 4 Köpfe. Gerade die Weiterentwicklung der Angebote aufgrund der Neukonzeption der Ausstellung im Dokumentationszentrum sowie am Lernort Zeppelinfeld, als auch die Anforderungen an die Themen aktueller politischer Bildung insbesondere Demokratie- und Menschenrechtsbildung erfordern hier eine Aufstockung der bisherigen Stunden. Auch die Verwaltung (19,5 Stunden) kann hier ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Sie hat mittlerweile über 300 Buchungen pro Jahr mit dem zugehörigen Verwaltungsaufwand zu stemmen, der Stundenaufwand stieg nicht mit der steigenden Nachfrage bei der Zahl der Buchungen.

Die Stadt Nürnberg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte, die sich zudem auf vorbildliche Weise der Erinnerungskultur widmet, hat hier eine Verpflichtung, diese Arbeit finanziell abzusichern. Nachdem die Arbeit nun 25 Jahre unterstützt wurde, ist es an der Zeit, auch eine Weiterentwicklung der Arbeit von DoKuPäd zu unterstützen. Die Einrichtung leistet geradezu einzigartig einen Brückenschlag zwischen historisch-politischer Bildung und Erinnerungskultur und der Jugendarbeit und damit der politischen Jugendbildung, einen Brückenschlag zwischen Kultur und Bildung. Die Stadt Nürnberg hat damit auch eine inhaltliche Verantwortung dem Kreisjugendring Nürnberg-Stadt als Träger gegenüber, diese Verpflichtung auch umzusetzen. Der KJR ist hier bereits bei der Gründung und dann über lange Jahre immer in Vorleistung gegangen, um die Einrichtung abzusichern und den Betrieb zu gewährleisten. Eine Finanzierung von Land, Bezirk und Stadt war dabei immer Voraussetzung für eine zuverlässige Arbeit – bei einem weiteren Ausbau ist der KJR auf finanzielle Unterstützung von außen angewiesen.

Die vorliegende Konzeption bildet die inhaltliche Grundlage für die Forderung nach mehr Personal. Die Entwicklungen auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände mit der neuen Ausstellung im Dokumentationszentrum und dem Ausbau des Lernortes Zeppelinfeld fordern die Ausweitung der pädagogischen Arbeit an diesem Ort. Ebenso drängen gesellschaftliche Entwicklungen zu Ausbau einer institutionellen politischen Bildung, die notwendiger denn je erscheint. Rechtsextremismus, Fake News, Antisemitismus sind nur einige Strömungen, die hier genannt sein sollen und denen mit Nachdruck entgegenwirkt werden muss. Dazu braucht es weiter Ressourcen und Personal, damit DoKuPäd weiterarbeiten und wirken kann.

Literaturverzeichnis[1]

Historisch-politische Bildung

Antisemitismus, Rassismus und das Lernen aus Geschichte(n). Hg. Broden, Anne; Hößl, Stefan E.; Meier, Marcus. Weinheim, Basel 2017

Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium. Hg. Brechtken, Magnus. Göttingen 2021

Aufarbeitung und Demokratie. Perspektiven und Felder der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Deutschland. Hg. Liebrandt, Hannes; Barricelli, Michele. Frankfurt a.M. 2020

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist nie abgeschlossen. 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz. Hg. Kiesel, Doron; Sznaider, Natan; Zimmermann, Olaf. Berlin 2021

Borries, Bodo von: Das Geschichtsbewusstsein Jugendlicher. Eine repräsentative Untersuchung über Vergangenheitsdeutungen, Gegenwartswahrnehmungen und Zukunftserwartungen von Schülerinnen und Schülern in Ost- und Westdeutschland. Weinheim, München 1995

Crossover Geschichte. Historisches Bewusstsein Jugendlicher in der Einwanderungsgesellschaft. Hg. Georgi, Viola B. / Ohliger, Rainer. Hamburg 2009

Deckert-Peaceman, Heike: Holocaust als Thema für Grundschulkinder? Ethnographische Feldforschung zur Holocaust Education am Beispiel einer Fallstudie aus dem amerikanischen Grundschulunterricht und ihre Relevanz für die Grundschulpädagogik in Deutschland. Frankfurt a.M. 2002

Erinnern für die Zukunft. Die nationalsozialistische Vergangenheit als Lernfeld der politischen Jugendbildung. Hg. Grillmeyer, Siegfried / Ackermann, Zeno. Schwalbach / Ts. 2002

Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen. Hg. Gryglewski, Elke; Haug, Verena; Kößler, Gottfried; Lutz, Thomas; Schikorra, Christa. Berlin 2015

Gryglewski, Elke: Gedenkstättenarbeit in der heterogenen Gesellschaft, in: Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen. Hg. Gryglewski, Elke; Haug, Verena; Kößler, Gottfried; Lutz, Thomas; Schikorra, Christa. Berlin 2015. S.166 – 178

Heyl, Matthias: „Silence is no longer here because of us". Vom Recht, Bescheid zu wissen, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. 5.Jg. Nr.1. Frankfurt a.M. 2020. S.74 – 88

Historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit als Aufgabe der Jugendarbeit in Bayern. Einrichtungen – Projekte – Konzepte. Hg. Schoßig, Bernhard. München 2011

Der Holocaust. Ein Thema für Kindergarten und Grundschule? Hg. Moysich, Jürgen / Heyl, Matthias. Hamburg 1998

Kaiser, Wolf; Rinke, Kuno: Zum Verhältnis von historischer und politischer Bildung in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, in: Gedenkstättenpädagogik. Kontext,

[1] Aufgenommen sind in erster Linie Publikationen nach 2011, ausgenommen zentrale Veröffentlichungen von Relevanz. Ansonsten finden sich im Literaturverzeichnis in erster Linie Publikationen, die der Fortschreibung der Konzeption dienen bzw. neue Themenfelder beinhalten. Zur Publikationsliste vor 2011 vgl. Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum". Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie)

Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen. Hg. Gryglewski, Elke; Haug, Verena; Kößler, Gottfried; Lutz, Thomas; Schikorra, Christa. Berlin 2015. S.147 – 165

Kleiber, Lore: Der kritische Blick in Berufsgeschichten. Die Verknüpfung von Berufserfahrung und Geschichtsbewusstsein am historischen Ort, in: Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen. Hg. Gryglewski, Elke; Haug, Verena; Kößler, Gottfried; Lutz, Thomas; Schikorra, Christa. Berlin 2015. S.319 - 333

Pädagogik der Erinnerung. Didaktische Aspekte der Gedenkstättenarbeit. Hg. Kiesel, Doron / Kößler, Gottfried / Nickolai, Werner / Wittmeier, Manfred. Frankfurt a.M. 1997

Praxis der Gedenkstättenpädagogik. Erfahrungen und Perspektiven. Hg. Kaiser, Wolf / Lutz, Thomas / Rathenow, Hanns-Fred / vom Stein, Cornelia / Weber, Norbert H. Opladen 1995

Rechberg, Karl Hermann: Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik. Empirische Rekonstruktion der Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schülern. Wiesbaden 2019

Schoßig, Bernhard: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus als Lernorte: Historisch-politische Bildung an außerschulischen Orten in Zusammenarbeit mit freien Bildungsträgern, in: Aus der Werkstatt des Historikers. Didaktik der Geschichte versus Didaktik des Geschichtsunterrichts. Hg. Fenn, Monika. München 2008. S.185 – 200

Vgl. dazu Schoßig, Bernhard: Historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit als Arbeitsfeld der Bayerischen Jugendarbeit – ein Rückblick, in: Historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit als Aufgabe der Jugendarbeit in Bayern. Einrichtungen – Projekte – Konzepte. Hg. Schoßig, Bernhard. München 2011, S.15 - 23

Schoßig, Bernhard: Von gewerkschaftlichen Gedenkveranstaltungen bis zur Gedenkstättenpädagogik. Der außerschulische Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Aufarbeitung und Demokratie. Perspektiven und Felder der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Deutschland. Hg. Liebrandt, Hannes; Barricelli, Michele. Frankfurt a.M. 2020. S.60 – 77

„Schwierige Jugendliche gibt es nicht …! Historisch-politische Bildung für ALLE“. Projekte zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus für besondere Zielgruppen. Hg. MIschok, Andreas, Konzepte für Demokratie und Toleranz Bd.5. Hg. Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen. Braunschweig 2010

Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik. Hg. Thimm, Barbara / Kößler, Gottfried / Ulrich, Susanne. Frankfurt a.M. 2010

Kinder- und Menschenrechtsbildung

Bielefeldt, Heiner: Menschenrechte in der Einwanderungsgesellschaft. Plädoyer für einen aufgeklärten Mulitkulturalismus. Bielefeld 2007

Compasito. Handbuch zur Menschenrechtsbildung mit Kindern. Themen und Materialien. Hg. Deutsches Institut für Menschenrechte / Bundeszentrale für politische Bildung / Europarat. Berlin 2009

Fritzsche, Karl-Peter: Menschenrechtskultur und Menschenrechtsbildung in Zeiten großer Flüchtlingsbewegungen, in: Angegriffene Demokratie? Zeitdiagnosen und Einblicke. Hg. Förster, Mario / Beutel, Wolfgang / Fauser, Peter. Frankfurt a.M. 2019. S.45 – 60

Fritzsche, Karl-Peter / Kirchschläger, Peter G. / Kirchschläger, Thomas: Grundlagen der Menschenrechtsbildung. Theoretische Überlegungen und Praxisorientierungen. Schwalbach / Ts. 2017

Handbuch zur Menschenrechtsbildung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Themen und Materialien. Hg. Deutsches Institut für Menschenrechte / Bundeszentrale für politische Bildung / Europarat / Europäisches Jugendzentrum. Berlin 2005

Heldt, Inken: Menschenrechtsbildung – Kinderrechtsbildung, in: Handbuch Demokratiepädagogik. Hg. Beutel, Wolfgang; Gloe, Markus; Himmelmann, Gerhard; Lange, Dirk; Reinhardt, Volker; Seifert, Anne. Frankfurt a.M. 2022. S.387 – 394

Kinder haben Rechte! Die UN-Kinderrechtskonvention. Hg. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Lands Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2013

Kinderrechte sind Menschenrechte! Kinderrechte in Deutschland. HG. Geiger, Gunter. Opladen, Berlin, Farmington Hills 2011

Kompass. Handbuch zur Menschenrechtsbildung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Bonn 2005

Krennerich, Michael: Menschenrechtspolitik. Eine Einführung. Frankfurt a.M. 2023

Leitzgen, Anke M.: Das sind deine Rechte! Weinheim, Basel 2017

Menschenrechte. Hg. Rech, Siegfried / Haspel, Michael. Schwalbach / Ts. 2005

Menschenrechte verstehen. Handbuch zur Menschenrechtsbildung. Hg. Benedek, Wolfgang. Graz 2017

Menschenrechte von Kindern und Jugendlichen im Kontext Schule. Hg. Pirner, Manfred L. / Gläser-Zikuda, Michaela / Krennerich, Michael. Frankfurt a.M. 2022

Menschenrechtsbildung in der Gedenkstätte. Eine empirische Studie zur Bildungsarbeit in NS-Gedenkstätten. Hg. Zumpe, Helen Esther. Schwalbach / Ts. 2012

Die Rechte der Kinder von logo! Einfach erklärt. Hg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2007

Scharf, Cornelia: Die Kinderrechte erreichen das mittlere Erwachsenenalter – sie werden 30 Jahre alt!, in: Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020. S.177 – 182

Die Straße der Kinderrechte in Nürnberg. Eine Handreichung für die pädagogische Arbeit mit Kindern im Grundschulalter. Hg. Stadt Nürnberg / Bürgermeisteramt Bildungsbüro. Nürnberg 2014

Spieker, Michael: Konkrete Menschenwürde. Über Idee, Schutz und Bildung menschlicher Würde. Schwalbach / Ts. 2012

Nürnberg – Erinnerungskultur / Umgang NS /Dokumentationszentrum / Ehemaliges Reichsparteitagsgelände

Bühl-Cramer, Charlotte: Perspektivwechsel. Das ehemalige Reichsparteitagsgelände aus der Sicht von Besucherinnen und Besuchern. Schriften des Kulturreferats der Stadt Nürnberg Bd.4. Nürnberg 2019

Burger, Clara Leiva: Pädagogik des Erinnerns an einem Ort der Täter – historisch-politische Jugendbildung am Beispiel von DoKuPäd. Berlin 2021. Unveröffentlicht

Dierl, Florian: Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Museen als Akteure der Vergangenheitsaufarbeitung, in: Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium. Hg. Brechtken, Magnus. Göttingen 2021. S.247 – 260

Faszination und Gewalt. Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg. Hg. Museen der Stadt Nürnberg. Nürnberg 2006

Faszination und Gewalt. Nürnberg und der Nationalsozialismus. Hg. Ogan, Bernd / Weiß, Wolfgang W. Nürnberg 1994

Kern, Carolin: Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände. Pädagogik und Evaluation. Magisterarbeit Universität Erlangen-Nürnberg. Unveröffentlicht. Nürnberg 2007

Kurmies, René: Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg als außerschulischer Lernstandort. Wissenschaftliche Hausarbeit für das Lehramt an Gymnasien eingereicht dem Ant für Lehrerbildung, Johann Wolfgang Goethe-Universität. Frankfurt a.M. 2010

Lernort Zeppelinfeld. Projekt zum Erhalt eines besonderen nationalen Erbes. Hg. Stadt Nürnberg. Nürnberg 2013

Mätzler, Christian: „Täterorte“ – Nürnberg, die Stadt der Rassengesetze auf dem Weg zum Menschenrecht. Nürnberg 2021. Unveröffentlicht

Metzger, Pascal: Das Zeppelinfeld – historische Quelle und Lernort, in: ring frei Nr.71. Mai. Nürnberg 2021. S.9

Nürnberg – Ort der Reichsparteitage. Inszenierung, Erlebnis und Gewalt. Ausstellungskatalog des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände. Hg. Christmeier, Martina / Wager, Melanie. Schriftenreihe der Museen der Stadt Nürnberg Bd.23. Petersberg 2021

Rechberg, Karl-Hermann: Anhand von NS.Propaganda einen kritischen Umgang mit politischen Inszenierungen einüben, in: Geschichte für heute. Zeitschrift für historisch-politische Bildung. 15. Jg. 2 / 2022. Frankfurt a.M. 2022. S.65 – 82

Rechberg, Karl-Hermann: Politische Inszenierungen analysieren. Am Beispiel der NS-Propaganda, in: Politische Bildung. Journal für politische Bildung. 12.Jg. 1/2022. Frankfurt a.M. 2022. S.52 - 54

Rechberg, Karl-Hermann: Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik. Empirische Rekonstruktion der Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schülern. Wiesbaden 2022

Das Reichsparteitagsgelände im Krieg. Gefangenschaft, Massenmord und Zwangsarbeit. Hg. Leßau, Hanne. Schriftenreihe der Museen der Stadt Nürnberg, Bd.22. Petersberg 2021

Schmidt, Alexander: Geländebegehung. Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. Hg. Geschichte für Alle e.V. Nürnberg 2002

Schmidt, Alexander: „Nürnberg“ – vom Stigma der besonders belasteten Stadt zum Imagefaktor Erinnerungskultur, in: Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium. Hg. Brechtken, Magnus. Göttingen 2021. S.261 – 283

Seifert, Carina: Das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände. Politisch-historische Bildung am Beispiel des KJR Nürnberg. Magisterarbeit. Erlangen 2010

Die Zukunft der Vergangenheit. Wie soll die Geschichte des Nationalsozialismus in Museen und Gedenkstätten im 21. Jahrhundert vermittelt werden? Symposium 1999. Hg. Museen der Stadt Nürnberg. Nürnberg 2000

Politische Bildung

Ahlheim, Klaus: Beutelsbacher Konsens? Politische Bildung in Zeiten von AfD und Co. Ulm 2019

Ahlrichs, Rolf / Maykus, Stephan / Richter, Elisabeth / Richter, Helmut / Riekmann, Wibke / Sturzenhecker, Benedikt: Demokratiebildung im 16. Kinder- und Jugendbericht – kritische Kommentare aus Sicht demokratischer Kinder- und Jugendarbeit, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 69. Jg. Heft 10 / 2021. Weinheim 2021. S. 426 – 440

Angegriffene Demokratie? Zeitdiagnosen und Einblicke. Hg. Förster, Mario / Beutel, Wolfgang / Fauser, Peter. Frankfurt a.M. 2019

Ballhausen, Ulrich: Jugendbildung: Gelegenheitsraum der Demokratiebildung, in: Handbuch Demokratiepädagogik. Hg. Beutel, Wolfgang; Gloe, Markus; Himmelmann, Gerhard; Lange, Dirk; Reinhardt, Volker; Seifert, Anne. Frankfurt a.M. 2022. S.600 - 614

Becker, Helle: Demokratiebildung – eine Herausforderung für die Jugendarbeit?, in: Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020. S.29 – 45

Beutelsbacher Konsens und politische Kultur. Siegfried Schiele und die politische Bildung. Hg. Buchstein, Hubertus / Frech, Siegfried / Pohl, Kerstin. Schwalbach / Ts. 2016

Bielenberg, Ina / Lorenzen, Hanna: Räume außerschulischer politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit, in: Forum Jugendhilfe. 1/2021. Hg. AGJ-Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Berlin 2021. S.16 – 22

Braun, Hanna: Herausforderungen bei der Umsetzung von außerschulischer politischer Jugendbildung in ländlichen Räumen, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 69. Jg. Heft 12 / 2021. Weinheim 2021. S. 513 – 521

Corsa, Mike / Rauschenbach, Thomas: Kinder- und Jugendarbeit – ein immer noch unterschätztes Arbeitsfeld?, in: deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 70.Jg. Heft 4. Weinheim 2022. S.153 – 161

Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft. Hg. Beutel, Wolfgang / Fauser, Peter. Schwalbach / Ts. 2007

Demokratisch und nicht indifferent – Orientierungen und Positionierungen zum neutralitätsgebot in der Kinder- und Jugendhilfe. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ.05/2023.

Erlebniswelt Multimedia. Computerprojekte mit Kindern und Jugendlichen. Anfang, Günther / Demmler, Kathrin (Lutz, Klaus. München 2001

Fauser, Peter: Vom Kopf auf die Füße. Ein Versuch über die Zukunft der Demokratiepädagogik, in: Handbuch Demokratiepädagogik. Hg. Beutel, Wolfgang; Gloe, Markus; Himmelmann, Gerhard; Lange, Dirk; Reinhardt, Volker; Seifert, Anne. Frankfurt a.M. 2022. S.771 - 792

Friedrichs, Werner: Das Politische der Demokratiepädagogik: kreative Interventionen in der herausgeforderten Demokratie, in: Angegriffene Demokratie? Zeitdiagnosen und Einblicke. Hg. Förster, Mario / Beutel, Wolfgang / Fauser, Peter. Frankfurt a.M. 2019. S.79 - 94

Gessner, Susann: Politische Bildung als Haltung, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. 6.Jg. Nr.2. Frankfurt a.M. 2021. S.40 – 53

Handbuch Demokratiepädagogik. Hg. Beutel, Wolfgang; Gloe, Markus; Himmelmann, Gerhard; Lange, Dirk; Reinhardt, Volker; Seifert, Anne. Frankfurt a.M. 2022

Hartl, Fredericke: Der Beutelsbacher Konsens und die politische Bildungsarbeit beim SJR, in: Stationen 2020. Geschäftsbericht des Stadtjugendrings Stuttgart e.V. Stuttgart 2021, S.11

Himmelmann, Gerhard: Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Schwalbach / Ts. 2007

Krafeld, Franz Josef: Der politische Auftrag der Jugendarbeit. Geschichtliche Entwicklungslinien, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 68. Jg. Heft 10 / 2020. Weinheim 2021. S. 415 – 423

Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Hg. Lösch, Bettina / Thimmel, Andreas. Schwalbach / Ts. 2010

Krüger, Thomas: Soziale digitale Welten als Räume politischer Bildung, in: Forum Jugendhilfe. 1/2021. Hg. AGJ Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Berlin 2021. S.9 – 15

Kugler, Bernd: „Kopfball Lernzentrum“ – Politische Bildung und Prävention im Fußballstadion, in: Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020. S.223 – 224

Lange, Dirk: Monitor politische Bildung. Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Schwalbach / Ts. 2010

Lemmermeier, Yasmin: Jugendbeteiligung in der Großstadt – Jugendparlament oder doch ganz anders?, in: deutsche jugend Zeitschrift für die Jugendarbeit. 70.Jg. 11/2022. Weinheim 2022. S.467 - 473

Lindner, Werner: Demokratie-Illusionen (in) der Kinder- und Jugendarbeit, in: deutsche jugend. Zeitschrift für Jugendarbeit. 70.Jg. Heft 5 . Weinheim 2022. S.219 - 228

Lorenzen, Hanna: Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft – welche Prämissen, welche Akteure?, in: Forum Jugendhilfe. 1/2021. Hg. AGJ Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Berlin 2021.S.41 – 46

May, Michael: Demokratielernen oder Politiklernen? Schwalbach / Ts. 2008

Niklas, Juliane; Förster, Mario; Frindte, Wolfgang: Antirassistische Bildung, in: Handbuch Demokratiepädagogik. Hg. Beutel, Wolfgang; Gloe, Markus; Himmelmann, Gerhard; Lange, Dirk; Reinhardt, Volker; Seifert, Anne. Frankfurt a.M. 2022. S.420 - 432

Novkovic, Dominik: Politische Bildung, Gesellschaftskritik und Kinderpolitik. Anforderungen an eine demokratische Jugendhilfe, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 69. Jg. Heft 12 / 2021. Weinheim 2021. S.522 – 530

Palentien, Christian: Der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung: Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, in: Forum Jugendhilfe. 1/2021. Hg. AGJ Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Berlin 2021. S.4 – 8

Politische Bildung in der (Offenen) Kinder- und Jugendarbeit. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 1999.

Populismus – Gleichheit – Differenz. Herausforderungen für die politische Bildung. Hg. Diendorfer, Gertraud / Sandner, Günther / Turek, Elisabeth. Schwabach / Ts. 2017

Prölß, Reiner: Eröffnung und fachliche Einführung zum Nürnberger Forum der Kinder und Jugendarbeit 2019 „Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit, in: Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020. S.19 – 26

Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Hg. Metter, Claus / Mecheril, Paul. Schwalbach / Ts. 2009

Rassismuskritik. Band 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit. HG. Scharathow Wiebke / Leiprecht, Rudolf. Schwalbach / Ts. 2009

Sämann, Jana: Dieser Angriff gilt nicht nur uns, sondern einer demokratischen Zivilgesellschaft überhaupt.“ Das Postulat eines „Neutralitätsgebots“ als Strategie der Delegitimierung emanzipatorischer Kinder und Jugendarbeit, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 68. Jg. Heft 10 / 2020. Weinheim 2021. S. 424 – 431

Sander, Wolfgang: Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung. Schwabach / Ts. 2008

Schiele, Siegfried: Demokratie in Gefahr? Schwalbach / Ts. 2013

Schiele, Siegfried: Populismus, Extremismus und der Beutelsbacher Konsens – Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildung, in: Populismus – Gleichheit – Differenz. Herausforderungen für die politische Bildung. Hg. Diendorfer, Gertraud / Sandner, Günther / Turek, Elisabeth. Schwabach / Ts. 2017. S.40 – 47

Schilling, Judith; Oberle, Monika: Instrumentalisierung anerkannter Prinzipien politischer Bildung gegen demokratische Errungenschaften, in: Sozialmagazin.l Die Zeitschrift für soziale Arbeit. 46.Jg. Heft5 – 6. Weinheim 2021. S.54 - 59

Stainer-Hämmerle, Kathrin: Politische Bildung und Populismus. Wie schützen wir uns vor den Rattenfängern?, in: Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020. S.127 - 136

Stainer-Hämmerle, Kathrin: Populismus und politische Bildung, in: Populismus – Gleichheit – Differenz. Herausforderungen für die politische Bildung. Hg. Diendorfer, Gertraud / Sandner, Günther / Turek, Elisabeth. Schwabach / Ts. 2017. S.29 – 39

Standortbestimmung Politische Bildung. Hg. Oberreuther, Heinrich. Schwalbach / Ts. 2009

Sturzenhecker, Benedikt: Förderung demokratischen Engagements von Kindern und Jugendlichen – aus der Kinder- und Jugendarbeit hinein in die Kommune, in: Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020. S.75 - 89

Sturzenhecker, Benedikt: Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern – Band 1. Konzeptionelle Grundlagen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Gütersloh 2015

Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020

Widmaier, Benedikt: Fragen an politische Bildung nach dem 16. Kinder- und Jugendbericht, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 69. Jg. Heft 10 / 2021. Weinheim 2021. S. 417 – 425

Weigel, Ludwig; Scholl, Michael: In Vielfalt vereint gegen die Angriffe der AfD, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. 5.Jg. Nr.1. Frankfurt a.M. 2020. S.119 – 127

Zurstrassen, Bettina: Demokratie Lernen an berufsbildenden Schulen, in: Handbuch Demokratiepädagogik. Hg. Beutel, Wolfgang; Gloe, Markus; Himmelmann, Gerhard; Lange, Dirk; Reinhardt, Volker; Seifert, Anne. Frankfurt a.M. 2022. S.552 - 557

Rechtsextremismus / Antisemitismus

Antisemitismus – ein gefährliches Erbe mit vielen Gesichtern. Handreichung zu Theorie und Praxis. Reader für Multiplikatror_innen in der Jugend- und Bildungsarbeit. Hg. Detzner, Milena; Drücker, Ansgar. Düsseldorf 2013

Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit. Hg. Gebhardt, Richard; Klein, Anne; Meier, Marcus. Weinheim, Basel 2012

Antisemitismus in Jugendkulturen. Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Hg. Baier, Jakob; Grimm, Marc. Frankfurt a.M. 2022

Baier, Jakob; Grimm, Marc: Antisemitismus in Jugendkulturen. Zur Einführung, in: Antisemitismus in Jugendkulturen. Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Hg. Baier, Jakob; Grimm, Marc. Frankfurt a.M. 2022, S.7 - 13

Behn, Sabine / Bohn, Irina / Karliczek, Kari-Maria / Lüter, Albrecht: Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Ergebnisse und Evaluation des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“. Weinheim, Basel 2013

Benz, Wolfgang: Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments. Frankfurt a.M. 2020

Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus? Hg. Bundeszentrale für politische Bildung. München 2004

Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung. Hg. Grimm, Marc; Müller, Stefan. Frankfurt a.M. 2021

Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Hg. Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Noco. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn 2023

Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe. Methoden – Praxis der Prävention. Hg. Glaser, Stefan / Pfeiffer, Thomas. Schwalbach / Ts. 2007

Fischer, Sebastian: Rechtsextremismus. Was denken Schüler darüber? Untersuchung von Schülervorstellungen als Grundlage einer nachhaltigen Bildung. Schwalbach / Ts. 2013

Fischer, Matthias: Rechtsextremismusprävention, in: Handbuch Demokratiepädagogik. Hg. Beutel, Wolfgang; Gloe, Markus; Himmelmann, Gerhard; Lange, Dirk; Reinhardt, Volker; Seifert, Anne. Frankfurt a.M. 2022. S.433 - 439

Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie. Lern- und Arbeitsbuch. Ein Handbuch für die praktische Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus in Schulen und Kommunen, in der Jugendarbeit und in der politischen Bildung. Hg. Molthagen, Dietmar / Klärner, Andreas, Korgel, Lorenz / Pauli, Bettina / Ziegenhagen, Martin. Bonn 2008

Gloël, Rolf / Gützlaff, Kathrin / Weber, Jack: Gegen rechts argumentieren lernen. Hamburg 2017

Grimm, Marc; Müller, Stefan: Bildung gegen Antisemitismus – aber wie und gegen welchen?, in: Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung. Hg. Grimm, Marc; Müller, Stefan. Frankfurt a.M. 2021, S.7 - 20

Holz, Klaus: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft. Hamburg 2005

Hübner, Katharina: Enver Şimşek, Abdurrahman Özüdoğru, İsmail Yaşar – die Erinnerung an die Opfer des NSU in Nürnberg. Masterarbeit Philosophische Fakultät II Berlin, Institut für Europäische Ethnologie. Berlin 2016

„Die Juden sind schuld“. Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus. Beispiele, Erfahrungen und Handlungsoptionen aus der pädagogischen und kommunalen Arbeit. Hg,. Amadeu Antonio Stiftung. Berlin 2009

Kistenmacher, Olaf: Latente Formen des Antisemitismus in der Bildungsarbeit. Theoretische Zugänge und Handlungsstrategien, in: Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung. Hg. Grimm, Marc; Müller, Stefan. Frankfurt a.M. S.167 - 181

Klare, Heiko; Sturm, Michael: „Nie wieder!“ … aber wie? Zur (Nicht-) Bedeutung des Nationalsozialismus für die Rechtsextremismusprävention, in: Antisemitismus, Rassismus und das Lernen aus Geschichte(n). Hg. Broden, Anne; Hößl, Stefan E.; Meier, Marcus. Weinheim, Basel 2017. S.130 – 143

Kulick, Holger / Staud, Toralf: Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – was man wissen muss und wie man sich wehren kann. Köln 2009

Intervenieren, nicht resignieren. Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung. Hg. Ahlheim, Klaus. Schwalbach / Ts. 2003

NSU. Die Folgen. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. Jg. 1/2016. Nr.2 Schwalbach / Ts. 2016

Praxishandbuch Jugend an der roten Linie. Analysen von Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Hg. Becker, Reiner / Palloks, Kerstin. Schwalbach / Ts. 2013

Rieker, Peter: Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim, München 2009

Schäuble, Barbara: „Über“, „aus“, „gegen“ oder „wegen“ Antisemitismus lernen? Begründungen, Themen und Formen politsicher Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus, in: Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit. Hg. Gebhardt, Richard; Klein, Anne; Meier, Marcus. Weinheim, Basel 2012, S.174 - 191

Steinke, Ronen: Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt. Eine Anklage. Berlin 2020

Wanderausstellung: Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen. Hg. Mair, Birgit. Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB)e.V. Nürnberg 2013

„Wir oder Scharia“? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus. Analysen und Projekte zur Prävention. Hg. Benz, Wolfgang / Pfeiffer, Thomas

Woher kommt Judenhass? Was kann man dagegen tun? Ein Bildungsprogramm. Materialen, Methoden und Konzepte. Hg. Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.; Tacheles reden! e.V. Mülheim an der Ruhr 2007

Wurzel, Hanne; Langebach, Martin; Flümann, Gereon; Strobel, Cornelius: NSU und politische Bildung, in: Journal für politische Bildung. Streitfall Überwachung. 5.Jh. Heft 2. Schwalbach / Ts. 2015, S.50 - 56

Stadtratsvorlagen Erinnerungskultur

Kulturausschuss 14.3.2014
Bericht zur Instandsetzung von Zeppelintribüne/-feld und der damit verbundenen weiteren Planungen

Kulturausschuss 13.10.2014
Sachstandsbericht Instandsetzung Zeppelintribüne /-feld und weiteres Vorgehen

Bau- und Vergabeausschuss 18.11.2014
Zeppelinstraße 10, Zeppelintribüne/-feld. Vorbereitung der Generalinstandsetzung (Musterflächen). Hier: Direkter Objektplan

Stadtrat 25.3.2015
Vorgehen bei der öffentlichen Vermittlung und der Erstellung eines Nutzungs- und Vermittlungskonzeptes für Zeppelintribüne / Zeppelinfeld. Sachstand (behandelt am 22.4.2015)

Stadtrat 6.7.2016
Nutzungs- und Vermittlungskonzept mit Schwerpunkt Zeppelintribüne /-feld als Bestandteil der Gesamtkostenberechnung einer baulichen Sicherung
Stadtrat 27.7.2016
Zeppelintribüne /-feld. Vorbereitung der Generalinstandsetzung. Hier: Erkenntnisse über die Sanierung der Musterflächen

Stadtrat 17.11.2016
Zeppelintribüne/-feld. Vorbereitung der Generalinstandsetzung. Hier: Kostenermittlung der baulichen Sicherung

Stadtrat 24.7.2019
Bauliche Sicherung und Entwicklung des historisch-politischen Lernorts Zeppelintribüne und Zeppelinfeld. Hier: Finanzierung

Kulturausschuss 13.3.2020
Entwicklung Zeppelintribüne und Zeppelinfeld zum Lern- und Begegnungsort. Sachstandsbericht zum Projektstand und zu den Details des Vermittlungskonzepts

Kulturausschuss 9.7.2021
Bericht zum Projektstand Lern- und Begegnungsort Zeppelintribüne und Zeppelinfeld

Veröffentlichungen zu DoKuPäd (ab 2011)[2]

Deinlein, Maximilian: Kinderrechte sind Menschenrechte, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.67. Mai. Nürnberg 2019.
S.1 – 2

Deinlein, Maximilian: Langjährige Freundschaft zu Charkiw in der Ukraine. In: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.73. Mai. Nürnberg 2022. S.8 - 9

Deinlein, Maximilian: Menschenrechte, in: Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020. S.189 – 195

Deinlein, Maximilian: Rundgang am ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, in: Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020. S.197 – 199

Fleischmann, Georg; Oschmann, Julia; Pablo-Dürr, Marissa; Diversität und Akzeptanz in der modernen Schule. Aufgaben einer respektierenden Pädagogik, in: Grundkurs Schulmanagement XIV. Herausforderung Vielfalt – Schule gemeinsam gestalten. Hg. Jehle, Bernhard. Kronach 2016. S.119 - 125

Grell, Clara; Billmeier, Birthe; Deinlein, Maximilian: Eine Webseite zur Straße der Menschenrechte, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.72. November. Nürnberg 2021. S.1

Konzeption „Pädagogische Arbeit mit jungen Menschen rund um das Dokumentationszentrum auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. Nürnberg 2000. Unveröffentlichtes Manuskript

Oschmann, Julia: Betzavta, in: Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020. S.139 - 146

Oschmann, Julia: „bildmachen“, in: Unpolitisch, interessiert, engagiert!? Demokratiebildung und die Kinder- und Jugendarbeit. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit 2019. Hg. Kammerer, Bernd. Nürnberg 2020. S.225 – 230

Oschmann, Julia: DoKuPäd-Workshop: Jugend mischt sich ein, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.64. November. Nürnberg 2017. S.8

Oschmann, Julia: „Das KZ vor der Haustür – Lernen vor Ort“, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.52. November. Nürnberg. S.3 – 4

[2] Veröffentlichungen von und zu DoKuPäd von 1999 bis 2011 siehe: Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie)

Oschmann, Julia: Internationale Gruppen auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände. Ungeliebtes Pflichtprogramm oder sinnvolle Informationsveranstaltung zur „Völkerverständigung“?, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.57. Mai. Nürnberg S.????

Oschmann, Julia: Die Straße der Kinderrechte im Nürnberger Stadtpark, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.62. November. Nürnberg 2016. S.5

Prölß-Kammerer, Anja: Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg, in: gemeinsam auf dem Weg zur Erinnerung. Materialien und Methodenbausteine für die deutsch-tschechische Erinnerungsarbeit. Hg. Tandem. Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch. Regensburg 2015. S.73 - 80

Prölß-Kammerer, Anja: DoKuPäd – 20 Jahre historisch-politische Bildung, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.70. November. Nürnberg 2020. S.5

Prölß-Kammerer, Anja: DoKuPäd – Lesen gegen rechts!, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.66. November. Nürnberg 2018 S.5

Prölß-Kammerer, Anja: Hier spielt die Musik: MuBiKin & Kulturrucksack, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.65 Mai. Nürnberg 2018. S.6

Prölß-Kammerer, Anja: Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“. Stand 29.04.2011. Nürnberg 2011 (Kopie)

Prölß-Kammerer, Anja: Der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt zeigt Präsenz. Viele Bausteine im gemeinsamen Engagement, in: juna. Zeitschrift des Bayerischen Jugendrings. 02 / 2012. München 2012. S.9

Prölß-Kammerer, Anja: Lernort Zeppelinfeld und der pädagogische Umgang damit, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.71. Mai. Nürnberg 2021. S.8

Prölß-Kammerer, Anja: NS-Zeit – ein (literarisches) Thema auch für Kinder?, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.66. November. Nürnberg 2018. S.8

Prölß-Kammerer, Anja: Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum DoKuPäd: Eine Einrichtung des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt, in: Historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit als Aufgabe der Jugendarbeit in Bayern. Einrichtungen – Projekte – Konzepte. Dachauer Diskurse – Gautinger Protokolle 41. Hg. Schoßig, Bernhard. München 2011. S.154 - 166

Prölß-Kammerer, Anja: Politische Bildung braucht nachhaltige Förderung!, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.73. Mai. Nürnberg 2022. S.4

Prölß-Kammerer, Anja: Politische Bildung heute – Nürnberger Erfahrungswerte, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.64. November. Nürnberg 2017. S.1 – 2

Prölß-Kammerer, Anja: Zehn Jahre DoKuPäd!, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.53. November. Nürnberg. S.4 – 5

Prölß-Kammerer, Anja; Oschmann, Julia: Demokratietraining in Nürnberg. Vom Wert des Miteinanders, in: juna. Zeitschrift des Bayerischen Jugendrings. 02/2016. München 2016. S.12

Rechberg, Karl Hermann/ Prölß-Kammerer, Anja: Zum Umgang mit NS-Inszenierungen am Reichsparteitagsgelände, in: GedenkstättenRundbrief. Nr.209. 3/2023. Berlin 2023. S.13 - 22

Umzug von DoKuPäd nach St.Paul, in: ring frei. Zeitschrift des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Nr.53. Mai. Nürnberg 2012. S.8 – 9

„Die Welt jeden Tag ein Stückchen besser machen.“ 75 Jahre Kreisjugendring Nürnberg-Stadt. Ein Lesebuch zur KJR-Geschichte. Hg. Prölß-Kammerer, Anja; Brüning, Jutta; Teichmann, Walter; Weik, Lorena. Schriftenreihe des Kreisjugendring Nürnberg-Stadt Nr.23. Nürnberg 2021

Anzahl Veranstaltungen

Jahr	Stadt Nürnberg	Anteil in %	Bezirk Mittelfranken	Anteil in %	Bayern	Anteil in %	andere Bundesländer	Anteil in %	Intern. Gruppen	Anteil in %	Gesamt
2001	4	36,37	3	27,27	0	0,00	2	18,18	2	18,18	11
2002	57	39,59	33	22,92	45	31,25	7	4,85	2	1,39	144
2003	82	61,19	29	21,65	18	13,43	0	0,00	5	3,73	134
2004	26	29,89	15	17,24	37	42,53	5	5,75	4	4,59	87
2005	35	28,45	27	21,95	52	42,28	9	7,32	0	0,00	123
2006	67	37,22	26	14,45	62	34,44	10	5,56	15	8,33	180
2007	58	32,58	38	21,35	76	42,70	4	2,25	2	1,12	178
2008	46	22,55	64	31,37	79	38,73	2	0,98	13	6,37	204
2009	34	14,10	53	22,00	132	54,77	15	6,23	7	2,90	241
2010	77	29,28	59	22,43	102	38,78	20	7,61	5	1,90	263
2011	81	30,00	51	18,90	118	43,70	13	4,81	7	2,59	270
2012	99	32,45	78	25,58	113	37,05	10	3,28	5	1,64	305
2013	101	35,00	72	24,90	98	33,90	6	2,00	12	4,20	289
2014	80	28,90	73	26,40	104	37,50	14	5,00	6	2,20	277
2015	96	33,30	89	30,90	84	29,20	15	5,20	4	1,40	288
2016	119	34,49	104	30,14	88	25,51	12	3,48	22	6,38	345
2017	106	37,59	93	32,98	62	21,99	16	5,67	5	1,77	282
2018	119	34,19	121	34,77	92	26,44	11	3,16	5	1,44	348
2019	130	42,60	79	25,90	70	22,90	16	5,30	10	3,30	305
2020	49	48,04	40	39,22	11	10,78	2	1,96	0	0,00	102
2021	90	47,37	58	30,53	35	18,42	0	0,00	7	3,68	190
2022	132	41,12	114	35,52	62	19,31	9	2,80	4	1,25	321
2023	118	41,11	100	34,84	58	20,21	6	2,10	5	1,74	287
2024	127	38,84	94	28,75	87	26,60	14	4,28	5	1,53	327

Anzahl der Veranstaltungen (zusammengefasst)

Jahr	Projekttage + Workshops	Online-Workshops	Studientage	Ausstellungs-betreuung Dokuzentrum	Sonstiges	Medienpäd. Workshops	Rundgang RPT-Gelände / Stadtspiel / Inforallye	Rundgang Straße der Kinderrechte	Rundgang Straße der Menschen-rechte	Gesamt	Workshop an Schule (außerhalb Nbgs.)
2001	**2**		**4**	**5**						**11**	
2002	**34**		**54**	**32**	**10**	**5**	**9**			**144**	
2003	**19**		**40**	**30**	**18**	**5**	**22**			**134**	
2004	**11**		**41**	**10**	**3**	**2**	**20**			**87**	
2005	**10**		**41**	**21**	**2**	**8**	**41**			**123**	
2006	**16**		**55**	**29**	**6**	**11**	**63**			**180**	
2007	**31**		**51**	**26**	**1**	**8**	**61**			**178**	
2008	**44**		**44**	**39**	**12**	**4**	**61**			**204**	
2009	**64**		**45**	**33**	**3**	**4**	**92**			**241**	**23**
2010	**66**		**38**	**56**	**2**	**7**	**94**			**263**	**30**
2011	**57**		**27**	**59**	**41**	**3**	**83**			**270**	**77**
2012	**54**		**29**	**63**	**49**	**9**	**97**	**4**		**305**	**20**
2013	**93**		**46**	**54**	**8**	**4**	**65**	**19**		**289**	**41**
2014	**83**		**43**	**30**	**18**	**5**	**81**	**17**		**277**	**61**
2015	**91**		**46**	**27**	**19**	**4**	**86**	**15**		**288**	**58**
2016	**150**		**38**	**28**	**19**	**3**	**77**	**30**		**345**	**114**
2017	**138**		**42**	**15**	**4**	**3**	**58**	**22**		**282**	**65**
2018	**168**		**35**	**16**	**19**	**3**	**85**	**22**		**348**	**67**
2019	**150**		**39**	**7**	**27**	**0**	**59**	**23**		**305**	**76**
2020	**55**		**15**	**2**	**12**	**0**	**13**	**5**		**102**	**43**
2021	**76**	**57**	**8**	**2**	**12**	**3**	**20**	**7**	**5**	**190**	**59**
2022	**215**	**6**	**20**	**7**	**7**	**3**	**40**	**10**	**13**	**321**	**81**
2023	**192**	**2**	**20**	**2**	**11**	**0**	**37**	**16**	**7**	**287**	**116**
2024	**184**	**4**	**17**	**9**	**21**	**4**	**62**	**11**	**15**	**327**	**49**
Gesamt	**2003**	**69**	**838**	**602**	**324**	**98**	**1326**	**201**	**40**	**5501**	**980**

noch nicht im Angebot